C21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 46 2. Juli 1974 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes 50 Pf.



Protestdemonstration von 200 Arbeitern vor dem Betriebsratsbüro der Vereinigten Drahtindustrie am 11.6.74

Steueränderungsgesetz: ‚Reform' mit Zeitzünder



In 2. und 3. Lesung verabschiedete der Bundestag am 5./6. Juni den Gesetzentwurf der Regierungskoalition ‚zur Reform der Einkommenssteuer und des Familienlastenausgleichs'. Die CDU/CSU votierte geschlossen gegen die Vorlage der ‚Sozialliberalen' und strebt nun Änderungen in der Länderkammer (Bundesrat) an, wo sie über die Mehrheit der Sitze verfügt.
In der Sache sind sich Regierungskoalition und Opposition weitestgehend einig. Einig nämlich darin, daß die steuerliche Belastung der Arbeiter und Angestellten auch in Zukunft überdurchschnittlich wachsen soll, während die Kapitalisten und andere ‚Großverdiener' auch weiterhin geschont und durch zusätzliche Subventionen bei Laune gehalten werden sollen.
Was bei Antritt der ‚sozialliberalen' Koalition 1969 als ‚Jahrhundertwerk Steuerreform' (Ex-Finanzminister Möller) großartig angepriesen wurde, entpuppt sich heute als ein Schwindel übelster Sorte.

Wie war das Steueraufkommen bisher verteilt?

Während der zwanzigjährigen CDU/CSU-Herrschaft in Westdeutschland stieg der Anteil der Lohnsteuer an den Gesamtsteuern Jahr für Jahr.

Die Steuerschuld bei der Lohnsteuer wuchs von 1950 = 100 bis 1968 auf 1.061, bei der Einkommenssteuer nur auf 700, bei der Körperschaftssteuer gar nur auf 400, bei der Umsatzsteuer auf 568.

Jedoch – noch 1968 stand die Lohnsteuer mit 18,7 Mrd. DM an dritter Stelle hinter der Umsatzsteuer
Lohnsteuer mit 18,7 Mrd. DM an dritter Stelle hinter der Umsatzsteuer
(25 Mrd.) und der Einkommenssteuer (23,3 Mrd. DM).

In den letzten vier Jahren änderten sich die Verhältnisse bedeutend – zuungunsten der werktätigen Massen:

Das Lohnsteueraufkommen stieg von 35 Milliarden DM (1970) auf 74 Mrd. DM (1974), die veranlagte Einkommenssteuer von 16 auf 28,4 Mrd. DM, die Körperschaftssteuer nur von 8,7 auf 11 Mrd. DM und die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) von 26,8 auf 40 Mrd. DM (die Angaben für 1974 sind Schätzwerte des Bundesministeriums für Finanzen).

Die Lohnsteuer wuchs also innerhalb von vier Jahren um 112 Prozent, die Einkommenssteuer um 75 Prozent, die Körperschaftssteuer um 27 Prozent, die Umsatzsteuer um 50 Prozent.

Die Relation verschlechtert sich noch weiter zuungunsten der Werktätigen, wenn man berücksichtigt, daß die Umsatzsteuer fast vollständig über die Preise an den Konsumenten (also wieder den Arbeiter und Angestellten) weitergegeben wird.

Grundlage für diese massenfeindliche Steuerpolitik des bürgerlichen Staates ist, daß die Bemessungsgrundlage für die jeweilige Steuerschuld seit einem Jahrzehnt nicht geändert wurde, obwohl sich praktisch sämtliche
de, obwohl sich praktisch sämtliche
Voraussetzungen geändert haben:

Der Bereich gleichbleibender Steuersätze (Proportionalzone) ist bis heute an den 1965 üblichen Durchschnittsverdiensten orientiert, obwohl die DM seither rund 25% ihres Wertes einbüßte und die Nominallöhne dementsprechend stiegen. D.h. – anders ausgedrückt – seit 1965 sind rund 50 Prozent der Arbeiter und Angestellten aus dem Bereich gleichbleibender Steuersätze ‚herausgewachsen' und in die Progressionszone der Steuer geraten, wodurch ein z u n e h m e n d e r Teil von Lohn- und Gehaltszuwächsen vom Fiskus kassiert wird.

Für die Entwicklung der Steuern aus Unternehmergewinn gilt dagegen die umgekehrte Logik – wie sogar von den Kapitalistenverbänden in aller Offenheit bekannt wird:

„Der Progressionseffekt, der sich bei den Arbeitnehmereinkommen verstärkt, schwächt sich bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ab: Zahlreiche Unternehmer, Freiberufler und Bezieher von von Vermögenseinkünften werden bereits mit dem höchsten Steuersatz von 53 Prozent belastet – es gibt also keinen ‚Progressionsspielraum' mehr. Für sie gilt: Die Steuerlastquote bleibt konstant (!).“ („Unternehmerbrief“, 38/Jg. 23)

Diese Verschiebung in den Relationen des Steueraufkommens hat sich in den letzten Jahren dermaßen verschärft, daß die Lohnsteuer nicht nur in den Zuwachsraten die Gewinn- und
in den Zuwachsraten die Gewinn- und
Vermögenssteuer bei weitem überflügelt hat, sondern auch a b s o l u t :

1972 war die Lohnsteuer um 18,1 Mrd. DM, 1973 um 23,9 Mrd. DM höher als die Steuern aus Unternehmereinnahmen. Für 1974 rechnet man mit dem Rekord-‚Überhang' von 35 Mrd. DM.

Alles, was wir bisher in diesem Abschnitt zur ‚Steuergerechtigkeit' in der BRD gesagt haben, bezieht sich nur auf die Entwicklung d i r e k t e r Steuern – einbezieht also noch nicht den Bereich staatlicher Subventionspolitik und den gesamten Komplex i n d i r e k t e r Steuern (also Mineralöl-, Tabak-, Salz-Steuern, um nur

Forts. Seite 16

Metallindustrie:

Die Rationalisierungswelle rollt unvermindert

Konkurse, Betriebsstillegungen und Rationalisierungsentlassungen gehören in der Metallindustrie mittlerweile zum Alltag (vergl. auch AK 42, 44 und 45).
Konkurse, Betriebsstillegungen und Rationalisierungsentlassungen gehören in der Metallindustrie mittlerweile zum Alltag (vergl. auch AK 42, 44 und 45).
Der kapitalistische Konkurrenzkampf wird auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen. Eine Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben konnte nicht mehr mithalten, also wird einfach dicht gemacht – über einige Fälle berichten wir nachstehend.
Anders die großen Konzerne. Nach der Stahlindustrie, die ihre groß angelegten Rationalisierungen bereits 1971 begann und bereits in diesem Jahr gewaltige Profite ernten wird – dazu auch die nachfolgenden Berichte von Klöckner, Krupp und Mannesmann – ist jetzt besonders die Automobilindustrie betroffen. Die großen Hersteller entlassen (VW, Opel, Ford, Audi), eine Vielzahl von Automobilzulieferbetrieben muß entweder schließen oder ebenfalls rationalisieren.
Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik ist auf Seiten der Arbeiter vor allem durch den starken Einfluß der Sozialdemokratie geprägt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer lehnen die Rationalisierungspolitik nicht etwa ab – nein, sie unterstützen sie sogar dort, wo sie „wirtschaftlich vernünftig“ sei – und das ist sie im Interesse der Kapitalisten nahezu immer!

Forts. Seite 5

Portugal und seine Kolonien:

Ein Volk, das ein anderes Volk unterdrückt, kann niemals frei sein



Kämpfer für FRELIMO

Die portugiesische Militärjunta, die am 25. April die 40-jährige Herrschaft des Faschismus in Portugal mit einem unblutigen Staatsstreich zu Fall brachte und vorübergehend alle bürgerlichen Freiheiten (Rede-, Versammlungs-, Vereins-, Pressefreiheit usw.) zuließ, geht nun im Eiltempo daran, diese neuen Rechte und Freiheiten des portugiesischen Volkes wieder zu beschneiden. Die Versprechungen der Junta und die Hoffnungen, die sie bei den Massen auf eine weitgehende „Demokratisierung“ aller Lebensbereiche weckte, stellen sich von Tag zu Tag deutlicher als Lügen und Betrugsmanöver heraus.
So wurde z.B. am 22.6. vom Junta-Führer General Spinola wieder eine umfassende Pressezensur erlassen, die jede Parteinahme für die Interessen des portugiesischen Volkes unter Strafe stellt. So forderte Spinola streikende Kollegen in den letzten Wochen mehrfach auf, ihren Arbeitskampf einzustellen, weil sonst das ‚wirtschaftliche Chaos drohe'. Gegen einen Teilstreik (Überstundenverweigerung) der Handelsmarine für höhere Löhne am 24.6. wurde sogar eine Mobilmachung von Teilen des Heeres verfügt, die Streikbrecherarbeit leisten sollen.

Inzwischen wurde bereits mit Strapenpanzern und berittener Polizei gegen Demonstranten vorgegangen, die die Freilassung eines inhaftierten Genossen forderten, der für die Befreiung Guinea-Bissaos gekämpft hatte.

Die Angriffe der Junta gegen das portugiesische Volk werden noch schärfer werden, was unvermeidlich zu einer Verschärfung der Klassenkämpfe führen wird. Schon spekuliert die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“:

„Spinola will nicht der Hindenburg für den Kommunismus sein, aber der General Washington seiner Nation kann er nicht werden. Am wahrscheinlichsten ist, daß er das traurige Schicksal von Nagib und Papadopulos erleiden wird.“ („FAZ“, 24.4.74)

Die Ereignisse in Portugal, sowohl der Militärputsch, der die aufstrebende industrielle Bourgeoisie an die Macht brachte sowie die rasche in-

Forts. nächste Seite

Italien:

Bourgeoisie in der Krise

Am 10. Juni trat die Regierung Rumor – getragen von Christdemokratie (DC), Sozialistischer Partei (PSI) und Sozialdemokratie (PSDI) zurück.
Es war dies die 5. Regierung Rumor und die 33. Regierung Italiens überhaupt seit Kriegsende. Am längsten von diesen 33 Regierungen hielt sich noch die 3. Regierung Moro, die es 1966-68 immerhin auf zwei Jahre und vier Monate brachte. In diesen häufigen Regierungswechseln widerspiegelt sich die Schärfe der Widersprüche in Italien.
Die zurückgetretene Regierung Rumor wäre mit nur 89 Tagen die kurzlebigste a l l e r bisherigen italienischen Regierungen gewesen. W ä r e , denn Staatspräsident Leone (DC) lehnte – offenbar im Zusammenhang eines abgekarteten Spiels – den Rücktritt der Regierung Rumor ab.

Der unmittelbare Anlaß für den Rücktritt war ein „Konflikt“ zwischen der DC (unterstützt von der PSDI) und der PSI. Es ging dabei um die Maßnahmen, mit denen Italiens Bourgeoisie aus ihrer schweren wirtschaftlichen Krise kommen will. Die PSI hatte bereits den meisten geplanten arbeiterfeindlichen Maßnahmen – Steuererhöhungen, Tariferhöhungen für Strom, Gas u.a., Preissteigerungen u.a. – zugestimmt. Sie weigerte sich jedoch, einer Verschärfung der Kreditpolitik zuzustimmen, die darauf abzielt, Kredite vor allem für die kleine und mittlere Industrie noch teurer zu machen, und damit die Existenz vieler kleiner und mittlerer Betriebe gefährdet (und andererseits den Prozeß der kapitalistischen Konzentration und ‚Modernisierung' fördert). Die PSI begründete ihren Widerstand gegen diese Kreditpolitik damit, daß dadurch viele Menschen arbeitslos würden, und das sei den Werktätigen nicht zuzumuten – nachdem die PSI aber vorher einem ganzen Bündel arbeiterfeindlicher Maßnahmen schon zugestimmt hatte.

Daraufhin trat die Regierung Rumor zurück, nachdem die DC der PSI vorher ein Ultimatum gestellt hatte, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt der Verschärfung der Kreditpolitik zuzustimmen. Es ist also eindeutig, daß die DC diese „Regierungskrise“ wollte, wobei es offensichtlich vorher ausgekartet war, daß Staatspräsident Leone den Rücktritt ablehnen würde.

Forts. Seite 19

Forts. Portugal

nenpolitische „Wende" jetzt, hängen aufs engste mit dem Kolonialkrieg Portugals in Angola, Guinea-Bissoa und Mosambik zusammen. Die Erfolge der Befreiungsbewegungen machten für Portugal den mit Einsatz aller bestialischen Mittel geführten Krieg militärisch aussichtslos. Die Kosten des Krieges wogen für Portugal nicht mehr den Profit auf, den es aus den Kolonien zog. Nun wird gegenüber den Kolonien eine „politische Lösung" angestrebt: die Ziele sind die gleichen, die Taktik hat sich geändert . . .

Portugal und „seine" Kolonien

Portugal selbst ist ein „unterentwickeltes" Land. Es gehört zu den ärmsten Ländern Europas, 40% der Bevölkerung sind Analphabeten. Seine Kolonien sind über 20mal so groß wie das Land selbst. Um die Befreiungsbewegungen in Angola, Guinea-Bissao und Mosambik zu bekämpfen, wurde zuletzt fast die Hälfte des Staatshaushaltes aufgeboten, wovon auch das Kolonialheer von 170.000 Soldaten (bei nur 9,5 Mill. Einwohnern) unterhalten wurde – und wird.

Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts die größten kapitalistischen Staaten die Welt in ihre Einflußgebiete aufteilten, konnte Portugal nicht mehr mithalten. Es hatte jahrhundertelang nur Raubkolonialismus betrieben und die Rohprodukte der Kolonien geplündert, zum Teil selbst verarbeitet oder weiterverkauft. Wegen dieser bequemen und sehr profitablen Zwischenhändlerrolle hatte Portugal keine Veranlassung gehabt, die industrielle Revolution durchzuführen.

Vor dem völligen Verlust der Kolonien retteten Portugal damals nur die Interessen des englischen Imperialismus, der sich auf einfache Art, ohne sich besonders engagieren zu müssen, Häfen für seine innerafrikanischen Bergwerke und Handelsstützpunkte, für die asiatischen und australischen Gebiete sicherte, indem er dafür sorgte, daß sie unter „neutraler" portugiesischer Herrschaft blieben.

Bis 1961 hatten die portugiesischen Kapitalisten eine Ausbeutung der Kolonien durch ausländisches Kapital nur in beschränktem Maße zugelassen, obwohl natürlich auch schon vorher verschiedene kommerzielle Gesellschaften durch Eintreibung von Steuern und Einschränkung der freien Bauernwirtschaft die Afrikaner mit allen Mitteln zur Lohnarbeit zwangen.

Die ersten Erfolge der Befreiungsbewegung in Angola im Februar 1961 zeigten den portugiesischen Kolonialherren jedoch, daß ihre Kapitalkraft nicht ausreichte, um die zur Erhaltung der Macht nötigen Investitionen und Militärausgaben zu bestreiten. Seit 1961 wird das internationale Kapital zur Plünderung der Kolonien eingeladen.

Steuerfreiheit, zollfreie Einfuhr und freier Transfer der Gewinne lokken. Insbesondere die US-Imperialisten und die „jungen" EG-Imperialisten waren im Gegenzug zu weitgehenden „Hilfe"-Leistungen für Portugal bereit (Millionen-Kredite und umfangreiche Waffenlieferungen), wenn sie sich selber die Hände im Kolonialkrieg nicht direkt schmutzig zu machen brauchten. (Über die finanzielle und militärische Unterstützung insbesondere des BRD-Imperialismus für Portugal und seine Kolonien sind ausführliche Angaben in früheren Veröffentlichungen des KB zu finden: KAB-AZ Nr. 3 und 4, ARBEITERKAMPF Nr. 31 und 33)

Die BRD-Imperialisten verfahren in ihrer Afrika-Politik zweigleisig. Einerseits liefern sie still und heimlich Waffen, mit denen die afrikanische Bevölkerung abgeschlachtet wird, denn Portugal vertritt *ihre* Interessen in Afrika. Aber sie wollen auch mit den „unabhängigen", zum Teil „antiimperialistischen" Staaten Afrikas ins Geschäft kommen, und diese nehmen unter dem Druck der eigenen Bevölkerung eine scharf ablehnende Haltung zum portugiesischen Kolonialkrieg und seinen Helfershelfern ein. So „bedauerte" denn die Bundesregierung z.B. den heimtückischen Mord an dem Führer der Befreiungsbewegung Angolas, Amilcar Cabral, obwohl sie zu den unmittelbaren Hintermännern dieses Mordes gehört. Oder das „linke" Aushängeschild der SPD, Wischnewski, empfängt eine Delegation der Frelimo und bietet „humanitäre" Unterstützung an.

Für die NATO, die sich ja gern auf ihre „freiheitliche" Verfassung beruft, war das faschistische Regime in Portugal und der oftmals weltweit verurteilte Kolonialkrieg schon immer „lästig". So schrieb die großbürgerliche Zeitung „Frankfurter Allgemeine": *„Der Griff des Generals Spinola nach der Macht in Lissabon gehörte zu den ganz seltenen politischen Vorgängen, die mit einziger Ausnahme des spanischen Nachbarn, auf die allgemeine Zustimmung der Welt rechnen konnten."* („FAZ", 24.6.74) Man hört hinter diesen Worten die Imperialisten regelrecht mit den Lippen schmatzen.

„...Und willst du nicht mein „Bruder" sein, dann schlag ich dir den Schädel ein"

Der portugiesische Junta-Chef, General Spinola, hatte in seinem Buch „Portugal und die Zukunft" (das zuerst sehr viel Staub aufwirbelte) eine klare Linie für eine zukünftige „realistische" Kolonialpolitik entwickelt. Er nahm von dem „portugiesischen Mythos" Abschied, daß „in einem Krieg dieser Art", d.h. in einem Krieg, in dem die Befreiungsbewegungen vom Volk unterstützt werden, ein militärischer Sieg möglich sei, wenn man nicht über unbegrenzte Geldmittel verfügt. Er setzte sich für eine sogenannte „politische Lösung" ein, d.h. eine Staatenförderation, natürlich unter portugiesischer Vorherrschaft. Er jonglierte mit irreführenden Worten: *„Selbstbestimmung ist nicht gleichbedeutend mit Unabhängigkeit"*. An anderer Stelle sagte er jedoch ganz klar:

„Die Überseegebiete sind eine notwendige Bedingung für unser Überleben als freie und unabhängige Nation. Ohne die afrikanischen Gebiete wird das Land zu einer bedeutungslosen Ecke eines gigantischen Europas und es wird keine Trumpfkarte besitzen, die es ihm ermöglicht, sich im Konzert der Nationen zu behaupten."

Spinola stellte auch in der Öffentlichkeit nach dem geglückten Putsch immer wieder klar, daß seiner Meinung nach die Bevölkerung in den Kolonien *„noch nicht in der Lage ist, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen"* und eine *„Phase der Vorbereitung"* notwendig sei.

Anläßlich einer Auszeichnung von Soldaten für Verdienste im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen (!) am 12.6. erläuterte Spinola nochmals sein Konzept: *„In der modernen Welt kann man nur dann von einer wahren politischen Unabhängigkeit sprechen, wenn diese aus einer echten Selbstbestimmung (?) hervorgegangen ist. Und Selbstbestimmung kann nur aus einem Klima der Freiheit* (die Freiheit, die er meint) **und perfekt funktionierenden demokratischen Institutionen erwachsen."**

Die Herstellung solcher „perfekt funktionierenden demokratischen Institutionen" stellt sich Spinola und sein Generalstab, wie sie ebenfalls mehrfach unmißverständlich klarmachten, so vor: Als erstes sollen sich die Befreiungsbewegungen bereit erklären, die Waffen niederzulegen. Sie sollen aus dem ‚Untergrund' auftauchen und sich als „legale politische Partei" konstituieren. Dann dürfen sie später an einer „freien Wahl" teilnehmen. Solange die Befreiungsbewegungen diese Bedingungen nicht akzeptieren, „geht der Krieg weiter", erklärte das Junta-Mitglied General Gomes. Und für jeden, der noch Zweifel hatte, machte ein anderes Junta-Mitglied, der in Nampula (Nord-Mosambik) stationierte General Diogo Neto, klar, daß der Coup in Lissabon nicht den Rückzug der portugiesischen Truppen aus den afrikanischen Kolonien zur Folge haben werde: *„Jeder, der Spinolas Buch in dieser Richtung interpretiert, muß ein Analphabet sein."*

Die portugiesischen Kolonialherren wollen ihr 170.000 Mann-Heer nicht nur in voller Stärke in den Kolonien (zur Vorbereitung „freier Wahlen"!) lassen, sondern sie fliegen tausende weiterer Soldaten zur Verstärkung ein (Angola!).

Die einhellige Antwort aller Befreiungsbewegungen auf diese unverschämten „Angebote" der portugiesischen Militärs war die Ankündigung einer Verstärkung ihrer Kämpfe und eines Kampfes bis zur völligen Unabhängigkeit.

Ein rechtes Licht auf die „friedlichen" Absichten Portugals in den Kolonien wirft auch Spinolas kürzliches Treffen mit dem Völkermörder Nixon am 19.6. auf den (ebenfalls portugiesischen) Azoren. Die USA haben auf der Azoren-Insel Terceira einen Luftwaffenstützpunkt und 4000 amerikanische Soldaten stationiert. (Hier tankten sie auch ihre Maschinen auf, die im Nahostkrieg zur militärischen „Versorgung" Israels gegen die arabischen Länder flogen.) Der Völkermörder Nixon erklärte anläßlich dieses Treffens, Amerika sei bereit, mit Spinola zusammen auf die „großen Ziele" hinzuarbeiten, die der General sich und seiner Regierung gesetzt habe. Er sicherte Unterstützung *„in jeder möglichen Weise"* zu.

Spinola seinerseits betonte, daß er die Beziehungen zu den USA noch enger gestalten wolle. Er erklärte sich auch bereit, über ein neues Stützpunktabkommen mit den USA zu verhandeln.

Spinola will fürs portugiesische Kapital und die Imperialisten aller Länder „raushauen, was rauszuhauen ist". Das ist seine grundsätzliche Position.

Spinola weiß aber, daß er um die Befreiungsbewegungen nicht „herumkommt", die insbesondere in Guinea-Bissao und Mosambik einen bedeutenden, bzw. entscheidenden Machtfaktor darstellen. Er möchte die Situation in diesen Ländern „befrieden", weswegen er einerseits zu gewissen Zugeständnissen bereit ist, um die Reihen der Revolutionäre zu verwirren und zu spalten (z.B. teilweise Entlassung der politischen Gefangenen, Auflösung der DGS (General-Direktoriat für Sicherheit) und teilweise Verhaftung dieser Mörder), und weswegen er andererseits den militärischen Druck verschärft. Dabei sind ihm die beiden rassistischen Staaten Rhodesien und Südafrika in wachsendem Maße behilflich. Außerdem muß er die faschistisch und rassistisch verhetzten weißen Siedler dazu bewegen, daß sie eine Regierungsbeteiligung der schwarzen Mehrheit akzeptieren. In allen diesen Fragen besteht eine sehr große Unwahrscheinlichkeit, eine „mittlere Lösung" zu finden.



Kämpfer der FRELIMO bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in den befreiten Gebieten

Kämpfer der FRELIMO bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in den befreiten Gebieten

Das Wort vom „afrikanischen Vietnam" (Außenminister Soares) ist bereits gefallen und es steht für die portugiesischen Militärs wie ein böses, dunkles Omen über der derzeitigen Entwicklung in den Kolonien.

Die Lage in Guinea-Bissao

Guinea-Bissao, an der Westküste Afrikas, ist die kleinste der portugiesischen Kolonien (so groß wie Holland etwa). Dort wohnen 520.000 Menschen, davon nur wenige tausend weiße „Herrenmenschen". Wegen seiner geringen Bodenschätze (es wurde bisher nur Bauxit in der Südregion gefunden) ist hier auch die Investitionstätigkeit ausländischer Kapitalisten relativ gering geblieben. Guinea-Bissao ist für Portugal wirtschaftlich vergleichsweise weniger interessant. Der Kolonialkrieg wurde hier zum einen „aus Prinzip" und wegen der strategisch wichtigen Kapverdischen Inseln geführt. Portugals Truppen kämpfen hier seit 11 Jahren in einer Stärke von 40.000 Mann gegen die Bevölkerung. Trotzdem ist die militärische Lage in dieser Kolonie für Portugal am hoffnungslosesten von allen Kolonien. Die Befreiungsbewegung von Guinea-Bissao PAIGC („Partido Africano da Independencia da Guiné e Cabo Verde") kontrolliert heute mehr als 3/4 des Landes und rief am 24. September vergangenen Jahres die Unabhängigkeit aus. Luis Cabral, der Sohn des ermordeten Amilcar Cabral, ist der Chef der Regierung, die zur Zeit noch im Exil weilen muß. In den befreiten Gebieten Guinea-Bissaos leben etwa 350.000 Menschen, mit denen zusammen die PAIGC ein unter portugiesischer Herrschaft nie gekanntes Schul- und Gesundheitswesen aufgebaut hat.

Die portugiesischen Truppen haben sich überwiegend in Stützpunkte und Städte zurückziehen müssen, von wo sie nur unter größten Vorsichtsmaßnahmen zu „Streifzügen" aufbrechen. Die größte Gefährlichkeit der Portugiesen ging jahrelang von ihrer Luftwaffe aus: französische Alouette-Hubschrauber, aus der Bundesrepublik gelieferte Kampfflugzeuge vom Typ Fiat G-91 und Do-27-Aufklärungsmaschinen und amerikanische T 6 Harvards. Überall, wo diese Spuren von organisiertem Leben entdeckten – also in den befreiten Gebieten besonders – warfen sie zentnerweise Bomben auf Schulen, Krankenhäuser und Hütten. Seit März 1973 hat die portugiesische Luftwaffe jedoch an Schrecken verloren. Seitdem besitzt die Befreiungsbewegung nämlich sowjetische SAM-7-Raketen (Boden-Luft-Raketen). Die Raketen werden nicht an bestimmten Plätzen stationiert, sondern werden von Soldaten der PAIGC ständig bewegt, so daß die Portugiesen nie wissen, wo die nächste zünden wird. Allein vom März bis Dezember 1973 wurden 35 Flugzeuge abgeschossen, darunter 24 Fiat G 91, die pro Stück 250.000 Dollar kosten („Frankfurter Rundschau", 4.6.74). (Wem lacht da nicht das Herz...?)

Eine „Anregung" für General Spinolas Buch „Portugal und die Zukunft" dürfte auch einer der größten militärischen Einzelerfolge der PAIGC am 12. Februar 1974 gewesen sein. Es gelang ihr nach vierwöchiger Belagerung, eines der wichtigsten Militärlager der Portugiesen, das Militärlager von Copa, zu überrennen. Dabei wurden 100 portugiesische Soldaten getötet, 14 Lastwagen und größere Mengen an Waffen, Munition und Lebensmittel erbeutet sowie –wiedermal– ein Jagdbomber vom Typ G-91 abgeschossen.

Am 25. Mai fanden die ersten Kontakte zwischen dem Generalsekretär der PAIGC, Aristides Pereira, und Portugals Außenminister Soares in London (später auf Wunsch Pereiras in Algier!) statt. Portugal versprach sich von einem Verhandlungsabschluß mit der PAIGC positive Wirkung auf die Verhandlungsbereitschaft mit den anderen Befreiungsbewegungen. Viel zu holen gab es in Guinea-Bissao sowieso nicht mehr. Portugal rechnete mit „wenig Schwierigkeiten". Für die Dauer der Verhandlungen erklärte sich die PAIGC bereit, alle Waffenhandlungen einzustellen, aber drohte mit unverzüglicher Aufnahme bewaffneter Aktionen, falls Portugal sie erpressen wolle. Über die Verhandlungen selber gibt es nur Spekulationen, weil zu keiner Zeit von irgendeiner Seite öffentliche Stellungnahmen abgegeben wurden. Am 16. Juni wurden die Verhandlungen „überraschend abgebrochen". Beide Seiten vereinbarten Konsultationen mit ihren Regierungen, bevor an eine Wiederaufnahme der Gespräche zu denken ist. Offenbar ist der „sozialistische" Minister Soares von „seinem General" zurückgepfiffen worden. Es bestehen Vermutungen in verschiedenen bürgerlichen Presseorganen, daß bereits ein Teilabkommen in Sicht gewesen war, das einen Waffenstillstand und das Recht auf Unabhängigkeit für Guinea-Bissao ohne weitere Einmischung Portugals in die inneren Angelegenheiten des Landes vorsah.

Angeblich soll sich die PAIGC bereit erklärt haben, über die Kapverdischen Inseln zu einem späteren Zeitpunkt zu verhandeln. Übrigens haben die USA einen „geheimen" Luftwaffenstützpunkt auch auf den Kapverdischen Inseln! Und Portugal hat dort mehrere Luft- und Seestützpunkte. Auch Flugzeuge der Rassisten Südafrikas durften hier bisher zwischenlanden und auftanken. Die revolutionäre Regierung von Guinea-Bissao jedoch will Südafrika durch ein Zwischenlandeverbot vom europäischen Kontinent trennen. Es scheint, daß die portugiesische Regierung in der Frage der Kapverdischen Inseln zu keiner Konzession bereit ist, was ganz klar Fortsetzung des Krieges bedeuten würde.

Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" vom 6.6.74 ist es in verschiedenen portugiesischen Garnisonen Guinea-Bissaos zu offenen Meutereien gekommen. Der Stützpunkt Jamberem im äußersten Süden wurde „ohne Befehl" geräumt, ebenso die Garnisonen von Gardamel und Camaconde. Die Soldaten sollen wachsenden Druck auf ihre Vorgesetzten ausüben, um einen Rücktransport nach Portugal durchzusetzen. Solche „Truppenmoral" ist ein Schlag gegen die Junta und eine Hilfe für die PAIGC – und das ist gut!

Die Lage in Angola

Angola ist flächenmäßig etwa fünfmal so groß wie die Bundesrepublik. Es ist die reichste der portugiesischen Kolonien mit Bodenschätzen wie Diamanten, Erdöl, Eisenerz, Mangan und seinen Rohprodukten Kaffee, Baumwolle, Zuckerrohr, Sisal, Mais, Hölzer. Es hat im Gegensatz zu den anderen Kolonien eine beschränkte „eigene" Industrie vor allem für Maschinen, Textilien und Zement. Zum Teil werden auch die Landesprodukte verarbeitet. Die portugiesische Kolonialmacht hat hier seit zehn Jahren 55.000 Mann Truppen stationiert. Von den 5,7 Mill. Einwohnern Angolas sind etwa 350.000 Weiße. Angola weist in seiner jährlichen Zahlungsbilanz 100 Mill. DM „Überschuß" auf.

In Angola operieren drei Befreiungsorganisationen, nämlich MPLA, FLNA und UNITA. Die MPLA arbeitet mit der FRELIMO Mosambik's zusammen. Nach nicht zu überprüfenden Meldungen der bürgerlichen Presse soll die MPLA 1.000 ausgebildete Kämpfer in Angola und 2.000 in Sambia haben. Sowohl die FLNA wie die MPLA fordern die sofortige Unabhängigkeit für Angola, wobei die FLNA offenbar Verhandlungen mit Portugal ablehnt. (?) Die FLNA steht bei vielen afrikanischen Revolutionären im Verdacht, vom US-Imperialismus „gekauft" zu sein.

Agostino Neto, der Führer der MPLA, hatte schon Anfang Mai die ersten Kontakte zu Außenminister Soares. Die MPLA fordert offenbar als alleinige Repräsentantin für das angolesische Volk von Portugal anerkannt zu werden. Die UNITA (Nationalunion für die totale Befreiung Angolas), die nur im Osten des Landes operiert, schloß am 16. Juni als einzige einen Waffenstillstand mit Portugal ab und will sich so offenbar ins parlamentarische Geschäft bringen.

Waffenlieferanten und Helfer in finanzieller Hinsicht sind für alle Befreiungsbewegungen vor allem die Sowjetunion und China. Bekanntlich verknüpft die Sowjetunion häufig mit ihrer Hilfe auch bestimmte politische Forderungen gegenüber den Befreiungsorganisationen, und diese müssen oft lavieren und taktieren und auch gewisse Zugeständnisse machen, weil sie in elementarer Hinsicht auf die Waffenlieferungen angewiesen sind. Es scheint, daß auch die Sowjetunion ein Interesse an einer „politischen Lösung" in den portugiesischen Kolonien hat und die Organisationen, die in engerer Beziehung zur SU stehen, in diese Richtung zu drängen versucht.

Die Befreiungsorganisationen haben in Angola militärische Rückschläge hinnehmen müssen. Spinola gab in der Lissaboner Zeitung „O Seculo" die Einschätzung ab, daß die „Selbstbestimmung" in Angola unfehlbar zugunsten Portugals ausschlagen werde, wenn es gelänge, den Lebensstandard der Bevölkerung erkennbar zu steigern. Damit meinte er wahrscheinlich Aufbau und „Fütterung" einer schwarzen „Mittelschicht", die er auf die Seite der portugiesischen Imperialisten herüberzuziehen hofft.

Zwar gibt es auch solche Organisationen wie die „Demokratische Bewegung" in Angola, die Anfang Mai 2-3000 Weiße in einem Stadion von Luanda unter Parolen gegen Faschismus, Kolonialismus und Kapitalismus versammeln konnte. Darunter war auch eine geschlossene Abordnung von Matrosen der portugiesischen Kriegsmarine!

Diese fortschrittliche Bewegung ist jedoch keineswegs typisch für die weißen Siedler der Kolonien. Die große Mehrheit der Weißen, Mulatten, der bestochenen Afrikaner und schwarzen „Mittelständler" beginnen

Forts. Portugal

sich in der „Mitte" und rechts zu formieren. Eine Einheitsfront und Sammlungsbewegung dieser Gruppierungen wird vorbereitet. General Gomes mußte mehrmals in Angola auftreten und die weißen Siedler „beruhigen"; diese ließen ihn jedoch nicht einmal zu Wort kommen, er wurde ausgepfiffen. Sie fürchten einen „Ausverkauf" ihrer Interessen durch die neue Kolonialpolitik Portugals.

Die Junta geht in Angola, entsprechend ihrem wirtschaftlichen Interesse mit „Zugeständnissen" nicht sehr weit. So entließ sie zwar gleich nach dem Putsch 85 politische Gefangene und am 6. Mai nochmals 2.335 politische Häftlinge, davon 400 Frauen. Viele Häftlinge berichteten von schweren Mißhandlungen seitens der Mörderbande der DGS vor allem auf der Gefangeneninsel Sao Nicolau vor der Atlantikküste, bei denen viele Gefangene gestorben sind.

Zwar setzte die Junta auch zahlreiche Kommandeure und Generäle ab und setzte dafür Offiziere der „Bewegung der Streitkräfte" ein. Doch das Sagen hat ein „neuer", im Kolonialkrieg „bewährter" General, Franco Pinheiro. Er war einer der Hauptakteure bei der Niederwerfung des Aufstandes von 1961, durch welche die FLNA in das Bergmassiv Dembos zurückgedrängt wurde und vom Nachschub aus Zaire abgeschnitten worden war. Dies und seine weitere „Tätigkeit" im Norden Angolas hat ihn bei den weißen Rassisten sehr beliebt gemacht.

Zwar wurde auch die Geheimpolizei formal aufgelöst und angeblich auch 600 Geheimpolizisten verhaftet. Doch was soll man dazu sagen, wenn deren Chef-Schwein, José Lopez, zur Zeit des Putsches unbehelligt in Lissabon weilen darf und dann ebenso unbehelligt nach Angola zurückkehrt, nachdem ihn sein alter Freund Costa Comes zu einem Besuch empfangen hat. José Lopez wurde sogar noch mit der Leitung des militärischen Informationsdienstes belohnt und jagt weiter seine „Schwarzen Kommandos" (schwarze Söldnertruppen) auf die Befreiungsstreitkräfte.

Mitte Mai wurden in Angola mehrere tausend portugiesische Soldaten zur „Verstärkung" eingeflogen, angeblich weil die Befreiungsstreitkräfte einen Großangriff auf die Kaffeeernte vorhatten...

Die Lage in Angola ist z.Z. noch keineswegs hoffnungsvoll für die afrikanische Bevölkerung. Und Portugal betont immer wieder sein besonderes Interesse gerade an diesem wirtschaftlich besonders ergiebigen Gebiet.

Die Lage in Mosambik

Mosambik ist etwa dreimal so groß wie die BRD, hat 8,5 Mill. Einwohner, davon 300.000 weiße Siedler. In Mosambik besteht noch überwiegend landwirtschaftliche Produktion: Baumwolle, Sisal, Mais werden auf großen Plantagen weißer Farmer angebaut, die dort schwarze Arbeitskräfte für einen Hungerlohn arbeiten lassen. Daneben gibt es Bergbau und einige Verarbeitungsindustrien. In Mosambik haben die portugiesischen Kapitalisten 60.000 Soldaten im Einsatz.

Die größte und einzig bedeutende Befreiungsorganisation ist die Frelimo. Hinter der Frelimo steht die große Mehrheit der Afrikaner. Die Frelimo kämpft seit 1963 für die Unabhängigkeit Mosambiks. Sie hat z.Z. angeblich etwa 30.000 ausgebildete Kämpfer zur Verfügung.

Besonders bekannt geworden ist das Cabora-Bassa-Projekt in Mosambik. Hier soll ein Staudamm mit einer enormen Elektrizitätserzeugung (für 1,7 Mrd. Mark) gebaut werden, der die Nord-Provinz Tete zum Bergbau- und Industriegebiet machen, sowie Südafrika und Rhodesien mit billigem Strom versorgen soll. Deutsche Firmen, besonders Siemens, sind an diesem Projekt führend beteiligt. Der Staudamm ist einzig und allein an den Interessen der verschiedenen Imperialisten und der reaktionären Wirtschaftseinheit mit Rhodesien und Südafrika orientiert. Portugiesische, südafrikanische und rhodesische Truppen verteidigen diesen Staudamm gegen die Angriffe der Frelimo, die die Parole ausgegeben hat: „Cabora Bassa muß zerstört werden".

Die afrikanische Bevölkerung in der Provinz Tete ist von den portugiesischen Kolonialtruppen bisher systematisch ausgerottet worden, um Platz für weiße Siedler zu schaffen, die hierher gebracht werden sollen. Am bekanntesten wurde das Massaker portugiesischer Truppen im Dorf Wiryamu, wo allein 400 Bewohner von portugiesischen Kommandos kaltblütig ermordet wurden. Der englische „Guardian" veröffentlichte ein „Geheimpapier" portugiesischer Offiziere, die dieses Massaker nicht als Einzelfall darstellen und berichten, daß portugiesisches Militär in Teilen der Tete-Provinz „Entlaubung" von Urwaldgebieten vorgenommen habe, wo angebliche „Schlupfwinkel" der Frelimo vermutet wurden. Auch Napalm wurde abgeworfen, um die Ernten der afrikanischen Bauern zu verbrennen, weiße Siedler wurden bewaffnet, um Afrikaner zu ermorden. Sowohl portugiesische als auch rhodesische Kommandos kämpfen, ohne Gefangene zu machen (d.h. sie ermorden die gefangenen Freiheitskämpfer). („FR", 24.4.74)

Nach einem Bericht von vier Missionaren, der vom niederländischen Missionsrat veröffentlicht wurde, wurden allein zwischen August 73 und März 74 Tausende (!) afrikanischer Bewohner der Gemeinde Inhaminga und Umgebung von portugiesischen Truppen erschossen. Die Morde von Inhaminga überträfen bei weitem das Blutbad von Wiryamu. Wiryamu wurde von der bürgerlichen Presse als „großer Betriebsunfall" hingestellt, und nicht als ein systematisches Programm zur Ausrottung der einheimischen Bevölkerung der Tete-Provinz, was es tatsächlich war.

Ein Armeepriester berichtete, daß noch einen Tag nach dem Putsch in Portugal in der Nähe von Inhaminga 22 afrikanische Bewohner von portugiesischen Truppen abgeschlachtet worden sind.

Vor einer UN-Kommission berichtete ein farbiger Junge am 9.6., wie Soldaten das Dorf Chawala in der Tete-Provinz niedergemacht haben. Soldaten hätten das Dorf umstellt und dann durchsucht. Die Bewohner mußten sich alle in einer Reihe aufstellen und wurden dann einfach abgeknallt. Er selbst sei nur entkommen, weil er unter einem Haufen von Leichen gelegen habe und nicht entdeckt wurde. Ein anderer Zeuge berichtete, wie rhodesische Soldaten bei dem Dorf Makumbura in Hubschraubern gelandet seien. Die Frauen wurden vergewaltigt und dann in eine Hütte gedrängt, die angesteckt wurde. Die Männer wurden in einer anderen Hütte verbrannt. („FR", 10.6.)

Übrigens wird von offizieller portugiesischer Seite jedes direkte Eingreifen Rhodesiens in den Kolonialkrieg in Mosambik strikt abgeleugnet. Mitte April legte die Frelimo jedoch den Personalausweis eines rhodesischen Piloten vor, dessen Maschine beim Einsatz gegen Frelimo-Einheiten über der Provinz Tete (mit einer SAM-7) abgeschossen worden war. Die Frelimo sagte, daß Portugal und Rhodesien sich die Provinz Tete „aufgeteilt" hätten, rhodesische Luft- und Bodenstreitkräfte seien im westlichen Teil eingesetzt.

Die Straße zum Staudamm von Cabora-Bassa wurde von der Frelimo vermint und alle Transporte zum Staudamm können nur unter starker militärischer Bewachung durchgeführt werden. Die deutschen und anderen ausländischen Ingenieure und Facharbeiter, die an dem Staudamm arbeiten, sind durch Stacheldraht und Minengürtel „abgeschirmt". Der größte Teil der Arbeiter am Staudamm sind 6.000 Afrikaner, die hier für den „üblichen" niedrigen Lohn ihren eigenen „Sarg" bauen müssen. Mitte Mai legten die schwarzen Arbeiter die Arbeit nieder und forderten höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Der Kommentar des deutschen (!) Oberbauleiters: *„Daß die Portugiesen so schnell nachgegeben haben, als die schwarzen Arbeiter in den Streik traten und plötzlich mehrere hundert Prozent mehr Lohn haben wollten. Da hätte das Militär, das uns bewacht, einmal aufmarschieren und nur mal demonstrativ durchladen sollen. Dann wäre der ganze Spuk vorbeigewesen."*
(Laut „Stern", 12.6.74)

Die deutschen Ober(g)auleiter kennen sich in solchen Dingen halt besser aus!

Bis Ende letzten Jahres operierte die Frelimo vor allem im Norden des Landes, Anfang des Jahres startete sie eine Offensive und operiert nun auch in der Tete-Provinz bis hin zur zweitgrößten Hafenstadt Beira und zu einer der wichtigsten Eisenbahnverbindungen Beira - Salisburg (Rhodesien).

Anfang Mai mußte daher das militärische Hauptquartier der portugiesische Kolonialtruppen aus Nampula, einer von der Frelimo ebenfalls hart bedrängten Nordprovinz, nach Beira verlegt werden, um der Intensivierung des Guerillakrieges „Rechnung zu tragen". Schwer zu haltende Urwaldgarnisonen wurden aufgegeben, die Kompanien in rückwärts gelegene Stellungen zurückgeführt. Der „Stern" berichtet, daß nach dem Putsch in Portugal die „Kampfmoral" nachgelassen habe, viele Soldaten sich krank melden, obwohl sie nicht krank sind. *„Manche Einheiten patrouillieren nur noch mit aufgesteckten weißen Fahnen (Inschrift: ‚Nieder mit dem Krieg!' ‚Es lebe Frelimo!') an ihren Geländefahrzeugen,"* („Stern", 12.6.74).

Offenbar hatte das portugiesische Oberkommando in Mosambik zunächst Anweisung, nur noch Defensivaktionen zu unternehmen. Allerdings betraf das nicht die speziellen Killertruppen: Fallschirmjäger, Kommandos, Marienfüsiliere und Fährtensucher. 60 % der portugiesischen Armee in Mosambik bestehen übrigens aus Afrikanern, was die Unsicherheit mancher Damen und Herren, „der besten Gesellschaft" Mosambiks zusätzlich steigern dürfte.

Die Frelimo hat ihre Offensive seit dem Regierungswechsel in Lissabon und den „großen Worten", die seitdem aus dieser Richtung zu hören waren, nicht eingeschränkt, sondern eine weitere Verstärkung des Kampfes angekündigt, wohl wissend, daß Gewalt die einzige Sprache ist, die Lissabon versteht.

In den letzten Wochen wurde von verschiedenen Aktionen der Frelimo in der bürgerlichen Presse berichtet. So sprengte die Frelimo in Inhaminga einen Güterzug in die Luft und unternahm eine Serie von Minenanschlägen gegen die Eisenbahnlinien Mosambiks, auf denen die Wirtschaftsgüter zwischen den weißen Siedlern und den rhodesischen Rassisten hin- und herrollen. Diese Aktionen dienen der Schädigung der wirtschaftlichen Verbindungen und der Schädigung der Profite der weißen Minderheitsregimes. Als bei einer Minenexplosion auf der Eisenbahnstrecke Tete - Beira zehn Eisenbahner schwer verletzt wurden, distanzierte sich die Frelimo und sagte, daß sie für Verbrechen verantwortlich gemacht werde, die die Portugiesen angezettelt hätten. Das Bestreben der Portugiesen ist es natürlich, die Frelimo wegen ihrer bewaffneten Aktionen als „blutrünstige Killer" hinzustellen, und deshalb werden bewußt solche Provokationen gemacht, bei denen möglichst viele Menschen sterben oder verletzt werden, was dann der Frelimo zugeschrieben wird.

Die Straßenverbindung mit Beira kann schon lange nur noch unter militärischer Sicherung von den weißen Ausbeutercliquen genutzt werden. Am 14.5. mußte der Gouverneut von Beira sogar selbst einen Konvoi von 50 Lastwagen und zwei Bussen nach Lourenco-Marques (900 km) führen, nachdem die Fahrer sich geweigert hatten, ohne militärische Begleitung zu fahren und die weißen Siedler über das „lasche Durchgreifen" des Gouverneurs gegen die Frelimo schon lautstarke Proteste geäußert hatten.

Mitte Mai gab es große Streikbewegungen in Mosambik. Allein 18.000 Hafenarbeiter, nahezu alle Transportarbeiter legten die Arbeit nieder und forderten Lohnerhöhungen bis zu 1000%. Offenbar kam es hier auch zu gemeinsamer Arbeitsniederlegung mit proletarischen Portugiesen, von denen es wohl auch einen Teil gibt, die den „Weg ins Glück" nicht geschafft haben und ihre Arbeitskraft genau wie die Afrikaner zu Markte tragen müssen. Die Hafenarbeiter arbeiten größtenteils als Tagelöhner für rund 8,50 DM am Tag! Sie bekommen nicht jeden Tag Arbeit, weil es sehr viele Arbeitslose gibt.

Auch im Hotelgewerbe kam es zu ausgedehnten Arbeitsniederlegungen. Die service-gewohnten Europäer mußten sich ihr Frühstück selber machen. Die Kellner usw. sollen Lohnerhöhungen zwischen 50% und 70% erreicht haben. Im vornehmsten Hotel in Lourenco-Marques bekamen sie nach dieser Erhöhung dann ganze 85 DM im Monat, mit Trinkgeldern 120 DM. Ärzte, Krankengeld Mindesturlaub für Afrikaner sind so gut wie unbekannt.

Der weiße Mob und die Geheimpolizei in Mosambik

Ein Zeitungsredakteur in Lourenco-Marques äußerte gegenüber einem westdeutschen Redakteur: *„Anderthalb von drei Portugiesen arbeiten für die Sicherheitspolizei!"*

Die allmächtige Schwadron der Sicherheitspolizei war in Mosambik 3.000 Mann stark. Durch ihre ausgezeichneten Verbindungen zu den weißen Rassisten erreichte sie eine ungemeine Steigerung ihres Wirkungskreises. Die Geheimpolizei hatte z.B. auch über jeden Zeitungsredakteur eine Akte, und jeder Artikel, der von der Zensur gestrichen wurde, kam in die Akte gegen diesen Redakteur. Doch solche Kontrolle war noch das sanfteste.

In Mosambik gibt es eine Reihe berüchtigter Gefängnisse (Machava-Gefängnis in Lourenco-Marques, die Gefangeneninseln Ibo und Kuirimba, die Stadtgefängnisse von Tete, Quelimane und Vila Pery), in denen natürlich fast nur Schwarze, die meisten jahrelang ohne jedes Gerichtsurteil, sitzen. Insgesamt soll es in Mosambik 7.000 politische Gefangene geben, von denen durch Erlaß Lissabons inzwischen knapp 1.000 freigelassen wurden.

In Lourenco-Marques haben fortschrittliche Rechtsanwälte eine „Kommission für Menschenrechte" gegründet und geben die Ergebnisse bekannt, die sie aus den Berichten hunderter entlassener Häftlinge gewonnen haben. Die Gefangenenlager standen alle unter der Regie der DGS-Mörder. *„Wir haben keine Beweise, daß in Machava Leute erschossen wurden, aber man hat die Gefangenen in kleine Zellen gesperrt und ließ sie dort einfach verhungern"*, sagte einer dieser Anwälte. Nach den Berichten sind 900 Gefangene von der DGS ermordet worden, eine Zahl die gewiß höher angesetzt werden muß. Unter Caetano galt das Machava-Gefängnis als „Modellhaftanstalt" und wurde öfter ausländischen Journalisten gezeigt. Nach Aussagen ehemaliger Gefangener wurde das Gefängnis für solche Besuche immer jeweils präpariert. Eine der beliebtesten Foltermethoden in diesem Gefängnis war z.B., die Genitalien der Gefangenen zu durchstechen oder sie mit brennenden Zigaretten zu quälen.

Noch schlimmer ging es auf der Insel Ibo zu. Überlebende Häftlinge berichteten von einem Mitgefangenen, dem der Kopf mit einer Axt abgeschlagen wurde und von einem anderen Fall, bei dem ein Verletzter seine Wunden mit salzigem Meerwasser auswaschen mußte. Viele Überlebende berichteten auch, daß mehrfach Häftlingen die Augen ausgedrückt worden sind.

Der ehemalige KZ-Oberaufseher der Machava-Haftanstalt, Unterinspektor Armando Gonsalves, wurde inzwischen selber in das Gefängnis eingeliefert (in eine Zelle mit Dusche und Klimaanlage? ?).

Zunächst war die portugisiesche Junta nicht gewillt, die DGS-Organisation in den Kolonien aufzulösen, aber offenbar wurde sie durch den Druck der schwarzen Bevölkerung später dazu gezwungen. So wurden auch in Mosambik am 10. Juni 200 Geheimpolizisten verhaftet. Die meisten sind natürlich noch frei und „im Amt".

Der weiße Siedler-Mob in Mosambik ist durchdrungen von einer faschistischen und rassistischen Mentalität. So hat jeder seine Knarre zu Hause, um Afrikaner „umzulegen". Inzwischen tragen sie die Waffen auch ständig mit sich herum und prahlen mit ihren wohlgeordneten Gewehrschränken im Haus.

Am 13.5. kam es zu Zusammenrottungen Tausender Weißer, die immer wieder „Waffen, Waffen!" schrien und „Nieder mit der Frelimo!". Spruchbänder wurden getragen: „Wir werden unsere Rechte bis zum letzten Mann verteidigen" – „Mosambik gehört uns". In Lourenco-Marques gibt es eine faschistische Bürgerwehr, die regelmäßige „Kontrollgänge" durch die schwarzen Wohnviertel macht.

In den letzten Wochen hat sich eine weitere faschistische Bewegung gesammelt, die sog. „Fico"-Bewegung (Fico = „Wir bleiben"). Ein Fico-Sprecher äußerte gegenüber dem „Stern": *„Wir haben allein von einer einzelnen Person fünf Mill. Mark für unsere Zwecke erhalten."*

Es gibt ein altes Arbeiterlied: „Diesen Schindern keine ehrlichen Flinten – den Strick und einen Tritt von hinten!"

Inzwischen ist es zu ersten Gesprächen zwischen einer Abordnung der Junta und der Frelimo mit Samora Machel gekommen. . Die Abordnung der Junta wurde sehr geschickt ausgewähtl: sechs ehemalige politische Häftlinge, darunter auch der Bruder Samora Machels. So erhofft man sich offensichtlich ein gutes „Verhandlungsklima". Die Vermittlerrolle zwischen Portugals Behörden und der Frelimo hat eine Organisation schwarzer Kleinbürger übernommen, die Gumo. Joana Simiao ist eine ihrer führenden Vertreterinnen, Studienrätin aus Lourenco-Marques und bis Ende 72 führendes Mitglied der Partisanenorganisation Coremo.

Auf einer Pressekonferenz kurz nach dem Putsch in Lissabon forderte sie eine „Mosambikisierung von Mosambik". Das Programm der Gumo ist die „Konstituierung einer inneren Front in Mosambik aus allen aufgeschlossenen, besonnenen und kühldenkenden Rassegruppen", also nichts weiter als eine Anbiederung an die portugiesischen Herren.

Frelimo-Präsident Samora Machel sagte in einer Ansprache über Radio Tansania, kurz bevor die ersten Gespräche mit der portugiesischen Abordnung begannen: Zwar könne nicht über die Unabhängigkeit Mosambiks verhandelt werden, wohl aber über die Mittel, diese Unabhängigkeit zu erreichen. Machel versicherte, daß die Frelimo einen Staat schaffen wollen, in dem die Menschen aller Hautfarben in Freiheit zusammenarbeiten können.

Als die Frelimo bei den Verhandlungen Anfang Juni nicht auf die Bedingung der Abordnung einging, eine „Volksbefragung" (die jederzeit durch Portugal manipulierbar ist) über die Unabhängigkeit durchzuführen, gingen die portugiesischen Truppen sofort zu einer neuen Offensive gegen die Frelimo vor. Es ist klar, daß Portugal auch in Mosambik um jeden Millimeter Boden gegen die Frelimo kämpfen wird und mit abwechselnder Taktik vom „Entgegenkommen" und hartem Zuschlagen versuchen will, innerhalb der Frelimo (in der es angeblich auch einen mehr rechten und einen linken Flügel geben soll) Spannungen herbeizuführen.

Doch die Frelimo geht aus einer Position der relativen Stärke in die Verhandlungen und verstärkt weiter ihre bewaffneten Aktionen, um den portugiesischen Imperialisten klar zu machen, daß sie zum Zurückweichen in keiner Weise bereit ist.

FÜR DEN SIEG IM VOLKSKRIEG!!

(In einem nächsten AK-Artikel wollen wir genauer auf die Komplizenschaft der Regimes in Rhodesien und Südafrika eingehen, die sich zur Zeit verstärkt wappnen, den Freiheitskampf in den Kolonien militärisch zu unterdrücken). ●

Leitung der Beiersdorf-Betriebszellen KB-Gruppe Hamburg

Die „alte" Kolonialwirtschaft Lissabons

Mosambiks und Angolas landwirtschaftliche Produkte – wie Baumwolle, Zucker, Kaffee – und Mineralien wurden bisher über Portugal geschleust. Deviseneinnahmen und -ausgaben jedoch durch die portugiesische Zentralbank kontrolliert, ohne daß dabei den Provinzadministrationen Prüfungsrechte eingeräumt wurden.

Beispielsweise sind die Farmer auf den Zuckerplantagen durch die Gesetzgebung gezwungen, ihre Rohprodukte ausschließlich nach Portugal zu liefern, zu einem Kilogrammpreis, der rund ein Drittel unter dem Weltmarktniveau liegt. Die Besitzer der fünf größten Zuckerplantagen in Mosambik – ausschließlich Banken und Finanzkreise in der portugiesischen Metropole – sind gleichzeitig auch Herren der Zuckerfabriken in Portugal. Sie haben dafür gesorgt, daß der Aufbau einer zuckerverarbeitenden Industrie in Mosambik, die dem Land Devisen durch Verkauf außerhalb Portugals bringen würde, nicht erlaubt ist. Nach inoffiziellen Schätzungen soll Mosambik allein am Zuckergeschäft Einnahmen von jährlich umgerechnet 20 Mill. Mark verlieren.

Den Diamantenminen in Angola, den Ölexporteuren in der Enklave Cabinda und den Baumwollplanzern im nördlichen Mosambik geht es ähnlich: Jahrelang gelang es den Lissaboner Geschäftskreisen, Lizenzen für den Aufbau einer Textilindustrie usw. zu verhindern. Der Vorteil: Die in Afrika produzierte Ware mußte nach Lissabon verschifft und dort verarbeitet werden. Die Fertigprodukte kehrten nach der 10.000-Kilometer-Reise dann wieder nach Afrika zurück – nur 200% teurer.

Die Lissaboner Banken behinderten zudem die einheimische Geschäftswelt mit Kreditrestriktionen, wickelten bewußt langsam den Bankverkehr ab (manche Banküberweisung aus Lissabon dauerte drei Monate und mehr), während die Regierung mit Importrestriktionen das Aufbautempo in den Kolonien bestimmte. Nach einem Gesetz aus dem Jahre 1930 fließen immer noch alle Steuereinnahmen der Kommunen und Städte der Kolonien zum Schatzamt der von Lissabon eingesetzten Provinzverwaltung, die bei der Budgetverteilung selten den Wünschen der Gemeinden entsprach, dafür aber solche überdimensionalen imperialistischen Projekte wie den Cabora-Bassa-Staudamm unterstützte.

Auch sämtliche Rechte für den Schiffahrtsverkehr liegen bei den drei großen portugiesischen Reedereien.

Nach den politischen Veränderungen in Lissabon und den neuen Zielen Lissabons in der Kolonialpolitik, wird die Spinola-Regierung nicht umhin kommen, einen Teil der alten Vorrechte an die weiße Oberschicht der Kolonien abzutreten.

HSW:

Drei Jahre Gewerkschaftsausschluss

Im Gewerkschaftsausschlußverfahren nach § 30.1 der Satzung der IG Metall gegen drei ehemalige Mitglieder der VK-Leitung der Hamburger Stahlwerke wurde am 10. Juni das Urteil gesprochen:

3 Jahre Funktions- und Versammlungsverbot für die drei.

Das bedeutet faktisch einen befristeten Gewerkschaftsausschluß für drei Jahre. Allerdings kann der IGM-Vorstand dieses Urteil noch ändern (z.B. schärferes Urteil).

In dem Verfahren hatten der Kläger (der heutige VK-Vorsitzende, Schuhknecht – CDU) und die „Angeklagten" das Recht, je 2 Beisitzer zu stellen. Der Vorsitzende wurde von der Gewerkschaftsführung gestellt – entsprechend waren die Mehrheiten immer 3 : 2 gegen die drei entlassenen Vertrauensleute.

Schon von daher wird das Verfahren zur Farce! Doch wichtiger noch scheint uns, daß bei derartigen Verfahren von folgendem Grundsatz ausgegangen wird:

Die Betroffenen kommen als „Schuldige" in das Verfahren und müssen ihre „Unschuld" beweisen. Die Entscheidung darüber, ob jemand schuldig oder unschuldig ist, haben die Gewerkschaftsführer selber, die den stimmentscheidenden Vorsitzenden einsetzen und das Recht haben, den endgültigen „Urteilsspruch" zu fällen. Sie sind nicht verpflichtet, derartige Verfahren zu veröffentlichen!

Insgesamt dauerte das Verfahren mehrere Stunden. Dabei wurden alte, abgestandenen Vorwürfe erneuert (vergleiche zu HSW auch zurückliegende AK-Nummern seit Jahresanfang) und durch neue, teilweise falsche, ergänzt. Zur Beweisführung diente den Gewerkschaftsführern und ihrem Anhang der Hauptvorwurf, den auch die HSW-Kapitalisten in ihrem verlorenen Arbeitsgerichtsprozeß er-

(vergleiche zu HSW auch zurückliegende AK-Nummern seit Jahresanfang) und durch neue, teilweise falsche, ergänzt. Zur Beweisführung diente den Gewerkschaftsführern und ihrem Anhang der Hauptvorwurf, den auch die HSW-Kapitalisten in ihrem verlorenen Arbeitsgerichtsprozeß er-

hoben, die drei hätten „den Betriebsfrieden gestört". Die Beweise gingen auf Ereignisse bis 1971 zurück, bei denen die Kollegen zu der Zeit entweder noch gar nicht im Betrieb waren oder gar nicht an den Auseinandersetzungen beteiligt waren.

Das Urteil gründet sich auf folgenden zentralen Aussagen:

„Auch ein VK ist an die Friedenspflicht des Tarifvertrages gebunden. Er darf in diesem Fall keine andere Meinung als die des Vorstandes zulassen. Vertritt jedoch jemand eine andere Meinung, so muß er sich darüber im Klaren sein, daß er dabei gegen die Satzung verstößt." („Begründung' für den Vorwurf, die Forderung nach einer Teuerungszulage sei „gewerkschaftsschädigend"!).

„Die Kollegen hätten mit ihrer Meinung nicht an die Öffentlichkeit gehen dürfen . . . Ein IGM-Mitglied, das die offizielle Politik der IGM öffentlich kritisiert, verhält sich schon gewerkschaftsschädigend . . . Öffentlich für ihn ist schon, wenn diese Meinung einem Unorganisierten gegenüber geäußert wird."

Es wird deutlich, daß es in dem Verfahren nicht um die Sache ging, sondern daß nach dem in der IGM bestehenden Grundsatz „der Vorstand hat immer recht", verfahren wurde. Genau diese Art der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung, wie sie im Verfahren wieder deutlich wurde, lehnten die drei Vertrauensleute ab. Damit läßt sich praktisch jede kritische Regung innerhalb der Gewerkschaften abwürgen, und verfolgt man die Urteilsbegründung in der Konsequenz, so hätten im letzten Jahr zehntausende IGM-Mitglieder ausgeschlossen werden können, da sie mit ihrer Teilnahme an „wilden" Streiks „gegen die Friedenspflicht verstießen" und eine andere Meinung als der Vorstand der IGM vertraten.

Für die IGM-Führer soll dieses Urteil der Schlußstrich unter die Entwicklung bei HSW sein: Rausschmisse der klassenbewußten Kollegen, Gewerkschaftsausschluß und Gras drüber wachsen lassen.

Doch die Kollegen haben nicht aufgegeben.

Ihre beiden Beisitzer erkannten das Urteil nicht an, sie verweigerten die Unterschrift und gaben eine Erklärung ab:

„Durch diesen Beschluß soll eine oppositionelle, kritische Meinung aus der Gewerkschaft gedrängt werden. Mit solchen Maßnahmen sollen die Mitglieder der Organisation auf den Vorstandswillen . . . festgelegt werden. Wir halten dies für zutiefst undemokratisch, antigewerkschaftlich und den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung zuwiderlaufend." ●

Betriebszelle HSW
KB/Gruppe Hamburg

Texaco, Hamburg-Grasbrook:

Antikommunisten greifen zur nackten Lüge

Auf der Sitzung des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers (VK) am 20. Mai beantragte die rechte Clique um den Kommunistenjäger und IG-Chemie-Sekretär von Kodolitsch und die Betriebsräte Kuch und Kosidowski den Rausschmiß eines linken Vertrauensmannes aus dem VK Grasbrook (der vierte Rausschmiß innerhalb weniger Monate). Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen über die Vorbereitung der anstehenden Tarifrunde, zu der der geschaßte Kollege (P.F.) eine höhere Lohngruppe für das Reinigungspersonal gefordert hatte. Außerdem hatte er schriftlich formulierte Vorschläge zur Tarifrunde mitgebracht, die u. a. eine Mitgliederversammlung und die Zusammenarbeit aller Hamburger Texaco-VKs anregten.

Es kam jedoch zu keiner Diskussion dieser Fragen, sondern die Rechten stellten lakonisch fest, daß *„sowieso nur eine Show inszeniert wird, um etwas für die KB-Postillen vorzubereiten."*

Einmal beim „Thema", wurden noch einige Maßnahmen gegen die Linken entwickelt, so z. B. durch gezieltes Pfeifen und Zwischenrufe sie am Reden auf Betriebsversammlungen zu hindern. Auf dem Höhepunkt antikommunistischer Hetze wurde der Ruf nach „sauberen Reihen" forciert und der Ausschluß des Kollegen mehrheitlich beschlossen, zumal dieser nicht bereit war, sich zu verpflichten, über alle gelaufenen Diskussionen seinen Kollegen gegenüber zu schweigen.

In einem Schreiben an den Verwaltungsstellenvorstand schrieb der geschaßte Kollege P. F., daß er die Informierung der Kollegen für den elementarsten Grundsatz gewerkschaftlicher Arbeit halte, und fügte ein Kurz-Protokoll der VK-Sitzung an, das den Versuch schildert, ihm einen Maulkorb zu verpassen. Dieses Schreiben verteilte er auch in seiner Abteilung. Das war Grund genug, die „Schmierblattexperten", wieder aktiv werden zu lassen. (Von dieser Clique kamen schon mehrere Flugblätter gegen linke Kollegen – übrigens die einzige „Öffentlichkeitsarbeit" dieser Herren Betriebsräte und Vertrauensleute). Sie behaupteten schlichtweg, P. F. habe ein völlig falsches Protokoll erstellt, der wirkliche Ausschlußgrund sei ihm wohlbekannt (obwohl sie diesen Grund auch nicht nannten!). Außerdem seien „anonyme Schriften" zu erwarten (?), für die P. F. verantwortlich sei. Kein inhaltliches Wort, kein konkreter Beweis gegen den Kollegen also, stattdessen brodelnder „Gerüchtebrei", mit dem die Rechten über mündliche Hetze weiterarbeiten wollten.

P. F. antwortete nun seinerseits mit einem ausführlichen Protokoll der VK-Sitzung für alle Kollegen (s. AK 44). Dies war um so dringender, als ihm bereits mündlich mitgeteilt worden war, daß ihm der Verwaltungsstellenvorstand am 10. Juni sein Mandat als Vertrauensmann entzogen hatte, ohne ihn auch nur anzuhören!

Zum Vorgehen der Bürokraten bei seinem Rausschmiß schrieb er: *„Ich habe „Einheitsgewerkschaft" immer so verstanden, daß verschiedene Meinungen in unserer Organisation bestehen können, und daß sich nach ausführlicher Diskussion die Minderheit der Mehrheit unterordnet und die gefaßten Beschlüsse einheitlich durchgeführt werden. Wer aber dafür sorgen will, daß „Einheitsgewerkschaft" bedeutet, „alle müssen einer Meinung sein", der schwächt unsere Organisation und spaltet sie letztendlich."*

Offenbar hatten die Rechten diese Veröffentlichung von P. F. vorhergesehen, denn noch am selben Tag in der Mittagspause verteilten sie ein neues dreiseitiges Exemplar ihrer berüchtigten „Serie". Danach lief die ganze Sitzung nun völlig anders, als P. F. sie geschildert hatte – hier der stärkste Tobak (eine vollkommen freie Erfindung der rechten Clique): *„Dann verlangte P. F., die Hebewerkfahrer müssen heruntergestuft werden (!), da sie zuviel verdienen würden (!!). Aus dem Kreis der übrigen Vertrauensleute wurde P. F. widersprochen. Es komme darauf an, Tarifpolitik nicht mit „Herunterstufen", sondern mit Niveauanhebung zu betreiben."*

Da soll also P. F. Positionen vertreten haben, die nicht einmal Kapitalisten in der Tarifrunde wagen würden. Nach einer Reihe weiterer Fälschungen, bei denen sich die Bürokraten stets die linkeren (!) Positionen zuschustern, kommt gleich ein ganzer Pulk von „Ausschlußgründen" – quasi zum Aussuchen:

„Häufiges Fehlen auf Sitzungen (nicht die Spur von Wahrheit dran), *wenig konstruktive Mitarbeit (?), ständige Falschberichte über die Arbeit unseres Gremiums an Kollegen, Polemik und Politik in seinen Diskussionsbeiträgen – statt sachlicher Arbeit. Wiederholte unwahre Aussagen und schließlich der Eindruck (!), den viele im Betrieb schon lange hatten, was gewisse Verbindungen angeht, der jetzt durch die übliche Hetze im sogenannten „Arbeiterkampf" nicht gerade weggewischt wurde ..."*

Die schon perverse Verdrehung der Tatsachen zeigt, daß die Bürokraten auf die noch im VK verbliebenen Leute keine taktischen Rücksichten mehr nehmen müssen. Die seit einem Jahr betriebene rechte Ausrichtung, und die fast vollständige Abkehr von den Problemen der Kollegen haben ein Wegbleiben zahlreicher Kollegen bewirkt. Der kleine verbliebene Rest (meist unter 10 Teilnehmer an den Sitzungen) ist heute zu fast jeder Sauerei gegen Linke bereit. Das ist die Bastion, die die Gewerkschaftsführung nicht zuletzt für ihr geplantes Vorgehen gegen die Linken der anderen Texaco-Betriebsteile aufgebaut hat!

Auch dieses Schmierblatt – es ist das sechste in 5 Monaten – fand bei den meisten Kollegen kaum Anklang. Zu dick aufgetragen waren die Lügen gegen P. F., den fast alle Kollegen persönlich oder von Betriebsversammlungen kennen. Allerdings meinen nicht wenige, „ein Fünkchen Wahrheit wird wohl dran sein".

Trotz der für jeden ehrlichen Kollegen heute aussichtslos erscheinenden Situation im VK und in der gewerkschaftlichen Arbeit am Grasbrook, ist es wichtigste Aufgabe der Linken, die spontane Ablehnung der Schmierblätter zu einer aktiven oppositionellen Gewerkschaftsarbeit zu formieren, und auch im VK den Arbeiterverrätern das Feld nicht freiwillig zu überlassen. ●

Betriebszelle Texaco
KB–Gruppe Hamburg

Hamburg, IGM-Jugend: Das war ein Schuß in' Ofen!

Hamburg, IGM-Jugend: Das war ein Schuß in' Ofen!

Hugo Schreiber, Hamburgs IGM-Führungsunikum und Liebling der Metall-Lehrlinge, hat mal wieder zugeschlagen.

Diesmal hatte er sich besonders sorgfältig vorbereitet, um zu einem großen Schlag gegen die Kommunisten und fortschrittlichen Lehrlinge auszuholen.

Anlaß hierzu waren folgende Ereignisse: gleich nach Abschluß der Metalltarifrunde hatten Jugendvertreter, Jugendvertrauensleute und gewerkschaftliche Jugendgruppen in Rundschreiben an die Metallbetriebe die Einberufung einer OJA-Mitgliederversammlung gefordert und Vorschläge für Tagesordnungspunkte gemacht:

- *Auswertung der Tarifrunde in Anknüpfung an die erfolgreichen Mitgliederversammlungen während der Tarifrunde;*
- *Diskussion der Gewerkschaftsausschlüsse, speziell bei HDW;*
- *Verbesserung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit.*

Nacheinander wurden solche Rundschreiben von den Betrieben Hamburger Flugzeugbau, Gutmann Maschinenbau, HDW, Rheinstahl Eggers Kehrhahn und Blohm & Voss verschickt.

Die Gewerkschaftsführer und die Jünger der SDAJ/Jusos im OJA lehnten die Einberufung einer solchen Versammlung ab und reagierten zum größten Teil gar nicht auf die Briefe.

Doch je mehr Briefe kamen, desto mehr wuchs bei Hugo die Einsicht: hier muß etwas geschehen!

Und er handelte! Diesmal hielt er es allerdings nicht einmal für nötig, seine OJA-Jünger vorher zu fragen. Einladung und Planung übernahm er ganz allein. Es wurde ein Einladungsschreiben für eine Mitgliederversammlung versandt, das erst drei bis vier Tage vorher (wo Betriebsräte das Schreiben „aufbewahrten", erst kurz vorher) an die Lehrlinge und Jugendlichen gelangte. Mit dem Schreiben wurde eine Informationsversammlung angekündigt. Die Tagesordnung enthielt alles das, was man vorher versäumt hatte, mit den Mitgliedern zu diskutieren:

1. Bericht von der Jugendkonferenz in Oberhausen,
2. Situation der Berufsbildung,
3. Vortrag zur Tarifrunde, Referent: Hugo Schreiber.

Eine Diskussion war nicht vorgesehen. Daneben hatte Hugo in einem Extra-Schreiben an die Betriebsräte und VK-Leiter der Betriebe HDW, Gutmann und Hamburger Flugzeugbau um ihr Erscheinen gebeten:

„Wir halten dies für notwendig, da die Jugendvertretung Eures Betriebes zum Teil offene Briefe an andere Jugendvertretungen geschickt hat und zu Aktionen aufrief." (Schreiben der IGM-Führer)

Ganz offensichtlich wollte man hier einen gezielten Schlag gegen die Linken führen und sich dabei gleich der Hilfe und Mitarbeit von VK-Leitern und Betriebsräten versichern.

Entscheidend für uns war aber, daß die Herren Gewerkschaftsführer diesen Schlag unter Ausschluß der Öffentlichkeit planten! Dafür spricht zum einen das kurzfristige Ansetzen des Termins und vor allem das Datum, der 13.6. – Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft mit dem Spiel Brasilien – Jugoslawien. Außerdem standen in der Woche und am nächsten Tag für die Maschinenschlosser- und Elektrikerlehrlinge die Facharbeiterprüfungen an.

Der kluge Hugo schätzte wohl ein, daß zu so einem Termin nur die treuesten Anhänger und der harte Kern der Linken erscheinen würde.

Recht hatte er mit seiner Einschätzung. Nur, er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht! Denn auch wir schätzten es so ein, und unsere Jugend-Genossen beschlossen, die Herren Gewerkschaftsführer und ihren Anhang im eigenen Saft schmoren zu lassen. Wir boykottierten die Veranstaltung und diskutierten dies mit den fortschrittlichen Kollegen, den Genossen und Sympathisanten, wobei sich zeigte, daß zu der Zeit unter den Lehrlingskollegen kaum ein Interesse an dieser Veranstaltung war.

Auf der Versammlung war dann high life. Außer Hugo und dem VK-Leiter und Betriebsratsvorsitzenden von Gutmann waren elf jüngere Kollegen anwesend (zum Vergleich: auf der letzten waren es 150!), davon sieben Mitglieder des SDAJ/Juso-OJA's. Hugo versuchte dann, aufkommender Kritik zu begegnen: *„Ich kannte die Fußball-Spielpläne nicht."* und *„Gewerkschaftsarbeit liegt mir mehr am Herzen* (vermutlich auch am Geldbeutel, die Red.), *als Fußball"* und ähnliche nette Sprüche, war dann aber bemüht, die Versammlung schleunigst zu schließen, woran er allerdings hartnäckig durch zwei Kollegen gehindert wurde, die, wo sie nun mal da waren, die Gelegenheit benutzten, ihrer Kritik an der letzten Tarifrunde und der Politik der Gewerkschaftsführer Luft zu machen.

Wir meinen, daß diese Boykott-Aktion zur OJA-Versammlung ebenfalls eine wichtige politische Bedeutung hat: in der Diskussion mit Kollegen können wir zum einen die Absichten und die Politik der Gewerkschaftsführer und ihres heutigen OJA-Anhangs entlarven, andererseits aber auch verstärkt Aktivitäten dahin entwickeln, die überbetriebliche Zusammenarbeit zu fördern und die Notwendigkeit einer Politik, die die Probleme der Arbeiterjugend in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rückt, um sie zu lösen, propagieren.

Deshalb werden wir uns nicht auf unseren leicht verdienten Lorbeeren dieser Negativ-Aktion ausruhen, sondern alle Initiativen aufnehmen und unterstützen, damit nach der Urlaubszeit tatsächlich eine Mitgliederversammlung stattfindet, die von den jugendlichen Mitgliedern getragen wird. Dort werden wir auch die notwendige Auseinandersetzung um die zunehmenden Angriffe gegen die Linken und die Gewerkschaftsausschlüsse führen. ●

Jugendkommission Metall
KB/Gruppe Hamburg

Norddeutsche Affinerie, Hamburg: WAHLSIEG DER LINKEN! – Zu den Jugendvertreterwahlen –

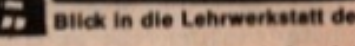
Norddeutsche Affinerie, Hamburg: WAHLSIEG DER LINKEN! – Zu den Jugendvertreterwahlen –

Am 19. und 20. Juni 1974 wurde auf der Norddeutschen Affinerie (Affi) eine neue Jugendvertretung gewählt. Von den ca. 150 Auszubildenden waren 99 wahlberechtigt (unter 18 Jahre). Im Wahlkampf profilierte sich eine Gruppe von Kandidaten – u.a. mit einem Jugendprogramm – alternativ zur bisherigen, vor allem unter Einfluß der DKP/SDAJ stehenden Jugendvertretung. Die Kapitalisten griffen eine Woche vor dem Wahltag ihrerseits ein: In Übereinstimmung mit der Mehrheit des SPD-Betriebsrates kündigten sie dem Spitzenkandidaten der Linken, Peter T., fristlos! Eine sofortige „Einstweilige Verfügung" ermöglichte, daß Peter T. weiter kandidieren kann und weiter ausgebildet werden muß.
Die Auszubildenden der Affi bestätigten bei der JV-Wahl mit großem Vorsprung (66 % aller Stimmen) ihr Vertrauen zu Peter und anderen linken Kandidaten. S.B., bisherige Vorsitzende der Jugendvertretung und Mitglied der DKP/SDAJ, landete abgeschlagen auf Platz 5!

Auf der Jugendversammlung drei Wochen vor der Wahl legten drei Jugendvertreter-Kandidaten ein Forderungsprogramm für Auszubildende vor, daß sie zur Richtschnur ihrer Arbeit machen wollten. Als Peter T. nach und nach die einzelnen Punkte vortrug, erhielt er die übergroße Zustimmung der Auszubildenden. Je näher der Wahltag rückte, desto deutlicher polarisierten sich die Meinungen. Hier die alte Jugendvertretung mit S.B. an der Spitze, da eine Gruppe linker Kandidaten mit eigenen Vorstellungen von Jugendvertreterarbeit, mit Peter T. als Spitzenkandidat.

Am Dienstag, dem 11.6., wurde Peter mitgeteilt, daß er am nächsten Tag zur außerordentlichen Betriebsratssitzung zu erscheinen habe.

Am Mittwoch wurde Peter dann unter fadenscheinigen Vorwänden („arbeitsunwillig" etc.) mit Zustimmung des SPD-Betriebsrates (11 : 7) fristlos gefeuert.


Blick in die Lehrwerkstatt der NA

Er mußte sofort den Betrieb verlassen. Am Freitag beantragte Peter T. wegen Wahlbehinderung und Unterlassung der Ausbildungspflichten beim Arbeitsgericht eine „Einstweilige Verfügung" gegen die Affi.

Am Dienstag (Montag war frei, 17. Juni) ging Peter T. zur Affi mit der „Einstweiligen Verfügung". Doch die Affi-Kapitalisten starteten einen neuen Coup gegen Peter T. Sie führen zwar das Ausbildungsverhältnis mit Peter weiter, aber nicht auf der Affi, in Hamburg-Veddel, sondern in der Gewerbeförderungsanstalt (der Hamburger Handelskammer) in Hamburg-Altona!

Klarer Sieg für die Linken

Am Mittwoch und Donnerstag wurde dann gewählt. Die Auszubildenden zeigten den Affi-Kapitalisten, daß sie sich nicht so schnell einschüchtern lassen.

Von den 99 Wahlberechtigten gaben 81 ihre Stimmen ab, wovon wiederum 74 gültig waren. Von den 74 gültigen Stimmen bekam Peter T. 49, Gudrun und Ernst jeweils 32 (beide hatten das Forderungsprogramm mit Peter unterzeichnet). Sabine (DKP/SDAJ) erreichte mit 29 Stimmen nur den 5. Platz.

Es wird in den nächsten Tagen und Wochen darum gehen, Peter T. – von den Kollegen gewählter Jugendvertreter – mit allen Mitteln wieder auf die Affi zur Weiterführung seiner Ausbildung und Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten als Jugendvertreter zu bekommen.

Dazu sind unter den Auszubildenden, insbesondere auch von der neuen Jugendvertretung, geeignete Solidaritäts-Aktionen zu unternehmen, die auch die älteren Kollegen, Vertrauensleute usw. mit einbeziehen müssen. Peter T. wird, wie er gegenüber seinen Kollegen äußerte, auch mit weiteren juristischen Mitteln alles unternehmen, um wieder auf die Affi zu kommen. Er hat bereits beim Arbeitsgericht Vollstreckungsbefehl beantragt, um seinen Werksausweis zurückzuerhalten.

Peter T. ist selbst dieser Ausweis abgenommen worden, so daß er nicht an der am 27.6. stattfindenden Betriebsversammlung teilnehmen könnte. Am 25.6. mußte die Affi auf Gerichtsbeschluß ihm zumindest für die Betriebsversammlung „freien Zugang" gewähren. ●

Betriebszelle Norddeutsche Affinerie
KB/Gruppe Hamburg

Kampf der kapitalistischen Rationalisierung!

Die Rationalisierungswelle rollt unvermindert weiter

Forts. Metallindustrie

Nur in wirklich krassen Fällen kapitalistischer Mißwirtschaft treten die Gewerkschaftsführer als empörte „Ankläger" auf, um dann ihre Sprüche von „mit Mitbestimmung wär das nicht passiert" unter den Arbeitern zu verbreiten, als ob diese beispielsweise in der Stahlindustrie für die Arbeiter etwas geändert hatte!
In den Betrieben führen zumeist sozialdemokratische Betriebsräte die Proteste gegen die Rationalisierungen an, sie orientieren den Kampf auf Erstellung von Sozialplänen, Einschaltung bürgerlicher (SPD-)Politiker und die Hilfe der Gewerkschaftsführer.
Stattdessen müssen wir die kapitalistische Rationalisierungspolitik ablehnen. Der Kampf hiergegen kann nur als Kampf gegen das kapitalistische System und für die Gewinnung der Arbeiter zum Sturz der Herrschaft des Kapitals geführt werden.
Kampf der kapitalistischen Rationalisierung!

900 Klöckner-Arbeiter entlassen!

Die Belegschaft von VDI-Düsseldorf wurde getäuscht

Das Düsseldorfer Werk der Vereinigten Drahtindustrie (VDI-Fusion Klöckner und Krupp) soll bis 1975 stillgelegt werden. 960 Arbeiter und Angestellte sind dann seit Dezember 1973 entlassen.

Die großangelegte Rationalisierung, die die großen Stahlgiganten Klöckner, Krupp, Thyssen und Mannesmann schon seit etwa 3 Jahren durchführen, hat jetzt auch die Drahtindustrie erreicht. Nachdem Klöckner seine Hüttenwerke in Bremen, Osnabrück und Hagen-Haspe durchrationalisierte, fusionierte der Konzern Anfang 1973 mit dem Krupp-Konzern zur VDI mit den Werken Hamm, Kehl, Düsseldorf und einem kleineren Werk in Göppingen. Mit der Fusion war auch klar, daß Rationalisierungen durchgeführt werden.

Bereits Ende 1973, im Dezember, wurde bekannt, daß 400 Arbeiter in Düsseldorf entlassen werden sollen und das Werk vermutlich stillgelegt wird. Ebenfalls das Göppinger Werk mit 68 Beschäftigten. Die Belegschaft reagierte empört: mit Warnstreiks und einer großen Demonstration. Die Proteste hielten bis in den Januar 1974 hinein an. (vergl. zu VDI auch AK 42, „Kapitalistische Rationalisierung").

Unter dem Druck dieser Proteste wiegelten die Konzern-Bosse ab. Sie ließen zunächst einen Sozialplan erstellen und versprachen schließlich im Februar dem Betriebsrat, daß das Werk nicht geschlossen werde. Damit war allerdings der ursprüngliche Plan nicht gestorben, sondern nur aufgeschoben, um ihn zu einem geeigneteren Zeitpunkt wieder aufzuwärmen.

Ganz offensichtlich rechneten die zuwärmen. Ganz offensichtlich rechneten die Kapitalisten mit erneuten Protesten der Belegschaft; sie setzten dabei aber auf eine Desorientierung des Kampfes – der Betriebsrat, der noch vor einem halben Jahr entschiedenen Widerstand gegen die Schließung leistete, hat diesen mittlerweile zugunsten einer Politik, die schlimmsten Auswirkungen der Entlassungen zu verhindern, aufgegeben. Die Kapitalisten setzten auch darauf, daß die Urlaubszeit eine Organisierung des Protestes behindern wird.

Bei Bekanntgabe des Aufsichtsratsbeschlusses am 11. Juni war die Empörung groß. Mehrere hundert Arbeiter traten in einen Warnstreik. 200 hielten vor dem Betriebsratsbüro eine Protestversammlung ab. Auf einem Transparent stand: „Klöckner und Krupp profitieren, wir die Existenz verlieren."

Am nächsten Tag wurde in Düsseldorf-Oberbilk eine Demonstration der VDI-Belegschaft durchgeführt. Etwa 1.300 Menschen beteiligten sich daran, darunter viele Arbeiter, die ihre Frauen und Kinder zu dieser Protestaktion mitgebracht hatten, und Kollegen anderer Betriebe.

Die Konzern-Bosse versuchten, die Proteste als „unbegründet" hinzustellen. Zynisch erklärten sie, die Arbeiter würden alle wieder Arbeit finden, sie könnten ja *„wahlweise im Werk Hamm, bei anderen Werken der beiden Gesellschafter und schließlich auch bei anderen Unternehmen des Düsseldorfer Raumes ..."* arbeiten („Welt" 13.6.74).



Demonstration gegen die Betriebsstillegung bei VDI/Düsseldorf im Dezember 1973

Proteste bei Olympia

Das Schreibmaschinenwerk Olympia in Kaufbeuren, Teil des AEG-Konzerns, soll geschlossen werden. Bis jetzt sind schon etwa 175 der 1.200 Beschäftigten entlassen; darunter fast 40 Lehrlinge, die ausgelernt haben.



Belegschaftsmitglieder der Olympia-Werke demonstrieren gegen die Stillegung

Belegschaftsmitglieder der Olympia-Werke demonstrieren gegen die Stillegung

Bis Mitte 1975 sollen noch mindestens 700 Beschäftigte entlassen werden, vermutlich wird das Werk Kaufbeuren ganz stillgelegt werden.

Der AEG-Konzern plant die Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer: Chile (!), Spanien (!), Mexiko und Nordirland. Neben der Auspressung der Arbeiter in diesen Ländern sollen auch die deutschen Arbeiter von Olympia der Profitgier zum Opfer fallen. Es ist zu erwarten, daß auch das Wilhelmshavener Hauptwerk von Olympia in Zukunft von größeren Entlassungen und Rationalisierungen nicht verschont bleibt. Die Kapitalisten ziehen noch zusätzlich Profit aus der Verlagerung des Werks ins Ausland, da sie hiermit offiziell „Entwicklungshilfe" leisten!

Als AEG 1968 sein Olympia-Werk im industriearmen Allgäu, in Kaufbeuren, aufbaute, geschah das vor allem wegen eines ausreichenden Arbeitskräftevorrats und relativ niedriger Löhne. Den Arbeitern wurden sichere Arbeitsplätze und ein Ausbau des Werks auf 3.000 Arbeitsplätze versprochen. Von den damals 1.500 Arbeitsplätzen sind bis zur Bekanntgabe der Massenentlassungen bereits über 300 vernichtet worden.

Olympia ist Kaufbeurens größter Industriebetrieb; durch die Entlassungen wird die Arbeitslosenzahl sehr schnell über 4 % steigen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten sind kaum in Aussicht.

In dieser Situation fand Anfang Juni die größte Demonstration nach dem 2. Weltkrieg in Kaufbeuren statt, an der sich ca. 4.000 Arbeiter und Angestellte beteiligten. Sie protestierten gegen die Stillegung des Olympia-Werks. Besonders die SPD bemühte sich im CSU-regierten Bayern, die Proteste auf ihre Partei-Mühlen zu lenken. So sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Wirth auf der Kundgebung: *„Hier wird die Existenz zahlreicher Menschen dadurch bedroht, daß Produktionsstätten im Ausland mit dem Kapital errichtet werden, das nicht zuletzt diejenigen erwirtschaftet haben, denen man jetzt den Arbeitsplatz nehmen will."* („Welt der Arbeit", 21.6.74).

Worüber der Herr Sozialdemokrat kein Wort verliert, das ist, daß die Politik der sozialdemokratischen Bundesregierung dieses Vorgehen der Kapitalisten unterstützt und fördert.

Mannesmann-Röhrenwerke, Remscheid

In einer Vorstandsveröffentlichung vom 5. Juni werden weitere Rationalisierungen angekündigt, die nichts gutes ahnen lassen: „An eine nichts gutes ahnen lassen: *„An eine Stillegung des Werkes ist nicht gedacht, aber die mittelfristige Planung macht strukturelle Umschichtungen in Teilbereichen möglich."*

Die Arbeiter waren gewarnt, denn schon in den Monaten vorher wurden wiederholt Rationalisierungsentlassungen durchgeführt.

Am 6. Juni traten spontan 400 Arbeiter in einen einstündigen Warnstreik und protestierten gegen die Planung der Mannesmann-Bosse.

Eisenwerke Kaiserslautern

Das Werk in Ludwigshafen soll, da es „nicht ausgelastet" ist, stillgelegt werden und die Produktion im Kaiserslauterer Werk konzentriert werden. 120 Arbeiter sind von der Stillegung betroffen. Für sie ist es nur ein schwacher Trost, daß ihnen Werke außerhalb Ludwighafens als Arbeitsplatz angeboten wurden.

Schlesinger-Autozubehör, Offenbach

Bereits seit zwei Jahren hatte die Firma keine Bilanz mehr veröffentlicht, mittlerweile hat sich ihre hohe Verschuldung herausgestellt. Von der Pleite des Betriebs sind 230 Beschäftigte betroffen. Selbst für einen Sozialplan haben die Firmenbosse angeblich kein Geld mehr, er kann ‚aus finanziellen Gründen' nicht erstellt werden.

Alfred Teves GmbH

Aufgrund der „Stagnation des Autoabsatzes" (so die Firmenleitung) wird der Bremsenhersteller 400 Arbeiter in Gifhorn, 150 in Rheinböllen und 50 in Frankfurt entlassen.

„Schiffswerft am Mittelrhein"

Anfang Juni stellte die Werft in Oberwinter überraschend den Konkursantrag. 125 Belegschaftsmitglieder wurden fristlos entlassen.

Heinrich Koppers, Essen

Die Firma, die im Großanlagenbau tätig ist, wird vom Friedrich-Krupp-Konzern übernommen. Für die 2.850 Beschäftigten bedeutet das, daß nun die Gefahr größerer Rationalisierungen und Entlassungen droht. Darüber kann auch die Übernahmeverpflichtung Krupps, die Arbeitsplätze zu sichern, nicht hinwegtäuschen.

Walther-Büromaschinen, Heidenheim

Die Firma hat aufgrund der „angespannten Finanzlage" den Vergleich angemeldet. Für 1.500 Beschäftigte in den Werken Gerstetten und Niederstotzingen bedeutet das die Entlassung.

Anker-Werke, Bielefeld

Für Anfang Juni bis Ende Juli ist in der Büromaschinenfabrik Kurzarbeit angesetzt. Gleichzeitig wurde bekannt, daß durch den sinkenden Absatz von Registrierkassen Entlassungen „notwendig" werden. Der Umfang ist noch nicht bekannt.

Audi - NSU

Durch Nicht-Ersetzen von Kündi- Durch Nicht-Ersetzen von Kündi- gungen und vor allem durch die Verweigerung, Arbeitsverträge mit ausländischen Arbeitern zu erneuern, sparte die Firma in Neckarsulm 520 Arbeitsplätze im April und Mai ein.

Osram-Werk, Landau

Die Produktion soll nach Argentinien verlegt werden. Das Landauer Werk wird stillgelegt und 350 Beschäftigte werden arbeitslos.

Elba-Baumaschinen, Ettingen

Aufgrund der „wirtschaftlich schlechten Lage" werden 74 Arbeiter und Angestellte entlassen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hamburger IG-Metall-Führer zum Mord an Neset Danis: „Der Mord ist nun mal passiert . . ."

Der Mord an dem türkischen Arbeiter Neset Danis durch türkische Faschisten hat unter den ausländischen Arbeitern große Empörung ausgelöst. Auch im Ausländerausschuß der Hamburger IGM wollten die ausländischen Kollegen hierüber diskutieren und Solidarität üben. Anwesend auf der Sitzung war auch der zuständige IGM-Sekretär Erhard Prehm, bekannter Kommunistenjäger in der IGM (z.B. bei HSW)und zutiefst Anti-Gewerkschafter. Prehm war auf der Sitzung besoffen. Als die ausländischen Gewerkschafter über mögliche Aktionen und ein Solidaritätsflugblatt für Danis Neset diskutierten, versuchte Prehm abzuwiegeln und faselte dummes Zeug. Die Kollegen wollten ohne ihn weiter tagen, da er zu besoffen war. Daraufhin pöbelte er sie an: *„Der Mord ist nun mal passiert, Neset Danis war sowieso ein Linker, und von der Gewerkschaft aus wird nichts passieren."*

Den Widerspruch gegen seine Ausfälle und das Beharren darauf, den Fall zu diskutieren, beantwortete er mit der Drohung, er würde sich mit der Ausländerbehörde in Verbindung setzen, um den Anwesenden die Aufenthaltsgenehmigung zu entziehen.

Die Kollegen des Ausländerausschusses haben beim Vorstand die Absetzung von Prehm gefordert.

Der geschilderte Fall ist sicher eine krasse Erscheinung, er kennzeichnet aber die Situation der ausländischen Arbeiter in den Gewerkschaften: sie dürfen zwar Mitglied sein und Beiträge zahlen, sie haben aber zur Zeit so gut wie keine Möglichkeit, ihre Probleme in die Gewerkschaften zu tragen und hierfür eine wirksame Interessenvertretung zu erwarten. Stattdessen wird ein Ausländerausschuß eingesetzt, vergleichbar mit den Angestelltenausschüssen, ohne Rechte. Stattdessen wird ihnen so ein Schwein, wie der Sekretär Prehm, vorgesetzt, der ganz offensichtlich im Suff sein wahres, vielen unserer Genossen aufgrund eigener Erfahrungen bekanntes, Gesicht zeigte. ●

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Westberlin: Scharfer Kurs im Druckhaus

Die Druckhaus Tempelhof GmbH ist mit ca. 800 Beschäftigten der drittgrößte Druckbetrieb Westberlins. Sie gehört zur Unternehmensgruppe Weitpert (Belser/Stuttgart).

Verschärfte Rationalisierung – Entlassungen und betriebliche Lohnkürzungen – kennzeichnen die Politik der Geschäftsleitung im letzten Jahr.

Gegen diese Maßnahmen setzten sich Anfang des Jahres besonders die Kollegen des Tiefdrucks zur Wehr. Als im Zusammenhang mit dem MTV-Abschluß im Druckhaus die Schichtzulagen gekürzt wurden, traten die Tiefdruckkollegen in den indirekten Streik: sie verweigerten das bei uns übliche Arbeiten an unterbesetzten Maschinen, das sogenannte „Ausgleichsfahren".

Die Geschäftsleitung (GL) versuchte, diesen Kampf zu zerschlagen, indem sie demagogisch den Tiefdruckern vorwarf, für eine mögliche Verschlechterung der Auftragslage verantwortlich zu sein, da die Firma durch den Streik nicht termingerecht liefern könne.

Da die Kollegen jedoch unbeirrt auch weiterhin das „Ausgleichfahren" verweigerten, mußte die GL ein Zugeständnis machen: sie bot den Kollegen eine wöchentliche Schichtzulage von 4,– DM an.

Die Mehrheit der Tiefdruckkollegen akzeptierte den Kompromiß, der zwar nicht den ursprünglichen Verlust aufhebt, aber dennoch einen relativen Erfolg darstellt, – ohne Kampfmaßnahmen wäre zweifellos nicht ein Pfennig Vergütung rausgesprungen.

Die äußerst wichtige Erfahrung, daß nur durch Kampf Erfolg erzielt wird, werden die Kollegen im Druckhaus sehr nötig gebrauchen können. – Die GL setzte nämlich zum bisher größten Schlag gegen die Kollegen an: zur Einführung eines Dreistufenplans zur Disziplinierung der Kollegen.

Die Kollegen werden nach diesem Plan in drei Stufen eingerodnet:

1. Spitzenkräfte innerhalb einer Gruppe;
2. Mitarbeiter mit einer allgemein zufriedenstellenden Leistung;
3. Mitarbeiter mit einer nicht immer zufriedenstellenden Leistung bzw. Mitarbeiter, die erst seit kurzem im Gewerbe tätig sind.

Was zuerst wie eine reine Leistungsbeurteilung aussieht, was schon übel genug ist, ist vielmehr auch eine politische Beurteilung der Kollegen.

Dies und was die GL damit im Einzelnen beabsichtigt, haben wir in zwei Flugblättern entlarvt.

Im Augenblick scheint die GL noch nicht direkt mit ihrem „Vorschlag" rausrücken zu wollen, weil die Kollegen zum Teil erneut recht breit über das Disziplinierungssystem diskutiert haben.

Vermutlich sollen sich die – zweifellos nicht sehr großen – Wogen auch noch glätten, ehe die Sache auf den Tisch gebracht wird.

Unsere Aufgabe ist es daher, und unser zweites Flugblatt zu diesem Thema stößt genau in diese Richtung, jedes noch so scheinbar nebensächliche und vom BR runtergespielte Anzeichen der versuchten Einführung breit publik zu machen, um die Wachsamkeit der Kollegen zu erhalten und zu fördern.

Über den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen werden wir in einer der nächsten Nummern berichten. ●

Druckergruppe
im KB/Gruppe Westberlin

ÖTV - Gesundheitswesen, Lübeck

Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie

Seit ca. einem halben Jahr gibt es in der ÖTV Lübeck eine Betriebsgruppe in zwei Krankenhäusern. Schon von Anfang an mußten die Kollegen die Erfahrungen machen, daß die Herren Gewerkschaftsführer durchaus kein Interesse an einer aktiven Gewerkschaftsarbeit haben. Im Gegenteil: Mit allen erdenklichen Mitteln versuchten sie zunächst, die Gründung der Betriebsgruppe zu verhindern, was aber für ÖTV-Spitze und einige rechte Vertreter im Krankenhaus mit einer Niederlage endete: Auf einer Mitgliederversammlung der Abteilung Gesundheitswesen entschied eine überwältigende Mehrheit der Kollegen: Wir wollen eine Betriebsgruppe!
Während der Tarifrunde versuchte die Gewerkschaftsführung die von den Krankenhauskollegen geübte Solidarität mit den Streikenden zu boykottieren: Ein Entwurf für eine Solidaritätsadresse wurde nicht vervielfältigt. Zum 1. Mai allerdings entlarvte sich die ÖTV-Spitze Lübeck erst richtig!

Gewerkschaftsführung belügt Betriebsgruppe

Anfang April hatte die Betriebsgruppe ein ordentliches Treffen. Einige Kollegen fragten den anwesenden Sekretär Winkelmann, was in diesem Jahr von seiten der Gewerkschaftsführung zum 1. Mai geplant sei und ob es nicht die Aufgabe der Kollegen aus den Betrieben sei, diesen Tag, den Kampftag der Arbeiterklasse, vorzubereiten. Winkelmann behauptete frech, am 1. Mai würde auch in diesem Jahr eine Feier im Saal stattfinden. „Begründung":

Die Kollegen hätten ja kein Interesse mehr am 1. Mai. Es würde ja sowieso keiner kommen, und mit einer Demonstration würde sich der DGB ja richtig lächerlich machen. Also die übliche Tour von den „trägen Kollegen" – kein selbstkritisches Wort über die Inhalte der DGB-Veranstaltungen der letzten Jahre.

Winkelmanns Behauptung von den „faulen Kollegen", die am 1. Mai und überhaupt ja nicht mehr kämpfen wollen, schlug auf diesem Treffen relativ gut ein.

Die Lüge ist fehlgeschlagen – jetzt wird es mit Drohung versucht

Schon einen Tag später konnten ÖTV-Jugendliche auf einer Mitglieder-Versammlung (MV) erfahren, daß Herr Winkelmann sie belogen hatte: die IGM-Jugendlichen, die am selben Tag eine Jugendgruppenversammlung hatten, kamen mit der Nachricht: Am 1. Mai findet in diesem Jahr eine DGB-Kundgebung auf dem Marktplatz statt. Es wurde von den ÖTV-Jugendlichen beschlossen, ein Mai-Komitee zu bilden und gemeinsame Forderungen zum 1. Mai aufzustellen.

In der nächsten Woche wurde ein Resolutionsentwurf des Mai-Komitees in der Betriebsgruppe (BG) diskutiert, wobei jede Parole ausführlich besprochen wurde und mit vielen Beispielen aus dem Krankenhaus belegt wurde, d.h. es wurde an den praktischen Erfahrungen angeknüpft. So sind die Kollegen im Krankenhaus momentan von einer Rationalisierungswelle nach industriellem Vorbild betroffen, was von der SPD auch noch als fortschrittliche Reform „Krankenhausfinanzierungsgesetz" verkauft wird. (Die zentralen Parolen sollten als Transparente am 1. Mai getragen werden. Die Resolution sollte vorher als Aufruf verteilt werden).

An diesem Abend bekam die BG einen ersten Vorgeschmack von dem, was noch kommen sollte. Als ein Kollege zur Erläuterung der Parole „Kampf gegen Schlichtungsordnungen" zwei einander widersprechende Äußerungen Kluncker (während der letzten Tarifrunde und später) vorlas, aus denen der Betrug an den ÖTV-Kollegen klar hervor ging, wurde der anwesende Sekretär Winckelmann fuchsteufelswild, sprang zum Platz des Kollegen mit den Worten *„Der Kollege hier hat etwas gegen Kluncker gesagt und damit ist er gegen die ÖTV!"* und wollte die Zitatquelle wissen. Er schrieb sich dann alles genauestens auf.

Der weitsichtigen Reaktion anderer BG-Mitglieder war es zu verdanken, daß der Sekretär aber sogleich eine Schlappe einkassieren mußte. Jemand fragte, wer die Auffassung des bedrohten Kollegen teile und alle Hände der BG-Mitglieder gingen hoch. Es war deutlich, daß das ausführliche Mitschreiben des Sekretärs vielleicht eine spätere Anklageschrift zwecks Ausschluß des betroffenen Kollegen füllen könnte.

Alle Kollegen machten an diesem Abend zum ersten Mal die Erfahrung, mit welcher Doppelzüngigkeit die Gewerkschaftsführer gegen kämpferische Kollegen vorgehen, und daß Kritik daran gleich „gegen die Gewerkschaft" sein soll. Später hat der DGB-Kreisvorstand tatsächlich das Tragen der Parolen „Gegen Schlichtungsordnungen" und die Forderung nach „mehr innergewerkschaftlicher Demokratie" verboten, hinter der die BG einstimmig stand; denn sie hatte selbst erfahren, daß eine solche Forderung ganz besonders wichtig ist.

Spontane Kampfbereitschaft in der BG

Einstimmig wurde beschlossen, den Aufruf auf jeden Fall – notfalls selbstfinanziert – unter den Kollegen zu verteilen, um so eine breite Mobilisierung zum 1. Mai unter kämpferischen Parolen zu erreichen. Außerdem entschieden die Kollegen, daß die Forderungen auf Transparenten während der Kundgebung getragen werden sollten.

Der Vorstand der Betriebsgruppe sollte beim DGB die Transparente „anmelden" und die Forderung nach „Rederecht der Betriebskollegen am 1. Mai" vortragen.

Was für einen spontanen Charakter die Versammlung und ihre Beschlüsse hatte, zeigte sich an zwei Beispielen:

Zum einen, mit welcher Unvoreingenommenheit die Kollegen mutig beschlossen, alles, was sie für richtig halten, auch zu tun. Obwohl mehrmals darauf hingewiesen wurde, daß der Aufruf von den ÖTV-Führern bestimmt nicht erlaubt werden würde, waren alle der Meinung „Dann sollen die aber mal sehen!"

Auf der anderen Seite zeigte die Diskussion einiger Parolen das fehlende Verständnis für die einzige Möglichkeit, den Kampf erfolgreich zu führen, nämlich als Klassenkampf.

Einschüchterungsversuche zeigen erste Erfolge

Auf der nächsten Versammlung rief der Bericht des BG-Vorstandes, die ÖTV-Spitze habe ohne Begründung die Herausgabe der Resolution verboten und nur zwei Parolen erlaubt, bei den Kollegen große Empörung hervor! Dazu wurde von einem Brief berichtet, den Winkelmann einem Kollegen, übrigens demselben, den er auf der letzten Versammlung anzugreifen versucht hatte, persönlich zugeschickt hatte. Darin wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es der Betriebsgruppe verboten ist, „Veröffentlichungen" irgendeiner Art ohne Genehmigung des Kreisvorstandes herauszugeben. Desgleichen soll sich die Betriebsgruppe bei „finanziellen Ausgaben" an den Kreisvorstand wenden.

Das war eine klare vorbeugende Maßnahme mit dem Ziel, die Pläne der Betriebsgruppe zu durchkreuzen.

Die spontane Begeisterung der letzten Versammlung war verflogen. Stattdessen herrschte Ratlosigkeit und Unsicherheit:

- Stimmt es, daß Betriebsgruppen und andere Gewerkschaftsgremien aufgelöst wurden?
- Kann man denn auch aus dem Betrieb rausfliegen?

Auf der einen Seite waren alle Kollegen der Meinung, man müsse zu dem Aufruf stehen, die Forderungen seien schließlich nicht aus der Luft gegriffen!

Andererseits sahen die Kollegen eine große Gefahr darin, daß die Betriebsgruppe aufgelöst würde, dann könne man überhaupt nichts mehr machen.

Wir beschlossen einstimmig, mit dem Aufruf und einer zusätzlichen Erklärung, in der die Vorfälle kurz dargestellt werden, eine Unterschriftensammlung im Betrieb durchzuführen.

▶▶

Täuschungsmanöver bei der Schering AG/Westberlin

Die Schering-Kapitalisten versuchen im Westberliner Werk bei den 4000 Angestellten ein Arbeitsplatzbewertungssystem einzuführen. Dabei legen sie besonderen Wert darauf, eine möglichst weitgehende Identifizierung der Kollegen mit dem System zu erreichen.

Am 22.3. hat die Geschäftsleitung und der Betriebsrat der Schering AG die Kollegen darüber informiert, daß die Schering-Kapitalisten dabei sind, ein Arbeitsplatzbewertungssystem zu „testen", um 4000 Arbeitsplätze den noch nicht ausgehändelten 8 Tarifgruppen (bisher 5) zuzuordnen. Daß dieser „Test" vor dem Abschluß des Tarifvertrages durchgeführt wird, zeigt, daß die Kapitalisten wieder einmal besser über die Absichten der Gewerkschaftsführer informiert sind als die Kollegen.

Auf der Betriebsversammlung fielen keine Informationen ab, außer einigen radikalen Sprüchen von Betriebsrat Pattusch: „Wir können dem (der analytischen Arbeitsplatzbewertung) allerdings nicht zustimmen, wenn es dazu dienen sollte, die Lohnkosten zu senken." Was der Betriebsrat wirklich meint, zeigte sich schon in seinem Flugblatt „Mitteilungen des Betriebsrates" 2/74 vom April 1974; da schreibt er: *„Der Betriebsrat wird erst nach Vorliegen des Ergebnisses darüber entscheiden, ob dieses Verfahren generell angewendet werden kann."* Der BR ist also prinzipiell mit der Einführung einverstanden, es geht ihm darum, zu verhindern, daß auf den ersten Blick die finanzielle Verschlechterung für die Kollegen sichtbar wird. Weder von Seiten des BR noch von der Seite der GL ist bisher zu hören gewesen, was denn letztendlich die „Erstellung von Arbeitsplatzbeschreibungen" für die 4000 Betroffenen bringt. Diese „Geheimhaltungspolitik" hat allerdings klare Gründe. Man will die Kollegen in Sicherheit wiegen: „Da wird ja nur ein Test durchgeführt." Der BR wird, falls die GL etwas für die Kollegen Nachteiliges einführen will, so versucht man ihnen in „Schering informiert" weiszumachen, dies „natürlich" nicht zulassen. Sie sollen sich da also gefälligst raushalten, bzw. werden rausgehalten. Die Vorbereitung für die Einführung der „Arbeitsplatzbeschreibung" laufen aber spätestens seit Anfang März auf vollen Touren!! Es wurde eine sogenannte „Projektgruppe" gebildet, der u.a. auch Rationalisierungsspezialisten der „Plaut-Gruppe" angehören. Diese Rationalisierungstruppe hat unterdessen angeblich einen Plan, wie die „Arbeitsplatzbeschreibung" gegen die Kollegen durchzusetzen ist, schon bis ins Detail mit den Abteilungsleitern besprochen. Die Vorgehensweise wird von der „Projekt-Gruppe" in einem Papier für Bereichs- und Abteilungsleiter dargestellt. Das Papier nennt sich bezeichnenderweise „Strategie (!) für die Eingruppierung der Tarif-Angestellten". Die „Strategie" hat zum Ziel, eine Identifizierung der Kollegen mit ihrer neuen Einstufung zu erreichen. In o.a. Papier liest sich das so: *„Bei großen Diskrepanzen zwischen der Selbst- bzw. Fremdeinstufung (dazu später) des Arbeitsplatzes und der Eingruppierung laut Anstellungsvertrag, wird dem Vorgesetzen angeraten, den Mitarbeiter in die nächste neue Zwischenstufe einzugruppieren. In jedem Fall sollte ein persönliches Gespräch mit dem betroffenen Mitarbeiter stattfinden, in dem gemeinsam mit Einverständnis die neue Tarifgruppe festgelegt wird."* Diese „persönlichen Gespräche" werden schon heute durch Einschüchterungskampagnen vorbereitet. In den letzten Wochen wurden alle jene „Mitarbeiter", die häufiger als erwünscht fehlten, mit Kündigung bedroht, wenn sich das nicht ändern würde.

Damit gar nicht erst große „Diskrepanzen" entstehen, wird jeder der 4000 angehalten, sich nach einem von der „Plaut-Gruppe" erstellten Richtbeispiel „selbst einzustufen". (Selbsteinstufung). Dann erfolgt durch jeden Kollegen die anonyme „Fremdeinstufung", laut Strategie-Papier, wobei die Kollegen aufgefordert werden, *„Personen zu nennen, deren Arbeitsplätze in etwa dem eigenen entsprechen und andere Personen zu nennen, die Arbeitsplätze einnehmen, die etwa eine Stufe unter oder über ihnen einzuordnen wären"*. Damit auch ja jeder nur an sich selbst denkt, heißt es in den „Anweisungen zur Fremdeinstufung": *„Zum Abschluß bitten wir sie noch einmal bei dieser Einstufung, sich nicht ihren Kollegen als Menschen mit seinen Fähigkeiten vorzustellen, sondern allein seinen Arbeitsplatz"*. Hier zeigt sich deutlich, daß die Kapitalisten nicht, wie sie immer vorgeben, eine „leistungsgerechte" Bezahlung einführen wollen, bzw. auch gar nicht können.

Die Kollegen sollen davon überzeugt werden, daß die kapitalistischen Arbeitsbedingungen, Rationalisierungen, Lohnsenkungen usw. „naturgegeben" seien und nicht etwa von den Profitzielen der Kapitalisten bestimmt werden. Die Unterwerfung durch Identifizierung soll sie vom Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abhalten. Ist die Identifizierung mit der „Arbeitsplatzbeschreibung" erstmal gelungen, dann bleibt den Kollegen nur noch die Möglichkeit, durch mehr ranklotzen diesen „Naturvorgang" zu bekämpfen. Die Spielregeln für diesen Kampf werden wiederum von den Kapitalisten vorgelegt, diesmal durch Bewertung von „Individuellem Wohlverhalten, Fleiß und Disziplin."

Daß die Befragung der Kollegen (Selbst- und Fremdeinstufung) den Kollegen nur Einflußmöglichkeiten vortäuschen soll, zeigt folgende Anweisung im „Strategiepapier": *„Der Vorgesetzte stuft alle Arbeitsplätze der ihm unterstellten Mitarbeiter in die Tarifgruppen ein, wobei die Richtbeispiele (der Plaut-Gruppe) als bindend angesehen werden."* Wie kommen nun allgemein solche Richtbeispiele zustande? Da bei Schering noch nicht einmal die Kriterien für die Bepunktung der Arbeitsplätze bekannt sind, d.h. der BR es nicht für nötig hielt, diese Unterlagen zu besorgen und bekanntzumachen, stützen wir uns auf die Erfahrungen der Norddeutschen Affinerie in Hamburg:

„Unsere Arbeitsplatzbewertung soll nun nicht die persönliche Leistung eines Arbeiters erfassen, sondern den objektiven Schwierigkeitsgrad und das Ausmaß der Anforderungen feststellen, die ein bestimmter Arbeitsplatz mit sich bringt (egal wer an diesem Platz arbeitet). Der Arbeitsplatz soll dabei mit den entsprechenden Anforderungen anderer Arbeitsplätze verglichen werden, wobei sich eine Rangordnung von Arbeitsplätzen ergeben soll."

Gewichtung der Anforderungsarten nach dem Verfahren von Euler und Stevens

Hauptgruppe	Nr.	Anforderungsart	theoretisch höchste Wertzahl	Zwischensumme
I. Wissen und Können	1	Fachkenntnisse	7	
	2	berufliche Geschicklichkeit	4	11
II. Verantwortung	3	Betriebsmittel und Erzeugnisse	3	
	4	Sicherheit anderer	3	
	5	Arbeitsablauf	3	9
III. Körper und Geist	6	Muskelarbeit	8	
	7	Aufmerksamkeit (Sinne und Nerven)	2	
	8	Nachdenken (geistige Beanspruchung)	4	14
IV. Umgebungseinflüsse (Erschwernis der Arbeit)	9	Temperatur	3	
	10	Wasser, Feuchtigkeit, Säure	1,5	
	11	Verschmutzung (Öl, Fett, Schmutz, Staub)	2	
	12	Gase, Dämpfe	2	
	13	Lärm, Erschütterung	1,5	
	14	Blendung, Lichtmangel	1,5	
	15	Erkältungsgefahr, Arbeiten im Freien	1,5	
	16	Unfallgefährdung	3	15
		Summe 1–16	49,0	49,0

Mit Hilfe dieses Schemas kann man für jeden Arbeitsplatz eine bestimmte Punktzahl errechnen. Dies geschieht jedoch nicht durch einfaches Zusammenzählen der Punkte, sondern jede einzelne der 16 Anforderungsarten muß vorher noch „gewichtet" werden: Tritt eine Anforderungsart in besonders starkem Maße auf (z.B. Unfallgefahr), so wird die Punktzahl mit einem bestimmten Faktor multipliziert; tritt sie in besonders geringem Maße auf, so gibt es dafür entsprechend weniger Punkte. Diese Gewichtung der einzelnen Anforderungsarten erfolgt in der Regel durch Schätzung.

Das hier dargestellte System der Arbeitsbewertung mutet auf den ersten Blick sehr wissenschaftlich und mathematisch exakt an. Jede Willkür scheint ausgeschlossen, alles scheint rational und nachprüfbar zu sein; – von Ausbeutung und Klassenkampf scheinbar keine Spur mehr. Dennoch ist der Willkür der Unternehmer Tür und Tor geöffnet: Das zeigt sich schon in dem Standard-Schema mit den 16 Anforderungsarten und ihrer Punktbewertung. Durch die Punktbewertung sollen die 16 qualitativ vollkommen verschiedenen Anforderungen auf einen Nenner gebracht werden. Das kann nicht auf irgendeine „wissenschaftliche" Weise geschehen, sondern nur durch willkürliche, rein subjektive Schätzungen. Es ist z.B. gar nicht einzusehen, warum die Punktzahl für „Nachdenken" doppelt so hoch ist, wie die Zahl für Erschwernisarbeit durch Gase und Dämpfe. Die Bewertung könnte genausogut umgekehrt sein.

Die REFA-„Wissenschaftler" müssen selbst zugeben, daß sie schon bei der Umwandlung der einzelnen Anforderungsarten in Punkte („Arbeitswerte") mit ihrer Wissenschaft am Ende sind: *„Prüft man die Anforderungen daraufhin, ob sie meßbar sind, so zeigt sich, daß dies nur bei wenigen zutrifft. Insbesondere die Verantwortung, die Geschicklichkeit sowie die Belästigung durch Schmutz und Unfallgefahr entziehen sich jeder Messung"* (REFA-Buch, S. 31). An die Stelle mathematischer Messungen tritt die Methode des „geborenen Schätzers, der traumhaft über den Daumen peilt."

(Aus „Arbeitsstimme" von der Betriebszelle des KB auf der Norddeutschen Affinerie Nr. 13 Juni 73).

Dieser Angriff auf die 4.000 Angestellten bei Schering steht im Zusammenhang mit der Einführung von neuen Lohnsystemen sowohl im Bereich Pharma-Produktion, wie bei den 300 Handwerkern. Darüber soll in einem späteren Artikel berichtet werden. ●

Chemie-Genossen von Schering/Westberlin

Offensive gegen die Hetze im Betrieb

Unter diesen Vorzeichen erschien eine Verteilung des Aufrufs zu riskant. Wir wählten deshalb den Weg der Unterschriftensammlung zu diesem Aufruf bei den ÖTV-Kollegen im Betrieb. Dadurch verzichteten wir auf eine offizielle Veröffentlichung, um der Gewerkschaftsführung keinen Vorwand zur Auflösung der Gruppe zu geben.

Die Unterschriftensammlung schlug zwei Fliegen mit einer Klappe: den ÖTV-Kollegen im Betrieb wurde auf diese Art viel besser als durch einfaches Verteilen die Forderungen, die die Kollegen in der BG aufgestellt hatten, bekannt. Außerdem konnte so durch direkte Gespräche die Politik der Gewerkschaftsführung viel besser aufgedeckt werden.

Durch ihre Unterschrift stellten sich die Kollegen hinter diesen Aufruf und die Parolen und kritisierten die Gewerkschaftsführung, die durch *„ein solches Abwürgen der selbständigen Aktivitäten von Mitgliedern die Einheit und Stärke der Gewerkschaft schädigt!"*. Der geplante und verbotene Aufruf sowie die Unterschriftensammlung sollte an alle Vertrauensleutekörper der ÖTV in Lübeck zur Information und Bekanntgabe bei den Kollegen verschickt werden.

Wichtig für die Einschätzung der folgenden Sammlung der Unterschriften im Betrieb ist die Tatsache, daß wir als Betriebsgruppe erst seit 1/2 Jahr arbeiten, eine verhältnismäßig kurze Zeit, in der es uns erst ansatzweise gelungen ist, ein politisches Bewußtsein hineinzutragen. Entsprechend fiel es vielen Kollegen schwer, bei der Sammlung der Unterschriften die richtigen Standpunkte zu vertreten. Am ersten Tag kam die Unterschriftensammlung nur schleppend

die richtigen Standpunkte zu vertreten. Am ersten Tag kam die Unterschriftensammlung nur schleppend

in Gang, so daß wir Schlimmstes befürchteten und manche die Sache am liebsten ungeschehen gemacht hätten. Besonders schwer fiel es, den Abschnitt von den „ohnehin benachteiligten ausländischen Arbeitern" zu diskutieren; das schlägt die faschistische Verhetzung der „Bild" usw. bei den Kollegen voll an!

Am zweiten Tag kamen dann jedoch plötzlich sehr viel mehr Unterschriften zusammen. Insgesamt haben in 2 Tagen 56 von insgesamt 4oo organisierten Kollegen unterschrieben. Das erscheint uns als eine beachtliche Zahl, wenn man bedenkt, daß die Gespräche mit den Kollegen sehr zeitraubend waren. Viele Kollegen haben auch deshalb nicht unterschrieben, weil sie Schwierigkeiten im Betrieb befürchteten, andere deshalb nicht, weil ihnen einzelne Teile nicht richtig erschienen.

Nach unserer Aktion begann eine massive Hetzkampagne durch die Rechten im Betrieb. Sie richtete sich gegen „die kommunistisch unterwanderte Betriebsgruppe" sowie speziell gegen zwei fortschrittliche Kollegen in der Betriebsgruppe.

Gerüchte über die bevorstehende Auflösung der Betriebsgruppe wurden in die Welt gesetzt (durch die Gewerkschaftsführung selbst wie auch durch die Rechten im Betrieb). Besonders taten sich dabei die Personalratsmitglieder Herrmann (PR-Vorsitzender und Leiter der ÖTV – Abt. Gesundheitswesen in Lübeck), Pasch, Briest und Schombardt hervor. (Übrigens sind PR-Mitglieder, die in der ÖTV sind, automatisch, d.h.„kraft Amtes" Vertrauensleute!). Ein weites Gerücht besagte, daß die BG keinen Raum mehr im Gewerkschaftshaus zur Verfügung gestellt bekommen sollte (angeblich hat Winckelmann das gesagt). Und die DGB-Vorsitzende Ingeborg Sommer soll höchstpersönlich gesagt haben, die BG sei „sowieso schon weg vom Fenster". Rechte Gewerkschafter im Betrieb (nur dort?) sagten, daß zwei Kollegen „nicht in die BG gehörten, da sie Kommunisten" seien und sie bald ausgeschlossen würden (einer von ihnen hatte in der BG Kluncker kritisiert, s.o). Noch schlimmer, die Kommunisten in der BG wären angeblich in einer Abstimmung über den geplanten Aufruf zum ersten Mai mit 6:9 Stimmen unterlegen und wollten jetzt durch die Unterschriftensammlung im Betrieb doch noch die Veröffentlichung des Aufrufes erzwingen. Wahr ist, daß der Aufruf und die Veröffentlichung einstimmig beschlossen worden war! Außerdem wären, so die Rechten, Leute mit DKP-Abzeichen in der BG herumgelaufen (Na so was! – stimmt aber nicht).

Der vorläufige Gipfel der faschistischen Hetze gegen die BG, von den Rechten gemeinhin als „Rote Betriebskampfgruppe" bezeichnet, bestand darin, daß das Gerücht verbreitet wurde, in der BG würde „Die Internationale" geübt, „um die Russen beim Einmarsch besser empfangen zu können"; weiter, man müsse „eine Bombe in die BG schmeißen, damit der ganze Laden hochgeht" (wörtliches Zitat eines Faschisten im Betrieb).

Bei der Sammlung von Unterschriften machten wir die Erfahrung, daß die Hetze teilweise angeschlagen hatte. Kollegen, die vorher verhetzt worden waren, waren anschließend kaum bereit, sich unsere Argumente anzuhören, manche pöbelten gleich los, viele sprachen zwar mit uns über den Aufruf, doch von diesen Kollegen haben nur wenige unterschrieben.

Die Gewerkschaftsführung weiß von nichts

Auf einer weiteren BG-Versammlung sollte über das Schicksal der geplanten Transparente diskutiert werden. Parolen wie „Gegen Schlichtungsordnung!" und „Für mehr innergewerkschaftliche Demokratie" waren verboten worden. Fast alle Kollegen waren dagegen, sie dennoch zu tragen, weil dies das „sichere Ende" der Betriebsgruppe sei,

Einige Kollegen waren der Meinung, man solle lieber gar keine Parolen tragen als die vom DGB erlaubten.

Doch die Mehrzahl der Kollegen ging davon aus, daß wir uns „erlaubte" Parolen wie z.B. „Gegen Reallohnabbau – für kämpferische Tarifpolitik" schließlich auch erkämpft hätten und man sie deshalb auch tragen sollte.

Winkelmann war auf der Versammlung anwesend und wurde von den Kollegen heftig angegriffen.

Immer wieder forderten die Kollegen eine Begründung von ihm für das Verbot. Er redete sich raus, das sei Sache des DGB, nicht der ÖTV. Der DGB hatte uns allerdings zur ÖTV geschickt, da das „Angelegenheiten der Einzelgewerkschaften" seien. – Winkelmann weiter: Dann

heiten der Einzelgewerkschaften" seien. – Winkelmann weiter: Dann

sei das Sache des Kreisvorstandes, und der hätte auf der letzten Sitzung die Geschichte nicht behandelt. Nach seiner persönlichen Meinung befragt, gab er keine Antwort.

Erfahrungen mit der Betriebsgruppe

Der Kampf um die Durchsetzung der Mai-Parolen hat den Kollegen von der Betriebsgruppe viele wichtige Erfahrungen gebracht. Die Gewerkschaftsführung hat gezeigt, daß sie lieber lügt und betrügt, als daß sie einen Fortschritt duldet. Die Kollegen haben auch gemerkt, daß es bei Angriffen der Gewerkschaftsführung gut ist, selber offensiv vorzugehen, anstatt kampflos nachzugeben.

Am 1. Mai selbst, wo etwa 2.500 Menschen teilnahmen, redete die DGB-Kreisvorsitzende viel von „mehr Demokratie (wagen)", erntete jedoch herzlich wenig Beifall für ihr leeres Geschwätz. Wie sie es damit in den eigenen Reihen hält, wußten die Krankenhaus-Gewerkschafter inzwischen zu genau. Die BG war unter drei (gerade noch „genehmigten") Transparenten versammelt, weil man nicht nach dem Motto „Alles oder nichts!" verfahren wollte.

Die Mehrzahl der Kollegen hörte sich auch die Mai-Kundgebung des KB recht genau an – in der auf die Vorkommnisse in den Gewerkschaften ausführlich eingegangen wurde. Viele hatten inzwischen gelernt, warum der KB das Transparent „Machen wir die Gewerschaften zu Kampfinstrumenten der Arbeiterklasse" trug. Es gilt, diese Lernprozesse durch kommunistische Agitation und Propaganda zu vertiefen und zu zeigen, wie der Kampf für dieses Ziel heute geführt werden muß.

Vor den vorläufigen Ergebnissen der rechten Hetze dürfen wir nicht zurückweichen! Gerade auf die Feststellung „Das ist mir zu kommunistisch" müssen wir richtig reagieren: Wenn das z.B. im Zusammenhang mit einer Unterschriftensammlung geäußert wird, kann die Antwort nur sein:" Wenn das kommunistisch ist, z.B. gegen Reallohnabbau und für Solidarität der internationalen Arbeiterklasse zu sein, dann ist kommunistisch nicht schlecht!"

Da die BG-Mitglieder doch infolge der massiven rechten Hetze in eine relative Isolation von der Masse der Kollegen gedrängt worden sind, ist zuletzt eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung gefordert worden, auf der „Fragen an die Betriebsgruppe" gestellt werden sollen. Dann sollen die Rechten mal aus ihren Mieflöchern kriechen und eine Auseinandersetzung vor der Masse der Kollegen führen. Diese nämlich wird von der BG bewußt gesucht; denn nur mit dem Gesicht zu den Kollegen können Fortschritte erzielt werden. ●

Krankenhaus - Zelle des KB Lübeck

HAPAG–LLOYD als „Entwicklungshelfer"

MS „Hessenstein" geht unter Ecuador-Flagge

HAPAG–LLOYD, größter deutscher Schiffahrtskonzern mit insgesamt rd. 10.500 Beschäftigten – Linienschiffahrt, Trampschiffahrt, Tankerfahrt, Luftfahrt, Offshore (Versorgung von Bohrinseln), Werft, Touristik – entdeckt sein Herz für die „Entwicklungsländer". Das Unternehmen der DEUTSCHEN und DRESDNER BANK, die u.a. die faschistischen Militärdiktaturen in Indonesien und Chile mit an die Macht brachten, teilt in seinem Hausblatt „HAPAG–LLOYD aktuell" vom Juni 1974 mit, daß die ecuadorianische Staatsreederei Transnave und die HAPAG–LLOYD AG im April ein Abkommen unterzeichnet haben, das den Gemeinschaftsdienst beider Reedereien von und nach der südamerikanischen Westküste vorsieht.

In Verbindung mit diesem Vertrag wird den Seeleuten bei HAPAG–LLOYD die Mitteilung gemacht, daß „zur Gewährleistung eines effizienten Dienstes..." die MS „HESSEN - STEIN" (Baujahr 1967) an die Transnave „verkauft" wird. Damit reduziert sich die Flotte von HAPAG–LLOYD unter westdeutscher Flagge von über 110 Schiffen im Jahre 1970 auf nunmehr 58 Einheiten; zu den bisher 3.000 „freigesetzten" Seeleuten treten neue hinzu.

HAPAG–LLOYD vergißt in der Begründung für diesen Pakt mit der nationalen Bourgeoisie Ecuadors nicht zu betonen, daß das Abkom-

nicht zu betonen, daß das Abkom-

men *„der grundsätzlichen Einstellung der Regierungen von Ecuador und der Bundesrepublik Deutschland zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit* (auf wessen Rücken? !) ... *dient."*

Die SPD/FDP-Regierung als gegenwärtig geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse hat inzwischen schon Routine im Abschließen von Schiffahrtsverträgen mit südamerikanischen Regimes, legte sie doch bereits zu Beginn des Jahres 1972 durch ein Abkommen mit der Regierung von Panama die juristischen Grundlagen für den unmittelbar bevorstehenden Massenexport von 15 älteren HAPAG–LLOYD-Schiffen nach Panama (s. dazu unseren ausführlichen Artikel im ARBEITERKAMPF Nr. 41).

In der Pose des Wohltäters für die Völker der Dritten Welt nimmt die Konzernleitung für sich in Anspruch, daß durch den „Gemeinschaftsdienst" mit der ecuadorianischen Staatsreederei **„ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Angleichung (!) einzelner im Aufbau befindlicher Länder dieses Kontinents (!) geleistet"** wird.

Wir zweifeln nicht daran, daß nach der politischen „Angleichung" Chiles der Mörderbande um Pinochet seitens HAPAG–LLOYD diese freundliche „Aufbauhilfe" ebenfalls gewährt wird. „Wirtschaftliche Angleichung", das zeigt das Schicksal der südamerikanischen Völker sowie der unterdrückten Völker in aller Welt, das heißt erbarmungslose Auspressung der Völker im Komplott mit den herrschenden Cliquen dieser Länder. Unter der Maske des freundlichen Wohltäters HAPAG–LLOYD grinst nur allzu deutlich die Fratze des imperialistischen Räubers hervor.

Das Abkommen zwischen HAPAG–LLOYD und Ecuador muß im Zusammenhang gesehen werden mit einer kürzlich zu Ende gegangenen Schiffahrtskonferenz im Rahmen der Vereinten Nationen. Das wichtigste Ergebnis dieser Konferenz ist eine Regelung über die Ladungsaufteilung im Seehandel zwischen den verschiedenen schiffahrttreibenden Ländern. Danach wird das Ladungsaufkommen im Verhältnis 40/40/20 aufgeteilt. Am Beispiel Ecuadors würde das bedeuten: 40 % der Güter gehen an westdeutsche Schiffe (praktisch HAPAG–LLOYD), 40 % an die ecuadorianische Staatsreederei (wo HAPAG–LLOYD jetzt ebenfalls voll die Finger drin hat!) und 20 % bleibt für die Flotten anderer am Seehandel verdienender Staaten, hier u.a. die skandinavischen Reedereien, die gegen diese Ladungsauftei-

reien, die gegen diese Ladungsauftei-

lung heftig protestiert haben, da sie dadurch weitgehend aus dem Geschäft geworfen werden.

Trotz großen Lamentierens über das Ende der „Freiheit der Meere", d.h. der Freiheit aller Reedereikapitalisten, unbeschränkt überall mit ihren Flotten einzudringen, vollzieht sich heute deutlich eine verstärkte Bildung von zweiseitigen Flottenkartellen zwischen imperialistischen Ländern und von ihnen abhängigen Entwicklungsländern.

Das Demagogische und Chauvinistische in der Klage der Imperialisten über den Verlust der „Freiheit der Meere" liegt darin, daß sie die Abschaffung dieser „Freiheit" den Entwicklungsländern in die Schuhe schieben, denen sie „Flaggenprotektionismus" und „Erpressung" vorwerfen, während es die Imperialisten selbst sind, die in verstärktem Maße Kartelle bilden.

Nachdem die westdeutschen Imperialisten die skandinavische Konkurrenz aus dem Rennen geworfen haben, gehen sie jetzt daran, sich auch noch die 40 % Anteil für die Entwicklungsländer unter den Nagel zu reißen, und zwar durch Tochterfirmen wie im Falle Panama oder durch Scheinverkäufe wie im Falle „Hessenstein" an Ecuador.

Dabei nutzen die Reedereien die „guten Beziehungen", die das westdeutsche Finanzkapital traditionsgemäß zu den Regimes in Südamerika unterhält. Mit jedem Schiffahrtskartell wird das Netz enger, das der wiederaufstrebende westdeutsche Imperialismus über die Länder der Dritten Welt auswirft, dies in schärfster Konkurrenz zu den übrigen imperialistischen Ländern, die der westdeutsche Imperialismus verdrängen muß, um sich an ihre Stelle zu setzen.

Um noch bessere Ausgangsbedingungen für seinen räuberischen Handelskrieg zu erlangen, räumt der BRD-Imperialismus den westdeutschen Reedern, allen voran HAPAG–LLOYD, Subventionen aus dem „großen Topf" des Bundeshaushaltes ein, was die anderen imperialistischen Nationen ihrerseits zu erhöhten Subventionen veranlaßt.

Angeblich aus Sorge um die Arbeitsplätze der deutschen Seeleute und zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Flotte stimmen die Führungen der Gewerkschaften ÖTV und DAG mit ein in den Reederruf nach mehr Subventionen. Damit unterstützen sie die imperialistische Expansionspolitik des westdeutschen Kapitals. Die ÖTV-Führung versteigt sich gar zu nationalistischen Tönen, um den Protest der Seeleute gegen die arbei-

Protest der Seeleute gegen die arbei-

terfeindlichen Maßnahmen der Reeder zu kanalisieren. *„Die Notwendigkeit einer eigenen* (wessen Eigentum?) *Handelsflotte für die Bundesrepublik Deutschland ist ... begründet in der Abhängigkeit unseres* (unseres? ?) *Staates von der Rohstoffversorgung – also Importe – und dem Export der erstellten Güter."* (ÖTV-Seefahrt, Mai/Juni 1974)

Ziel einer an den Interessen der Arbeiterklasse ausgerichteten Politik jedoch kann nicht die „Wiederherstellung" der Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Imperialisten sein, sondern die völlige Aufhebung dieser Konkurrenz durch die Überwindung des Kapitalismus.

Wer diesen Weg ablehnt und gleichzeitig über die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Reeder wie das Ausflaggen als „Form brutaler Reederwillkür" zetert, der ist im besten Falle ein Tagträumer, der den Kapitalismus nach wie vor für reformierbar hält, im schlechtesten Falle ein Scharlatan, der seine Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie mit wortradikalen Sprüchen tarnt. ●

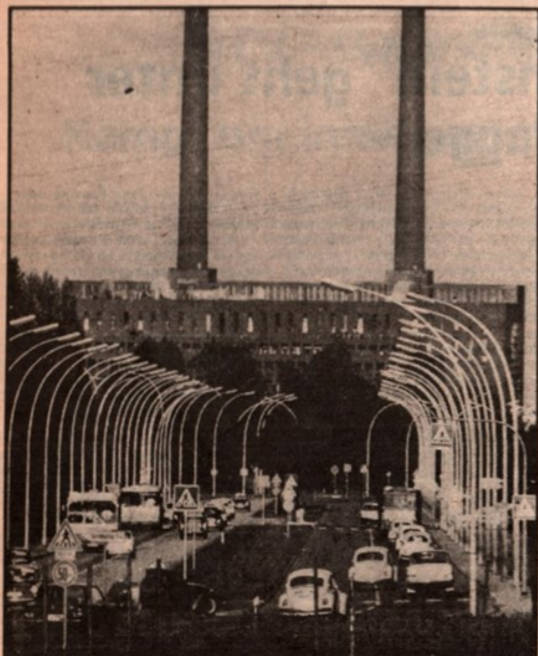
Hapag-Lloyd Frachtdienste



Ein Entwicklungshelfer...

MASSENENTLASSUNGEN BEI VW

Mindestens 12 000 Arbeiter weniger in diesem Jahr



Volkswagenwerk in Wolfsburg: der größte Teil der Bevölkerung ist von der Arbeit bei VW abhängig. Wer bei VW nicht mehr arbeiten kann, der muß meistens in eine andere Stadt ziehen und Arbeit suchen.

Alle Beschwichtigungen der VW-Konzernleitung und der sozialdemokratischen Betriebsräte vor den niedersächsischen Landtagswahlen, VW plane keine Entlassungen, erwiesen sich kurz nach den Wahlen als reine taktische Manöver. Ganz offensichtlich wollte man die SPD-Kampagne der „sicheren Arbeitsplätze" nicht mit derartigen Meldungen stören.

Mittlerweile sind ein Großteil Entlassungen schon vollzogen und weitere geplant. VW versucht selbst hieraus noch Profit zu schlagen und verbreitet in der Öffentlichkeit seine „humane" Methode der Belegschaftsreduzierung.

Durch einen sogenannten „Aufhebungsvertrag" will der Konzern im Juni die Belegschaft um etwa 3.000 Arbeiter verringern. Mit diesem Vertrag werden jedem Arbeiter, der freiwillig kündigt, zwischen DM 5.000,– und DM 9.000,– einmaliger Zahlung geboten. Dieses ach so großzügige Lockmittel enthält allerdings: das Urlaubsgeld, die sogenannte Erfolgsprämie, die jährlich gezahlt wird, und einen 13. Monatslohn; man sieht – so weit her ist es mit diesem „großzügigen" Angebot nicht, denn der größte Teil der Summe faßt nur das zusammen, was den Arbeitern tariflich im Laufe des Jahres sowieso gezahlt werden muß. Die Locksumme gilt allerdings nur für Arbeiter bestimmter Betriebsteile besonders in den Werken Kassel und Hannover; hier will man insbesondere wieder die ausländischen Arbeiter entlassen.

Die VW-Bosse gehen bei ihrem Konzept der „humanen" Entlassungen von folgender Vorstellung aus:

- Viele Arbeiter haben durch die Kurzarbeit in diesem Jahr große Lohneinbußen. Bereits zum fünften Mal in diesem Jahr werden vom 8.-12. Juli 30.000 Arbeiter in den Werken Emden, Kassel, Hannover und Braunschweig auf Kurzarbeit gesetzt (auf der anderen Seite haben die VW-Bosse durch die Kurzarbeit Millionen Mark an Lohngeldern gespart).
- Durch den Wegfall von sonst üblichen Nacht-, Spät- und Sonderschichten treten ebenfalls große Lohneinbußen auf.

Die VW-Bosse wissen genau, daß ein großer Teil der Arbeiter mittlerweile in Schwierigkeiten geraten ist, Raten und Schulden nicht mehr bezahlen kann etc. Diese Notlage machen sie sich bei ihrem „humanen" Angebot zunutze.

Wovon sie nicht reden, ja, was insgesamt von den Kapitalisten, den bürgerlichen Politikern und der Presse verschwiegen und beschönigt wird, sind folgende Tatsachen:

- die Arbeitslosenquote in Niedersachsen beträgt 3,6 % und steigt. (Der VW-Zulieferer Teves in Giffhorn hat mittlerweile für 400 Beschäftigte Entlassungen beantragt.)
- in den ersten fünf Monaten des Jahres hat VW bereits 3.000 Arbeitsplätze vernichtet, indem die sogenannten natürlichen Abgänge nicht ersetzt wurden, und plant für den Rest des Jahres, mit derselben Methode 6.000 weitere Arbeitsplätze einzusparen; zusammen mit den 3.000 „freiwilligen" Kündigungen bedeutet das für 1974: Entlassung von mindestens 12.000 Arbeitern! (Zahlen nach „Bild" vom 20.6.74)
- in einer Stadt wie Wolfsburg ist der größte Teil der Bevölkerung auf Arbeit bei VW angewiesen; wer bei VW nicht mehr arbeiten kann, der muß meistens in eine neue Stadt ziehen.

Hieran wird deutlich, daß die VW-Bosse die Notlage, in die das kapitalistische System viele Arbeiter und ihre Familien immer wieder hineintreibt, zu ihrer Tugend zu machen versuchen. Das Gewäsch von der „humanen" Belegschaftsreduzierung ist nichts weiter als das Bemühen, tatsächliche Massenentlassungen „sozial" zu bemänteln. Die Automobilkonzerne stehen dabei an vorderster Front, mit Kurzarbeit, Rationalisierungen und Massenkündigungen (vergl. dazu auch AK 45 zu VW, Opel und Ford) die kapitalistischen Profite zu sanieren.

Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik und Massenentlassungen gewinnt zunehmend an Bedeutung und muß von uns verstärkt auch zu einem zentralen Punkt der Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften gemacht werden! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Texaco, Hamburg
Schlappe für den Mitbestimmungsschwindel
– Zu den Aufsichtsratswahlen –





Hetze gegen links nicht belohnt:

Kosiedowski und Kuch – BR-Fürsten in Grasbrook, Spitzenkandidaten der IG-Chemie bei den AR-Wahlen im Texaco-Konzern und branchenbekannte Kommunisten-Jäger – wurden von den Hamburger Kollegen abgebürstet. Von fast 2.000 Wahlberechtigten der Hauptverwaltung und aus Wilhelmsburg erhielten sie gerade 74, bzw. 79 Stimmen!

Vom 18. bis zum 20. Juni fanden bei der Deutschen Texaco AG (DTA) und der Vertriebsgesellschaft (DTV) Wahlen zum Aufsichtsrat (AR) statt.

Um die guthonorierten AR-Posten rangelten vier Mitglieder der IG Bergbau und Energie, zwei der IG Chemie, vier der Gewerkschaft HBV und drei der DAG.

Die Wahlbeteiligung im gesamten Konzern stieg durchschnittlich um über 10%, auf fast 80% an (1971 : 67,8%).

Anders in Hamburg. Sowohl in der DTV-Zentrale als auch in den DTA Betrieben Hauptverwaltung (HV) und Wilhelmsburg konnte der Aufschwung der Mitbestimmungsillusionen gestoppt werden. Ja mehr noch. Es gelang den Illusionsverkäufern der SPD- und Gewerkschaftsführung eine beachtliche Schlappe zuzufügen. Lag die Wahlbeteiligung 1071 noch bei ca. 70%, so gingen diesmal nur 40 - 50% der Kollegen überhaupt zur Wahl!

Das ist in erster Linie das Ergebnis der Arbeit einer Gruppe linker Betriebsräte und Vertrauensleute, die im Wahlkampf die Losung ausgaben: Wahlboykott!

Der CHEMIEARBEITER – die Branchenzeitung des KB – unterstützte diese berechtigte Forderung.

In der Hauptverwaltung sind von 1.497 stimmberechtigten Kollegen nur 600 zur Wahl gegangen (40,8% Wahlbeteiligung).

In der DTV-Zentrale Hamburg von 473 nur 226 (= 47,8 % Wahlbeteiligung).

In solchen Abteilungen oder Betriebsteilen, in denen linke Gewerkschafter aktiv für „Wahlboykott" auftraten, gab es teilweise eine extrem niedrige Wahlbeteiligung. So sind z.B. im Wilhelmsburger Werk von den etwa 60 Arbeitern nur ganze 8 (acht!) überhaupt zur Wahl gegangen.

Damit haben sich in diesen Hamburger Texaco-Betrieben ca. 40 % weniger Kollegen an dem Mitbestimmungsschwindel beteiligt, als noch 1971, und etwa 50 % weniger als in anderen Konzernbetrieben in der BRD. Im Grasbrooker Texaco-Betrieb (ebenfalls Hamburg), gelang es den SPD- und IG-Chemiefürsten indes, ihre Position weiter auszubauen. Die Wahlbeteiligung liegt hier analog zu Texaco-Betrieben in der übrigen BRD bei etwa 70 - 80 %.

Es wird in der nächsten Zeit darauf ankommen, die HV und Wilhelmsburger Erfolge als Hebel zur besseren Aufklärungsarbeit für unsere Grasbrooker Kollegen zu nutzen.

Warum Wahlboykott?

Die Erfolge bei den fast 2.000 Hamburger Texaco-Kollegen beruhen zum einen auf dem großen Vertrauensverhältnis der Kollegen zu einigen linken Betriebsräten und Vertrauensleuten, die maßgeblich die Aufsichtsratskampagne geführt haben. Zum anderen ist es den Linken gelungen, größere Klarheit über den Mitbestimmungsschwindel, (Die Unternehmer sitzen am Drücker und lassen sich auch durch tausend „Mitbestimmungsparagraphen" nichts wegnehmen) mit den für die Kollegen konkret faßbaren Konsequenzen aus einer AR-Kandidatur zu verbinden.

So machten die Linken in vier Flugblättern zur AR-Wahl deutlich, daß AR-Mitglieder:

+ nicht „führend" in Streiks eingreifen dürfen (Streikleitung etc.)
+ im Unternehmerinteresse, zur völligen Geheimhaltung verurteilt sind (sowohl gegenüber den Kollegen im allgemeinen, als auch gegenüber den Betriebsräten und Vertrauensleuten im besonderen)
+ gegebenenfalls zu „Schadensersatz" verknackt und strafrechtlich verfolgt werden können.

Konsequenz: Im AR gibt es für die Kollegen nichts rauszuholen, darum empfehlen wir, die Wahl zu boykottieren.

Die Mehrheit der Kollegen ist den linken Betriebsräten und Vertrauensleuten in der Argumentation gefolgt und bereitete den Illusionsverkäufern eine beachtliche Schlappe.

Wie führten die Gewerkschaftsführungen den Wahlkampf?

Die DAG orientierte darauf, im AR wenigstens „Flagge zu zeigen", auch wenn man zugestandenermaßen derzeit nicht viel tun könne. Den Linken warf sie vor, *„kein aktives Interesse an der Durchsetzung der Mitbestimmungsziele zu haben... Abseitsstehen und in Frage-stellen... würde der Arbeitgeberseite nur entgegenkommen."*

Dann griffen die Mc.Carthy-Schüler der IG Chemie-Führung in Hamburg ein. Erst die Amateur-Kommunistenjäger und AR-Kandidaten Kuch und Kosiedowski (BR-Fürsten in Grassbrook). Wie gehabt, wurde versucht, die linken Texaco-Kollegen in die „Extremistenecke" angeblicher „Alles oder Nichts" - Forderer (IG Chemie Flugblatt) zu drängen, um dann zu fragen, „was die Flugblatt-Verfasser denn an Stelle der Mitbestimmung eigentlich wollen?" Kommunistenjäger-Profi, von Kodolitsch, wußte dann einige Tage später auf einer Betriebsversammlung die Antwort:

„Den Ruf nach Bewaffnung der Arbeiterklasse!".

Prestigeschlappe für IG Chemie-Führung

Besonders entmutigend dürfte das Wahlergebnis für die IG Chemie-Kandidaten Kuch und Kosiedowski aus Grassbrook sein.

Völlig abgebürstet auf dem drittletzten und allerletzten Platz liefen sie beim 12.000 DM-Tantiemenrennen durch's Ziel. Von den 1.497 Arbeitern und Angestellten der HV und Wilhelmsburg waren nur ganze 74 bzw. 79 bereit, die Kodolitsch-Jünger anzukreuzen!!!!

Diese Prestigeschlappe der IG Chemiefürsten wird mit Sicherheit nicht ohne Konsequenzen bleiben.

In der letzten Zeit sind häufiger Gerüchte laut geworden, daß eine Reihe von linken IG Chemie-Betriebsräten und Vertrauensleuten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden sollen, um zumindest auf gewerkschaftlicher Ebene das Ruder wieder voll in die Hände der Gewerkschaftsführung zu bekommen.

Wenn die Linken auf der Basis des „Massenerfolges" bei der AR-Wahl aufbauen, dürfte es den IG Chemie-Kommunistenjägern allerdings schwer fallen, die Linken gänzlich von der Wahrnehmung der Interessen der Masse der Kollegen abzuhalten.

Weil es den Texaco-Linken gelungen ist, diese AR-Kampagne mit einer Reihe neuer detaillierter und überzeugender (!) Argumente zu führen (insbesondere die Analyse der zuständigen Paragraphen des Aktiengesetzes und der entsprechenden Kommentare zum Gesetz), haben wir uns entschlossen, diese Kampagne alsbald zu dokumentieren, und zwar entweder als Sonderheft des „Chemiearbeiter" oder in der nächsten Ausgabe von „Unser Weg" ●

Betriebszelle Texaco
KB-Gruppe Hamburg

„Amerikanische Verhältnisse"
– Vorbild für Bullenterror in der BRD –



Die Entwicklung der westdeutschen Polizei in den letzten Jahren ist

- durch kostspielige technische und militärische Ausrüstung,
- durch zunehmend klarere faschistische Ausrichtung gegen die werktätige Bevölkerung,
- durch weitere „flankierende" juristische Maßnahmen (Ausbau der sog. „Notwehrsituation" etc.)
- und durch den Aufbau spezieller Killertruppen, der sog. „Anti-Terroristen" oder MEK – Mobiles Einsatzkommando, gekennzeichnet.

Die jüngsten Ereignisse in München (Ermordung eines Taxifahrers durch das MEK; siehe AK 45 S. 18) und die öffentliche Hinrichtung des Bankräubers Gonzales durch MEK-Schützen in Hamburg, deuten an, daß die „Investitionen" der Kapitalistenklasse in die Polizei sich nun zunehmend in der Praxis bewähren soll.

Unverhüllt geben zuständige Minister die Zielvorstellungen ihrer Planungen an. So sprach Polizeipräsident Redding (Hamburg) von *„anstrebenswerten Amerikaverhältnissen"* und Genscher bereits beim Palästinenserüberfall während der Olympiade 72 in München, *„von der Zentralen Bundespolizei"*: Vorbild FBI - USA!

Zwei Meldungen der jüngsten Zeit aus den USA – kaum sichtbar, so klein sind sie in der bürgerlichen Presse gehalten – lassen die für die BRD „anstrebenswerten Amerikaverhältnisse" erahnen.

In der „Süddeutschen Zeitung" vom 4. Juni:

> **Fixe Schützen**
>
> **Los Angeles** (ddp)
>
> „Okay, hier bin ich", rief ein mit einer Pistole herumfuchtelnder Mann, als er eine Polizeiwachstube in Los Angeles betrat. Drei Polizisten zogen sofort ihre Waffen und erschossen den Eindringling. Als er tot war, stellten sie fest, daß der Mann eine harmlose Luftpistole hatte.

Zehn Tage später berichtet die „Morgenpost" von dem Freispruch des Bullen Thomas Shea. Shea hatte vor einem Jahr am hellen Tag einen elfjährigen Negerjungen mit drei Kopfschüssen kaltblütig ermordet.

Der Tatort befindet sich im New Yorker Slumteil Queens – in dem bekanntermaßen nur die übelsten „Pigs" (Schweine – Bezeichnung für die Bullen – Anm. AK-Red.) eingesetzt werden.

Vor Gericht „rechtfertigte" sich Pig Shey, *„er hätte den elfjährigen (!!) für einen Taxiräuber gehalten."*

Außerdem *„hatte der Junge eine Waffe auf mich gerichtet."* („Morgenpost"). Natürlich wurde die Waffe niemals gefunden, und natürlich war der Elfjährige kein Taxiräuber.

Das Gericht indes bescheinigte Pig Shea, in „Notwehr" gehandelt zu haben und sprach ihn frei.

Erstens war es ja nur ein „Niggerjunge" und zweitens hackt eine Krähe (Gericht) der anderen (Pig Shea) niemals ein Auge aus. ●

Chemie-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Der Kampf der DRUPA-Linken in Hamburg – am Beispiel der „ALTERNATIVE"

Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir darüber, daß sich in der Hamburger DRUPA eine Aktionseinheit linker Gewerkschafter herausgebildet hat, die als eines ihrer ersten Arbeitsergebnisse eine Zeitschrift unter dem Titel „ALTERNATIVE" herausgebracht hat.
Nun hat dieser Kreis linker Gewerkschafter am Freitag, dem 28.6., seine erste größere Veranstaltung durchgeführt. Der Einladung waren ca. 130 Kollegen und Genossen gefolgt, unter ihnen auch Vertreter aus anderen Gewerkschaften. Insbesondere berichteten Genossen aus den Betrieben HSW, HDW und Reichhold den DRUPA-Gewerkschaftern darüber, wie sie den Kampf gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse und für eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse in ihren Bereichen führen.

Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung hatten die in der „ALTERNATIVE" arbeitenden Kollegen verschiedene Kommissionen gebildet, die den Auftrag bekommen hatten, mehrere Referate auszuarbeiten, die dann auf der Veranstaltung vorgetragen wurden.

Das erste Referat befaßte sich mit den Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten und den Massenentlassungen in der Druckindustrie. Anhand einer Vielzahl konkreter Beispiele aus dem gesamten Bundesgebiet wurde nachgewiesen, welches Ausmaß die Massenentlassungen bereits heute erreicht haben und was auf die in der Druckindustrie tätigen Kollegen in den folgenden Jahren zukommt. So wurde in dem Referat u.a. ausgeführt: *„Diese Beispiele ... stehen für eine Entwicklung, die schon seit einigen Jahren angelegt ist. So sank die Zahl der in der Druckindustrie beschäftigten Arbeiter innerhalb von zwei Jahren um ca. 7000, von insgesamt 175000 auf 168000. Gleichzeitig stieg aber der Jahresumsatz um ungefähr 15 %. Die Reallöhne dagegen stagnierten. Mindestens seit der letzten Tarifrunde sind sie sogar gesunken. Jedoch handelt es sich hier erst um den Beginn einer Rationalisierungswelle, denn die Druckindustrie...hängt bezüglich des Grades der Ausbeutung den anderen Industrien hinterher. Während insgesamt in der Industrie der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz im Durchschnitt 24,5% beträgt, lag dieser Anteil in der Druckindustrie zwischen 34% und 38%. Es ist nur logisch, daß die Kapitalisten alles daran setzen werden, durch Konzentration und Rationalisierung zu – für die Kapitalisten – günstigeren Bedingungen zu kommen.*

Auf die Verhältnisse in Hamburg eingehend, wurde besonders über die Massenentlassungen bei AUER-Druck – hier sind bereits 170 Entlassungen vom Arbeitsamt „genehmigt" worden, bei BROSCHEK, wo in der letzten Zeit ca. 120 Kollegen ihren Arbeitsplatz verloren, und eine Reihe weiterer Betriebe eingegangen, die für die Zukunft Rationalisierungen größeren Ausmaßes angekündigt haben. Es wurde berichtet, daß die Zahl der offiziell arbeitslos gemeldeten Arbeiter in der Hamburger Druckindustrie sich in der letzten Zeit verdoppelt hat.

Insbesondere mit den „Perspektiven", die den Arbeitern – nicht nur in der Druckindustrie – von den Gewerkschaftsführern in ihrem Kampf gegen die Massenentlassungen „gewiesen" werden, setzten sich die Kollegen auf der Veranstaltung auseinander. Sie zeigten auf, daß die Propagierung der Mitbestimmung und die Forderung nach besseren Sozialplänen, einer möglichst „problemlosen" Durchsetzung der Massenentlassungen seitens der Kapitalisten dienen und den wirksamen Kampf der Arbeiter gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung in die Irre führen.

Kon kret am Beispiel der „Krise" des Kohlebergbaus, wo die Mitbestimmung seit langem existiert, bewiesen die „ALTERNATIVE" den versammelten Kollegen, daß die Mitbestimmung als Instrument genutzt wurde, um die Bergarbeiter von einem konsequenten Kampf gegen die ungeheuren Massenentlassungen abzuhalten.

In den weiteren Referaten befasste sich die „ALTERNATIVE" besonders mit den in der letzten Zeit verstärkten Angriffen auf die innergewerkschaftliche Demokratie, die mit den 11 Ausschlüssen aus der DRUPA in Hamburg einen vorläufigen Höhepunkt erreicht haben. Betont wurde die Planmäßigkeit im Vorgehen der Gewerkschaftsführer, das unmittelbar die Entwicklung eines konsequenten Kampfes gegen die kapitalistische Rationalisierung in der Hamburger DRUPA verhindern soll und längerfristig jede Entwicklung einer antikapitalistischen Gewerkschaftspolitik gerichtet ist.

Welches Gewicht die Gewerkschaftsführer bei ihrem „Wirken" diesem Punkt beimessen, – u.a. durch die Gründung sozialdemokratischer Betriebsgruppen –, machte die „ALTERNATIVE" anhand des folgenden Zitates aus einem Berichts des Landesbezirk Nordmark des DGB deutlich: *„Im Bericht des DGB Landesbezirk Nordmark sind es aufgrund der gewerkschaftlichen Struktur fast ausschließlich die sozialdemokratischen Betriebsgruppen, die den kommunistischen Einfluß in den Gewerkschaften und den Betrieben abgeschwächt und an vielen Stellen ausgeschaltet haben. Ziel der Betriebsgruppenarbeit war es, den Kommunisten in den Betrieben und den Gewerkschaften entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß sie nicht in wichtige Positionen gewählt werden."*



Die Kollegen sind in das Hotel eingedrungen. Draußen marschiert die Polizei auf.

Im weiteren wandte sich die „ALTERNATIVE" gegen die illusionäre Vorstellung, daß man unter solchen Bedingungen den gesamten Gewerkschaftsapparat in seiner jetzigen Form für eine Klassenpolitik erobern könne.

„Wir haben uns dagegen zur Aufgabe gestellt, innerhalb der Gewerkschaft ein Forum zu schaffen, in dem Interessen der Kollegen vorgetragen werden können. So soll die Zeitung „ALTERNATIVE" Kollegen und Kollegengruppen die Möglichkeit geben, sich durch Stellungnahmen und Artikel über Probleme und Aufgaben auseinanderzusetzen. Desweiteren soll durch gewerkschaftliche Versammlungen wie die heutige, die Möglichkeit zu Diskussionen und Planung notwendiger Kampfmaßnahmen gegeben werden."

In der nachfolgenden Diskussion stand die Auseinandersetzung um die Frage, wie der Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie zu führen, und wie die Ausgeschlossenen in diesem Kampf einzubeziehen seien, im Zentrum.

Denn diese Veranstaltung war vor allem zustandegekommen aufgrund der Massenausschlüsse aus der DRUPA und der Weigerung der Gewerkschaftsführer zu diesem Thema und zu den Massenentlassungen noch im Juni eine Delegiertenversammlung einzuberufen, obwohl eine größere Anzahl von Anträgen aus den Reihen der Mitglieder dazu vorlagen.

Wie kam es zu dem Massenausschluß in der Hamburger DRUPA

Was war der unmittelbare Anlaß für diesen bisher in der neueren Geschichte der DRUPA größten Massenausschluß?

Schon seit längerer Zeit deutete sich in der Hamburger DRUPA die Herausbildung eines Kerns linker Gewerkschafter an. Verschiedentlich gelang es, dem Ortsvereinsvorstand auf den gewerkschaftlichen Delegiertenversammlungen Abstimmungsniederlagen beizubringen. Insbesondere vor Tarifrunden, auch als der Vorstand sich schützend vor den Springer-BR, Jürgensen stellte, der von den Delegierten wegen der Denunziation eines linken Gewerkschafters zur Rechenschaft gezogen werden sollte.

Jedoch gelang es der Hamburger DRUPA Linken – obwohl es schon früher verschiedentlich Zusammenkünfte gegeben hatte – bis zur Herausbildung der „ALTERNATIVE" nicht, über die innerhalb der Linken bestehenden politischen Differenzen hinweg zu einem kontinuierlichen Arbeitszusammenhang zu kommen, der sowohl weitgehend solidarisch die politische Auseinandersetzung und die praktisch-politische Arbeit vorantreibt.

Die letzte „Initialzündung" für das Zustandekommen der „ALTERNATIVE" bildeten die Notwendigkeit der Vorbereitungen auf ein klassenkämpferisches Auftreten am diesjährigen 1. Mai sowie die politische Entlassung und der Gewerkschaftsausschluß des AUER-Betriebsrates Wittrock.

Die in diesem Zusammenhang herausgegebene Broschüre der „ALTERNATIVE" (Gegen politische Entlassungen u. Gewerkschaftsausschlüsse) nahmen die Gewerkschaftsführer zum willkommenen Vorwand, den schon länger geplanten Massenausschluß durchzuziehen und zu „begründen": *„Sie haben durch aktive Betätigung im Kreis oppositioneller Gewerkschafter laufend gegen den Abgrenzungsbeschluß verstoßen. Durch diese Mitwirkung haben sie sich zu den Zielen, wie sie in der „ALTERNATIVE" der Gruppe oppositionelle r Gewerkschafter vertreten werden bekannt. Mitarbeit an diesen Zielvorstellungen ist mit der Mitgliedschaft in der Industriegewerkschaft Druck und Papier nicht vereinbar."*


Geschlossener Abmarsch der Kollegen. (Im Hinergrund die Bullen in voller Kriegsausrüstung)

Für das „Anhörungsverfahren", zu dem die Hamburger DRUPA-Führer die 11 für den Ausschluß vorgesehen „geladen" hatte, und das für die Betroffenen zu einem Canossa unter Ausschluß der Öffentlichkeit werden sollte, legte die „ALTERNATIVE" ein gemeinsames Vorgehen fest. In dem dazu herausgegebenen Flugblatt heißt es:

- *„Wir werden uns nicht der Gewerkschaftsführung ausliefern und uns nicht vor ihr rechtfertigen.*
- *Wir werden die Gewerkschaftsführer auffordern, das beabsichtigte Ausschlußverfahren vor der Gewerkschaftsöffentlichkeit auszutragen.*
- *Wir werden uns nicht auseinanderdividieren lassen, sondern uns das Recht nehmen, auch weiterhin mit dem Arbeitskreis „ALTERNATIVE" geschlossen aufzutreten und die Mitglieder zu informieren."*

DRUPA-Führer rufen Polzei zu Hilfe

Durch das Flugblatt der „ALTERNATIVE" mobilisiert, erschienen ca. 100 Kollegen zu diesem „Anhörungstermin",

Die weiteren Ereignisse schildert die „ALTERNATIVE" in einem tags darauf herausgegebenen Flugblatt: *„Sie (die 100 Kollegen) beschlossen gemeinsam in das Hotel einzudringen. Daß die Gewerkschaftsführer zu jedem Mittel greifen, um gegen oppositionelle Kräfte vorzugehen, wurde durch die schnell anrückende Polizei, die über die Ereignisse wohl informiert war, wieder einmal bestätigt. ...Die Polizei hatte den Auftrag das Hotel zu räumen. Nachdem ... die Aufforderung, das Hotel zu verlassen, die Kollegen nicht beeindruckte, ... (rückte) Polizei in voller Kriegsbemalung an, ... die keinen Zweifel daran ließ, daß sie knüppeln sollte."*

Das ist unseres Wissens in Hamburg seit langem das erste Mal, daß die Gewerkschaftsführer mit Polizeigewalt gegen die Mitglieder vorgegangen sind.

Zu den politischen Auseinandersetzungen in der „ALTERNATIVE": Kampf an zwei Fronten

Mit dem schärferen Vorgehen der Gewerkschaftsführer gegen die „ALTERNATIVE" kamen auch die politischen Differenzen innerhalb dieses Kreises linker Gewerkschafter sichtbarer zum Vorschein.

Zuerst wurde bei den Kollegen die der Gruppe „Arbeiterpolitik" nahestehen, sie Neigung sichtbar, sich vor drohenden Gewerkschaftsausschlüssen durch Rückzug aus der Mitarbeit an der „ALTERNATIVE" zu „schützen".

Insgesamt standen und stehen diese Genossen der Gründung der „ALTERNATIVE" sowie deren Zielsetzung, u.a. durch politische Enthüllungs- und Propagandaarbeit die Absichten der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführer deutlich zu machen, ablehnend gegenüber.

So sprachen sie sich z.B. gegen die Inhalte der ersten Broschüre aus, mit der Begründung, sie sei „zu politisch", sie enthalte „zuviel Ideologie", bringe „zu viele Fakten" und „überfordere" deshalb die Kollegen.

Die hier zum Ausdruck kommenden Vorstellungen erklären unserer Auffassung nach auch die Tatsache, daß die Gruppe „Arbeiterpolitik" im Hamburger Druckbereich bislang keine kontinuierliche Agitation und Propaganda betrieben hat.

Was den „KBW" angeht, so lehnt er mit ähnlichen schwachsinnigen „Begründungen", wie er schon die Aktionseinheit linker und kommunistischer Organisationen zum diesjährigen 1.Mai („Absonderung und Isolierung" von den Massen) „verurteilte", auch die Aktionseinheit der DRUPA-Linken in Hamburg von vorn herein ab.

Auf dieser Grundlage war es nur konsequent, daß ein „KBW"-Mitglied, das ebenfalls vom Ausschluß aus der DRUPA betroffen ist, sich nicht zum gemeinsamen Vorgehen mit den anderen 10 Ausgeschlossenen bereit fand.

Als Einziger nahm der „KBW"-ler den Anhörungstermin vor den versammelten DRUPA-Führern wahr und las diesen – fernab von den Kollegen – aus den Leitsätzen des „KBW" zur Arbeit in den Gewerkschaften vor. Dabei hob der „KBW"-ler besonders hervor, daß seine Organisation jegliche RGO-Konzeption entschiedenablehnt.

Gegen die „Unterstellung", sein Mitglied habe aktiv in der „ALTERNATIVE" mitgearbeitet, wandte sich der „KBW" in einem speziellen Artikel in der Hamburger Ortsbeilage der „KVZ":
„Ganz falsch ist es, jetzt eine Gewerkschaftsopposition aufzubauen, wie dies der „KB"-Nord und die Gruppe Rote Fahne („KPD") mit der „ALTERNATIVE" tun. ...gegen diese Pläne tritt der KBW entschieden auf, und auch P.D. („KBW", die Red.) *war auf der Versammlung im „Z", um die Kollegen von falschen Schritten abzuhalten. Es zeigt die Verlogenheit des Vorstandes, daß er trotz Kenntnis dieser Tatsachen die Anwesenheit im „Z" als Ausschlußgrund angab."*

Kein Wunder, daß die „ALTERNATIVE" diesen auf Denunziation und anbiedernde Rechtfertigung angelegten Artikel zum Anlaß nahm, dem „KBW"-ler den weiteren Besuch ihrer Veranstaltungen zu untersagen.

Desweiteren ist insbesondere bei der Vorbereitung der Veranstaltung, die die „ALTERNATIVE" am 28.6. abgehalten hat, zutage getreten, daß sie sich in ihrem Reihen auch mit Positionen auseinanderzusetzen hat, die darauf hinauslaufen, den vorbeugenden Charakter der jetzt erfolgten Massenausschlüsse aus der DRUPA zu leugnen, und diese Maßnahmen der Gewerkschaftsführer einseitig als eine Reaktion auf die zunehmende Stärke der in Opposition zur Politik der Vorstände stehenden Kollegen zu interpretieren.

In enger Verbindung mit dieser falschen Einschätzung steht auch die Tendenz, bei einigen Kollegen in der „ALTERNATIVE", eine gründliche Enthüllungs- und Propagandaarbeit zugunsten einer aktionistischen Politik zu vernachlässigen.

So hatte die Mehrheit der „ALTERNATIVE" einige Mühe, diese Kollegen unmittelbar nach Bekanntwerden der Massenausschlüsse davon abzuhalten, die schon begonnene Arbeit an der Rationalisierungsbroschüre kopflos abzubrechen. Zu dieser Auseinandersetzung in der „ALTERNATIVE" schrieb der DRUCKARBEITER:

„Diejenigen, die meinen, man solle jetzt den ‚untergeordneten' (?) Punkt der kommenden Rationalisierungen zugunsten des Kampfes gegen die Gewerkschaftsausschlüsse zurückstellen, weil ‚die spontane Empörung über die Ausschlüsse ausgenutzt werden müsse' und man die Kollegen über die Frage der Massenentlassungen ‚nur schwer' mobilisieren könne, die ‚vergessen' eben, daß die Mehrheit der Kollegen nur in den Kampf mit einbezogen werden kann, wenn ihnen klar wird, daß Rationalisierungen und Ausschlüsse nur verschiedene Teilaspekte des Kampfes sind."

Eine Unterstützung dieser falschen Position sehen wir auch in einem Flugblatt der „KPD" vom 28.6. zu den Auseinandersetzungen in der „ALTERNATIVE", in dem es heißt:

„Wir werden aber nach wie vor alle diejenigen..., die darauf abzielen, den Kampf zu sabotieren (?) und die Gruppe zu einem Aufklärungszirkel, der den Kampf auße: Acht läßt, werden zu lassen, energisch weiter bekämpfen."

Diese Position wurde auch auf der Veranstaltung am Freitag vertreten, u. a. durch Vertreter der „KPD".

Trotz dieser auf der Veranstaltung sehr scharf ausgetragenen Differenzen, sind die Vertreter dieser Positionen in der „ALTERNATIVE" auch weiterhin bereit, die Mitarbeit in der „ALTERNATIVE" fortzusetzen. Die Zukunft muß zeigen, wie ernst sie es damit meinen.

Insgesamt muß diese erste größere Veranstaltung – ebenso wie die bisherige Arbeit, die sich vor allem in den Veröffentlichungen niederschlägt – als ein Erfolg der Hamburger DRUPA-Linken gewertet werden. Obwohl unter den massiven Angriffen – vor allem von seiten der Gewerkschaftsführer – einige politische Gruppen sich aus der Arbeit zurückgezogen haben, ist es der „ALTERNATIVE" gelungen, sowohl ihre inhaltliche politische Arbeit fortzuführen und zu festigen als auch gewisse Anfangserfolge bei der Gewinnung weiterer Kollegen zur Mitarbeit zu erzielen.

Die Zukunft wird zeigen, ob die bisher gemeinsam erarbeitete Grundlage soweit weiterentwickelt werden kann, daß sie den abzusehenden Angriffen von außen und den Auseinandersetzungen im Inneren längerfristig gewachsen ist. ●

Druck-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Colgate-Palmolive, Hamburg: Wer gegen die kapitalistische Rationalisierung kämpt, soll gefeuert werden

Am 12.6. fand bei Colgate-Palmolive Hamburg die 2. Betriebsversammlung in diesem Jahr statt. Wie üblich war der Rechenschaftsbericht des Betriebsratsvorsitzenden oberflächlich und nichtssagend. Das einzig Bemerkenswerte an seiner Rede war, daß er lobend erwähnte, der oberste Colgate-Boss von Hamburg, Herr von Laer, habe sich freundlicherweise bereit erklärt, regelmäßig alle 14 Tage an den Betriebsratssitzungen teilzunehmen. Die Zusammenarbeit habe bisher schon gute Erfolge erzielt.

Einen besonders sauberen Erfolg dieser Zusammenarbeit bekamen die Kollegen bereits ein paar Tage später zu spüren. Auf der Betriebsversammlung hatte eine Kollegin, Mitglied des Betriebsrates (BR), einen Beitrag zum Problem der Rationalisierung bei Colgate am Beispiel einer Herstellabteilung gehalten. Als Einleitung ihrer Rede war sie gezwungen zu betonen, daß sie jetzt als „einfache Kollegin" spreche, da die BR-Mehrheit der Meinung ist, der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden genüge vollauf zur Information der Kollegen und einzelne Beiträge von Betriebsräten nicht erwünscht sind.

In ihrem Beitrag machte die Kollegin deutlich, mit welchen Mitteln die kapitalistische Rationalisierung gegen die Kollegen durchgesetzt wird So wurden in der betreffenden Abteilung allein in einem Zeitraum von zwei Jahren 25% der Kollegen wegrationalisiert, durch gezielte Entlassungen (wie vor ca. 1/2 Jahr ein Mitglied der Vertrauenskörperleitung , der schon seit langem versucht hatte, das Problem der Rationalisierung vor allen Kollegen deutlich zu machen) und keine Neueinstellungen, wenn Kollegen wegen der miserablen Arbeitsbedingungen selber gekündigt hatten.

Das hieße also 25% Mehrarbeit für die verbliebenen Kollegen. Hieße es – wenn nicht gleichzeitig das Arbeitsquantum enorm gestiegen wäre! Mit verändertem Herstellungsverfahren, wodurch ein Ansatz nicht mehr in 2 3/4 sondern in 2 Stunden geschafft werden muß.

Momentan werden außerdem Probeläufe (!) gefahren, wo ein Ansatz statt wie bisher 2 1/2 nun 3 1/2 t Volumen haben soll. Das heißt also immer mehr und immer mehr Zentnersäcke schleppen und schütten.


Colgate, Hamburg

Doch damit nicht genug: diese Arbeit muß unter teilweise äußerst üblen klimatischen Bedingungen, bei Staub und Lärm, ausgeführt werden. Für eine Klimaanlage ist bisher angeblich noch kein Geld dagewesen! Dabei ist noch besonders zu bedenken, daß natürlich auch eine ganze Reihe schädlicher und sogar giftiger Stoffe verarbeitet werden müssen, auch wenn hinterher Körper p f l e g e mittel dabei herauskommen sollen. So wurde z.B. lange Zeit in dem Deo-Spray Spri der Stoff Hexachlorphen verwendet, von dem bei vielen Kollegen Hautschäden auftraten. Kommentar des Werkarztes und der Geschäftsleitung: bei Colgate werden keine schädlichen Stoffe verarbeitet. Bis dann in Frankreich aufgedeckt wurde, daß eine ganze Reihe Babys an einem Puder gestorben waren, in dem der gleiche Stoff enthalten war. Stillschweigend verschwand Hexachlorphen aus der Spri-Formel!

Wie gesagt, das ist nur ein Beispiel. Die Unzumutbarkeit dieser Arbeitsbedingungen ist von den Kollegen bereits mehrfach gegenüber der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat zum Ausdruck gebracht worden. Geändert hat sich – natürlich – nichts.

Doch mit den miserablen Arbeitsbedingungen nicht genug. Seit langem kämpfen die Kollegen, gemeinsam mit den „ungelernten" Arbeitern anderer Abteilungen, für eine gerechtere Lohneinstufung. So ist im ganzen Betrieb Colgate kein einziger Chemie-Facharbeiter beschäftigt. Fach-Arbeit wird natürlich trotzdem geleistet – eben von den „Ungelernten". Das ist natürlich für die Kapitalisten eine ungeheure Lohnersparnis. Die Kollegen werden zum größten Teil noch nach Lohngruppe II, ein paar auch nach LG III bezahlt, keiner aber nach LG IV. Und das, obwohl laut Lohnrahmentarifvertrag diese Gruppe nicht nur für Arbeiter mit einer abgeschlossenen Lehre, sondern auch für Arbeiter ohne Lehre, dafür aber mit entsprechender Berufserfahrung, offensteht. Theorie und Praxis kapitalistischer Lohnpolitik!

Betriebsrat: Alles nur Einbildung

Die Kollegin erhielt für ihren Beitrag viel Zustimmung. Ein paar Tage später gab der Betriebsrat dann seine Stellungnahme zu den Problemen der Kollegen ab, nachdem er sich bereits auf der Betriebsversammlung von dem Beitrag distanziert hatte. Er hängte ein Schreiben im Betrieb aus, in dem er sich – in z.T. demagogischer Form – von der linken Betriebsrätin „distanzierte" (vergl. nebenstehenden Abdruck).

Mal ganz abgesehen von der offensichtlichen und dummen Verdrehung mit den Leisetretern (die Kollegin hatte nämlich gesagt, daß Leisetreten bei Colgate wohl mehr gefördert würde als der Gesundheitsschutz, weil zwar Geld da war für neue Teppiche im Büro, aber angeblich keins für eine Klimaanlage bei den Mischern):

Dieser Aushang ist für die Kollegen ein glatter Schlag ins Gesicht! Indem der Betriebsrat versucht, einer einzelnen Kollegin eins zu verpassen, straft er im Grunde die betroffenen Kollegen Lügen, die ja selber ständig auf die Mißstände hingewiesen haben. Es braucht sicher nicht gesondert erwähnt werden, daß sich nach der Betriebsversammlung noch niemand vom Betriebsrat in der Abteilung hat blikken lassen. Das wäre ihm vielleicht auch gar nicht so gut bekommen, denn die Empörung der Kollegen war verständlicherweise sehr groß. Der Aushang schließlich veranlaßte die Kollegen dazu, diese Frechheit durch ein Schreiben an den Betriebsrat mit den Unterschriften aller Betroffenen zurückzuweisen und Abhilfe dieser Mißstände zu fordern sowie sich mit dem Redebeitrag der Betriebsrätin zu solidarisieren. Es bleibt abzuwarten, wie sich nun der Betriebsrat aus der Affäre zu ziehen versucht!

Was übrigens im Rahmen der „guten Zusammenarbeit" mit Herrn van Laer zu erwarten war, kam auch prompt: Die Geschäftsleitung hat inzwischen ebenfalls den Beitrag der Kollegin in gebührender Form „gewürdigt". Sie schickte ihr einen Brief, in dem sie der „Unruhestiftung" und der „Störung des Betriebsfriedens" bezichtigt wird. Worauf derartige Beschuldigungen einer fortschrittlichen Betriebsrätin gegenüber hinauslaufen ist wohl eindeutig! Zweifellos bereitet die Geschäftsleitung eine fristlose Kündigung gegen diese unbequeme Betriebsrätin vor. ●

Betriebszelle Colgate, KB/Gruppe Hamburg

COLGATE-PALMOLIVE GMBH

Betriebsrat

Hamburg, den 18.6.1974

An alle Kolleginnen und Kollegen

Betr.: Äusserungen von Frau W[redacted] auf der Betriebsversammlung am 12.6.1974

Wir möchten darauf hinweisen, daß Frau W[redacted] auf der heutigen Betriebsratssitzung nicht bereit war konkrete Fälle, die der Betriebsrat zu untersuchen hätte, zu nennen.

Der Betriebsrat hat deshalb auf der heutigen Sitzung mit Stimmenmehrheit beschlossen, sich von den durch Frau [redacted] erhobenen Vorwürfen, insbesondere

die Mitarbeiter in FHT können keine Luft mehr holen,

die Mitarbeiter sind falsch eingruppiert,

die Arbeit für 5 ausgeschiedene Arbeiter müssen durch unbezahlte Mehrarbeit von den Gebliebenen mitgeleistet werden

z u d i s t a n z i e r e n.

Auch distanzieren wir uns vom erhobenen Vorwurf:

"Die Teppiche in den Büros sind für "Leisetreter" angeschafft worden."

Wir fordern alle Mitarbeiter auf, die etwas konkretes zu beanstanden haben, sich beim Betriebsrat zu melden.

Betriebsrat

Groß- und Außenhandel: TARIFRUNDE OHNE DIE KOLLEGEN

Im Groß- und Außenhandel in Hamburg wurde nach zweimonatigem tariflosen Zustand am 1.6. eine Erhöhung des Gehaltstarifes um 13,5 % vereinbart. Für die gewerblichen Kollegen endete die Tarifrunde am 7.6. mit einer Erhöhung des Lohntarifes um 12,5 %. Die Gewerkschaft HBV hatte ursprünglich 15 % gefordert, während auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe am 22.5. die Kollegen 18 % gefordert hatten.

Der Abschluß orientiert sich in der Höhe an den letzten Abschlüssen in der Metallindustrie. Doch wird im Groß- und Außenhandel die Lohnerhöhung nicht rückwirkend bezahlt. Da mit diesen Abschlüssen vielfach nicht einmal Löhne und Gehälter tariflich abgesichert werden, ergibt sich für die Kapitalisten eine zusätzliche Möglichkeit, die Tariferhöhungen zu unterlaufen. Dazu fordert der Kapitalistenverband in seinem AGA-Chefbrief (17/74) vom 9.5.74 ausdrücklich auf: *„Für all diese Betriebe"* (wo übertariflich bezahlt wurde) *„besteht keine Verpflichtung zur Erhöhung der jetzt gezahlten Monatsbezüge, wenn diese die neuen Tarifsätze nicht unterschreiten."* Und in der Tat wird etwa bei EDEKA nur 10 % mehr bezahlt. Insgesamt haben die Kapitalisten das Ziel einer weiteren Lohnsenkung bei weiterer Preistreiberei erreicht.

Der Angriff auf die Lebenslage und die Rechte der Arbeiterklasse

Insgesamt standen die Tarifrunden dieses Jahres unter verschärften Angriffen der Kapitalisten und ihres Staates.

Während die SPD-Regierung z.Zt. der sogenannten Ölkrise über Brandt die Bevölkerung aufrief, sich in ihren *„privaten Bequemlichkeiten einzuschränken"* (Fernsehrede vom 24.11.73), wurde den Kollegen gleichzeitig bei Lohnkämpfen gedroht: zweistellige Prozentzahlen bei den Lohnabschlüssen beschleunigten die Gefahr einer entsprechenden Entwicklung bei den Preisen. Dort, wo die Arbeiter durch spontane Streiks gegen den Lohnabbau ankämpften, wurde mit Polizei-Gewalt gegen die Arbeiter, insbesondere die ausländischen Kollegen vorgegangen, wie besonders bei FORD in Köln.

Es geht dabei um mehr als die Höhe der Lohnabschlüsse. Das machte F.J. Strauß deutlich, als er in einem „Stern"-Interview(13/74) dummdreist behauptete: *„Hier sollen doch die Wirtschaft und der Staat immer mehr an die Gewerkschaften ausgeliefert werden."*

Nach den Streiks im Öffentlichen Dienst wurde der Ruf nach Aufhebung des Streikrechts und der Koalitionsfreiheit überhaupt laut. Damit wollen sich die Kapitalisten den Rücken freimachen für verstärkte Expansion nach innen und nach außen; das sind ihre Großmacht-Pläne im Rahmen der EG, d.h., verstärkter Aufbau von Industrien im Ausland, wie jetzt ganz besonders in der Autoindustrie deutlich wird, wo einerseits verstärkt neue Produktionsstätten im Ausland aufgebaut werden und andererseits in der BRD verstärkte Arbeitshetze und Entlassungen vorgenommen werden.

Auch in unserem Arbeitsbereich zeigt sich diese Entwicklung. So erklärte EDEKA-Chef E.H. Diederichs laut „Hamburger Abendblatt" vom 30.5.74, daß die *„genossenschaftlichen Großhandels- und Dienstleistungsunternehmen den Umsatz steigern und die Kosten senken wollen."* Nach seinen Worten wird es auch „zu Rationalisierungen und Entlassungen" kommen. Das ist für EDEKA selbst vorgesehen. Dazu wurde auf der Betriebsversammlung der EDEKA-Datenverarbeitung ein internes Rundschreiben verlesen, darin heißt es wörtlich: *„ . . . gleichzeitig wollen wir alle Mitarbeiter beurteilen. Unser Ziel ist es, festzustellen, welche Mitarbeiter so leistungsschwach sind, daß wir uns von ihnen bis zum Umzug trennen sollten. Zu prüfen ist auch, in welchen Positionen wir zwei leistungsschwache Mitarbeiter durch einen leistungsstärkeren und besser bezahlten Mitarbeiter ersetzen können."*

Zum Verlauf der Tarifrunde

Wenn auch im Angestellten-Bereich die Angriffe der Kapitalisten auf die Lebenslage ebenso stattfinden, ist hier die Kampfkraft noch wenig entwickelt. Wenige sind überhaupt gewerkschaftlich organisiert, auch wenn der Organisierungsgrad in den letzten Jahren ständig gestiegen ist. Viele Angestellte meinen sich noch individuell „hocharbeiten" zu können; viele werden überhaupt nicht einmal nach Tarifen bezahlt. Hinzu kommt die besondere Zersplitterung der Kollegen im Bereich des Handels, die dadurch noch zementiert wird, daß in diesem Bereich, anders als etwa im Versicherungsbereich, die Gewerkschaften keine einheitlichen Tarife aushandeln. Es gibt keinen einheitlichen Tarif im Bundesgebiet, sondern Ländertarife. Dieser ist, zumindest in Hamburg, auch noch in den Groß- und Außenhandel-, Einzelhandel-, Buchhandel-, Genossenschaftstarifvertrag usw. aufgespalten. So wundert es wenig, wenn der Tarif im Groß- und Außenhandel der Firmen wie EDEKA und Spar, Betriebe des Groß-, Einfuhr- und Außenhandels einschließlich des Holz-, Schrott-, Eisen-, Röhren-, Metall-, Baustoff-Großhandels, der insgesamt 40 – 50.000 Beschäftigte umfaßt, als einer der schlechtesten bekannt ist.

Den großartigen Verdienst, die Spaltung der Kollegen auf die Spitze getrieben zu haben, kann zweifellos die DAG für sich verbuchen. Die Forderungen der DAG – es gab keine gemeinsame Tarifkommission (TK) von DAG und HBV – lagen rund 50 DM unter denen der HBV und entsprachen damit genau dem Angebot der Kapitalisten!! DAG-Sekretär Niendorf brach während der TK-Sitzung dann auch geradezu in einen Lobgesang auf die Kapitalisten aus. Das diente wiederum den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern der HBV als Mittel, um über ihre eigene Spaltertätigkeit hinwegzutäuschen. Sie lamentierten darüber, daß die DAG mit 2000 Mitgliedern ja stärker als die HBV (1600 Mitglieder) sei. Daß dies faule Ausreden sind, beweist die Lohntarifrunde, wo die HBV allein verhandelte.

Am 9.5. wunderte sich der schon zitierte „AGA-Chefbrief" amüsiert einen Monat nach Kündigung der Tarife über das Verhalten der HBV: *„Bis heute hat HBV (aber), uns ihre Vorstellungen über Neuregelung der tariflichen Sätze nicht bekanntgegeben"*. Dadurch konnten ja, wie sich inzwischen zeigte, die Kollegen zwei bis drei weitere Monate ohne Tariferhöhungen abgespeist werden. Dies Vorgehen „begründete" Sekretär Klaas auf der Mitgliederversammlung (MV) vom 22.5.74 noch ausdrücklich mit einer besonders gewieften „Taktik" der HBV-Führung.

Sicher wäre es wünschenswert, nicht nur gemeinsame Verhandlungen im Außenhandel zu erreichen, was ja die Gewerkschaftsführer unterlaufen, sondern darüber hinaus gemeinsame Tarifkämpfe mit den Kollegen aus anderen Bereichen – wie Versicherungen und Banken – zu organisieren; aber was hat das damit zu tun, auf die Mobilisierung der Kollegen im eigenen gewerkschaftlichen Bereich zu verzichten? Das dient lediglich den Kapitalisten, die in der Tat gemeinsame Verhandlungen bei gleichzeitig gemeinsamer Mobilisierung der Kollegen zu fürchten hätten.

Das, was Klaas von den Forderungen der Kollegen hält, gab er anläßlich der 18%–Forderung der Kollegen ebenfalls auf dieser Mitgliederversammlung zum besten: *„Es besteht eine Tarifhoheit beim Bundes- oder Hauptvorstand. Es werden generell 15 % gefordert, das ist eine Richtschnur"*. Nun, da die Kollegen nicht damit einverstanden sind, muß diese „Richtschnur" auch abgesichert werden; dazu hatte Klaas schon früher erklärt: *„Wir nehmen uns das Recht heraus, aus interessanten Betrieben Kollegen zur Tarifkommission heranzuziehen"*. Um den Kollegen von vornherein klarzumachen, daß sie in dieser Tarifrunde nichts weiter sind als Statisten, wenn es nach dem Willen der Gewerkschaftsführer ginge, legte Krause auf der Mitgliederversammlung am 4.6.74 den Standpunkt der Gewerkschaftsführung wie folgt dar: *„Die Tarifkommission entscheidet, was gefordert wird und darüber, ob die Mitglieder informiert werden, wenn die Tarifkommission ja sagt, ist die Sache gelaufen. Ihr könnt der Tarifkommission viel befehlen, sie verfährt, wie sie es für richtig hält"*. Solche Erlasse von Gottes Gnaden kennen wir beim Papst, in der Gewerkschaft haben solche Leute absolut keinen Platz. Es ist dann auch ein starkes Stück, den Kollegen zehn Tage später in den Tarif-„Informationen" zu erzählen, *„daß Tarifverbesserungen nur mit einer s t a r k e n Gewerkschaft zu erreichen sind"*.

Wen wundert es da noch, daß die Kollegen vor ihrer Mitgliederversammlung am 22.5., wo sie ihre Forderungen diskutieren konnten, aus dem „AGA-Chefbrief" der Kapitalisten (18/74) vom 16.5. erfahren konnten, daß die HBV „Forderungen auf Erhöhungen von durchschnittlich 15 % gestellt hat". Bezirksleiter Schiel von der HBV hatte den Kapitalisten selbstherrlich seine Forderung als Forderung der HBV präsentiert. Über diese Dreistigkeit waren die Kollegen so erbost, daß fast einstimmig folgende Resolution verabschiedet wurde:

An den
Landesbezirksleiter
Nordmark
der Gewerkschaft HBV
Gerhard S c h i e l

2000 Hamburg 1
Besenbinderhof 57

Die Mitgliederversammlung hat mit Empörung von dem eigenwilligen Vorgehen des Landesbezirksleiter Schiel in der Landestarifrunde der HBV im gewerblichen Bereich Kenntnis erhalten. Kollege Schiel hat im Alleingang, ohne Wissen der anderen Tarifkommissions-Mitglieder dem AGA die Forderung der HBV mitgeteilt. Diese Forderung – Abschluß soll bei 15 % liegen – weicht erheblich von den Vorstellungen der anwesenden Kollegen aus diesem Bereich ab, die hier Forderungen von 18 % bis 20 % genannt haben. Die Teilnehmer der heutigen Mitgliederversammlung fordern hiermit den Kollegen Schiel auf, auf der nächsten Mitgliederversammlung der Fachgruppe Groß- und Außenhandel zu erscheinen und Rechenschaft über sein Verhalten abzulegen.

Mitgliederversammlung vom 22.5.74
der Fachgruppe Groß- und Außenhandel
der Gewerkschaft HBV

ϕ an die Tarifkommission
der Fachgruppe Groß- und Außenhandel

ϕ an den Vorstand
der Fachgruppe Groß- und Außenhandel
zur Weiterleitung an die Mitgliederversammlung

Dennoch, nach einer Verhandlungsrunde, an der die Tarifkommission unter Vorsitz von Schiel teilnahm, wurde abgeschlossen. Stolz wurde in den Tarifinformationen vom 14.6.74 von der HBV erklärt: *„Auch durch diesen Ta-*

➡

Forts. TR-Außenhandel

rifvertrag ist wieder ein wesentlicher Schritt zur Tarifwahrheit in dieser Branche auf dem Lohnsektor getan worden". Doch mit der Wahrheit wurde es nicht so genau genommen. Auf Anfrage wurde von Gewerkschaftsführern mitgeteilt, daß 15 % Lohnerhöhung erreicht worden seien.

Nach dem Muster der IG-Metall wurde dabei die 40-Stunden-Woche, die erreicht wurde, einfach als eine zusätzliche Lohnerhöhung gerechnet. Die EDEKA-Kollegen erhalten z.B. nicht 15, sondern lediglich 10 % mehr Lohn. Die Tarifwahrheit besteht im weiteren Lohnabbau.

Doch offenbar glauben die Gewerkschaftsführer selbst nicht, daß sie mit solchen Beschönigungen und solchen Tariferlässen auf die Dauer bei den Kollegen landen können. Sie taten deshalb noch einiges mehr.

Im letzten Jahr, in der Tarifrunde 73, hatte sich ein „Arbeitskreis Betriebsgruppen" gebildet, um bessere Informationen und stärkere Einbeziehung der Kollegen nach den Erfahrungen des letzten Jahres zu erreichen. Als aus diesem Arbeitskreis Kollegen zum Fachgruppenvorstand kandidierten, dessen Neuwahl am 27.1.74, also einen Tag vor Auslaufen des Tarifvertrages, stattfand, wurde Marion Harries kurzerhand mit Polizei-Drohungen entgegen den bestehenden Satzungen standrechtlich ausgeschlossen, wegen Mitgliedschaft in der „KPD/ML". Es geht dabei weniger darum, ob die Kollegen mit der Politik der „KPD/ML" übereinstimmen, sondern darum, in welcher Weise sich die Herren Gewerkschaftsführer die „Auseinandersetzung" mit Kollegen denken, die nicht mit ihnen übereinstimmen. Denn als aus dem Arbeitskreis gegen dieses Vorgehen protestiert wurde, und man erklärte, es nicht zu dulden, wenn Gewerkschaftsmitglieder mit Hilfe der Polizei aus Mitgliederversammlungen geholt werden, wurde der ganze „Arbeitskreis Betriebsgruppen" in einem Papier von Krause zum Ausschluß von M. Harries für „gewalttätig" erklärt und mit dem Ausschluß bedroht. Die Wahl von Kommunisten in den Fachgruppenvorstand, wobei er besonders den KB im Auge hat, bedeutet für Krause *„den Henkern den Strick liefern"*. Der „Arbeitskreis Betriebsgruppen" wurde dann auch kurzerhand während der Tarifrunde aufgelöst. Als dann auf der letzten Mitgliederversammlung 30 von 60 Kollegen einen „Arbeitskreis Tarifpolitik" bildeten, bekam dieser nur den Segen der Gewerkschaftsführung nach ihrem Beschluß, dorthin einen Referenten und somit auch Kontrolleur zu schikken.

Nach ihren Vorstellungen sollte dieser Arbeitskreis auch erst nach den Sommerferien tagen, wenn schon einiges Gras über die Tarifrunde gewachsen wäre. Die Kollegen ließen sich nicht beirren und konnten durchsetzen, daß die erste Versammlung am 28.6 74 stattfindet.

Hier sollen die Ergebnisse der Tarifrunde diskutiert und eine Mitgliederversammlung vorbereitet werden. Doch auch hier wird schon wieder den Gewerkschaftsmitgliedern ein Stein in den Weg geworfen. Auf einmal heißt es, der Etat der Fachgruppe Groß- und Außenhandel sei überzogen. Allerdings: Nach Angaben der Gewerkschaftsführer kostet eine Mitgliederversammlung selbst bei Einladung über die Post nur 360,– DM, bei Mitgliederbeiträgen von mindestens 16.000 DM monatlich (das kommt schon zustande, wenn die 1600 Mitglieder durchschnittlich 10 DM Beitrag bezahlen). Mit solchen „Argumentationen" kann man natürlich immer die gewerkschaftliche Arbeit lahmlegen, es sei denn, die Kollegen prüfen das nach und lassen sich nicht davon abbringen, ihre Interessen zu vertreten, sondern sich einsetzen zur Verbreiterung der Kampffront für ihre Interessen. ●

Betriebszelle EDEKA und HBV-Komitee KB-Gruppe Hamburg

Facharbeiter- (Gesinnungs)Prüfung

Leserbrief

An der Gewerbeschule für Maschinenbau (G1) in Hamburg war am 14. Juni die Facharbeiterprüfung für Maschinenschlosser, die in diesem Jahr geprägt war von schweren und und in der Zeit kaum zu schaffenden Fachaufgaben. Ganz offensichtlich sollte hier im Sinne der Stufenausbildung der Kapitalisten gesiebt werden: eine hohe Durchfallquote ist anscheinend von vornherein einkalkuliert.

Doch noch auf anderem Gebiet war diese Prüfung bemerkenswert: neben der Fachprüfung sollten die zukünftigen Facharbeiter eine Überprüfung ihrer politischen Gesinnung ablegen. Da tauchten in der Politikprüfung folgende Fragen auf:

- Nennen Sie einige Prinzipien eines „Rechtsstaates" – Sind Sie der Ansicht, daß die BRD ein Rechtsstaat ist?
- Nennen Sie mindestens fünf Ziele der Gewerkschaften – in der letzten Zeit wird viel von der drohenden Gefahr eines „Gewerkschaftsstaates gesprochen. Nehmen Sie hierzu Stellung und begründen Sie Ihre Stellungnahme.
- Ist Entwicklungshilfe nützlich?
- Nennen Sie einige Beispiele für die Mitbestimmung des Betriebsrates nach dem BVG und erläutern Sie diese.

Es ist klar, diese Fragen dienten nicht allein der Vergabe von Zensuren, sondern vor allem der politischen Auswertung. Die Kapitalistenvertreter und die Ausbildungsleiter in den Prüfungsausschüssen mit Unterstützung einiger Lehrer sammeln mit derartigen Fragen Material gegen einzelne Prüflinge. Vermutlich werden Kopien einiger Prüfungsarbeiten demnächst in den Personalakten einiger Betriebe landen; die Kontrolle hierüber liegt allein bei der Industrie- und Handelskammer.

Auch hier zeigt sich die gleiche Stoßrichtung, die in der schulischen und betrieblichen Ausbildung verfolgt wird: Schaffung angepaßter Lehrlinge und Feststellen der „Schwarzen Schafe".

Es ist sicher nicht zufällig, daß diese Politikprüfung gerade an der G1 erfolgte, denn hier waren die Aktivitäten der Lehrlinge in der vergangenen Monaten besonders groß.

Die Lehrlinge der folgenden Lehrjahre tun gut daran, schon frühzeitig die Forderung danach aufzustellen, derartige Facharbeiter-Gesinnungsprüfungen abzuschaffen. ●

Ein Metaller-Genosse

DGB-Jugend Geesthacht unter Beschuß

Seit ca. 1 1/2 Jahren arbeitet in Geesthacht ein Kreis von gewerkschaftlich organisierten Kollegen im Ortsjugendausschuß des DGB-Ortskartells. Anfänglich waren sich die Kollegen kaum im klaren, welches Ziel sie mit ihrer Arbeit verfolgen wollten und führten deswegen auch keine ständige Diskussion um Sinn und Zweck ihrer Arbeit. Erscheinungsform dieser Politik waren Aktionismus und Handwerkelei auf der Grundlage breiterer Unerfahrenheit und politisch ideologischer Schwäche in Fragen der Gewerkschaftsarbeit.

Mit der Zeit entwickelte sich in der DGB-Jugend ein politisch bewußter Kern, der die Diskussion um das Hauptziel der Arbeit aufnahm und mit den Kollegen vorantrieb. Spürbare Ergebnisse dieser Entwicklung waren die Herausgabe einer Zeitung („Der Hammer") und die Durchführung von Veranstaltungen („Rote Zange", Dez. 73, Mai-Veranstaltung 1974).

Wichtigstes Merkmal dieser politischen Entwicklung ist die zunehmende selbständige Diskussion um die Organisierung der eigenen Arbeit, mit dem Ziel, sie auf einen längeren Zeitraum auszurichten und damit eine Abkehr von der anfänglich praktizierten Handwerkelei und dem Studieren von Gewerkschafts-Satzungen.

Andererseits ist diese Entwicklung der DGB-Jugend nicht spurlos an den Augen des Geesthachter DGB-Vorstandes vorbeigegangen, der gerade in der gewerkschaftlichen Arbeit der jungen Kollegen die Gefahr sah, seine Kontrolle über den aktivsten Teil in der Geesthachter Gewerkschaftsbewegung zu verlieren. Die Zensur des „Hammer" durch den Kreisjugendsekretär Feddersen, die Teilnahme des DGB-Vorsitzenden von Geesthacht, Ellermann, an Sitzungen der DGB-Jugend und sogar die Androhung, den „Hammer" ganz und gar als gewerkschaftliche Zeitung einzustellen, waren erste Schritte, die von Seiten der Gewerkschaftsführer unternommen wurden. Nach den letzten Vorkommnissen spricht Ellermann sogar schon von zwei bis drei Unruhestiftern, die die vernünftigen Kollegen „unterwandern", und droht mit Repressalien, wenn sich die Kollegen nicht den Forderungen der DGB-Führung anpassen.

Wir wollen in diesem Artikel näher die Entstehung und Entwicklung der Geesthachter DGB-Jugend darstellen und daran aufzeigen, wie sich ihre Arbeit von der alleinigen Bereitschaft zur gewerkschaftlichen Organisierung zum mehr und mehr politisch bewußten Handeln entwickelte. Andererseits werden wir darstellen, wie sich DGB-Führer, reaktionäre Presse („Geesthachter Zeitung" – 92 % Springer) und auch die DKP gegenüber solchen fortschrittlichen Menschen verhalten.

Entstehung des OJA-Geesthacht

Der Geesthachter OJA ist nicht Ergebnis einer betrieblichen Arbeit, sondern erst nach einem Aufruf der Gewerkschaftsführung begründet worden, und zwar unter Regie derselben.

Ziel der Gründung war es, sich entwickelnde Aktivitäten der Jugendlichen in Geesthacht aufzufangen und im Sinne der DGB-Führung auszurichten. Der OJA sollte die reformistische Politik der DGB-Führung übernehmen und so gleichzeitig mit als Aushängeschild der örtlichen Gewerkschaftssekretäre benutzt werden.

Bei der Gründung versammelten sich zwölf junge Kollegen und Kolleginnen, die bereit waren, ihre Vorstellungen von gewerkschaftlicher Arbeit in die Tat umzusetzen.

Unter ihnen war ein größerer Teil SDAJ-Mitglieder, die kurz nach der Gründung der DGB-Jugend ihre Mitgliedschaft bei den Revisionisten auflösten. Damit brach ziemlich frühzeitig eine wichtige Stütze der Gewerkschaftsführung zusammen.

Die Gründe für die Auflösung der Geesthachter SDAJ lagen zum einen in der „Praxis" der DKP, die sich einzig in Form von Veranstaltungen und zeitweiligem UZ-Verkauf niederschlug. Zum anderen entwickelte sich aus Anlaß der Bundestags-Neuwahlen 1972 eine Zusammenarbeit zwischen der Bezirksorganisation des KB und der SDAJ in Geesthacht. Diese Ansätze der politischen Zusammenarbeit waren nur durch das ehrliche Bestreben der SDAJ-Mitglieder möglich, gemeinsam mit uns die bürgerlichen Parteien zu entlarven und darüber hinaus durch die politisch-ideologische Auseinandersetzung eine längerfristige Zusammenarbeit anzustreben.

An diesem Punkt griff jedoch die DKP/SDAJ-Führung ein, die alles in Bewegung setzte, um diesen Ansatz einer solidarischen Zusammenarbeit zu zerschlagen.

Mit bekannten Sprüchen wie „Linkssektierer", „Studentenverein", „Feinde der DKP", „Arbeiter- und Gewerkschaftsfeinde" etc. sollten die Mitglieder antikommunistisch verhetzt und wieder auf DKP-Linie gebracht werden. Die Hetze der DKP-Führer stieß bei den SDAJ-Mitgliedern auf Ablehnung und wurde zurückgewiesen. Man erwartete ehrliche Auseinandersetzung mit dem KB, bei gleichzeitiger Zusammenarbeit. – Schließlich versuchte die DKP-Führung ein administratives Verbot der Diskussion und Zusammenarbeit mit dem KB in der SDAJ durchzusetzen.

Dies sah so aus, daß den KB-Genossen unter Androhung gerichtlicher Schritte Hausverbot im DKP-Büro ausgesprochen wurde, und daß den SDAJ-Mitgliedern, die nach wie vor für eine Zusammenarbeit eintraten, organisatorische Konsequenzen angedroht wurden.

Diese Schweinerei der DKP/SDAJ-Führung stieß bei den Mitgliedern auf heftige Empörung und führte schließlich zum Austritt aus der SDAJ. Dieser Schritt der SDAJ-ler war aber noch nicht Ausdruck politisch-ideologischer Klarheit über den Gesamtcharakter der Politik der DKP. So ist es auch verständlich, wenn in der OJA-Arbeit auch nach Auflösung der SDAJ zeitweilig noch revisionistische Positionen in den Vordergrund traten. Dies wurde noch durch die Unerfahrenheit der Kollegen in gewerkschaftlichen Fragen gefördert.

Diese revisionistischen Tendenzen in der Arbeit der DGB-Jugend schlugen sich damals in Handwerkelei, sporadischen Aktionen und dem Studium einzelner Gewerkschaftssatzungen nieder. Die Bereitschaft, eine an den Interessen der Kollegen orientierte Arbeit zu machen, war zwar vorhanden, es fehlte jedoch die Diskussion über die Gestaltung einer solchen Arbeit. Vielmehr verfiel man auf den nicht sehr originellen Einfall, die bisher nicht in Scharen herbeiströmenden Kollegen mit dem Mittel von „Pop-Feten" anködern zu wollen.

Mehr und mehr stieß jedoch diese Art der „Gewerkschaftsarbeit" einerseits nicht auf Aktivierung von bisher noch passiven Kollegen und andererseits auf zunehmende Kritik bei einigen Kollegen in der Gewerkschaftsjugend. Aus dieser Situation entwickelten einige Mitglieder des OJA die Notwendigkeit einer Diskussion über die eigene Arbeit, um diese zu verbessern und auch für einen längeren Zeitraum auszurichten. Punkte, die in dieser Diskussion angesprochen wurden, waren:

1. Intensivierung der noch mangelnden Kontakte zu jungen Kollegen aus den einzelnen Betrieben, und
2. Hebung des politischen Niveaus der bisherigen Arbeit. Man strebte in diesem Punkt die kontinuierliche Diskussion und Schulung von Fragen an, die für die eigene Arbeit wichtig waren.

Zwei wichtige Schritte wurden von der DGB-Jugend zur Überwindung ihres mangelnden Kontakts zu den jungen Kollegen und der mangelnden politischen Diskussion unternommen: Die Herausgabe einer eigenen gewerkschaftlichen Zeitung „Der Hammer", sowie anläßlich der diesjährigen Kommunalwahl in Schleswig-Holstein – die Kontaktaufnahme zu weiteren örtlichen Jugendinitiativen, z.B. zur „Aktion Jugendzentrum", mit denen jetzt im Rahmen einer Aktionseinheit regelmäßige Treffen und Diskussionen stattfinden.

Die Schritte in Richtung eines besseren Kontakts zu den Betrieben wurden langsam sichtbar und spiegelten sich auch in der Zeitung wieder. Jedoch blieb das Niveau von Betriebsartikeln noch auf der Ebene der Darstellung der verschiedenen Mißstände in den Betrieben stehen. Die Kollegen waren hier noch nicht in der Lage, einen gesellschaftspolitischen Zusammenhang herauszuarbeiten und Perspektiven für die Organisierung eines Abwehrkampfes gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen an Hand besonderer Beispiele aufzuzeigen; dies lag nicht zuletzt auch an der mangelnden Erfahrung.

Die Diskussion der Mängel in der ersten Ausgabe des „Hammer" schlug sich in der zweiten Nummer positiv nieder.

Aufgrund der anstehenden Jugendvertreter-Wahlen zeigten die Kollegen Mängel und Fehler der bisher geleisteten JV-Arbeit auf der Wilhelmsburger Maschinenfabrik und anderen Betrieben auf. Einen überwiegenden Teil der zweiten Ausgabe des „Hammer" nahm der Artikel zum bevorstehenden 1. Mai '74 ein.

Mit einer Bilanz der gesellschaftlichen Entwicklung, dem Abbau der demokratischen Rechte, der weiteren Einschränkung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, wiesen die Kollegen auf die sinnvolle Nutzung des Kampftages der Arbeiterklasse hin. Nicht zuletzt führten sie eine eigene Veranstaltung am 30. April durch, während die Geesthachter DGB-Führer einen „Tanz in den Mai" für besser hielten.

In der eigenen Veranstaltung wurde vor allem der Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie als weiterer Angriff der westdeutschen Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse diskutiert. Der Mangel dieser Veranstaltung bestand darin, daß in die Diskussion nur wenig die konkrete Situation in Geesthacht einbezogen wurde.

Ein anwesender Redakteur der „Geesthachter Zeitung" („GZ" Springer-Blatt), verweigerte den jungen Kollegen eine Stellungnahme zu den üblen Hetzartikeln, die bisher gegen die AJZ (Aktion Jugendzentrum, dessen Träger freundschaftlich mit der organisierten Gewerkschaftsjugend verbunden sind) gefahren wurden und wurde daraufhin an die Luft gesetzt. Wie richtig dieses Verhalten war, bewies sich an der Fortführung der faschistischen Hetze, die das Springer-Blatt kurz darauf auch gegen die DGB-Jugend richtete.

Angriffe gegen die DGB-Jugend

Nach der Mai-Veranstaltung des OJA, wo unter fortschrittlichen Parolen über den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und über die Notwendigkeit, sich in den Gewerkschaften konsequent für die Interessen der Arbeiterklasse einzusetzen, diskutiert wurde, griffen die Gewerkschaftsführer in Geesthacht zum erstenmal zum Mittel der reaktionären Presse, um die fortschrittlichen Perspektiven des OJA's anzugreifen und zu verteufeln. So erschien ein Artikel, in dem ein führender Gewerkschaftssekretär drohte, daß man aufpassen müßte, daß der OJA nicht von Kommunisten „unterwandert" werde; außerdem wurde im selben Artikel die Parole des OJA „Gegen Gewerkschaftsausschlüsse" in „Gegen Gewerkschaftsbeschlüsse" (!!) umgelogen. Mit dieser Lüge sollte erreicht werden, daß die Bevölkerung, vor allem die gewerkschaftlichen Kollegen, den OJA als einen Haufen wilder „Chaoten" sehen und sich von ihm distanzieren. Weiterhin sollten hiermit scharfe Angriffe auf die DGB-Jugend wie z.B. Ausschlüsse einzelner Kollegen von vornherein als legitim abgesichert werden.

Am 24. Mai 1974 folgte ein zweiter Artikel mit der Überschrift: *„Mit Kommunisten Ja, mit Chaoten niemals"!* Mit diesem Artikel trat der 1. Vorsitzende des Geesthachter Ortskartells Ellermann in Erscheinung. Er erklärte, daß die Geesthachter Gewerkschaftsführer durchaus dazu „bereit" seien, „mit Kommunisten zusammenzuarbeiten", das sehe man auch daran, daß die DKP im Geesthachter Gewerkschaftsvorstand anwesend sei. *„Nur mit Chaoten, Maoisten und anderen Sektierern wollen wir nichts zu tun haben!"* Ellermann weiter: in der Gewerkschaftsjugend Geesthachts gäbe es bedenkliche Entwicklungen. *„Aber wir sind sicher, daß diese zwei oder drei Unruhestifter sich auf Dauer nicht gegenüber der vernünftigen (? !) Jugend tarnen (?) können ..."* Zum Schluß meinte Ellermann noch drohend: falls der OJA wirklich so schlimm sei, wie er es von einigen Seiten gehört habe, *„sind die Konsequenzen klar."* (!)

In die Spaltungsversuche reiht sich auch das Erscheinen Ellermanns auf einem Gruppenabend des OJA ein. Sein Erscheinen hatte wohl mehrere Gründe; zum einen wollte er den OJA mit dem Mittel der formellen Diskussion über Satzungen usw., worin er ein Meister ist, überrollen und einschüchtern, andernfalls sich in gespielter kollegialer und toleranter Art und Weise bei den Kollegen anbiedern und nicht zuletzt herausbekommen, wer die eigentlichen „Unruhestifter" sind.

In der Zwischenzeit haben die Kollegen Auflagen bekommen, die ihre politische Arbeit weiter einschränken sollen. Veröffentlichungen des OJA müssen erst durch eine Zensur durch die DGB-Führer zurechtgestutzt werden und dürfen nur die Unterschrift von Ellermann oder Meier (DGB-Kreisvorsitzender) tragen. Damit soll die fortschrittliche Zeitungsarbeit („Der Hammer") liquidiert werden.

Insgesamt werden es Ellermann und Co. darauf anlegen, einige oder alle Kollegen zum Zurückweichen von politischen Positionen zu zwingen, oder wenn das allein nicht ausreicht, werden sie auch vor dem Ausschluß eines oder mehrerer Kollegen nicht zurückschrecken.

Die nächsten Aufgaben

Welchen Erfolg diese Angriffe der DGB-Führer auf die Gewerkschafts-Jugend erzielen werden, hängt nicht zuletzt vom derzeitigen Entwicklungsstand des gesamten OJA ab.

Um diesen Angriffen die breite und feste Entschlossenheit einer fortschrittlichen Gewerkschaftsarbeit entgegenzuhalten, wird es vor allem wichtig sein, die politische Diskussion und die Verankerung einer fortschrittlichen Arbeit mit möglichst vielen Kollegen voranzubringen.

Vor allem muß der Schwerpunkt dabei auf die Zeitung als politisches Organ der DGB-Jugend gelegt werden.

Die Verankerung der Zeitung einmal bei den schon aktiven Kollegen und zum anderen auch bei den Kollegen in den Betrieben macht eine noch stärkere und breitere Arbeit mit der Zeitung notwendig.

Sollte eine politische Zeitungsarbeit über den „Hammer" nicht mehr möglich sein (wegen Zensur und Verhinderung durch die Gewerkschaftsführer), muß nach neuen Wegen gesucht werden, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der „Aktion Jugendzentrum", die schon über eine selbständige Zeitung „Der Zünder" verfügt.

In diesen Rahmen fällt auch die noch weit bessere Diskussion und Organisierung einer betreiblichen Arbeit der in der DGB-Jugend organisierten Kollegen, die zum einen einen stärkeren Einfluß auf die Zeitung haben muß und zum anderen den breiten Kontakt zu den Kollegen im Betrieb gewährleisten kann. ●

Ortszelle Geesthacht der Bezirksorganisation Bergedorf – KB/Gruppe Hamburg

TRITTAU:

AUS DEM KAMPF GEBOREN — Jugendbewegung in Trittau

Die AK-Redaktion erreichte folgender Bericht des JUGENDKOLLEKTIV TRITTAU:

Trittau ist eine Kleinstadt mit 6000 Einwohnern vor der Hamburger Landesgrenze. Das Milieu dieses Ortes hat mehr dörflichen als städtischen Charakter.

Der Situation der Trittauer Jugend entsprechend gab es bis 1971/72 neben den Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien, einer Volkstanzgruppe und kirchlichen Arbeitskreisen keine fortschrittliche Kraft, die sich an den wirklichen Interessen der Jugendlichen orientierte.

Ein gewisser Ansatz war dort gegeben, wo es am ehesten möglich war, sich mit den Interessen der Jugendlichen zu beschäftigen, in den kirchlichen Arbeitskreisen. Unter Mitwirkung eines liberalen Pastors wurde immer wieder die Möglichkeit einer Arbeit unter den Trittauer Jugendlichen diskutiert; man kam immer wieder zu dem Schluß, daß man etwas tun müsse, ohne eine konkrete Perspektive zu finden.

Der Vorschlag einer eigenen Jugendzeitung fand die allgemeine und ungeteilte Zustimmung. Nur der Pastor gab zu bedenken, daß man darauf achten müsse, nicht einseitig, für alle Kräfte offen zu sein . . . usw.

Die betreffende Gruppe bestand zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich aus Haupt- und Realschülern, einigen Lehrlingen und einem Gymnasiasten. Letzterer hatte sich als Sympathisant der DKP bemüht, sozialistisches Gedankengut in allgemeiner Form in die Gruppe zu tragen. Das Ergebnis war, daß einige Jugendliche mit einem gewissen, wenn auch recht unbestimmten sozialistischen Anspruch an die Arbeit gingen.

Die Zeitung sollte

- ▷ zum einen die Situation und besonderen Schweinereien an der Trittauer Haupt- und Realschule einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen und
- ▷ zum anderen den Zusammenhang von dem derzeitigen Schulsystem und kapitalistischer Gesellschaftsordnung aufzeigen.

Stoff gab es an der Trittauer Schule genug: Seit Jahren plagt sich die Schülerschaft mit dem geradezu skandalösen Verhalten eines faschistoiden Lehrers.

Um die Planung der Zeitung formierte sich eine feste Gruppe, die sich „Jugendkollektiv Trittau" (JK) nannte.

Die ersten Schritte — die ersten Angriffe

Die erste Nummer des „Scheibenwischer" (SW) war im November 1972 im Rahmen des Bundestagswahlkampfes geplant.

Auf diesem Weg sollte die z.Zt. des Wahlkampfes bestehende allgemein größere politische Aufnahmebereitschaft genutzt werden.

So dachten zumindest die Jugendlichen, anders aber der Kirchenvorstand, für den der Rausschmiß aus den Kirchenräumen damit beschlossene Sache war. Als Anlaß diente die Bemerkung einer „SW"-Redakteurin zu dem Rektor der Trittauer Schule, daß einige der JK-Mitglieder „etwas links" eingestellt seien.

Auf Intervention des Rektors machte der Kirchenvorstand die Auflage, daß die Zeitung sinnigerweise erst nach dem Wahltag erscheinen sollte, wogegen sich das Jugendkollektiv geschlossen widersetzte.

Der Kirchenvorstand „bedauerte" das – und warf das JK aus dem Heim mit der Begründung, daß *„durch das Vorhaben des JK der Kirche die Räume wie auch Abzugsmaschine verlorengehen könnten; schließlich sei die Kirche ja eine unpolitische Institution (!)"* . . .

Bezeichnenderweise waren die 3 Jugendorganisationen von CDU, SPD und FDP davon ausgenommen.

Damit waren das Hausverbot und die Sperrung der Druckmaschine nicht gegen die Politik im allgemeinen gerichtet, sondern gezielt gegen die politischen Absichten des JK.

Das JK läßt sich nicht einschüchtern

Dieser erste Angriff kam für die meisten Mitglieder des JK unerwartet, jedoch ließ man sich nicht vom Zeitungs-Projekt abbringen. Im Gegenteil, nun auf die eigenen Kräfte angewiesen, erhöhten sich Solidarität und Tateifer des JK.

Die Arbeit des JK fand schnell größeres Interesse, so daß sich bald ein Kreis von über 20 Jugendlichen um das Zeitungsvorhaben gefunden hatte.

Die allgemein verbreitete Stimmung *„denen werden wir es schon zeigen"* prägte auch unmittelbar die praktische Arbeit. Zur Herausgabe der ersten Nummer mußten ein neuer Raum und eine Abzugsmaschine gefunden werden – es waren noch einige Artikel zu schreiben und die Frage der technischen Erstellung zu klären . . .

Dagegen geriet die politische Diskussion in den Hintergrund: es wurde versäumt, schon zu diesem Zeitpunkt die allgemeine Bedeutung des Angriffes der herrschenden Kreise zu diskutieren und über die weitere Entwicklung eine realistische Vorstellung zu entwickeln.

Die erste Nummer des „SW" erschien und der „Sturm des Interesses" legte sich, die ersten Jugendlichen zogen sich von der aktiven Mitarbeit zurück. Das ist einerseits nicht verwunderlich und wurde berechtigterweise als eine natürliche Entwicklung gewertet. Andererseits beging man das Versäumnis, das wichtige Grundprinzip zu vernachlässigen, jede Bereitschaft eines jeden Jugendlichen für die gemeinsame Arbeit nutzbar zu machen, um damit möglichst viele in die aktive Arbeit miteinzubeziehen.

Das hätte über die Arbeit mit der Zeitung geschehen müssen. Allerdings setzt das voraus, daß von den Jugendlichen die Zeitung als Instrument begriffen worden wäre, in die Trittauer Jugend hineinzuwirken. So wäre die praktische Umsetzung der Zeitungsartikel von allen zu diskutieren gewesen, nicht aber so sehr die Erstellung und Konzeption eines jeden Artikels vor Erscheinen.

Stattdessen aber wurden Gruppen von 3 bis 4 Jugendlichen gebildet, die jeweils an einem Artikel arbeiteten. Das Ergebnis war zunächst eine recht zähflüssige und langwierige Artikelerstellung. Mit der Zeit übernahm ein immer kleinerer Kreis der politisch bewußteren Jugendlichen die gesamte redaktionelle Arbeit. Zwar wurden alle Artikel noch vor dem Erscheinen in der gesamten Gruppe diskutiert; diese Diskussionen allein genügten jedoch nicht, um alle Ju-

➡

Trittau:

Ein ganz besonderes Lehrstück staatlicher Willkür — Zum „Scheibenwischer"-Prozeß —

Anlaß für den Angriff der Justiz auf den „Scheibenwischer" (SW) – Zeitung des Trittauer Jugendkollektivs (JK) – sind die Darstellungen über das Verhalten von Lehrer Henning Böge an der Hauptschule Trittau im „SW".

Lehrer Böges Unterrichtsstil ist gekennzeichnet von Willkür und psychologischem Terror.

Einige Kostproben dieses Verhaltens (aus dem beschuldigten „SW" Nr. 3):

„Der Rohrstock ist verschwunden, die Strichliste kam. Dies ist eine beliebte Methode, unbequeme Schüler zum Schweigen zu bringen, sie abzusägen. Denn: bei 18 Strichen bekommt man einen Tadel, bei zwei Tadeln kann man schon für einige Wochen „beurlaubt" werden und beim dritten Tadel erfolt der Schulverweis.

18 Striche – lange hin, denkt man im ersten Moment; aber wenn man weiß, wie willkürlich und ungerechtfertigt Striche verteilt werden, sieht die Sache schon ganz anders aus.

Simple Anlässe, wie Turnschuhe vergessen, einen Moment unaufmerksam sein, mit dem Nachbarn reden, werden schon sehr oft mit Strichen bestraft."

Böge handhabt diese Unterdrückung mit besonderem Geschick und Intension. In übelster und autoritärer Weise bedient er sich dieses Mittels.

„Als die Strichliste dann eines Tages aus bisher ungeklärten Gründen aus Böges Klasse verschwand, zwang er die Schüler, ihre Taschen auszuleeren. Danach mußte jeder schätzen, wieviele Striche er habe und auf Tonband sprechen (Polizeimethoden!!)."

Der „SW" brandmarkt völlig berechtigt diese an Nazimethoden erinnernde Ermittlungspraxis.

Sprüche wie „.... Ihr solltet lieber mehr lernen als laufend ins Bett zu steigen" („SW" Nr. 3) runden das Bild dieses sauberen Pädagogen ab.

Lehrer Böge, ein offensichtlich sexuell total verklemmter Typ, der in geradezu penetranter Weise kaum eine Möglichkeit ungenutzt läßt, in Anspielungen und Bemerkungen bürgerlich-reaktionäre Sexualmoral zu reproduzieren und eine spezielle Befriedigung dabei empfindet, durch schleimig-schlüpfrige Anspielungen junge Schüler und Schülerinnen in Verlegenheit zu bringen. Bürgerliche Psychologen würden dies wohl „eine tendenziell perverse Sexualeinstellung" nennen.

Aber „natürlicherweise" ist seine verklemmte Sexualideologie gepaart mit einem entsprechend allgemeinem reaktionären Verhalten und Meinungen, so daß man nicht umhinkommt, Böge insgesamt als einen faschistoiden Typen besonderer Prägung zu bezeichnen.

Der Stein des Anstoßes für die Justiz ist u.a. folgender Part:

„Besonders abstoßend, feucht und schleimig zieht Lehrer Böge die ersten kleinen Freundschaften in seiner Klasse durch den Dreck. Mit zynischem (fiesen) Lächeln werden Anspielungen eindeutiger Art vorgebracht.

*So konnte ein Mädchen das Fremdwort „Konjunktion" nicht richtig aussprechen (*sie haspelte: Konjunk ...., juk ...., juktiv – Anm. AK). *Zitat Böges: Das Jucken erinnert Dich wohl an gestern Nachmittag! – Dem 14-jährigen Mädchen standen die Tränen in den Augen (Böge hatte die harmlose Freundschaft dieses Mädchens mit einem Jungen aus seiner Klasse beobachtet)."* („SW" Nr. 3)

Mai '73: erschien bei Eltern von JK-Mitgliedern überraschend die Kriminalpolizei und wollte Ermittlungen „wegen Unstimmigkeiten beim Impressum" des „SW" führen.

Bei dem Vernehmungstermin mit dem presserechtlich-verantwortlichen Redakteur, Sigmund Z., wurde klar, um was es ging: die Fragen wurden gezielt nach den Finanzen des JK, der Technik, der Mitgliederzahl des JK usw. gestellt.

Das JK erfährt hier, daß das Landesschulamt wohl Anzeige erstatten würde. (Eventuell) Der „SW" – in Vorahnung was da kommen könnte – bietet Böge die nach bürgerlichem Recht übliche Möglichkeit einer Gegendarstellung in einem Schreiben an. Böge reagiert nicht.

28. Juni '73: Vorladung des Amtsgerichts Trittau für den Presserechtlich-Verantwortlichen, wegen „Beleidigung" des Paukers Böge.

Sigmund Z. kommt zu dem Amtsrichter Kubick. Kubicks Äußeres und Umgebung läßt einiges erwarten: er selbst in Knikkerbocker, neben seinem Schreibtisch ein die Vernehmung aufmerksam verfolgender zähnefletscher Jagdhund!

Richtigerweise wird von dem „SW"-Redakteur die „Aussage zur Sache" verweigert. Das schien dem Richter offenbar nicht zu passen: empört schreit er den Vorgeladenen an: *„Sie werden schon sehen, was Sie davon haben ... Ich werde die Bereitstellung der Akte für Ihren Rechtsanwalt verzögern ..."*. Der Hund beginnt zu knurren.

Überhaupt scheint Richter Kubick sozusagen das Pendant zu Böge zu sein. Ein, vordergründig betrachtet, konfus und auf die tatsächlichen Gegebenheiten „chaotisch" reagierender älterer Herr. Bei genauerem Betrachten muß man jedoch sagen, hier hat man einen Fascho vor sich, der mit dem Widerspruch, nicht mehr ganz so können, wie er gern möchte, nicht so recht fertig wird. Er scheint einer jener Juristen zu sein, die Ausbildung und Praxis bei den Nazis genossen und die jetzt nicht mehr so ganz zurechtkommen mit dem bürgerlichen Recht, das etwas komplizierter ist, als das früher so geliebte vollkommen – auch äußerlich – willkürliche Verhalten von Nazi-Richtern. Man ist geneigt, das Braunbuch zu Rate zu ziehen ...

Die weiteren vorgeladenen JK-Mitglieder verweigern ebenfalls die Aussage; einem droht Kubick deswegen Jugendarrest an.

30. Juni '73: Als von den Jugendlichen nichts zu erfahren ist, erfindet die Justiz eine mysteriöse „Familienrechtssache D." (elterliche Gewalt, Bevormundung u.ä.) unter anderem Aktenzeichen. Es werden z.T. die gleichen vier JK-Mitglieder vorgeladen.

9. Juli '73: Vorladung wird ohne Begründung zurückgenommen.

24. Juli '73: Unter gleichem Aktenzeichen taucht diese „Familienrechtssache" jetzt wieder auf; es handelt sich hier offensichtlich um einen „Kunstgriff" staatlicher Willkür, denn alle Vernehmungen und Fragen beziehen sich weiterhin auf den „SW" und das JK und keineswegs auf irgendeine „Familienrechtssache".

Einem Jugendlichen droht Kubick bei der soundsovielten Aussageverweigerung – außer sich vor Wut, puterrot und rasend – mit einem halben Jahr Jugendstrafe, was als massive Einschüchterung und Nötigung gewertet werden muß.

15. August '73: Der Justiz fehlt es offensichtlich an Mitteln, dieses Spiel fortzusetzen; dem Lehrling Sigmund Z. wird angeboten, eine Verwarnung in kauf zu nehmen, sich bei Böge zu entschuldigen (!) ... usw., was von ihm aber abgelehnt wird.

1. November '73: nach offenbar monatelanger „Denkpause" flattert dem Redakteur des „SW" eine Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Lübeck ins Haus. Anklage: fahrlässig vernachlässigte presserechtliche Sorgfaltspflicht, die zur Verbreitung falscher Tatsachen führte. Hauptzeuge – Böge!

10. November '73: Die staatliche „Fürsorge" wird auf den Plan gerufen und soll offenbar für die richtige Atmosphäre bei den Prozeßbeteiligten sorgen; es wird versucht, die Eltern des Angeklagten massiv einzuschüchtern.

22. Februar '74: Prozeßtag, das JK war gut vorbereitet; es wurden verschiedene Eltern und Schüler als Zeugen für den Wahrheitscharakter der „SW"-Ausführungen mitgebracht. Richter Kubick übertrifft alle Erwartungen! Jeder Zuschauer, der den Saal betritt, wird von ihm angeschrien „Was wollen Sie hier ... Wie heißen Sie". Als ein (langhaariger!) Zuschauer seinen Namen „Dr. C." nennt, bittet Kubick ihn kleinlaut und durch den akademischen Titel eingeschüchter., sich zu setzen.

Als die Zeugen der Verteidigung den Saal betreten, schreit Kubick außer sich: „Zeugen? Das gibt es gar nicht, Sie sind ja gar nicht vorgeladen – raus!" Als die Verteidigung dieses begründet hat, zieht sich Kubick zur Beratung zurück und verkündet nach einiger Zeit, daß genau die beiden der drei Anklagepunkte, zu denen gerade die Zeugen geladen waren, erledigt seien! Man führe sich das vor Augen: die Staatsanwaltschaft ermittelt acht Monate, verfaßt eine Anklageschrift, die vom vorherigen Ermittlungs- und jetzigen Verhandlungsrichter kurzerhand fallengelassen werden, weil die Verteidigung Zeugen zur Widerlegung benannt hat – ohne daß sie überhaupt schon ein Wort gesagt haben!

Als einziger Punkt bleiben jetzt die drei „ehrenverletzenden Worte: schleimig, abstoßen und feucht" bestehen!!

Als der Verteidiger in die nähere Argumentation eintritt und auf „Konjunktion" und „Jucken" zu sprechen kommt, fährt Kubick ihn an:

„Seien Sie ruhig, im Gerichtssaal wird so nicht geredet". Als der Verteidiger ihn fragt, ob er vielleicht den Filmtitel „Laß jukken Kumpel" kennt, um damit zu erklären, worum es hier geht, schreit Kubick: *„Nein, nein, das gehört nicht hier her"*.

Da der Richter in die nähere Sacherläuterung sich weigert einzutreten, stellt die Verteidigung ihren ersten Antrag auf Befangenheit – über den, gemäß bundesdeutscher Rechtspraxis der Richter selbst entscheidet und natürlich ablehnt.

Zum Vorwurf des Verstoßes gegen das Landespressegesetz sagt Kubick, daß er das JK gar nicht ernst nehmen kann, daher hier wohl auch das Landespressegesetz nicht zum Zuge kommen könnte; darauf stellt der Verteidiger den zweiten Antrag auf Befangenheit, da diese Frage schließlich der Kernpunkt des Verfahrens ist.

So prompt wie die zweite Ablehnung dieses Antrags folgt, kommt auch das Urteil selbst.

Wenn man sich dieses Verfahren in seinem Verlauf vor Augen führt, muß man dem JK erhebliches Stehvermögen und kühlen Kopf bescheinigen. In diesem Verlauf, voller – selbst nach herrschender Rechtspraxis – gesetzeswidrigen Vorgehens der staatlichen Gewalt, mit seinen ausgeklügelten Betrugsmanövern, den Erpressungs- und massiven Einschüchterungsversuchen, zeigt sich ein Stück faschistischer Staatspraxis, die nicht einfach mit dem kleinstädtischen Charakter von Trittau zu erklären ist. Allerdings muß man wohl sagen, daß solche Vögel wie in Trittau sich in größeren Städten kaum halten können (Übrigens war Kubick vor seiner „Versetzung" Richter in West-Berlin ...).

Den Jugendlichen kann man nur den Rücken stärken und raten, diesen Kampf zu Ende zu führen, was durch solidarisches Zusammenstehen möglich sein dürfte.

Bezirkszelle Bergedorf des KB, Gruppe Hamburg

Forts. Trittau

gendlichen an der weiteren Arbeit zu interessieren.

Da aber der zweite, jedoch wesentlichere Teil der Zeitungsarbeit unklar war, nämlich den „SW" zur Entwicklung einer politischen Praxis in Trittau einzusetzen, fehlte dem JK zu diesem Zeitpunkt die politische Perspektive in der Arbeit mit breiteren Teilen der Jugendlichen. So verringerte sich auch die an den Redaktionssitzungen teilnehmende Zahl der Jugendlichen.

Die zweite Angriffswelle: Der Staatsapparat schaltet sich ein

Die Zeitungsartikel bezogen sich wesentlich auf Probleme der Trittauer Jugend. Dieses traf sowohl bei den Jugendlichen als auch einigen Eltern auf Interesse und auch auf Unterstützung.

Das JK erhielt bessere schulinterne Informationen, sozusagen bisher „gut behütete Geheimnisse" der Schulbürokratie.

Hauptangriffsziel war die Person eines von den Jugendlichen allgemein gehaßten Lehrers, der sich immer wieder durch eine besondere Art der Unterdrückung hervortat. Der „SW" prangerte das Vorgehen dieses Typen in zahlreichen Beispielen an. Auf der anderen Seite entwickelte der „SW" sich zu einer sozialistischen Schüler- und Lehrlingszeitung, die neben der ortsbezogenen Situation der Jugendlichen auch allgemein politische Themen zum Inhalt hatte, u.a. Abbau der demokratischen Rechte, SPD-Politik, antiimperialistischer Kampf in der Dritten Welt etc.

Im Mai 1973 schaltet sich nach der 3. Nummer des „SW" der Staatsapparat ein: „Besuch" durch die Kripo bei Eltern von drei JK-Mitgliedern, Ermittlungsverfahren wegen „Verstoßes gegen Landespressegesetz" (später wurde auch „Beleidigung" eines Paukers hinzugezogen): Vorladungen, Vernehmungen, monatelanges Hinziehen der „amtlichen Ermittlungen", der Versuch, die geschlossene Haltung des JK aufzubrechen. (vergl. dazu nebenstehenden Kasten zur Prozeß-Entwicklung)

In dieser Situation tat das JK aus politischer Unerfahrenheit so ungefähr das Falscheste, was überhaupt möglich war. Statt in dieser Situation die Zeitung „SW" für die Entwicklung einer breiten Solidarität mit den angegriffenen Redakteuren einzusetzen (und darüber hinaus überhaupt zur praktischen politischen Anleitung fortschrittlicher Jugendarbeit in Trittau), stellte das JK die Zeitungsarbeit vorerst ein mit der Pseudo-Begründung einer allgemeinen Arbeitsüberlastung und weil man zukünftig seine Kraft direkter der Abwehr staatlicher und juristischer Maßnahmen, sowie der Verbreiterung der politischen Basis unter den Trittauer Jugendlichen (mehr Diskussionen etc.) widmen wollte, wozu die Zeitungsarbeit angeblich in Widerspruch stünde. Es wurde damals leider nicht erkannt, daß bei richtigem Verständnis für eine politische Zeitungsarbeit all dies gerade mit der Zeitung am besten möglich wäre.

Andererseits mußte die Aufgabe der Zeitungsarbeit nach außen hin – sowohl bei Sympathisanten, als auch bei den Gegnern jeder selbständigen Jugendarbeit – als politisches Zurückweichen, Aufgabe und Resignation des JK verstanden werden. Daß diese Haltung die reaktionäre Stadtverwaltung, Justiz etc. nur zu weiteren politischen Schlägen gegen das JK ermuntern würde, wurde zu diesem Zeitpunkt leider nicht erkannt.

Die Auseinandersetzung um das JK blieb dennoch nicht ohne Wirkung für breitere Teile der Jugendlichen. Das Vorgehen des Kirchenvorstandes als Hausherr des kirchlichen Bugenhagenheims bewirkte unter den Jugendlichen die Diskussion um ein eigenes Jugendzentrum.

Ein festerer Kern der Jugendlichen beschloß, die Bemühungen um ein Jugendzentrum durch einen eingetragenen Verein zu unterstützen und gründete den „Förderverein Jugendzentrum Trittau e.V.". Unter Mitwirkung des JK wurde ein Arbeitsprogramm aufgestellt und die ersten Interessenten organisiert.

Mit der Unterstützung einer Gruppe des „Ring Bündischer Jugend" (RBJ) aus Ahrensburg wurden monatliche Film-Diskussionsveranstaltungen durchgeführt (z.B. „Sacco und Vanzetti"), die in der Regel von zwei Dutzend Jugendlichen besucht wurden.

Im Rahmen einer Theater-Arbeitsgruppe (AG) beschäftigten sich die Jugendlichen zur Vorbereitung eines Agitprop-Stückes mit den faschistischen Staaten: am konkreten Beispiel Griechenlands wurde die Frage entwickelt „Warum wir keinen Urlaub in faschistischen Ländern machen".

Neben dieser Arbeitsgruppe arbeiten die knapp 50 Vereinsmitglieder in weiteren fünf AG's: Politik (Diskussion der Tagesereignisse und anderer wichtiger politischer Fragen), Kommunales, Musik, Sport und Literatur.

Forum der allgemeinen Diskussion ist die Vollversammlung, die kontinuierlich von ca. 30 Jugendlichen besucht wird, der der vier-köpfige Vereinsvorstand rechenschaftspflichtig ist.

Im Februar dieses Jahres stellte sich der Verein in der Öffentlichkeit vor; seine Veranstaltung wurde von 150 Jugendlichen aus Trittau und Umgebung besucht. Damit hat die Jugendinitiative politisch Fuß gefaßt.

Das JK gewinnt an politischer Bedeutung

Das JK hat trotz intensiver Arbeit in der Jugendzentrumsbewegung seine politische und organisatorische Eigenständigkeit nicht aufgegeben.

Anläßlich des 1. Mai 1973 führte das JK mit Unterstützung des „Hamburger Straßentheaters" eine 1. Mai-Veranstaltung durch und stellte die eigene Arbeit und politischen Vorstellungen zur Diskussion, an der 50 Jugendliche teilnahmen.

Das JK begann, eine gezielte politische Diskussions- und Schulungsarbeit in den eigenen Reihen zu entwickeln. Ergebnis waren zwei weitere politische Veranstaltungen zum faschistischen Umsturz in Chile und den Novemberkämpfen in Griechenland; auch diese Veranstaltungen werden von jeweils etwa 30 Jugendlichen besucht.

Diese Arbeit des JK nimmt ihren weiteren Aufschwung anläßlich des 1. Mai 1974 und mobilisiert (u.a. mit einer Veranstaltung) zur Demonstration des KJA unter sozialistischen Parolen in Hamburg.

Nach acht-monatiger und z.T. gewiß auch rechtswidriger „Ermittlungstätigkeit" der Justiz fand im Februar dieses Jahres der Prozeß gegen den presserechtlich-verantwortlichen Redakteur des „SW", Sigmund Z., vor dem örtlichen Amtsgericht statt: Ein Lehrer fühlte sich durch öffentliche Darstellung seiner Praktiken im Klassenzimmer „beleidigt". Das JK trug diesen Prozeß und dessen Hintergründe in die Öffentlichkeit: in zwei Flugblättern wurde das willkürliche Vorgehen der staatlichen Organe gebrandmarkt. Am Prozeßtag selbst führte das JK eine Informationsveranstaltung vor zahlreichen Jugendlichen durch, auf der die Angriffe gegen das JK im allgemeinen Zusammenhang der Faschisierung von Staat und Gesellschaft diskutiert wurden. Die Arbeit des JK unter den Jugendlichen Trittaus führt zu unmittelbaren Ergebnissen: Die Jugendlichen gewinnen Klarheit darüber, daß die Repressionen gegen das JK gegen jede an den Interessen der Jugendlichen orientierte Politik gerichtet sind.

Der „Förderverein Jugendzentrum Trittau", die Jungdemokraten und die SDAJ (!) bekunden öffentlich ihre Solidarität mit dem JK. Der Versuch der Bourgeoisie, das JK und die anderen Jugendlichen in Trittau auseinanderzudividieren, ist gescheitert!

Der „SW"-Redakteur war am gleichen Tag vom Amtsgericht zu zwei Tagen Zwangsarbeit wegen „Verletzung der presserechtlichen Sorgfaltspflicht" unter Aufbürdung sämtlicher Gerichtskosten (ca. 500 DM) verurteilt worden. Gestärkt durch die solidarische Unterstützung in der Trittauer Jugend hat der Verurteilte vor dem Landgericht Lübeck Revision eingelegt.

Es muß in jedem Fall das Ziel sein, dem abgefeimten Zusammenspiel von Landesschulamt, Klerus, Polizei, Fürsorge und Justiz eine Niederlage zu bereiten! ●

Jugendkollektiv Trittau

5. Deutscher Jugendhilfetag abgeblasen! – „Angst vor den Radikalen"

Vom 8. bis 11. September 1974 sollte im Hamburger Kongreßzentrum der 5. deutsche Jugendhilfetag (DJHT) durchgeführt werden. Veranstalter des DJHT ist die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ). Etwa 60 Organisationen aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich in dieser Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Dazu zählen u.a. die Landesjugendämter, die Gewerkschaft ÖTV und DAG, Aktion Jugendschutz, sowie Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege.

Die AGJ hat für die Vorbereitung zum diesjährigen Kongreß bislang 250.000 Mark ausgegeben (hauptsächlich Steuergelder!). Andererseits hatten sich schon mehrere tausend Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Erzieher etc. angemeldet. Die Vorbereitung von Seiten der AGJ laufen bereits seit 2 1/2 Jahren (!).

Diese Tatsachen beeindruckten die Veranstalter jedoch wenig, denn der 5. DJHT wurde abgeblasen. *„Furcht vor Zusammenstößen mit links-orientierten und kommunistischen Gruppen"* heißt die offizielle Begründung. Springers Zeitung „Hamburger Abendblatt" bringt am 6.6.74 gar die Schlagzeile: *„Radikalenfurcht stoppt Kongreß!"*

Die wahren Gründe dieser Absage?

Vom 10. - 13. Mai 1970 fand in Nürnberg der 4. Deutsche Jugendhilfetag statt. Das Thema war „Kindheit und Jugend in der Gesellschaft", 2500 Teilnehmer diskutierten damals über die Situation von Kindern und Jugendlichen in Fürsorgeerziehung, Betrieben, Schule usw. Weitere Themen waren u.a. die Vorschulerziehung, Berufssituation von Sozialarbeitern etc.

Ganz im Gegensatz zu den Erwartungen der Veranstalter war der Ablauf des Kongresses geprägt von offener Kritik an dieser kapitalistischen Gesellschaft, im Konkreten an der staatlichen und kirchlichen Arbeit in der Jugendhilfe. Obwohl z.B. reaktionäre Kirchenvertreter in Massen herangekarrt wurden, gelang es ihnen nicht, ihre arbeiterfeindlichen Vorstellungen von Jugendhilfearbeit durchzusetzen. Eine Abstimmungsniederlage (bei Resolutionen) folgte der nächsten. Leuten wie Käthe Strobel vom damaligen Bundesfamilienministerium oder D. Rollmann von der Hamburger CDU wurden entschiedene Absagen erteilt.

Organisiert wurde das ganze vor vier Jahren von der „Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag" (SAJH). Enthalten waren darin u.a. das „Sozialistische Büro Offenbach" (SB) als führende Gruppe, die „Sozialpädagogische Korrespondenz" (SPK) aus Westberlin (heute „KPD") und die „Sozialistische Arbeitsgruppe Hamburg" (SAG), welche teilweise integriert ist in die „Initiative Sozialistischer Erzieher" (Hamburg) und den KOMMUNISTISCHEN BUND.

Die SAJH stellte 1970 Forderungen auf wie z.B.:

- **Gesetzliche Sicherstellung der Ausbildungschancengleichheit und Möglichkeit der Wahrnehmung für proletarische Jugendliche**
- **sechs Wochen Urlaub für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin**
- **250 DM Kindergeld für jedes Kind**
- **einjährige bezahlte Freistellung aller Mütter und Väter vom Beruf, nach der Geburt ihres Kindes.**

Diese Forderungen wurden von der Mehrheit der Kongreßteilnehmer unterstützt!

Angesichts dieser Vorfälle vor vier Jahren machten sich die Veranstalter nun Gedanken, wie man eine solche politische Pleite zukünftig vermeiden könnte. Erste Reaktionen waren z.B. überhaupt keinen Jugendhilfetag mehr durchzuführen. 1 1/2 Jahre brauchten sie, um sich für einen fünften Kongreß in Hamburg durchzuringen. Bislang wurde der Jugendhilfetag alle zwei Jahre durchgeführt. Zwischen dem vierten und fünften liegt jedoch ein Zeitraum von vier Jahren!

Im Stillen hatte man sich wohl erhofft, daß die zweijährige Verzögerung ein Abflauen der oppositionellen Bewegung zur Folge haben würde. Diese Spekulation erwies sich als falsch. Auch zum diesjährigen Jugendhilfetag war bzw. ist eine „Sozialistische Aktion Jugendhilfetag" geplant. Angeführt wurde diese Initiative wiederum vom „Sozialistischen Büro Offenbach".

Bisher arbeiten folgende Gruppen in der Sozialistischen Aktion zusammen: AG-Karolinenviertel Hamburg, AKS-Düsseldorf, AKS-Ffm, Aktiv R 16 Köln, AK-Jugendhilferecht-Jungdemokraten, BDR AG-Sozialarbeit Ffm., Redaktionskollektiv „Erziehung und Klassenkampf", KKS-Bielefeld, SSK-Köln, Verein sozialer Jugendarbeit Bochum, ESG/FHS Hamburg. Als Aufgabe formuliert die SAJH in ihrem Aufruf:

- **den scheindemokratischen Charakter des Jugendhilfetages zu entlarven,**
- **die „fachlichen" Fragestellungen der AGJ in ihrem politischen Zusammenhang zu diskutieren,**
- **den Jugendhilfetag zu benutzen, um sozialistische Jugendpolitik darzustellen und den Organisationsprozeß der im Sozialbereich Tätigen voranzutreiben,**
- **auf dem Jugendhilfetag den aktuellen Kampf sozialistischer Jugendlicher in Hamburg zu unterstützen.**

Auf Grund der Erfahrungen mit fortschrittlichen und sozialistischen Menschen aus der Jugendhilfearbeit 1970 in Nürnberg sowie den Vorbereitungen der Linken zum diesjährigen Kongreß, zogen es die Veranstalter nun doch lieber vor, ihn ausfallen zu lassen.

Ursprünglich war von der AGJ geplant, *„Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in dieser Gesellschaft"* in den Mittelpunkt des Kongresses zu stellen. Daß diesen Leuten die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, besonders der Arbeiterjugend, völlig egal sind, beweist nicht zuletzt diese kaltschnäuzige Absage.

Ebenfalls sollte auf diesem fünften DJHT das neue Jugendhilfegesetz als die große, umwälzende Reform angepriesen und verkauft werden. Dazu waren speziell die sozialdemokratische Ministerin Katherina Focke (Bundesministerium für Familie und Gesundheit) und der in Hamburg durch seine zutiefst arbeiterfeindliche Schulpolitik bekannt gewordene Schulsenator Apel (SPD) eingeladen.

In aller Stille....

Die AGJ als Veranstalter hat jetzt vor, im nächsten Jahr zum gleichen Thema an einem anderen Ort eine Veranstaltung durchzuführen – dann allerdings als geschlossene Veranstaltung (!). Hier wollen sie dann wohl in aller Stille Richtlinien und Gesetze vorbereiten, die den Interessen der Arbeiterjugend in Fürsorgeheimen, Schulen und Betrieben erfahrungsgemäß völlig widersprechen.

Aufgabe der „Sozialistischen Aktion" und anderer fortschrittlicher und kommunistischer Kräfte muß es sein, diese üblen Absichten zu entlarven und zu überlegen, welche Alternativen dagegen entwickelt werden können. Wenn jedoch z.B. die AG-Karolinenviertel Hamburg (eine Vertreterin der Politik des SB) es abgelehnt hat, zu anderen fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen in Hamburg (so auch zum KB) Kontakt aufzunehmen, so muß an der Glaubwürdigkeit der Absichten *(„Aufgabe der Sozialistischen Aktion ist es, auf dem DJHT den aktuellen Kampf sozialistischer Jugendlicher in Hamburg zu unterstützen"!)* dieser Organisation stark gezweifelt werden. Oder will der SB vielleicht die Behauptung aufstellen, daß der KB mit sozialistischer Jugendpolitik in Hamburg nichts zu tun hat? Die Begründung: Mit dem KB z.B. lohnt es sich nicht zu diskutieren, da wird sowieso nur rumtheoretisiert und keine praktische Arbeit geleistet, kann nur als blanker Hohn und schlechter Witz verstanden werden. So etwas hat mit sozialistischer Politik nichts mehr zu tun!

Wir wollen uns in einer der nächsten Ausgaben des ARBEITERKAMPF mit der Politik des SB und anderer Gruppen in dieser Initiative auseinandersetzen. Ebenfalls haben wir die Absicht, das noch gültige Jugendwohlfahrtsgesetz mit dem geplanten Jugendhilfegesetz zu vergleichen, um festzustellen, ob das neue Gesetz tatsächlich einen Fortschritt bedeutet oder ob mit dem neuen Gesetz auch in diesem gesellschaftlichen Bereich ein weiterer Schritt in Richtung auf eine beschleunigte Faschisierung von Staat und Gesellschaft getan werden soll. ●

Bezirkszelle Wandsbek/Billstedt
KB-Gruppe Hamburg

Neuer Trick der Justiz?

Die Veröffentlichungen des „Jugendkollektivs" (JK) zum Verlauf des Ermittlungsverfahrens hatten u.a. die „Vernehmungs"-methoden von Amtsrichter Kubik öffentlich angeprangert. Dies wiederum hat die Justiz erneut auf den Plan gerufen:

Im Juni erhielt der verurteilte (und inzwischen Revision einlegende) „verantwortliche Redakteur" des „Scheibenwischer's" eine polizeiliche Vorladung. Hier erfuhr er, daß bereits am 20.3.74 von der Staatsanwaltschaft Lübeck ein Ermittlungsverfahren gegen Richter Kubik wegen „Aussageerpressung" (§ 343 StGB) eingeleitet wurde, wozu jetzt der jugendliche Redakteur als Zeuge vernommen werden sollte.

Es ist nicht auszuschließen, daß die Staatsanwaltschaft politisch daran interessiert ist, den Richter Kubik aus dem Verkehr zu ziehen, weil dieser inzwischen die bürgerliche Klassenjustiz allzusehr diskreditiert hat, d.h. als ein allzu dämlicher Vertreter seiner Klasse aufgetreten ist (ähnliche Erwägungen dürften auch schon bei seiner „Versetzung" von Westberlin nach Trittau eine Rolle gespielt haben).

Wahrscheinlicher ist jedoch – und darauf muß sich das JK vorbereiten und einrichten – daß hinter dem Ermittlungsverfahren in Wirklichkeit ein Entlastungsmanöver zugunsten des Richters Kubik abrollt. Es gibt haufenweise Beispiele, in denen Beamte solche Verfahren gegen sich selbst einleiten bzw. indirekt veranlassen, um sich flugs „Unschuld" durch einen höchstrichterlichen Spruch bescheinigen zu lassen. Das dient nicht nur zur eigenen „Reinwaschung", sondern auch häufig dazu, öffentliche Kritik in einen nachträglichen „Verleumdungs"prozeß hineinzuziehen und mundtot zu machen.

Wie dem auch sei, gilt für das JK, ohne Einschüchterung den Kampf fortzusetzen bis zur völligen Entlarvung und Diskreditierung des Lehrers Böge und seines „Zwillingsbruders", Richter Kubik. ●

Gruppe Trittau der Bezirksorganisation Bergedorf, KB/Gruppe Hamburg

Für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum
Geesthachter Jugendliche im Kampf um ein Jugendzentrum

In der 23.000 Einwohner zählenden Stadt Geesthacht, in der Nähe Hamburgs, besteht seit ca. zwei Jahren eine „Aktion Jugendzentrum" (AJZ), ein Zusammenschluß Geesthachter Jungarbeiter, Lehrlinge und Schüler, die ein selbstverwaltetes Jugendzentrum erkämpfen wollen, d.h. sie verlangen von der Stadt-Bürokratie entsprechende Räumlichkeiten. Die Stadt, unter Führung der SPD, reagierte darauf, indem sie die Jugendlichen durch eine geschickte Kombination von Auflagen, verschiedenen mehr oder weniger verbindlichen Magistrats- und Ausschußgesprächen, sowie Verhandlungen in Ratsversammlungen auf der einen Seite und scheinbare, vorläufige Zustimmung auf der anderen Seite hinhielten. Die Aktion sollte sich totlaufen.
Für die Jugendlichen stellte sich die Aufgabe, aus ihren Erfahrungen zu lernen, nachdem sie unter Führung einiger SPD- und FDP-Jugendpolitiker, sowie schließlich der Jusos, auf den Bauch gefallen waren. Über längere Zeit entwikkelten sich in ständiger Auseinandersetzung Ansätze eines konsequenten Kampfes gegen die Stadtregierung. Es gelang, die Masse der Jugendlichen für die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum zu gewinnen. Die Gründung einer eigenen Zeitung, sowie der enge Erfahrungsaustausch mit verschiedenen politischen Organisationen, sowie der Gewerkschaftsjugend, gehörten zu den ersten Schritten, über die rein jugendpolitischen Forderungen hinaus, politisch in Geesthacht einzugreifen.
In dieser Situation änderte sich die Taktik der Stadt-Bürokratie. In Zusammenarbeit mit der örtlichen Springer-Presse begann eine Hetzkampagne gegen die AJZ. Mit dem Schlagwort der „kommunistischen Unterwanderung" sollte die Aktion isoliert und gespalten werden. Dieser Hetze schlossen sich schließlich auch die Jusos an, nachdem die AJZ verstärkt in Wahlveranstaltungen auftrat und die Politik der bürgerlichen Parteien — einschließlich der SPD — entlarvte.

Entstehung der AJZ

Die AJZ Geesthacht gründete sich vor zwei Jahren. In ihr schlossen sich Jugendliche (anfangs im wesentlichen Schüler) zusammen, die sich die Erkämpfung eines Jugendzentrums zum Ziel gesetzt hatten.

Diese Initiative entstand aufgrund nicht vorhandener Freizeitmöglichkeiten der Jugendlichen in Geesthacht. Sowohl die Stadt Geesthacht als auch die bürgerlichen Parteien unternahmen nichts zur Verbesserung der Lage der Jugendlichen. In dieser Situation beschränkten sich die Forderungen der AJZ zunächst ausschließlich auf den ökonomischen Bereich, d.h., *„das JZ soll ein Ort sein, an dem sich einfach jeder nur aufhalten und Freunde treffen kann, auch wenn er mal kein Geld für eine Brause oder ein Bier hat."*

Dementsprechend wurde gefordert: Einrichtung von Tanz- und Diskothekabenden, eine Teestube mit Imbiß, Möglichkeiten zum Malen, zum Basteln etc.

Die gesellschaftspolitische Situation der Jugendlichen und die „Jugendpolitik" der bürgerlichen Parteien blieben in den Diskussionen der AJZ zunächst vollkommen ausgeklammert, d.h., sie wurden von niemand richtig erkannt.

Auf dieser Grundlage konnten sich für lange Zeit Vertreter der bürgerlichen Parteien (Jusos, Judos) an die Spitze der Bewegung setzen und auf eine „partnerschaftliche Zusammenarbeit" der AJZ mit der Stadt-Bürokratie orientieren.

Die Taktik der Stadt und die Antwort der AJZ

Die Stadt machte der AJZ Auflagen (u.a. ‚ordentliche Vereinsgründung') als Voraussetzung für das Zur-Verfügung-Stellen eines geeigneten Hauses und bot gleichzeitig Gespräche mit städtischen Ausschüssen an. Es sollte offensichtlich erreicht werden, daß sich die Bewegung unter den Jugendlichen durch Beschäftigungstherapie totläuft, den Jugendlichen langsam die Initiative aus den Händen gleitet.

Dieses Manöver wurde von der AJZ nicht erkannt. Im Gegenteil, man fiel voll auf die Taktik der Stadt herein und richtete seine Politik auf Erfüllung dieser Auflagen und auf die Gespräche mit der Stadt-Verwaltung aus.

Als die Stadt nach der geforderten offiziellen Vereinsgründung jedoch immer noch nichts unternahm, kam es aus Empörung der Jugendlichen zu einer Reihe spontaner Reaktionen, die aber alle ihr Ziel nicht erreichten, da nach wie vor im AJZ die Klarheit über die realen Möglichkeiten und über das Vorgehen der Stadt fehlte.

So konnte die Empörung von den Jusos und Judos aufgefangen werden, die auch hier wieder Illusionen über den politischen Charakter der Stadt-Verwaltung und über das bestehende Kräfteverhältnis zwischen AJZ und bürgerlicher Administration schürten.

1. So wurde vom AJZ eine Ratsversammlung mit ca. 80 Jugendlichen besucht. Als sich die Versammlung weigerte, den Jugendlichen Rederecht zu geben, bzw. über ihre Probleme überhaupt zu diskutieren, reagierten die Jugendlichen darauf nicht mit Kampfaktionen (z.B. das Rederecht durch das vorhandene Kräfteverhältnis zu erzwingen).
2. Ein Ultimatum an die Stadt, in dem mit Demonstrationen und möglichen Hausbesetzungen gedroht wurde ließ man später unbeachtet.
3. Hierauf kam es zu einer Demonstration und einer Kundgebung mit jeweils ca. 200 Teilnehmern. Die Illusionen, die man in diese Aktionen setz-

➡

REINBEK:
LIQUIDIERUNG FORTSCHRITTLICHER JUGENDPOLITIK GEPLANT!

In der Kleinstadt Reinbek im Hamburger Randgebiet existiert seit 2 1/2 Jahren ein selbstverwaltetes Jugendzentrum (JZR). Die verschiedenen Entwicklungsabschnitte der JZ-Politik sind wesentlich geprägt durch die jeweiligen Organisationen, die sich an der Arbeit beteiligten.
Im letzten Jahr hat sich das JZR zusehens zu einem politischen Faktor in Reinbek entwickelt, der über das JZ hinaus aktiv in die kommunale Politik eingreift, u.a. durch antifaschistische Aktionen gegen JN und JU/SU, politische Flugblätter u.a.m. In dieser Situation soll das JZ von der Stadt-Bürkratie liquidiert werden. Die Räume wurden zum 31.12.74 gekündigt. Dies geschieht zur Zeit von der Stadt-Verwaltung nicht offen; um ihre Pläne durchzusetzen, bedient sie sich eines Spekulanten, der Besitzer der Räume des JZR ist. Die nebenherlaufenden politischen Angriffe der Stadt-Verwaltung und der örtlichen Presse machen aber den wahren Hintergrund deutlich.

1 1/2 Jahre sozialdemokratische Perspektivlosigkeit

1 1/2 Jahre sozialdemokratische Perspektivlosigkeit

Das Jugendzentrum wurde vor 2 1/2 Jahren, nachdem es von der SPD zu den Landtagswahlen '71 als Wahlschlager genutzt worden war, der JZ-Initiative übergeben, die seinerzeit fest in der Hand der Jusos war. Die SPD versuchte, sich hierdurch als reform- und jugendfreundlich zu profilieren, während sie gleichzeitig mit einer Lebensdauer der Selbstverwaltung von höchstens einem Dreivierteljahr rechnete.

Das Konzept und die Politik der Jusos schien diesen Erwartungen zu entsprechen.

Die Jusos sahen die Aufgabe des JZ wesentlich in der „individuellen Entfaltung" (zu einem kritischen und kreativen Individuum") der Lehrlinge und Schüler; losgelöst von der gesellschaftlichen Realität sollte dies im JZ möglich sein. Hier sollte man Dampf ablassen, durfte sich austoben.

Das Scheitern dieser Politik zeigt sich u.a. in der perspektivlosen Lehrlingspolitik. Mangelnder Praxisbezug und die Bevormundung der Lehrlinge durch sozialdemokratische „Studententheoretiker" zerstörten die ersten Ansätze von Lehrlingspolitik in Reinbek. Die Folgen dieser Politik sind bis heute zu spüren, sie schlagen sich nieder in einer Ablehnung des JZ gerade durch einen Teil der Arbeiterjugend.

Politische Veranstaltungen im JZ wurden von den Jusos ohne klares Konzept, das auf kontinuierliche Entwicklung des politischen Bewußtseins der Jugendlichen ausgerichtet wäre, durchgeführt. Positive Ansätze in Zusammenarbeit mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer in Verbindung mit einer Flugblattaktion vor Kasernen wurden nach den ersten Angriffen von seiten der Presse und der bürgerlichen Politiker sofort wieder aufgegeben.

Die sozialdemokratischen „Gremienpolitiker", die vergeblich auf eine breite Aktivität der jugendlichen Besucher warteten, ohne selbst kontinuierlich daran zu arbeiten, entwickelten zusehens aus ihrer Resignation heraus ein massenfeindliches Verhalten. Isoliert von der Basis (soweit überhaupt noch vorhanden) richtete der Vorstand des JZ die Arbeit immer mehr nach seinen persönlichen Interessen aus.

Wurde die Bewegung anfangs von ca. 100 Jugendlichen getragen, so schreckte diese Politik immer größere Teile ab. Die Resignation vieler Jugendlicher schlug sich in einer emotionalen Ablehnung des JZ Reinbek nieder, die bis heute noch fortdauert.

nieder, die bis heute noch fortdauert.

Die DKP „steigt ein"

Die DKP „steigt ein"

In einer Situation, in der im JZ kaum noch Aktivitäten vorhanden waren, begann die DKP ihre Arbeit im JZ und löste damit den bestimmenden Einfluß der Jusos ab. Die DKP bestimmte zu dieser Zeit das JZ als ihr Hauptarbeitsfeld. Ihre „politischen" Aktivitäten erschöpften sich wesentlich in der „Anleitung" zweier „Marxismus-Arbeits-Gruppen", die losgelöst von jeglicher Praxis und den unmittelbaren Interessen der Reinbeker Jugend stattfanden.

Die Praxisferne dieser AG's ließ sie schnell auf einen kleinen Teilnehmerkreis schrumpfen. Es blieb bei isolierten Studierzirkeln. Die Notwendigkeit, ihr Wissen in die Praxis umzusetzen, sahen die Teilnehmer nicht. So wurde hier eher der Wissensdurst einiger Kleinbürger gestillt, als daß politisch bewußte Menschen herangezogen worden wären. (Ergebnis: von den Teilnehmern ist heute nur noch ein minimaler Teil aktiv.)

Die Situation des JZ wurde nicht verbessert, der Schritt zur Entwicklung fortschrittlicher Jugendpolitik nicht gemacht. Nach 1 1/2 Jahren sozialdemokratischer und DKP-Politik war vom JZ nur noch ein Trümmerhaufen vorhanden.

Die neue Konzeption

Aus der Kritik an den „Marxismus-AG's" und der Aufarbeitung der bisherigen Praxis sowie der Erfahrungen mit den Jusos, wurde unter der Beteiligung von Sympathisanten des KB ein Konzept zur weiteren Arbeit des JZ-Reinbek entwickelt.

Ausgehend von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in der BRD wurde die Aufgabe des JZ bestimmt, als ein Zentrum im Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte der Jugendlichen. Hier sind die politischen Aufgaben des JZ notwendig mit dem berechtigten Entspannungsbedürfnis der Jugendlichen zu verknüpfen. Das JZ selbst sollte durchsichtiger gestaltet werden, die Kontrolle des Vorstands durch die Basis gewährleistet werden (durch Offenlegung sämtlicher Arbeitsprozesse).

Das Konzept einer schrittweisen Entwicklung des politischen Bewußtseins der Jugendlichen und der Einbeziehung des JZ in den demokratischen Kampf stieß gerade bei den Jusos auf Kritik, die meinten, *„durch zu viel Politik eine Schließung und damit eine Zerstörung des JZ zu bewirken"*. Die Interessenvertretung der Jugendlichen ist aber eine politische Frage, und es ist die Aufgabe fortschrittlicher Jugendpolitik, den Lehrlingen und Schülern zu helfen, den Kampf um ihre Interessen politisch zu führen.

Allerdings wurde damals noch nicht über die notwendig folgenden Angriffe des Staatsapparats ausreichende Klarheit geschaffen. Illusionen in diese Richtung wurden bei den Jugendlichen gerade durch die besondere Reinbeker Situation gestützt, die sich auszeichnet durch Mangel an politischer Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staatsapparat, da das JZ nicht im aktiven Kampf der Jugendlichen durchgesetzt wurde, sondern als Wahlgeschenk von

stützt, die sich auszeichnet durch Mangel an politischer Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staatsapparat, da das JZ nicht im aktiven Kampf der Jugendlichen durchgesetzt wurde, sondern als Wahlgeschenk von

der SPD empfangen wurde.

Die Unerfahrenheit in der Gremienarbeit (Vorstand, Hausverwaltung etc.) führte anfangs dazu, daß auf technisch-organisatorische Aufgaben zu viel Gewicht gelegt wurde; dies ging auf Kosten der politischen Diskussion.

Die politischen Veranstaltungen wurden mit dem aktiven Kern im JZ (ca. 20) nicht weiter diskutiert, um so grundlegende Klarheit über die verschiedenen Fragen zu gewinnen. Dies führte dazu, daß die Jugendlichen über das JZ hinaus nicht politisch aktiv wurden, d.h. die „politische Aktivität" spielte sich noch immer ausschließlich in den Räumen des JZ ab.

Die Aufgabe eines demokratischen Zentrums macht es aber notwendig, über das JZ hinaus, politisch zu arbeiten. Erst diese Arbeit gibt den Jugendlichen die Fähigkeiten zur eigenständigen politischen Arbeit. Dies wurde erstmalig mit der Sprengung einer Veranstaltung der Jungfaschisten in Reinbek durchgeführt. (siehe auch AK Nr. 37) Hier, in der praktischen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Jugendpolitik, verbunden mit vorbereitender und auswertender politischer Diskussion, konnte sich erst politische Klarheit entwickeln.

Diese Politik führte zu einer stärkeren Beteiligung aktiver Teile des JZ an Veranstaltungen und Demonstrationen innerhalb und außerhalb Reinbeks.

Eine weitere Folge der nach außen gerichteten demokratischen Aktivitäten ist die Gründung eines fortschrittlichen Schülerkollektivs als Antwort auf die Gründung der SU (Schülerorganisation der CDU) am örtlichen Gymnasium. Arbeit und Erfahrungen dieses Kollektivs werden im JZ diskutiert und so breiteren Teilen von Jugendlichen zugänglich gemacht, die dann in die Auseinandersetzung mit der SU/JU einbezogen werden können.

Über den Aufbau, Unterstützung und Koordinierung solcher Stützpunkte in allen Bereichen der Jugendarbeit kann sich das JZ zu einem echten Zentrum des demokratischen Kampfes in Reinbek entwickeln.

Von den ersten Angriffen . . .

Bereits nach den ersten politischen Veranstaltungen, die nicht mehr im Rahmen der Juso- und DKP-Politik durchgeführt wurden, war das JZ Zielscheibe der Regionalpresse. Es wurde vom „Rockerzentrum" gesprochen und — nicht so offen — von „kommunistischer Unterwanderung". Dies waren die ersten Vorläufer, die eine endgültige Liquidierung des JZ einleiten sollten.

Eine Politik im Interesse der Jugendlichen und ausschließlich ihnen verantwortlich, muß notwendig zur Konfrontation mit dem bürgerlichen Staatsapparat führen. Denn gerade er trägt entscheidend zur jetzigen Situation der Jugendlichen bei (Schulmisere, beschissene Lehrlingsausbildung) und seine Aufgabe ist es, die Forderungen und die Bewegung der Jugendlichen in für die Bourgeoisie er-

trägt entscheidend zur jetzigen Situation der Jugendlichen bei (Schulmisere, beschissene Lehrlingsausbildung) und seine Aufgabe ist es, die Forderungen und die Bewegung der Jugendlichen in für die Bourgeoisie er-

trägliche Bahnen zu lenken.

Die Jugendlichen genügend auf diese Angriffe vorzubereiten, war bisher versäumt worden. Jetzt wurde ihnen erstmals die Notwendigkeit der breiteren Öffentlichkeitsarbeit und damit der Darstellung der Ziele und Aufgaben des JZR vor Augen geführt.

Die ersten eingeleiteten Schritte in diese Richtung sind die Herausgabe von Flugblättern und der Ausbau der Kontakte zu Eltern über Elternabende und Kinderfeste.

. . . zur Kündigung des Zentrums

Gerade auf diese breitere politische Entfaltung reagiert die Stadt-Verwaltung (inzwischen CDU-regiert), ohne zur Zeit schon selbst offen gegen das JZ aufzutreten:

- Vorgeschoben wird der Vermieter der Räumlichkeiten; er kündigte die Räume bis zum 31.12.74. Drei Wochen später wurde im Stadtparlament ein Beschluß gefaßt, der es ihm ermöglicht, das Gebäude abzureißen und das Grundstück als Spekulationsobjekt zu benutzen.
- Gleichzeitig wird der Vertreter des Stadt-Jugendring (erstmals ein JZ-Mitglied) von der Beteiligung an den Sitzungen des Parlaments-Ausschusses für Jugend und Sport ausgeschlossen.
- Die „Junge Union" der CDU schleicht sich ins JZ, während es geschlossen ist, um die Texte von Wandzeitungen abzuschreiben, d.h. sie wird von der Stadtverwaltung zu offenen Spitzel- und Denunziations-Diensten gegen das JZ eingesetzt.
- Auf einer Veranstaltung mit dem Bürgermeister im JZ (die öffentlich war, obgleich der „Herr Volksvertreter" eigentlich nur mit dem Vorstand sprechen wollte), versucht dieser die Jugendlichen durch völlig unverbindliche Aussagen hinzuhalten.

Der Versuch einer Liquidierung des JZ ist offensichtlich für die Stadt beschlossene Sache. Ihre Pläne sind, die Jugendlichen auf ein „Kulturzentrum" zu vertrösten, dessen Bau frühestens 1977 beginnen kann.

Als Träger der Jugendarbeit in diesem Zentrum wird der Stadt-Jugendring (in den SJR entsendet jede Jugendgruppe einen Vertreter) aufgebaut, indem bereits jetzt planmäßig JU'ler als Vertreter sportlicher bzw. kirchlicher Gruppen eingeschleust werden. So wird bereits heute die reaktionäre Ausrichtung späterer Jugendpolitik vorbereitet.

In dieser Auseinandersetzung macht sich die SPD jetzt wieder großsprecherisch stark für das JZR, nachdem ihre Junioren es schon einmal prachtvoll auf den Hund brachten! Um hier keinem „falschen Freund" auf den Leim zu gehen, wird es notwendig sein, die Forderungen des JZR an ein selbstverwaltetes JZ unmißverständlich klar zu formulieren. d.h. die freie politische Betätigung der Jugendlichen — ohne jede Reglementierung von Stadtverwaltung, bürgerlichen Parteien und ihrer Junioren, Stadt-Jugendring etc. — als Kernforderung in den Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit zu rücken und mit dem

mentierung von Stadtverwaltung, bürgerlichen Parteien und ihrer Junioren, Stadt-Jugendring etc. — als Kernforderung in den Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit zu rücken und mit dem

praktischen demokratischen Kampf in Reinbek zu beginnen, bzw. ihn zu intensivieren.

Die weitere Arbeit

Im Rahmen der laufenden reaktionären Ausrichtung der bürgerlichen Jugendpolitik ist es illusionär zu glauben, derzeit den bürgerlichen Staat zu wesentlichen Zugeständnissen „zwingen" zu können. Ein selbstverwaltetes JZ ist erstmal für Reinbek gestorben.

Es wird wesentlich darauf ankommen, die *Inhalte* der bisherigen JZ-Arbeit zu verteidigen und in der Auseinandersetzung mit der Stadtverwaltung die Voraussetzungen und konkreten Formen zu entwickeln, mit denen sich diese Politik fortsetzen, die personelle Basis weiter verbreiten und das politische Niveau der Jugendlichen heben läßt.

Die Erfahrungen mit der Stadt-Bürokratie sind zu nutzen, um über das JZ hinaus in breiteren Teilen der Jugendlichen ein Bewußtsein über den Charakter dieses Klassenstaates zu schaffen. Hier wird die geplante Herausgabe einer Zeitung eine besondere Rolle spielen. Sie ist einmal dazu notwendig, um einen festen Kern zu sammeln, ihn politisch weiter zu entwickeln; zum anderen, um die Ziele und Möglichkeiten der JZ-Bewegung sowie die Angriffe auf die Jugendbewegung im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung breiter zu diskutieren.

In diesem Zusammenhang kommt auch den Koordinationstreffs zahlreicher (ca. 15) JZ's bzw. JZ-Initiativen aus Hamburg und Umgebung eine besondere Bedeutung zu. Einmal wurde der Erfahrungsaustausch verstärkt, zum anderen wurden hier Möglichkeiten des geschlossenen Vorgehens gegen die zunehmenden Angriffe von Seiten des Staates entwickelt und diskutiert. Diese Delegierten-Treffs sollen weitergeführt, die Basis noch verbreitert werden.

Außerdem wird sich das JZ-Reinbek verstärkt in die Reinbeker Politik einschalten müssen, um durch seine Arbeit in den verschiedensten Bereichen den Zusammenhang zwischen seinen Forderungen und den Interessen breiter Teile der Werktätigen aufzuzeigen, hier die gemeinsamen Interessen herauszustellen und somit zur Errichtung einer einheitlichen demokratischen Kampffront beizutragen. ●

Ortszelle Reinbek der Bezirksorganisation Bergedorf, KB-Gruppe Hamburg

Forts. Geesthacht

te, schlugen sich in den Flugblättern nieder („am Freitag (Tag der Ratsversammlung, die Red.) fällt die Entscheidung"). Der Beschluß, den die Stadt-Bürokratie schließlich vorlegte, war für die AJZ ein Tritt in den Hintern. Es handelte sich nicht um eine klare Stellungnahme, sondern die Stadt hielt sich alle Möglichkeiten in der Frage eines Jugendzentrums offen.

Durch die Erwartungen, die die Jugendlichen in ihre Aktionen gesetzt hatten und das tatsächliche Ergebnis machte sich bei ihnen eine resignative Stimmung breit, die dazu führte, daß über den Sommerferien die gesamte Aktion einschlief. Die Stadt hatte ihr Ziel vorläufig erreicht.

Die ersten Schritte in der Entwicklung einer eigenständigen Politik

Die politischen Erfahrungen, die mit der Stadt gemacht wurden, trugen bei einem kleinen Teil der Jugendlichen zu einer Politisierung bei, die sich in der Forderung nach Auswertung der bisher gemachten Erfahrungen niederschlug.

In der Diskussion über die bisherigen Erfahrungen wurden zum ersten Mal die Illusionen, die man in die Stadt-Verwaltung gesetzt hatte, bekämpft. Es wurde herausgearbeitet, daß im Kampf um ein selbstverwaltetes JZ keine kurzfristigen Erfolge erhofft werden dürfen, daß der Kampf langfristig und ohne Illusionen geführt werden muß. Man stellte heraus, daß eine zielgerichtete Arbeit unter den Jugendlichen wichtig ist, um langfristig Bewußtsein und Klarheit über die Notwendigkeit eines JZ und über die Perspektiven des Kampfes zu entwikkeln. In diesem Rahmen wurde die Notwendigkeit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit herausgestellt, die einerseits über eine eigene Zeitung, andererseits über einen Erfahrungsaustausch mit anderen fortschrittlichen Gruppen in Geesthacht hergestellt werden muß.

Das direkte Ergebnis dieser Diskussion waren Flugblätter, deren Inhalt über die Forderungen des AJZ hinaus politische Themen in Geesthacht aufgriffen. So wurde gebrandmarkt, daß die Stadt bei der finanziellen Unterstützung von groß angelegten Werbefesten („50. Stadt-Geburtstag" – Kosten 50.000 DM!) und Industrieansiedlungen äußerst „großzügig" verfährt, während die Forderungen der Jugendlichen mit Füßen getreten werden.

Hetzkampagne gegen die AJZ – Folge einer bewußteren Politik

Hetzkampagne gegen die AJZ – Folge einer bewußteren Politik

Die Erkenntnis der Jugendlichen: *„aufgrund der gesammelten schlechten Erfahrungen, die wir bisher mit Ihnen als Geesthachter Stadtregierung machen mußten, erscheint es uns wahrscheinlich, daß Sie so wie bisher auch in Zukunft versuchen werden, die notwendigen Mittel und Unterstützung mit den verschiedensten Begründungen zu verweigern und unsere Arbeit durch Auflagen und schlechte Ratschläge in die Irre zu führen"* (Offener Brief der AJZ an die Ratsversammlung), schlug sich in verstärkten politischen Aktivitäten nieder. Dies wurde von der Stadt und der regionalen Springer-Presse („Geesthachter Zeitung" (gz)) mit einer Hetzkampagne beantwortet, die darauf zielte, die Aktion in der Bevölkerung zu diffamieren und den politisch bewußten „harten Kern" der AJZ von den übrigen zu isolieren.

Die Notwendigkeit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit sowie verstärkten politischen Auftretens, schlug sich anläßlich der Kommunal-Wahlen in Schleswig-Holstein in einer Aktionseinheit mit anderen fortschrittlichen Organisationen u.a. dem OJA des DGB-Geesthacht nieder. Das Ziel dieser Aktionseinheit war und ist es, über das Eingreifen in die Kommunal-Wahlen hinaus, die Erfahrungen und das Vorgehen der verschiedenen Organisationen zu koordinieren, sowie die solidarische Unterstützung untereinander. Die politisch-ideologische Auseinandersetzung in der Aktionseinheit soll dazu dienen, die fortschrittlichen Initiativen in Geesthacht zu stärken und die Politik der bürgerlichen Parteien breit zu entlarven.

Zur Unterstützung ihrer Arbeit gab die AJZ eine eigene Zeitung („Der Zünder") heraus.

Aufgrund der beginnenden Politisierung der Jugendlichen gingen die bürgerlichen Parteien und die Stadtverwaltung offensiv gegen die AJZ vor. Anlaß ihrer Hetzkampagne war das Auftreten von Jugendlichen bei einem „Gespräch" mit dem „jugendpolitischen Sprecher der CDU", dem Reaktionär Rollmann aus Hamburg. Dieses Gespräch sollte der CDU im wesentlichen dazu dienen, sozialdemagogisch an den Interessen der Jugendlichen anzusetzen, sich als Interessenvertreter der Bevölkerung darzustellen, und erneut parlamentarische Illusionen über die Erreichung eines Jugendzentrums zu schüren. Dieses Ziel wurde jedoch von den Jugendlichen entlarvt, sie lehnten es aufgrund der arbeiter- und jugendfeindlichen Politik der CDU ab, sich mit solchen Subjekten an einen Tisch zu setzen. So verließen alle fortschrittlichen Jugendlichen vorzeitig die Veranstaltung und ließen Rollmann mit seiner Jungen Union (JU) sitzen.

Das war ein gefundenes Fressen für die Geesthachter Reaktion. Unter der Überschrift: „AJZ – kommunistische Kaderschmiede" wurde eine Hetze entfacht mit dem Ziel, das AJZ in „kommunistische Kader" und „irregeleitete Jugendliche" zu spalten, und die Isolierung von der Bevölkerung herbeizuführen. In einer Vollversammlung der Aktion verlangte der Verfasser des Schmierartikels gegen die AJZ eine Distanzierung von „den Kommunisten". Obwohl das beabsichtigte Spaltungsmanöver aufgedeckt wurde, ließen es sich die Jusos, die sich an der Aktion beteiligen, nicht nehmen, diese Distanzierung zu liefern. Sie beteuerten, daß „in der AJZ schon seit längerem keine Kommunisten mehr arbeiten" (gemeint war hier offensichtlich DKP/SDAJ).

In ihrer Zeitung und in einem Flugblatt nahmen die Jugendlichen zu diesen Angriffen Stellung. Sie distanzierten sich nicht, sondern wiesen dieses Spaltungsmanöver zurück.

Die AJZ reagiert politisch

Die politischen Diskussionen, die in der Aktionseinheit geführt wurden, und das Auftreten auf den Wahlveranstaltungen der bürgerlichen Parteien schlugen sich auch im Bewußtsein der an der Aktionseinheit teilnehmenden Mitglieder der AJZ nieder. Es wurde an Beispielen aus anderen Bereichen wie Gewerkschaften, Schulen etc. herausgearbeitet, daß es der Kapitalistenklasse zum jetzigen Zeitpunkt darum geht, alle fortschrittlichen Ansätze im Keim zu ersticken, daß sie darüber hinaus schon selbst eine reaktionär ausgerichtete Jugendbewegung im Kleinbürgertum mit gewissem Erfolg entwickeln, wie es das Vordringen der „Jungen Union" (JU) und „Schülerunion" (SU) zeigt.

Diese Diskussionen prägten auch das weitere Auftreten auf den Veranstaltungen. Es wurde eine konsequentere Haltung gegenüber den bürgerlichen Parteien eingenommen, eine größere Anzahl Jugendlicher wurde aktiv in die Auseinandersetzungen einbezogen.

Das zeigte sich auch auf einer

quentere Haltung gegenüber den bürgerlichen Parteien eingenommen, eine größere Anzahl Jugendlicher wurde aktiv in die Auseinandersetzungen einbezogen.

Das zeigte sich auch auf einer

SPD-Veranstaltung, die gegen Ende des Kommunalwahlkampfes 1974 durchgeführt und von der Aktionseinheit entsprechend vorbereitet wurde. Unter dem Motto „Tanz – Information – Diskussion" versuchte die SPD, die berechtigten Forderungen der Jugendlichen auf ihre Mühlen zu lenken, sich mit sehr viel Pop und wenig Diskussion als die Partei hinzustellen, die schon immer die Forderungen der Jugendlichen vertreten hat.

Als ganz entgegen den Erwartungen der SPD-Funktionäre die Jugendlichen anhand ihrer konkreten Erfahrungen in Beiträgen die jugendfeindliche Politik der SPD brandmarkten, versuchten die SPD-Fürsten, die Diskothek massiv gegen die Jugendlichen einzusetzen. Das stieß jedoch auf den breiten Widerstand der Anwesenden, von denen ein größerer Teil spontan die Bühne besetzte und eine Abstimmung durchführte, in der sich über 80% der anwesenden Jugendlichen für die weitere Diskussion und gegen die Musik einsetzten. Dieses Ergebnis ist nicht zuletzt der Empörung der Besucher über das Vorgehen der SPD zu verdanken. Mit einer unzureichenden Anlage (die Lautsprecheranlage der Diskothek wurde abgebaut) wurde die Diskussion über die AJZ geführt. Als SPD- und Juso-Vertreter merkten, daß auf dieser Veranstaltung nicht mehr viel für sie zu holen war, versuchten sie, mit dem Mittel des Anti-Kommunismus, die Solidarität der anwesenden Jugendlichen zu spalten, indem sie einige Redner beschuldigten, die Disko-Anlage zerstört zu haben, um so ein abschreckendes Bild der „Chaoten" zu zeichnen. Dieser Versuch mißlang! Die Jugendlichen beschlossen, die Diskussion in eine Kneipe zu verlegen und die SPD wurde mit einem kleinen Häuflein allein gelassen, für die die eben noch „von den Chaoten zerstörte" Diskothekanlage wieder aufgebaut wurde.

Zwar bestand auch schon vor dieser SPD-Wahlveranstaltung bei einem Teil der Jugendlichen Kritik an der bisherigen Juso-Politik. Jedoch bedurfte es dieser Veranstaltung um die Widersprüche zwischen den Interessen der Jugendlichen und der bürgerlichen (SPD) Politik – deren Vertreter letztlich eben auch die Jusos sind – in voller Schärfe sichtbar werden zu lassen.

Die „doppelte" Funktion der Jusos – „Wahlkampfmaschine" für die SPD und Integrations- und Befriedungsinstrument gegenüber fortschrittlichen Jugendlichen – kehrt sich gesetzmäßig bei jeder Verschärfung der Konflikte gegen die Interessen der Jugendlichen. Derart entlarvt, waren die Jusos gezwungen, ihre Taktik gegenüber der AJZ zu ändern, um mit anderen Mitteln doch noch ihr eigentliches Ziel – Bindung der Jugendlichen im Rahmen bürgerlicher Politik – zu erreichen. Dies wurde in den nächsten Wochen deutlich.

Jusos – treue Diener ihrer Herren

Auf der nächsten Vollversammlung der AJZ aufgefordert, zu ihren Angriffen gegen die AJZ auf der SPD-Veranstaltung Stellung zu nehmen, bemühten sich die Jusos anfänglich, den Ablauf der Veranstaltung demagogisch zu verdrehen, nach der Devise: Schuld sind die „Chaoten". Als sie damit nicht durchkamen, schwenkten sie ein: Man müsse sie verstehen. Auf der Veranstaltung seien sie halt als Jusos, also als Mitglieder der SPD, aufgetreten. Hier in der AJZ aber seien sie als „Privatpersonen", die man für ihre Rolle als Jusos nicht verantwortlich machen könne...

Doppelstrategie der Jusos? ?. Eingeständnis ihrer eigentlichen gesellschaftlichen Rolle? ? – Die offenkundige Unehrlichkeit dieser Jusos verschärfte die Diskussion auf der Vollversammlung erheblich, brachte den Jusos gar Entzug des Rederechts ein.

Die AJZ beschloß, ein Flugblatt zur SPD-Veranstaltung und speziell zur Rolle der Jusos herauszubringen, um die Auseinandersetzung für einen größeren Teil der Geesthachter Jugendlichen durchsichtig zu machen. Die Jusos antworteten mit einer „Gegendarstellung" – ebenfalls als Flugblatt veröffentlicht – auf dem sie durch Tatsachen-Verdrehung und Unterstellung einen für sie günstigeren Verlauf der SPD-Veranstaltung schilderten, die AJZ diffamierten, um so zur „Ehrenrettung" ihrer Parteiführer beizutragen.

Nur drei Tage später (am 13.4.74) schaltete sich auch der lokale bürgerliche Presse (BZ) in diese Auseinandersetzung ein. Unter der fetten Überschrift *„'Der Zünder'* (Zeitung der AJZ) *schlägt nun auch die Jungsozialisten"* feiert die Springerpresse „den Streit der Linken" und versucht in einem anschließenden

Auseinandersetzung ein. Unter der fetten Überschrift „'Der Zünder' (Zeitung der AJZ) schlägt nun auch die Jungsozialisten" feiert die Springerpresse „den Streit der Linken" und versucht in einem anschließenden

„Kommentar" eine offen antikommunistische Wende in die Auseinandersetzung zu bringen. Irgendein seniler „Sozialpädagoge" (ohne Namen) kübelt seinen Psycho-Kram über die AJZ-Jugendlichen aus. Weitere anonyme Kommentare charakterisieren die AJZ als *„Chaoten", „Kommunisten", „faul", „frech", „bequem", „immer gleich beleidigt"* usw. Bürgermeister Weiße (SPD) *„versteht die Welt nicht mehr"*, weil trotz seiner selbstlosen *„Bemühungen"* die Jugendlichen *„trotzdem immer pöbeln"*. Ein (ebenfalls) anonymer „Drogenberater" (? ?) erklärt: „Sie fordern zuviel, aber sie leisten nichts." Sehr wissenschaftlich!

Schließlich faßt die reaktionäre „BZ" zusammen: *„Wer ist die Aktion Jugendzentrum eigentlich? Wirklich nur, wie es einige wissen wollen, ein Häuflein von Irregeleiteten? Geesthachts harter Nachwuchs-Kommunisten-Kern? Oder ganz normale (?) Jugendliche...Die Wahrheit liegt wohl – wie so oft – irgendwo dazwischen."*

Die bürgerliche Presse gab in diesen Artikeln die Stichworte für die nun einzuleitende Kommunisten-Hatz. Gleichzeitig verstehen sich die Artikel als Wink an die Jusos, ihren bisherigen „Stil" in der Auseinandersetzung zu ändern. (Die Jusos waren gegenüber den linken Jugendlichen in der Defensive, machten nur in Verteidigung ihres bisherigen Verhaltens und des ihrer Partei-Oberen).

Die Jusos haben den Wink der reaktionären Presse verstanden. Am 20./21.4.74 brachte die „BZ" eine offizielle Stellungnahme der „Juso Geesthacht". Darin wird munter drauflosgelogen:

„Seit kurzer Zeit nehmen viele Mitglieder und Sympathisanten des KOMMUNISTISCHEN BUNDES (ARBEITERKAMPF) an den Vollversammlungen teil, die wenig über die Arbeit der AJZ informiert sind, aber oft die Mehrheit darstellen."

An diesem „Vorwurf" ist zwar richtig, daß unsere Zeitung ARBEITERKAMPF sich zunehmender Beliebtheit erfreut und eine Reihe Jugendlicher darangegangen sind, die Zeitung gemeinsam durchzuarbeiten. Falsch dagegen ist – und das soll gerade unterstellt werden – als würden irgendwelche bisher unbekannten Kommunisten, die von der Sache keine Ahnung haben, daherkommen, die Vollversammlungen majorisieren, einzig und allein, um den Jusos gegen's Schienbein zu treten.

Entsprechend „argumentieren" die Jusos weiter: *„Ihre* (der Kommunisten – Anm. AK) *Hauptarbeit kann sich nicht orientieren, die Lage der Jugendlichen in Geesthacht zu verbessern..."* und *„So wird der gewaltsame Sturz propagiert"*. Oh je, wie schlimm.

Die Jusos können oder wollen nicht begreifen, daß der jahrelange Kampf von Jugendlichen um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum nach und nach die Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat, allen bürgerlichen Parteien und sonstigen „Trägern" von Jugendarbeit (Kirche) gebracht hat, daß alle diese Kräfte nachhaltig bewiesen haben, daß sie sich gegen die Interessen der Jugendlichen gestellt haben, und daß die Jugendlichen sich d e s w e g e n von diesen Kräften immer weniger hinters Licht führen lassen. Das mußten schließlich auch die Jusos selbst erfahren, als sie vor der Alternative standen: Für die SPD oder für die Jugendlichen. Die Jusos haben Flagge gezeigt (für die SPD). Die Mitglieder der AJZ haben darauf gemäß ihrer eigenen Interessen reagiert.

Im Laufe der Auseinandersetzung verstieg sich ein Juso-Führer zu der Drohung, er wolle „dafür sorgen, daß der AJZ der Tagungsraum entzogen" würde. Daraufhin wurde er aus der AJZ endgültig ausgeschlossen. Weiter wurde ein Beschluß gefaßt, die in der AJZ zukünftig noch weiter mitarbeitenden Jusos einer strengen politischen Kontrolle zu unterziehen.

Der Trick der Stadt-Verwaltung: Ausbau des OJR

Um die AJZ scheinbar überflüssig zu machen und endgültig zu liquidieren, beschäftigt sich die Stadt schon seit längerem mit dem planmäßigen Auf- und Ausbau des von den bürgerlichen Parteien getragenen OJR (Ortsjugendring) als „konforme" Alternative zur AJZ. Dem OJR steht ein Gebäude („Jugendheim") zur Verfügung, das von ihm überwiegend genutzt wird, um dort Gruppenabende der einzelnen Mitgliederorganisationen (Partei-, kirchliche und Sportjugendgruppen u.ä. mit je einem Vertreter) abzuhalten.

Seit längerer Zeit entfaltet der OJR neue Initiativen, indem er verstärkt Film- und Tanzabende veranstaltet (z.Zt. dreimal in der Woche, unter anderem zeitgleich mit den regelmäßigen Vollversammlungen der AJZ). Parallel dazu erscheinen in der „gz" („Geesthachter Zeitung") re-

stärkt Film- und Tanzabende veranstaltet (z.Zt. dreimal in der Woche, unter anderem zeitgleich mit den regelmäßigen Vollversammlungen der AJZ). Parallel dazu erscheinen in der „gz" („Geesthachter Zeitung") re-

gelmäßig Artikel über die „Aktivitäten" des OJR. Zeichnete sich schon seit längerem ein Aufbau des OJR zum Träger eines „Jugendzentrums" unter Kontrolle der Stadt-Bürokratie ab, so wird dies seit Mitte Mai 74 offen ausgesprochen. In demagogischer Weise wird das „Jugendheim" als ein seit Jahren „selbstverwaltetes Jugendzentrum" hingestellt. Die bürgerlichen Karrieristen in der Führung des OJR griffen einen Teil der ökonomischen Forderungen der Jugendlichen auf, während sie gleichzeitig die freie politische Betätigung von vornherein untersagen *(„wir sind ...nicht bereit, Chaoten eine Bühne für ihre politischen Vorstellungen zu geben!"*, „gz", 18.5.).

Mit dem nächsten Schritt wird der AJZ bereits vorgeworfen, sie habe „extra"-Wünsche; die Beteiligung am OJR (d.h. mit einem Vertreter im leitenden Ausschuß, der einmal im Jahr tagt) wird ihr zur Auflage gemacht, sonst würde sie keine Räume mehr bekommen. Dieses offene Spaltungsmanöver gegen die AJZ spekuliert auf die Unkenntnis der Jugendlichen, über die Inhalte der Forderungen der Aktion. In diesem Sinn muß zukünftig noch gezielter darauf ausgerichtet werden, die inhaltlichen Zielvorstellungen für ein selbstverwaltetes JZ breiter zu diskutieren.

Auf diesem Hintergrund könnte eine Beteiligung am OJR sinnvoll sein, ohne sich dadurch irgendwelche Verbesserungen für die Jugendlichen zu versprechen; sinnvoll vielmehr deshalb, um jenen Jugendlichen, die derzeit noch glauben, mit Hilfe des OJR ihre Forderungen erfüllen zu können, durch das praktische Beispiel den tatsächlichen Charakter des OJR aufzuzeigen, nämlich ein wesentliches Instrument zur Durchsetzung bürgerlich-reaktionärer Jugendpolitik zu sein.

Zur weiteren Arbeit der AJZ

Betrachtet man den derzeitigen Stand der JZ-Bewegung in Geesthacht, so fällt auf, daß nach wie vor die inhaltliche Konzeption des JZ breiteren Teilen der Jugendlichen unkar ist. Hier besteht durchaus die Gefahr, daß ein größerer Teil der Geesthachter Jugendlichen auf die Spaltungsmanöver der Stadt eingeht und sich mit dem Pseudo-„Jugendzentrum" der Stadt, dem städtischen Jugendheim, zufrieden gibt. Dies kann nur verhindert werden, wenn die AJZ ihr Konzept eines JZ in Abgrenzung zu den Konzepten bürgerlicher Jugendpolitiker und -verbände besonders deutlich macht und breit mit den Jugendlichen diskutiert.

Die Erfahrungen zeigen, daß der Kampf um ein JZ ein politischer Kampf ist, daß sowohl die Stadt als Teil des bürgerlichen Staatsapparates als auch die bürgerlichen Parteien, kein Interesse an einer Bewegung haben, die außerhalb ihrer Kontrolle geraten könnte. Sie versucht, die Jugendlichen mit allen Mitteln in ihrem Einflußbereich zu halten, in die Resignation zu treiben. Gelingt dies nicht, startet sie offene Angriffe gegen eine sich entwickelnde Politisierung über den Rahmen der bürgerlichen Parteien hinaus, um so die Bewegung zu zerschlagen. Um im Zuge der Faschisierung eine reaktionäre Ausrichtung der Jugend zu entwickeln, wird die Bourgeoisie zu zeitweiligen Zugeständnissen bereit sein und ökonomische Forderungen der Jugendlichen aufgreifen, wie es am Beispiel des OJR in Geesthacht deutlich wird. Dies wird verständlich, da sich die ökonomischen Forderungen darauf beschränken, die Arbeitskraft der Jugendlichen wieder herzustellen, ohne die Ursachen der Situation der Jugendlichen in Frage zu stellen, und weil diese andererseits ihr politisch kaum gefährlich werden können.

Die Interessen der Jugendlichen an einem JZ auf die ökonomischen Forderungen zu beschränken, heißt, im Rahmen der bürgerlichen Jugendpolitik zu bleiben, die Jugendlichen dem bürgerlichen Staat auszuliefern. Andererseits dürfen die konkreten Forderungen der Jugendlichen nach sinnvoller Freizeit-Gestaltung und Entspannungs-Möglichkeiten nicht sektiererisch abgetan werden, denn diese Forderungen sind völlig berechtigt.

In Geesthacht kommt es heute darauf an, die politischen Erfahrungen, die bisher mit der Stadt-Verwaltung gemacht wurden, in die politische Diskussion und das Konzept der AJZ einfließen zu lassen. Die Erfahrungen mit den bürgerlichen Parteien und ihren Jugendorganisationen müssen genutzt werden, um das politische Bewußtsein der Jugendlichen zu heben.

In diesem Zusammenhang muß auch die Frage der Selbstverwaltung gestellt werden. Sie darf nicht als technisch-bürokratische Selbstverwaltung (Verwaltung der Räume, Bierausschank etc.) gesehen werden,

In diesem Zusammenhang muß auch die Frage der Selbstverwaltung gestellt werden. Sie darf nicht als technisch-bürokratische Selbstverwaltung (Verwaltung der Räume, Bierausschank etc.) gesehen werden,

sondern als das Recht auf freie politische Betätigung, als ein politisches Zentrum der Jugend.

Bei den politischen Diskussionen, die in der AJZ geführt werden müssen, ist es wichtig, den begrenzten Rahmen der JZ-Bewegung zu durchbrechen. Ein wesentlicher Hebel ist hier die Aktionseinheit fortschrittlicher Jugendinitiativen in Geesthacht. Es gilt, die Angriffe gegen die AJZ in der politischen Diskussion zu verbinden mit den konkreten Erfahrungen der anderen Initiativen Geesthachts, aus ihnen die richtigen Lehren zu ziehen, um so die fortschrittlichen Jugendlichen enger zusammenzuschließen. Dies wird aber nur erreicht werden, wenn die eigenen Erfahrungen im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gesehen werden, wenn Klarheit über Ziele und Pläne der Kapitalistenklasse in der BRD besteht.

Diese Diskussionen, die in der Aktionseinheit geführt werden, sollten verstärkt auf den Vollversammlungen der AJZ und den Treffen der anderen Gruppen aufgegriffen werden, um mehr Jugendlichen deutlich zu machen, daß auch der Kampf um ein JZ als politischer Kampf gegen diesen Staat begriffen werden muß. Dementsprechend muß auch die Zeitungskonzeption der AJZ weiter entwickelt werden. Man muß aufzeigen, daß es der bürgerliche Staat ist, der für ihre Situation z.B. in der Lehrlingsausbildung oder an den Schulen im Dienste des Kapitals verantwortlich ist, daß daher der Kampf um ein JZ gegen diesen Staat gerichtet sein muß.

Die Zeitung ist als ein Instrument zu verstehen, das dazu dienen soll, das politische Bewußtsein der Jugendlichen weiterzuentwickeln. Deshalb ist es wichtig, auch die Erfahrungen anderer Initiativen aufzugreifen, um daraus politische Lehren für den eigenen Kampf zu ziehen. Erst auf dieser Grundlage wird es gelingen, die kommenden Angriffe mit der nötigen politischen und ideologischen Klarheit abzuwehren und die Arbeit erfolgreich weiterzuführen. ●

Ortszelle Geesthacht der Bezirksorganisation Bergedorf, KB-Gruppe Hamburg

Forts. Steueränderungsgesetz

einige zu nennen; siehe dazu nebenstehende Grafik!).

Die Begünstigung der Bourgeoisie und die unglaubliche Ausplünderung der werktätigen Massen durch die Finanzpolitik des BRD-Staates wird aber nur in ihrem ganzen Ausmaß deutlich, wenn diese Bereiche in die Bewertung einbezogen werden. Darum seien hier noch einige Anmerkungen zur Subventionspolitik und zur pro-kapitalistischen Gesetzgebung (die den Konzernherrn die Unterschlagung und ‚Flucht' mit Steuern erlaubt) gemacht:

● Die ‚sozialliberale' Bundesregierung hat in einem sogen. ‚Subventionsbericht' dargelegt, daß allein im Jahr 1973 50 Mrd. DM an Finanzhilfen ausgeteilt wurden. Für das laufende Jahr wurde ein noch höherer Betrag veranschlagt! Von dieser Riesensumme fließt der größte Teil in ‚die Wirtschaft', um diese zum ‚florieren' zu bringen (wie man das nennt).

Der neue Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung die Versicherung abgegeben, daß sich an dieser Linie unter dem Kabinett Schmidt/Genscher nichts ändern wird – und er hat dazu sogar noch eine ‚theoretische' Begründung mitgeliefert:

„Angemessene Erträge (Profite, Anm. d. Red.) *sind Voraussetzung für die erforderlichen Investitionen. Mit sinkenden Investitionen wäre weder unserer Wirtschaft insgesamt, noch dem einzelnen Arbeitnehmer gedient. Nur die fortwährende Modernisierung unserer Volkswirtschaft sichert und verbessert unseren Lebensstandard ... Dazu bedarf es ausreichender Investitionen, allerdings nicht nur privater, sondern auch öffentlicher."*

● Über ‚Wirtschaftskriminalität' ist selbst in bürgerlichen Zeitungen und gelegentlich auch von Regierungsseite berichtet worden. In der Regel wird die Hinterziehung von Steuergeldern aber als Ausnahme und nicht als gängige Praxis der Kapitalisten dargestellt.

Immerhin nannte sogar im letzten Jahr der Bundesjustizminister die beachtliche Summe von 20 Milliarden DM (!), die dem Staatshaushalt durch Steuerhinterziehung und -flucht entzogen würden. Tatsächlich dürfte die Summe mindestens doppelt so hoch sein (selbst bürgerliche Wirtschaftsinstitute sprechen von 50 Mrd. DM, die der ‚öffentlichen Hand' vorenthalten werden!).

Wie dem auch sei: In beiden Angaben sind noch nicht einmal jene Betrugsmanöver des internationalen Großkapitals erfaßt, dessen Muttergesellschaften im Ausland ihre ‚Töchter' in der BRD mit Materialien zu derart überhöhten Preisen beliefern, daß es hierzulande dann angeblich nichts mehr zu versteuern gibt.

Steuerspirale 1973 — Steuereinnahmen in der BRD in Mill. DM

Lohnsteuer 61255 · Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer 49487 · Einkommensteuer 26452 · Gewerbesteuer 17777 · Mineralölsteuer 16589 · Körperschaftsteuer 10887 · Tabaksteuer 8872 · Kfz-Steuer 4989 · Vermögensteuer 3234 · Grundsteuer 3209 · Branntweinmonopol 3175 · Zölle 3172 · Lohnsummenst. 2535 · 2024 Kapitalertragst. · 1853 Ergänzungsabgabe · 1597 Stabilitätszuschlag · Grunderwerbst. 1484 · Lastenausgleichsfonds (LAF) 1297 · Biersteuer 1269 · Kaffeesteuer 1231 · Versicherungst. 1054 · Lotteriesteuer 552 · Erbschaftsteuer 468 · Investitionssteuer 339 · Schaumweinst. 330 · Gesellschaftst. 296 · Wechselsteuer 219 · Feuerschutzst. 188 · Zuckersteuer 135 · Leuchtmittelst. 115 · Börsenumsatzst. 107 · Gemeindegetränkest. 95 · Vergnügungst. 85 · 78 Hundesteuer · 55 Totalisatorst. · 43 Teesteuer · 42 Salzsteuer · 37 Sportwettst. · 28 Schankerlaubnisst. · 17 Rennwettst. · 16 Zündwarenmonopol · 15 Jagd- u. Fischereist. · 9 Zündwarenst. · 6 Spielkartenst. · 5 Kinosteuer · 4 Essigsäurest. · 3 Straßengüterverkehrst. · Sonstige 10

Die Auswirkungen dieses Steuersystems für den einzelnen Arbeiter und Angestellten

„Bleiben wir bei den Fakten, dann sehen wir: Weitaus dem größten Teil unseres Volkes (!) geht es wirtschaftlich g u t, b e s s e r d e n n j e", sagte H. Schmidt in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag.

Man merkt, daß bei diesem Mann nicht nur die ‚Theorie' schwach entwickelt (s.o.), sondern auch der Umgang mit der Wahrheit erbärmlich ist.

Einer durchschnittlich verdienenden ‚Arbeitnehmerfamilie' (mit zwei Kindern) wurden 1973 von einer zwölfprozentigen Lohnerhöhung ‚abgezogen':

2,4 Prozentpunkte für zusätzliche Steuern,
2,5 Prozentpunkte für zusätzliche Sozialabgaben,
5,4 Prozentpunkte für Inflationsverluste und
2 Prozentpunkte zum Ausgleich von Kürzungen beim Wohngeld und zum Ausgleich der Kaufkraftverluste beim Kindergeld und beim Wohngeld.

Diese Rechnung hat nicht der KB aufgemacht, sondern wir zitieren nur die Untersuchung über ‚die Reallohnentwicklung der bundesdeutschen Arbeitnehmer' aus dem Ministerium für Soziales in Rheinland-Pfalz.

Wörtlich faßt das Ministerium am Schluß seiner Studie zusammen:

„Ergebnis: Trotz 168 DM mehr Lohn, 6,47 DM weniger Kaufkraft."

Wen wunderts, daß die CDU diese Enthüllungen zu demagogischen Zwecken im Pressedienst ihrer Partei genüßlich zitierte? (UPD, 22. Mai '74)

Ein bedeutender Teil von Lohnerhöhungen wird von der Steuerprogression erfaßt und ‚weggesteuert'. Auch das soll an einem Beispiel erläutert werden:

„Ein verheirateter Lohnempfänger mit zwei Kindern und monatlich 1.000 DM brutto zahlt im Jahr 848 DM Lohnsteuer (Proportionalzone). Mit 1.600 DM monatlich brutto muß er jedoch jährlich 2.424 DM Lohnsteuer abführen (Progressionszone). Für den um 60 Prozent höheren Bruttoverdienst entsteht eine um fast 300 Prozent gestiegene Lohnsteuerbelastung." („Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 4/74)

Das bürgerliche Ifo-Institut hat errechnet, daß *„jedes Prozent Lohnzuwachs ... demnach einen verdoppelten (!) Lohnsteuerzuwachs in den Kassen des Fiskus (bedeutet)."* („Ifo-Schnelldienst", 6/74)

Dasselbe Institut hat vorgerechnet, daß 1973 von jeder erkämpften und erarbeiteten Mark den arbeitenden Massen nur 57 Pfennig übrigblieben – und daß 1974 eine Mark sogar auf einen Wert von 53 Pfennig zusammenschrumpfen wird. (siehe dazu auch nebenstehende Grafik!)

Die jetzt von der Regierung Schmidt/Genscher für das kommende Jahr angekündigte ‚Steuerreform', die angeblich eine Entlastung von rund 11 Mrd. DM für die ‚Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen' bringen soll, ist also längst von den werktätigen Massen ‚vorgeschossen' worden. Denn: addiert man die progressionsbedingt überhöhten Lohnsteuern von 1973 (zusätzlich 5,3 Mrd. DM) und von 1974 (zusätzlich 6,8 Mrd. DM), so übersteigt diese Summe bereits erheblich jene (bisher nur versprochenen!) ‚Erleichterungen'!

Lohnplus – die Hälfte kassiert der Staat
Steuern und Abgaben auf jede zusätzlich verdiente Mark (Arbeitnehmer)
1970: 30% · 1971: 32% · 1972: 43% · 1973: 40% · 1974 geschätzt: 47%

DER STAAT KASSIERT IMMER MEHR, *auch ohne den Steuertarif zu ändern, weil Normalverdiener immer stärker in eine Steuerprogression hineinwachsen, die ursprünglich nur für Großverdiener gedacht war. Beispielsweise nimmt der Fiskus heuer von jeder zusätzlich verdienten Mark durchschnittlich 47 Pfennig weg. Vor vier Jahren begnügte er sich noch mit 30 Pfennig. Schuld an dieser Entwicklung ist die Inflation: Das nominale Einkommen wächst, die Kaufkraft dagegen stagniert nahezu.* (SZ)

Auch für die ‚Steuerreform' gilt: Aufgeschoben ist aufgehoben!

Es hat in der Geschichte der BRD (25 Jahre) noch keine Bundesregierung gegeben, die nicht zu Beginn ihrer Amtsperiode eine ‚grundlegende Reform' des Steuersystems versprochen hätte.

Es hat aber auch noch kein anderes Reformversprechen gegeben, das so oft gebrochen wurde.

Übriggeblieben sind von den verlogenen Ankündigungen allenthalben Korrekturen in Einzelfragen, die den Begriff ‚Reform' nicht verdienen.

Auch die Bonner ‚Sozial-Liberalen' sind seit Beginn ihrer Koalition eifrig bemüht, das 1969 versprochene ‚Jahrhundertwerk Steuerreform' nach und nach zu liquidieren.

Zunächst schafften der Brandt/Scheel Regierung äußere Widrigkeiten ein willkommenes Alibi, um zu erklären, warum der schon zig Mal verschobene Termin nun doch nicht eingehalten werden könne: Das erste Mal, 1972, war es das Mißtrauensvotum mit anschließender Parlamentsauflösung, die die Durchführung der ‚Reform' vereitelte.

Sodann mußten – wie für viele andere Dinge auch – die Ölscheichs herhalten: Man müsse mit den Staatsfinanzen vorsichtig operieren, hieß es, weil man ja noch nicht wisse, was da noch alles durch die Ölverknappung auf einen zukäme (so sinngemäß Staatssekretär Porzner).

Hatte Kanzler Brandt sich bereits redlich gemüht, von seinen ursprünglichen Versprechen auf eine umfassende soziale Steuergesetzgebung abzurücken und die ‚große Reform' in mehrere kleine Steueränderungsgesetze aufzutrennen – Brandts Nachfolger Schmidt tischte schließlich eine Gesetzesvorlage auf, die nichts weiter bringt *„als die ohnehin notwendige Anpassung des Steuerrechts an den Geldwertschwund."* (So urteilt, in diesem Fall äußerst treffend, der BDI, in „Unternehmerbrief", Nr. 4/Jg. 24)

Was bringt die Vorlage von SPD/FDP zum Steueränderungsgesetz Neues?

In der Regierungerklärung von Kanzler Schmidt wird die ‚Steuerreform' an e r s t e r Stelle des Programms genannt. Es heißt da:

„Jetzt geht es um das Hauptstück der Reform: die Umgestaltung der Lohn- und Einkommenssteuer und die damit verbundene Neuordnung des Familienlastenausgleichs mit dem neuen Kindergeld. Wir wollen damit den elementaren Anspruch auf ein sozial gerechtes und – soweit möglich – ein einfacheres Einkommenssteuerrecht erfüllen."

An anderer Stelle behauptete der neue Kanzler, es hier fertiggebracht zu haben, *„die kleinen Einkommen zu entlasten, die großen nicht zu belasten und dennoch keine nennenswerten Steuereinnahmenverluste zu erleiden."*

Sehen wir uns dieses Kunststück mal näher an:

● Einkommen bis zu 16.000 DM (Alleinstehende) und 32.000 DM (Verheiratete) werden ab 1. Januar '75 mit einem einheitlichen Proportionalsteuersatz von 22 Prozent besteuert. Wer mehr verdient, gerät automatisch in den Sog der Steuerprogression, die mit einem Satz von 30,8 Prozent einsetzt.

Da lacht natürlich der Kapitalist: *„Spätestens 1977 werden die Steuersenkungen von der inflationären Wirtschaftsentwicklung wieder überholt, weil in die progressive Einkommensteuer ein Inflationsmechanismus eingebaut ist."* („Unternehmerbrief", 11/Jg. 24)

Mit anderen Worten: die inflationär bedingten Nominallohnerhöhungen werden schon innerhalb von zwei Jahren dazu führen, daß breite Massen (die vorübergehend eine gewisse Entlastung bekommen), in bisher n i c h t g e k a n n t e m Ausmaß zur Ader gelassen werden!

● Der Steuersatz für Spitzenverdiener wird – wie nicht anders zu erwarten war! – nur um drei Prozent auf 56 Prozent erhöht. D.h., die Großkapitalisten können sich dumm und dämlich verdienen – mehr als 56 Prozent brauchen sie nicht an den Fiskus abzuführen (Daß das auch nur in den seltensten Fällen geschieht, haben wir oben schon aufgezeigt!).

● Die Erhöhung der Freibeträge für Alleinstehende mit Kindern von bisher 1.200 DM auf 3.000 schafft gewisse Erleichterungen für die Haushalte der Werktätigen.

● Das gleiche gilt für die Neuregelung des Kindergeldes: In Zukunft wird ein einheitliches Kindergeld von 50 DM für das erste, 70 DM für das zweite und 120 DM für jedes weitere Kind gezahlt – allerdings: Die bisherigen Kinderfreibeträge fallen weg. Sie betrugen bisher im Monat 100 DM für das erste, 140 DM für das zweite und 150 DM für das dritte Kind und alle weiteren Kinder.

D.h. konkret: Wer ein Kind hat, zahlt zunächst 22 DM monatlich m e h r an Steuern und bekommt dann 50 DM Kindergeld; netto erhält er also nur 28 DM. Eltern von zwei Kindern bleiben nach dieser Rechnung ganze 14,20 DM (netto).

● Die Sätze für Sonderausgaben und der Arbeitnehmerfreibetrag wurden zwar heraufgesetzt, können jedoch nicht mehr vom Brutto-Einkommen abgezogen werden, sondern sind nur noch mit einheitlich 22 Prozent von der Steuerschuld abziehbar.

Von Sprechern der Bundesregierung wurde mehrfach behauptet und vorgerechnet, daß ‚Arbeitnehmerhaushalte' durch die geplanten Gesetzesänderungen Lohn- und Gehaltsaufbesserungen von vier Prozent bekämen.

Die Angabe über die Höhe der steuerlichen Entlastung sei zunächst nicht diskutiert. Wesentlich sind jedoch folgende Punkte:

1. Wenn überhaupt, so wird die steuerliche Entlastung für die werktätigen Massen nur für sehr kurze Zeit wirksam – durch inflationsbedingte Nominallohnerhöhungen kommt ein großer Teil der Werktätigen in den Würgegriff der Progression (von 30,8 Prozent aufwärts!)

2. Die Regierung Schmidt/Genscher hat sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt vorbehalten (bisher elf Prozent), falls Einnahmelücken größeren Ausmaßes im Staatshaushalt entstünden. Die Mehrwertsteuer aber geht direkt an den Konsumenten weiter, d.h. den Arbeitern und Angestellten würde aus der Tasche gezogen, was man ihnen soeben in die Hand gegeben hat.

3. Die minimalen und kurzfristigen ‚Vergünstigungen' durch die neue Steuergesetzgebung werden von der SPD/FDP-Regierung zum Vorwand für eine noch schärfere kapitalistische Tarifpolitik genommen. Der neue Regierungschef H. Schmidt sagte dazu im Bundestag:

„Die Verwirklichung der Steuer- und Kindergeldreform wird die öffentlichen Haushalte in einem Ausmaß belasten, das 1975 den Leistungsmöglichkeiten des Staates ... enge Grenzen setzt ... Bei der Aufgabengestaltung der öffentlichen Haushalte 1975 müssen wir deshalb alle übertriebenen (!) Forderungen abwehren. Dies gilt für alle Bereiche, auch für den Öffentlichen Dienst." („FAZ", 18. Mai) Daß Schmidt nicht nur die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes stärker ‚in die Verantwortung nehmen' will, sondern die gesamte werktätige Bevölkerung und die DGB-Gewerkschaften, machte er in der gleichen Rede unmißverständlich klar: *„Die Bundesregierung wird bei ihren Stabilitätsbemühungen die gesellschaftlichen Gruppen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen (!). Das gilt für Unternehmer und Gewerkschafter in gleicher Weise. Verantwortung für das Ganze (!) ist eine entscheidende Voraussetzung für die Tarifautonomie (!), die wir verteidigen."* („FAZ", 18. Mai)

Kurzum: Die nach dem ‚Stabilitätsgesetz' (vom 8. Juni '67) obligatorischen Lohnleitlinien sollen mit Hinweis auf angebliche Verbesserungen aus der ‚Steuerreform' noch weiter nach unten geschraubt und über die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in der Arbeiterschaft durchgesetzt werden.

4. Nicht nur, daß die SPD/FDP-Regierung die ‚Reform' des Steuersystems, wie sie 1969 konzipiert worden war, bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt und verstümmelt hat – sondern die ab Januar '75 eintretenden Steuermindereinnahmen müssen auch dazu herhalten, das Ausbleiben der anderen ursprünglich versprochenen ‚Reformen' zu ‚begründen':

„Man kann nicht den Steuerzahlern im nächsten Jahr um 10 - 12 Milliarden Mark die Steuerlast erleichtern und gleichwohl denselben Betrag noch mal woanders ausgeben. Die Bundesregierung wird alle verfassungsmässigen und politischen Möglichkeiten voll nutzen, um Bund, Länder und Gemeinden auf eine sparsame Ausgabenpolitik zu verpflichten.

Wenn 1975 die Steuerreform mit ihren Milliardenbeträgen an Entlastungen in Kraft getreten ist, können wir uns die ...hohen Zuwachsraten ab 1975 nicht mehr leisten."
(so H. Schmidt in der Regierungserklärung, „FAZ" 18. Mai)

Daß der Sozialdemokrat Schmidt nicht die Kürzung und ‚Sparsamkeit' beim aufgeblähten Rüstungsetat im Auge hat, sondern alle ‚kostenintensiven Reformen' im sozialen Bereich (‚Bildungs-Reform', Investitionen beim Bau von Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, Kindergärten...etc.) versteht sich (fast) von selbst und wurde auch in brutaler Offenheit zugegeben.

Einnahmen aus Massensteuern 1973/74 *)

	1973 Mrd. DM	1973 Veränd. geg. d. Vorj. i. %	1974 Mrd. DM	1974 Veränd. geg. d. Vorj. i. %
Lohnsteuer	61,2	+ 23,0	74,0	+ 20,9
Steuern vom Umsatz	51,2	+ 8,9	56,4	+ 10,2
Mineralölsteuer	16,5	+ 16,0	18,0	+ 9,1
Tabaksteuer	8,9	+ 13,7	9,3	+ 4,5
Branntweinmonopol	3,2	+ 9,7	3,3	+ 3,1

Einnahmen aus Gewinn- und Vermögensteuern 1973/74

	1973 Mrd. DM	1973 Zunahme geg. d. Vorj. i. %	1974 Mrd. DM	1974 Zunahme geg. d. Vorj. i. %
Veranlagte Einkommensteuer	26,4	+ 14,1	28,4	± 7,6
Körperschaftsteuer	10,2	+ 20,1	11,0	+ 7,8
Vermögensteuer	3,4	+ 13,6	4,2	+ 23,5

(Quelle: BMF Finanzbericht 1974, S. 62)
*) geschätzt

CDU/CSU – Demagogen in Sorge um 'den kleinen Mann'?

Die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag hat die Gesetzesvorlage der Regierung zum Steuersystem abgelehnt und strebt über ihre Mehrheit im Bundesrat Änderungen nach ihren Vorstellungen an.

Bereits während des zurückliegenden Jahres waren die Sprecher der Unionsparteien immer wieder mit der Forderung nach ‚steuerlicher Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen' (in Form eines 'Inflationsausgleich') aufgetreten – womit sie in demagogischer Absicht Forderungen der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften ‚unterstützen'.

Es ist gewiß kein Zufall, daß die CDU/CSU-Führer (u.a. Strauß!) die Forderung nach einem ‚Inflationsausgleich' ausgerechnet während der Streikwelle im letzten Sommer und unmittelbar vor den Tarifkämpfen dieses Frühjahres am lautesten propagierten – und der SPD/FDP vorwarfen, sie verschärfe durch ihre Untätigkeit in dieser Frage den ‚Verteilungskampf' und vergifte das soziale Klima.

Entgegen anderslautenden Erklärungen verficht die Opposition im Bundestag k e i n sozialeres oder ‚gerechteres' Steuerrecht.

Im Gegenteil: In Wahrheit sind diese Leute überhaupt dagegen, daß die Masse der Arbeiter und Angestellten wenigstens etwas von der drückenden Steuerlast befreit werden. So erklärte einer der ‚Wirtschaftsexperten' der Union, Dr. Hans J. Häfele, lt. Mitteilung des Pressereferats der CDU/CSU-Fraktion am 24.4.74: *„Die CDU/CSU ist nie (!) davon ausgegangen, daß eine wirklich helfende Steuerreform 1975 (!) zu verkraften ist (!)".*

Das ist wohl deutlich genug! Und entlarvt die bisweilen ‚radikal' und ‚fortschrittlich' klingenden Alternativvorschläge dieser Leute als demagogisches Manöver!

Da die Unionsparteien den SPD/FDP-Vorschlag zum Steueränderungsgesetz aus wahltaktischen Gesichtspunkten nicht vollkommen ablehnen können, werden sie über ihre Mehrheit in der Länderkammer vor allem in zwei Punkten Änderungen durchzusetzen versuchen (vermutlich auch durchbringen):

1. Während der Entwurf der Regierungskoalition vorsieht, daß Sonderausgaben zukünftig mit 22 Prozent von der Steuerschuld abgezogen werden können, verlangt die CDU/CSU-Opposition, daß im Prinzip die Regelung erhalten bleibe, daß wachsendes Einkommen auch eine wachsende Steuerbegünstigung bedingen müsse. Der Entwurf der Koalition wird als ‚leistungsfeindlich', ‚gleichmacherisch' usw. abgelehnt.

2. Mit den gleichen Sprüchen („wir wollen keinen Egalismus", so Höcherl CSU) opponieren die Unionsparteien gegen die geplante Verschärfung der Steuerprogression im SPD/FDP-Entwurf. Der Ansatzpunkt in dieser Frage ist für die CDU/CSU besonders günstig, weil sie hier ohne Mühe darauf verweisen können, daß von der Progression in Kürze nicht nur die Kleinbürger, sondern der größte Teil der Arbeiter und Angestellten erfaßt sein wird.

Zusammengenommen heißt das: Die ‚Alternativen' von CDU/CSU zum Steueränderungsgesetz sind – soweit sie eh nicht nur als Manöver zu qualifizieren sind – noch reaktionärer als das, was uns die Schmidt-Genscher-Regierung als ‚Steuerreform' verkaufen will. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hungerstreik in englischen Gefängnissen





Zwangsernährung = Folter

Marion Price Dolours Price

Von November 73 bis Anfang Juni dieses Jahres insgesamt 208 Tage – wurden im Englischen Gefängnis Brixton zwei junge Frauen, Marion und Dolours Price, brutal gefoltert, da sie seit ihrer Einlieferung in den Hungerstreik getreten waren.

Die beiden Mädchen werden von Wärtern und einem Arzt auf einem Stuhl gefesselt. Dann wird ihr Mund zwangsweise mit Zangen und Holzkeilen geöffnet. Danach wird gewaltsam ein eingefetteter Plastikschlauch in die Speiseröhre geschoben, der durch die gewaltsame Aktion häufig in die Luftröhre gerät. Durch einen Trichter wird nun eine Nährlösung eingeflößt, wobei die Mädchen ständig durch akute Erstickungsgefahr bedroht sind. Ihre Lippen springen auf, die Kehle wird wund, Schleimhäute in Rachen und Magen reißen auf und entzünden sich. Anhaltende schwere innere Verletzungen und furchtbare psychische Schäden sind die Folgen dieser Folter. Wenn die Mädchen die Nährlösung erbrechen, wird diese erneut in den Trichter getan. Der anwesende ‚Arzt' kommentiert dies mit den Worten: „Denkt immer daran, es ist für eine gute Sache." (nach einem Bericht des „Spiegel")

Seit November müssen D. und M. Price, sowie zwei weitere Gefangene, Hugh Feeney und Gerald Kelly, diese Brutalität erleiden, seitdem sie wegen ihres Widerstandes gegen die Besetzung Irlands durch den britischen Imperialismus zu lebenslänglich plus 20 Jahren verurteilt wurden.

Alle vier, Dolours, Marion, Hugh und Gerald haben bisher über 25 kg Gewicht verloren. Die beiden Männer liegen seit mehreren Monaten nackt in ihren Zellen, da sie sich – als politische Gefangene – weigern, die übliche Sträflingskleidung zu tragen. Alles, was sie mit ihrem Streik verlangen, ist die Überführung in ein Nordirisches Gefängnis und die Anerkennung des Status als politischer Gefangener. Sie gelten jedoch offiziell als ‚Kriminelle'. Obwohl zwischen 1971 und 1973 sechs in England verurteilte Iren in ein nordirisches Gefängnis verlegt wurden, wird diese Forderung der Price-Schwestern und der beiden anderen Genossen ignoriert.

Die britischen Imperialisten schrekken auch vor Mord an den beiden Schwestern nicht zurück. Der britische Innenminister R. Jenkins erklärte noch im April dieses Jahres, *„daß er nicht gewillt sei, sich der Erpressung durch den Hungerstreik zu beugen. Jenkins räumt ein, daß die beiden Schwestern offensichtlich entschlossen sind, in den Tod zu gehen. Ich bin jedoch nicht bereit, die Schwestern Price im Gefängnis zu besuchen ..."* („Welt", 1.6.74).

Der Zustand der Schwestern ist durch die Zwangsernährung „erbärmlich". Bernadette Devlin, der IRA(o) nahestehende irische Sozialistin, sagte nach einem Besuch der Schwestern Anfang des Jahres: *„Sie sind nicht wiederzuerkennen. Dolours hat fast 30 Pfund verloren, ihr dunkles Haar ist stumpf geworden, an den Wurzeln sogar weiß. Die Haut ist aschfahl."*

In der BRD ist die Zwangsernährung für Tiere verboten (Tierschutzgesetz § 3 Ziffer 7) –was natürlich keine Gewähr dafür bietet, daß sie nicht an politischen Gefangenen angewendet wird.

M. Gaughan im britischen Gefängnis ermordet!

Der Hungerstreik gehört zu einem Mittel, das in der Geschichte wie auch in der Gegenwart immer wieder von irischen Freiheitskämpfern, die in britischen Gefängnissen eingekerkert wurden, benutzt wird, um ihre Forderungen durchzusetzen. Er ist die einzige Möglichkeit der Gefangenen, denen jeglicher Kontakt zu ihrer Umwelt und ihren Mitgefangenen genommen wurde (Hugh Feeney und G. Kelly wurde z.B. der tägliche Rundgang durch den Gefängnishof verboten) ihren Forderungen Gehör zu verschaffen.

So verweigerten gleichzeitig mit den Price Schwestern vier weitere irische Gefangene die Nahrungsaufnahme. Sie alle wurden zwangsernährt.

Einer dieser vier Kämpfer war der 24-jährige Michael Gaughan. Er saß seit 1971 im Gefängnis Parkhurst auf der Isle of Wight eine sieben-jährige Freiheitsstrafe ab, zu der er wegen eines angeblich von ihm durchgeführten Banküberfalls verurteilt wurde, dessen Beute er der IRA gespendet haben soll.

Er starb am Montag den 3.6.74 an einer Lungenentzündung, die er durch die Zwangsernährung bekommen hatte. Der Schlauch geriet bei der ‚Fütterung' in die Luftröhre und verletzte dabei die Lunge.

Obwohl eine Lungenentzündung bei sorgfältiger Pflege und unter ärztlicher Aufsicht relativ leicht zu heilen ist, starb M. Gaughan nach einer Woche Krankheit.

Er kämpfte wie die Price-Schwestern für die Anerkennung als politischer Gefangener und für die Verlegung in ein nordirisches Gefängnis. M. Gaughan fiel einem Mord zum Opfer, der von den britischen Imperialisten durchaus eingeplant war. Die Art der Zwangsernährung und die „ärztliche Behandlung" lassen darauf schließen, daß die Imperialisten diesen Mord beabsichtigt hatten. Sprecher der republikanischen Bewegung wie Malachy Foots sprachen von *„nacktem Mord durch R. Jenkins. Wir in Irland sehen diesen Tod so, als sei M. Gaughan von einer Kugel der britischen Armee ermordet worden."* M. Gaughan ist aber nicht der einzige irische Freiheitskämpfer, der in einem Gefängnis ermordet wurde. 1917 starb der IRA-Revolutionär Thomas Ashe an den Folgen der Zwangsernährung und kurz darauf, im Jahre 1920 der Bürgermeister von Cork, Terence Mac Swiney, nach einem Hungerstreik.

Hungerstreik führte zum Erfolg

Der Tod von M. Gaughan und der immer bedrohlicher werdende Zustand von Marion und Dolours Price lösten in England und Irland eine Welle des Protests aus. In London demonstrierten mehrmals Tausende für die Erfüllung der Forderungen der Freiheitskämpfer. Als ein Trauerzug mit dem Sarg von M. Zehntausende die Straßen. Nach Trauerfeiern in weiteren englischen Städten wurde der Sarg nach Irland gebracht, wo er mit militärischen Ehren der IRA beigesetzt wurde.

Sogar Juristen und 40 Ärzte, darunter einige Gefängnisärzte, forderten aufgrund des bedrohlichen Gesundheitszustandes der Schwestern die Überführung nach Nordirland. Diese Bewegung, Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit mit der britischen Nordirlandpolitik (die Stimmen für einen Abzug der Truppen aus Nordirland werden in der britischen Arbeiterklasse immer lauter) führten dazu, daß die Londoner Regierung der Forderung nach Verlegung der Price-Schwestern bis Ende des Jahres nachkommen will. Aber noch ist der Kampf nicht beendet, denn immer noch sind unzählige irische Freiheitskämpfer in britischen Gefängnissen und noch sind die Forderungen der Price-Schwestern nicht erfüllt, denn sie sitzen bis jetzt immer noch in einem englischen Gefängnis. Das Versprechen der Imperialisten, die beiden in ein nordirisches Gefängnis zu verlegen, ist noch nicht erfüllt und wird von den Imperialisten auch nicht freiwillig erfüllt werden, falls der Kampf für diese Forderungen nicht weitergeführt wird. ●

Wenn die Mädchen die Nährlösung er- gener. Sie gelten jedoch offiziell als 30 Pfund verloren, ihr dunkles Haar

Holländische Soldaten streikten
Leserbrief



Am 2. Februar dieses Jahres demonstrierten 800 holländische Soldaten in Bremen

Am 8. Mai streikten viele hunderte Soldaten in verschiedenen Kasernen in Holland, um ihre Forderungen zu bekräftigen.

Jeder holländische Soldat darf am Wochenende nach Hause. Aber wenn man in der Kaserne bleiben muß, z.B. auf Wache oder wegen einer Übung, dann hat man das Wochenende verloren und bekommt keinen Ersatz. Die holländischen Soldaten fordern freie Tage, man will das Wochenende zurück.

Der Minister und besonders die Generale wollen das nicht zugestehen. In der Kaserne haben sie natürlich mehr Einfluß auf die Soldaten. Man kann nur Soldaten gebrauchen, die nicht kritisch und lästig sind, nicht immer fragen: „Warum", sondern gehorsam tun, was die Generale wollen. Deshalb hält man sie soviel wie möglich in den Kasernen, weit weg von der Gesellschaft, und läßt sie dort soviel dumme Arbeit tun, daß sie keine Fragen mehr stellen, sondern gleich das tun, was verlangt wird. Das ist die Ursache, warum Minister und Generale sich weigern, die Forderung der Soldaten anzuerkennen.

Der Kampf wurde organisiert von der „Vereiniging van Dienstpflichtige Militairen" (VVDM), eine Gewerkschaft, die jeden Monat mit dem Minister spricht, und in der 30.000 von 40.000 Soldaten Mitglied sind.

Im August 73 wurden 25.000 Unterschriften dem Minister übergeben. Wenige Wochen später wurde eine Kampfwoche organisiert, mit Demonstrationen u.a. in Zwolle (5.000 Soldaten), Den Bosch, Ede, Eindhoven und Garderen.

Im Dezember streikten Soldaten in Havelte, Amsterdam, 't Harde, Ede und Breda.

Am 21. Januar demonstrierten in Westdeutschland stationierte holländische Soldaten erst in Zwolle (Holland), dann zwei Wochen später 800 Soldaten in Bremen. Der Minister bekam Angst vor der Kraft der Soldaten und ließ im März drei VVDM-Vorsteher versetzen. Er hoffte, so den Soldatenkampf zu brechen.

Aber das gelang nicht! Die Soldaten machten weiter, jetzt mit noch mehr Kampfgeist.

In Den Haag demonstrierte man gegen die drei Strafversetzungen, und 7.000 Unterschriften wurden dem Minister überreicht.

Der Kampf verschärfte sich mit einer Demonstration von 10.000 (!) Soldaten in Utrecht als Höhepunkt. Dort wurde zum ersten Mal der Ruf gehört: „Streiken, Streiken!", und das aus 10.000 Soldatenkehlen.

Der Beginn war eine Demonstration in der Elias-Beehmann-Kaserne in Ede. Einige hunderte Soldaten demonstrierten am 24. April in der Kaserne.

Die Kasernenführung ließ die Tore schließen und alle Telefone blockieren. Zwei VVDM-Vorsteher, die mit den Soldaten sprechen wollten, durften die Kaserne nicht betreten.

Am 8. Mai war der große Streik geplant. Schon vorher hatte der VVDM-Hauptvorstand ein Schreiben des Ministers bekommen, in dem er „warnte", daß er jeden Soldaten streng bestrafen würde, der mitmacht. Jeder Kasernenkommandant bekam ein Schreiben, den Streik so weit wie möglich im Keim zu ersticken, und der Kasernenkommandant mußte die Soldaten „warnen", daß es strenge Strafen geben würde.

Aber die Soldaten ließen sich nicht einschüchtern.

Am 8. Mai wurden überall die Kasernentore geschlossen. Fotografen und Presse durften nicht dabei sein. Die Wachen waren nicht wie sonst Soldaten, sondern hohe Offiziere. In der Bernardkaserne in Amersfoort streikten und demonstrierten die Soldaten. Aber bald kamen einige dutzend Offiziere, die versuchten, die Soldaten aufzuhalten und Spruchbänder kaputt zu machen. Aber die Soldaten gingen weiter. Einige Soldaten wurden festgenommen, viele Militärpässe wurden beschlagnahmt.

Ungefähr dasselbe geschah in anderen Kasernen – Den Haag, Ermelo, Werep, Arnhem, 't Harde.

30 Stunden nach dem Streik begann die Gegenoffensive des Ministers und der rechten Presse.

Durch Radio und Zeitungen ließ der Minister wissen, daß der VVDM sich selbst kaputt mache und daß der Streik von „Extremisten" geleitet worden sei. Die rechte Presse machte mit und schrieb, daß der VVDM jetzt „maoistisch" sei, und Streik in einer Armee sei unmöglich, das könne nur das Werk von „Extremisten" sein.

Der VVDM bekam durch den Streik mehr Mitglieder (!), und nicht der VVDM-Hauptvorstand, sondern die Soldaten hatten den Streik organisiert.

Aber was der Minister, die Generale und die rechte Presse auch versuchten, der Kampf ging weiter.

Am 14. Mai streikten Soldaten in Oirschot, am 17. Mai in Schaarsbergen und am 17. Juni in Havelte.

Es ist: deutlich: die holländischen Soldaten nehmen es nicht länger hin. Nicht der Minister und die NATO-Generale bestimmen, was geschieht, sondern die Soldaten selbst! ●

Ein holländischer Genosse

Südafrika: Wieder Mord an streikenden Arbeitern

In der Nacht zum 10. Juni wurde in Südafrika ein Streik von einigen hundert schwarzen Arbeitern von der faschistischen Polizei blutig niedergemetzelt.

- **Mindestens zwei (die DKP-Zeitung „UZ" spricht von vier) Arbeiter wurden erschossen.**
- **Sechs Arbeiter wurden verletzt.**

Dieser Mord steht in einer Reihe mit den Morden an 12 Arbeitern der Goldmine „Western Deep Level" im August letzten Jahres, mit den neuen Gesetzen, mit denen das faschistische Vorster-Regime seine Rassentrennungs- und Unterdrückungspolitik fortsetzt und vielen anderen Maßnahmen (AK 45).

Hier wurde deutlich, was es heißt, wenn Premier Vorster nach den letzten Wahlen von sich gab: „Die weiße Bevölkerung (ca. 17 % der Gesamtbevölkerung! – die Red.) hat mir den Auftrag erteilt, härter durchzugreifen." (!!)

In der bürgerlichen Presse war über die jüngsten Vorgänge nur zu lesen:

- Die Bergarbeiter *„setzten ihre Unterkünfte in Brand, rissen Mauern nieder." „Lohnforderungen sollen der Anlaß gewesen sein"* (FAZ 11.6.74).

Was die bürgerliche Presse verschweigt, sind die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, unter denen die Schwarzen ausgebeutet werden.

- Sie haben Arbeitsverträge, die sie von sich aus nicht kündigen können.
- Das Verhältnis der Löhne zwischen schwarzen und weißen Arbeitern in den Bergwerken ist 1 : 16!
- Zu einer der „Unterkünfte" schwarzer Arbeiter schrieb der „Spiegel": *„Am Eingang filzen bewaffnete Polizisten alle Bewohner und Besucher. Die Arbeiter drängen sich in 16-Mann-Schlafräumen. Das Bett ist ein etwa 90 Zentimeter breiter Mauervorsprung."*

Diesen KZ-Bedingungen, sowie der faschistischen Unterdrückung durch das Vorster-Regime, hat ein großer Teil der einheimischen, schwarzen Bevölkerung den Kampf erklärt!


Demonstration schwarzer Arbeiter in Südafrika

Faschistische Willkür in den Gefängnissen Südafrikas

Aus neuesten Veröffentlichungen der faschistischen Vorster-Regierung ergibt sich, daß zwischen Juni 1972 und Juni 1973 exakt 321 Gefangene in den Gefängnissen des Apartheidregimes ‚gestorben' sind.

55 Menschen wurden gehenkt, 21 wurden „bei Unfällen getötet", vier wurden bei „Fluchtversuchen" erschossen und vier weitere sollen „Selbstmord" gemacht haben. Die restlichen 237 (!) sollen angeblich eines „natürlichen Todes" gestorben sein.

Der gleichen Veröffentlichung zufolge sollen in diesem Berichtszeitraum 3.239 Häftlinge „körperlich gezüchtigt" worden sein – d.h. sie wurden geschlagen und ausgepeitscht. (Angaben nach Berliner „Extra-Dienst" vom 21.6.74.)

HSW-Betriebszellen KB/Gruppe Hamburg •

England: Ganze Chemiefabrik explodierte: Bisher 28 Tote!

Am 3. Juni 74 flog in der Nähe der englischen Stadt Flixborough ein ganzes Chemiewerk durch eine gewaltige Explosion in die Luft. Außer den unmittelbar betroffenen Arbeitern der Wochenendschicht, von denen mindestens 28 in Stücke zerfetzt wurden und verbrannten, wurden

Ganze Chemiefabrik explodierte: Bisher 28 Tote!

waltige Explosion in die Luft. Außer den unmittelbar betroffenen Arbeitern der Wochenendschicht, von denen mindestens 28 in Stücke zerfetzt wurden und verbrannten, wurden

weitere 100 Menschen ernstlich verletzt, darunter auch einige Bewohner nahegelegener Häuser.

Die Detonation war in einem Umkreis von 45 Kilometern zu hören. Eine unvorstellbare Druckwelle hatte die umliegenden Getreidefelder niedergemäht. Sechszehn rund 600 Meter von der Fabrik entfernt liegende Wohnhäuser wurden völlig zerstört. Noch Kilometer weiter zerbarsten Fensterscheiben und knickten Dächer ein. Zwei Tage lang gab es Giftalarm, weil riesige schwarze Rauchwolken über die relativ dicht besiedelte Gegend trieben. 3000 Menschen wurden vorübergehend evakuiert.

Daß es nicht noch weit mehr Tote gab, ist nur zufälligen Umständen zu verdanken. In dem Werk der Firma Nypro wurde ein Caprolactam genannter Chemiefaserkunststoff erzeugt (Grundelement für die Produktion von Nylon). Bei der Herstellung entstehen flüchtige Gase, die – mit Luft vermischt – bei Entzündung sofort explodieren. Die Firmenleitung beteuerte, daß *„wiederholte Untersuchungen niemals Anlaß zu Beanstandungen ergeben hätten."* („Frankfurter Rundschau", 4.6.74)

Was auf die Qualität der Untersuchungen schließen läßt...

Das Unglück war vorhersehbar! Wenige Tage zuvor hatte es schon einmal Alarm gegeben und die Feuerwehr war angerückt, weil die Anlage offenbar nicht in Ordnung war. Aber zur Sicherung des Lebens Hunderter von Menschen wurde auch dann weiter nichts unternommen.

In der Presse wird von jetzt fälligen Versicherungssummen von 40-70 Millionen Mark gesprochen. Es sieht ganz danach aus, als würden sich die Kapitalisten an der totalen Zerstörung des Werkes auch noch gesundstoßen. Es wäre nicht das erste Mal. Abgeordnete des britischen Unterhauses *„erwägen schon, ob die Produktion von Caprolactam in Zukunft nicht verboten werden soll"* („MoPo", 4.6.74), da zu gefährlich. Späte Einsicht? Oder etwa Konzertierte Aktion? Hatte die Firmenleitung vielleicht sowieso vor, die Produktion einzustellen, so daß ihr die Katastrophe so ungelegen gar nicht kam? ?

Fest steht, daß hier in zynischem Leichtsinn das Leben hunderter Menschen riskiert wurde, weil die Firmenleitung Investitionen – sicher nicht billige – scheute, um diesen hochgefährlichen Stoff vor Entzündung zu sichern.

Angeblich soll die Explosion vom Kontrollraum ausgegangen sein, dem einzigen Raum, „in dem kein Rauchverbot bestand"! Auch hier grenzenloser Leichtsinn oder nur Ablenkung von den wirklich Schuldigen? Für das fehlende Rauchverbot kann sicher ein kleinerer Schuldiger gefunden werden, oder vielleicht hatten gar die „dämlichen Arbeiter" selber schuld, die sich mal wieder eine anstecken mußten?

In der Regel können sich die Kapitalisten bei „Betriebsunfällen" herausreden. Schuld bekommen dann z.B. Sicherheits-Vertrauensleute oder der einzelne Kollege, der irgendwelche Vorschriften angeblich nicht beachtet hat.

Die Sicherheit der Kollegen muß jedoch gewährleistet sein, selbst wenn bestimmte „Unachtsamkeiten" passieren, die nie auszuschließen sind. (Meistens ist ja auch gerade die von den Kapitalisten selbst betriebene Arbeitshetze der Grund für die Mißachtung von Sicherheitsvorschriften).

Die Gesetzgebung und Rechtsprechung kommt den Firmeneigentümern in diesen Fragen immer entgegen. Uns ist kein Fall bekannt, wo ein Kapitalist wegen „fahrlässiger Tötung" oder gar wegen Mordes an seinen Arbeitern sich hätte verantworten müssen.

Im Grunde genommen hat hier der bürgerliche Staat dieselbe „Einstellung", wie sie Millionen von Autofahrern zur Genüge bekannt ist. Unübersichtlicher Straßenverkehr, z.T. katastrophale Straßenverhältnisse, werden nicht etwa dadurch behoben, daß der Vielzahl von Autos und der Dichte des Verkehrs angepaßte Straßen, Brücken, Tunnels etc. gebaut werden (das kostet Geld!), sondern indem ein Haufen z.T. wirrer Verkehrsvorschriften geschaffen werden, ein Wald von Verkehrsschildern aufgestellt wird, die allesamt das Autofahren zwar nicht sicherer machen, aber nachher (nach den letztlich unvermeidlichen Unfällen!) die „Schuldfrage" besser klären helfen und zwar in dem Sinn, daß nicht der bürgerliche Staat zur Rechenschaft gezogen wird (der für die schlechten Verhältnisse verantwortlich ist), sondern der einzelne Autofahrer, der dieses Signal oder jene Vorschrift nicht beachtet hat.

Leitung der Betriebszelle Beiersdorf, KB/Gruppe Hamburg •


In dieser Flammenhölle starben 28 Menschen – an den Folgen kapitalistischer Sicherheitsvorkehrungen

Paris: Antifaschisten stürmen Polizeikommissariat – Aktion gegen faschistische Foltermethoden der Polizei –

Am 8. Juni stürmten 60 Antifaschisten das Polizeikomissariat in der rue Scribe in Paris. Sie setzten zwei Polizeiwagen in Brand und verprügelten drei Polizisten. Allen 60 gelang es anschließend, nachdem sie von der Polizei durch die U-Bahn-Tunnel der Chaussée d'Antin verfolgt worden waren, ohne Verhaftung zu entkommen.

– Aktion gegen faschistische Foltermethoden der Polizei –

Am 8. Juni stürmten 60 Antifaschisten das Polizeikomissariat in der rue Scribe in Paris. Sie setzten zwei Polizeiwagen in Brand und verprügelten drei Polizisten. Allen 60 gelang es anschließend, nachdem sie von der Polizei durch die U-Bahn-Tunnel der Chaussée d'Antin verfolgt worden waren, ohne Verhaftung zu entkommen.

Diese Aktion war die Antwort auf einen brutalen Terrorakt der Polizei im gleichen Kommissariat: Am 22. Mai wurden 54 vorwiegend ausländische Arbeiter festgenommen, die ein leerstehendes Haus in der rue Servan besetzt hatten. Die 54 Arbeiter wurden auf das Polizeikommissariat geschleppt und dort mit Gas gefoltert! Sechs der Arbeiter verloren bei dieser Tortur ihr Bewußtsein; aber dennoch erhielten sie keine ärztliche Hilfe. Der zuständige Präfekt der Pariser Region hatte die Enthüllung dieser faschistischen Polizeimethoden einfach als „grotesk" bezeichnet – und die bürgerliche Presse sah ihre Aufgabe darin, diesen Terrorakt ebenfalls zu verschweigen.

Für den 8. Juni hatten mehrere Organisationen daraufhin zu einer Protestdemonstration aufgerufen. Im Anschluß an diese Demonstration wurde der Sturm auf das Polizeikommissariat durchgeführt. Die 60 Antifaschisten gaben danach eine Erklärung dazu ab, die in der linken Tageszeitung „Libération" (10.Juni74) veröffentlicht wurde, und in der es unter anderem heißt:

„Wenn die Polizei heute ungehindert 54 Arbeiter foltern kann, obwohl ihre Verhaftung breit bekannt ist und die Presse und die Anwälte wissen, in welchem Kommissariat sie festgehalten werden – was kann dann erst einem einzelnen isolierten Ausländer widerfahren? –; wenn die Polizei das Risiko eingehen kann, daß einige von ihnen dabei sterben können; wenn die Präfektur die Zeugenaussage von 54 Personen einfach der Lüge bezichtigen kann; wenn die Presse entschlossen ist, diese Taten durch ihr Schweigen zu decken; dann ist es Zeit für alle diejenigen, die um ihre Rechte kämpfen, daß sie das Mittel der Drohung ergreifen, um Druck auf diese auszuüben: wir, Antifaschisten, haben begriffen, daß man nicht verhindern kann, daß morgen andere Arbeiter, französische oder ausländische, die Opfer der gleichen rohen Behandlung werden, wenn man es heute geschehen läßt daß diejenigen Ausländer gefoltert werden, die für ihre Rechte als Arbeiter kämpfen.

Der bloße Protest genügt nicht mehr: seit Jahren sterben ausländische Arbeiter in den Kommissariaten oder unter den Kugeln der Rassisten, ohne daß die Verantwortlichen entlarvt oder zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir sind entschlossen, die Angriffe auf die Würde und auf die Rechte der ausländischen Arbeiter, die die Polizei sich erlaubt, nicht länger hinzunehmen, sondern darauf Schlag auf Schlag zu antworten." •

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Forts. Italien

So wurden die Verhandlungen erneut aufgenommen, und am 20. Mai konnte ein „Kompromiß" gemeldet werden. Hinsichtlich der Kreditpolitik hat die DC einige ‚Zugeständnisse' gemacht. Dafür ist aber von Forderungen der PSI z.B. nach einer Vermögenssteuer und schärferer Erbschaftssteuer nicht mehr die Rede. Durch verschiedene Maßnahmen sollen zusätzlich mindestens 3.000 Mrd. Lire (etwa 12 Mrd. Mark) aus den italienischen Werktätigen herausgepreßt werden. Davon sollen 400 Mrd. Lire (1,6 Mrd. Mark) durch eine Erhöhung des Benzinpreises aufgebracht werden. Weitere 400 Mrd. Lire sollen aus der Erhöhung des Gaspreises (für die Privathaushalte) kommen. 770 Mrd. Lire soll die Erhöhung des Strompreises bringen. Dazu kommen Erhöhung der Kfz-Gebühren, Erhöhung der Rundfunk- und Fernsehgebühren, der Post, der öffentlichen Verkehrsmittel, der Krankenhausbeiträge u.a.m.

Die Arbeiterklasse, die ohnehin mit allen Folgen der Krise zu kämpfen hat – Preissteigerungen, Entlassungen, Arbeitslosigkeit, Verknappung von Lebensmitteln – wird so mit weiteren Angriffen konfrontiert, und es ist jetzt schon klar, daß es Widerstand geben wird.

Am Rande des Bankrott

Die italienische ‚Wirtschaft' ist in einer sehr schwierigen Lage. Dies allerdings nicht, wie gern in der bürgerlichen Presse behauptet wird, durch die Streiks der Werktätigen, sondern durch eine reaktionäre Wirtschaftspolitik; durch eine bauernfeindliche Politik, die die weitgehende Ruinierung der Landwirtschaft zur Folge hatte, so daß Italien viele Lebensmittel, vor allem Fleisch (50% seines Bedarfs!), einführen muß, wodurch die ohnehin passive Handelsbilanz noch weiter belastet wird; vor allem aber durch die scharfe Konkurrenz auf dem imperialistischen Weltmarkt. Besonders schwer trafen Italien die Maßnahmen der US-Ölkonzerne Ende letzten Jahres.

Italien „exportiert" zudem schon seit Jahrzehnten Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern – 7 Millionen zwischen 1946 und 1970 (nach Angaben der Tageszeitung der PCI, „l' Unità", vom 16.4.72), davon 5 Mio. in europäische Länder.

Der Schaden für Italien dadurch (bzw. umgekehrt der Nutzen für die imperialistischen „Gastländer") ist ungeheuer. Die „Gastländer" bekommen fertige Arbeitskräfte geliefert, sparen also die hohen Kosten, die damit verbunden sind, aus einem Baby eine Arbeitskraft zu machen; diese Kosten werden den italienischen Werktätigen aufgebürdet.

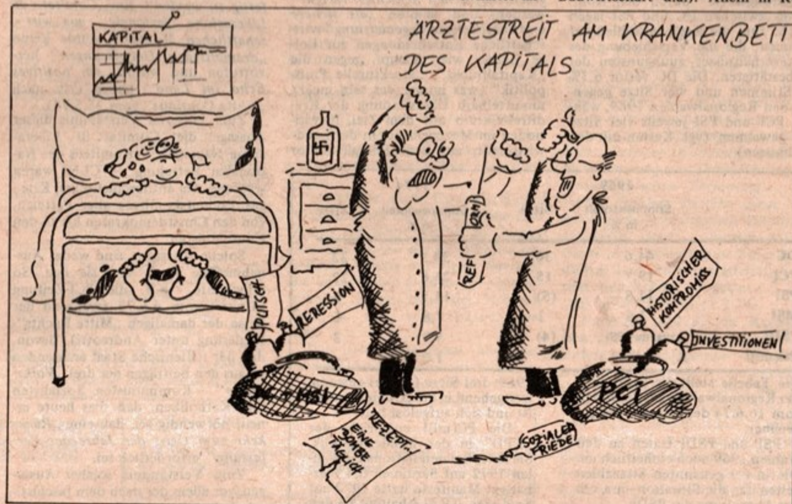
Die italienischen Kapitalisten schaffen Milliarden-Beträge außer Landes („Kapitalflucht"), um sie im Ausland zu investieren. Gleichzeitig verschärfen sich die Unterschiede in der industriellen Entwicklung zwischen Nord und Süd immer mehr. In Süditalien, Sizilien und Sardinien (‚Mezzogiorno') haben nur etwa 30% der Einwohner Arbeit. Nur 12% der italienischen Industriearbeiter sind im Mezzogiorno beschäftigt, aber 25% der Arbeitslosen sind hier zu finden. Eine Folge davon ist die Massen-Emigration. Eine andere Folge ist, daß die Arbeitskraft im Mezzogiorno um rund 25% billiger ist als im Rest Italiens (Angaben aus „l'Unità" vom 16.4.72).

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Einkommen innerhalb der EG veranschaulicht die Situation: Am besten schneidet noch die Region Lombardia (Norditalien) ab, die unter den 119 Regionen der EG immerhin den 46. Platz hält, also etwas über dem Durchschnitt liegt. Bereits die nächste Region, Liguria (Norditalien) liegt unterhalb des EG-Durchschnitts – 62. Platz. Die Toscana (Mittelitalien) liegt auf dem 86. Platz, und im Mezzogiorno ist es natürlich noch weit schlechter bestellt: Sardinien 104., Sizilien 108., Calabria 115., um einige Beispiele zu nennen (nach „Corriere della Sera", 13.6.74)

Die Inflation lag 1972 noch bei 5,7% – stieg 1973 auf 10,8% und lag im März 1974 schon bei 15,5%.

Die italienische Zahlungsbilanz (Austausch von Waren, Geld und Dienstleistungen mit dem Ausland) ist seit einigen Jahren passiv, und zwar wird das Defizit für 1974 auf rund 4.800 Mrd. Lire (etwa 19,2 Mrd. Mark) geschätzt, wovon allein 2.000 Mrd. Lire (etwa 8 Mrd. Mark) auf die Erhöhung der Erdölpreise gehen soll (nach „Spiegel", 19/74). Die Schulden Italiens werden auf 6.500 Mrd. Lire (26 Mrd. Mark) und 450 Mrd. Lire (1,8 Mrd. Mark) jährliche Zinszahlungen berechnet („Corriere della Sera", 13. Juni).

Leidtragende sind die werktätigen Massen. Außer den Preissteigerungen und anderen Angriffen auf dieser Ebene muß daneben vor allem die katastrophale Lage im italienischen ‚Gesundheits'wesen genannt werden. In Italien fehlen mehr als 300.000 Krankenhaus-Plätze, um das von der Weltgesundheitsorganisation empfohlene ‚Optimum' von zwölf Betten auf 1.000 Einwohner zu erreichen – noch krasser ist die Situation im Mezzogiorno, wo etwa in der Region Calabria nur 3,3 Betten auf 1.000 Einwohner zur Verfügung stehen. Zudem aber sind Italiens Krankenhäuser heute mit einer Schuldenlast von rund 3.000 Mrd. Lire (etwa zwölf Mrd. Mark) beladen. Viele Zulieferer haben die Lieferungen eingestellt, sodaß vielfach Mangel an Verbandsstoff und Medikamenten besteht und die Patienten auch mit Lebensmitteln nur noch mangelhaft verpflegt werden (nach „Corriere della Sera" vom 13. Juni 74).



Ähnlich ist es in der staatlichen Verwaltung. Die italienische Hauptstadt Rom z.B. *„steht kurz vor dem Bankrott"* („Frankfurter Rundschau", 24. Juni). **„Wir stehen kurz vor dem Zusammenbruch"**, sagte der Haushaltsdezernent der Stadt. Ob und wie im nächsten Monat die Gehälter an Arbeiter und Angestellte der Stadtverwaltung ausgezahlt werden können, ist ungewiß. Das Defizit Roms beträgt 336 Mrd. Lire (1,3 Mrd. Mark).

Die staatliche Kreditpolitik verschärft diese Situation noch. Die ‚prime rate' – also der Zinssatz, zu dem die Geldinstitute Kredite an ihre ‚gute Kundschaft' abgeben – liegt in Italien bei 14,5%. Für die Masse der kleinen und mittleren Betriebe kosten Kredite einen Zins von 16-17%, mit Spitzen bei 18-20%. Unter solchen Bedingungen ist ganz klar, daß z.B. die Krankenhäuser von ihren Zulieferern keinen Kredit mehr eingeräumt bekommen, und daß viele kleine und mittlere Betriebe vor großen Schwierigkeiten stehen.

Als Folge dieser Kreditpolitik wird allein in der Bauwirtschaft mit 3-400.000 Arbeitslosen gerechnet, sowie einer noch größeren Zahl ‚indirekter' Arbeitsloser (Lieferbetriebe der Bauwirtschaft u.ä.). Allein in Rom würden, so wird geschätzt, etwa 10.000 der 15.000 Bauarbeiter arbeitslos werden („manifesto", 16. Juni und „Corriere della Sera", 12. Juni 74).

Im Würgegriff ausländischer „Hilfe"

Die Imperialisten der übrigen EG-Länder und der US-Imperialismus zeigen in Grenzen Bereitschaft, der italienischen Bourgeoisie zu „helfen", um die Situation in diesem „strategisch wichtigen" Land wieder einigermaßen zu stabilisieren. Diese „Hilfe" wird aber von klaren politischen Bedingungen abhängig gemacht, die darauf hinauslaufen, „Italien" müsse „sich vor allem selber helfen". Hierunter wird insbesondere verstanden, daß die Bourgeoisie die Arbeiterkämpfe unter Kontrolle bringen müsse, daß sie durch Steuererhöhungen und Kreditrestriktion (Einschränkung der Kredite durch Steigerung des Zinssatzes) „Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation" treffen müsse.

Die Politik der Kreditrestriktion, die zum Hauptpunkt der Auseinandersetzung zwischen DC und PSI gemacht wurde, ist eindeutig eine vom Ausland, d.h. von den Imperialisten der USA und der übrigen EG-Länder d i k t i e r t e Politik, die nur bei T e i l e n der italienischen Großbourgeoisie volle Unterstützung findet, und die von der kleinen und mittleren Bourgeoisie abgelehnt wird. Die Haltung der PSI zur Frage der Kreditrestriktion drückt genau eine Anlehnung an diese Interessen aus, und nicht etwa – wie demagogisch vorgeschoben wurde – die Interessen der Arbeiterklasse (wie wenig auf d i e s e Rücksicht genommen wird, beweisen die oben genannten übrigen arbeiterfeindlichen Maßnahmen, denen die PSI ja zugestimmt hat).

Über den Zusammenhang von „Hilfe" und politischer Erpressung schreibt die „New York Times" mit brutaler Offenheit: *„Nachdem Italien Widerstand gegen weitere Anleihen aus dem Euromarkt antraf, mußte es sich wegen der Kredite an den Internationagen Währungfond und den gemeinsamen Markt und auch an einzelne Verbündete wie die Vereinigten Staaten wenden.* **Und diese haben Bedingungen niedergelegt, die zweimal in wenigen Monaten die italienische Koalitionsregierung zu Fall brachten.** (nämlich die vierte Regierung Rumor am 2. März 74 durch den Austritt der Republikanischen Partei aus der Regierung, und die fünfte Regierung Rumor am 10. Juni – Anm. AK) ... **Es sind die Weltwährungsmächte, deren Finanzminister jetzt in Washington tagen, die die Lösung der politischen (!!) Krise Italiens in der Hand halten, und nicht die Politiker in Rom."** (zitiert nach „FAZ" vom 12. Juni)

Der BRD-Imperialismus steht dabei in vorderster Front, um wieder einmal getreu der Devise „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen" seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß auszudehnen. Ein großer Kredit ist offenbar im Gespräch, wird aber von politischen Bedingungen abhängig gemacht.

Die zynische Äußerung von Bundeskanzler Schmidt in einem Interview mit dem „Stern" (12.6.74!) wurde von der bürgerlichen Presse Italiens prompt, und sicher mit Recht, auch auf Italien bezogen: *„Wir sind seit Jahr und Tag eine Gesellschaft, die mehr produziert, als sie verbraucht. Es gibt andere Staaten, die seit Jahren mehr verbrauchen, als sie selbst produzieren. Es kann auf Dauer nicht der Sinn sein, daß wir Deutschen dafür arbeiten, daß andere mehr verbrauchen, als sie selbst erarbeiten."*

Dem italienischen Volk wird in der bürgerlichen Presse der BRD ohnehin vorgeworfen, *„über seine Verhältnisse zu leben"* („FAZ", 10.6.74). Also muß man den Werktätigen Italiens *„Opfer auferlegen. Aber dagegen stemmen sich die Kommunisten und die von ihnen beherrschte größte Gewerkschaft des Landes ..."* Diese vermindern angeblich so *„die im Volk ohnehin geringe Bereitschaft zum Konsumverzicht."* („FAZ", s.o.)

Tatsächlich stößt in einem Land, dessen „reichste" Region hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens gerade den EG-Durchschnitt erreicht, und wo der größte Teil weit darunter liegt, der „Konsumverzicht" auf natürliche Grenzen.

Die westdeutsche Bourgeoisie aber verbreitet in chauvinistischer Manier das Märchen von den Italienern, die offenbar in Saus und Braus leben, und nur zu bequem sind, um auf ein paar entbehrliche Dinge zu verzichten. Mit einer solchen Einstellung anderen Völkern gegenüber sind zwei imperialistische Raubkriege ideologisch vorbereitet worden, wird heute die tatsächliche A u s p l ü n d e r u n g anderer Völker durch den BRD-Imperialismus ideologisch ‚abgesichert', und werden zukünftige Raubkriege, Interventionen und faschistische Putsche ➡

Überblick über einige internationale Maßnahmen zur ‚Rettung der italienischen Wirtschaft'

Das „Bardepot"

Im Frühjahr '74 beschloß die italienische Regierung die Einführung des sogenannten „Bardepots" (deposito canzionale vincolato) für eine große Zahl von von Import-Produkten. Betroffen waren etwa 40% der italienischen Einfuhren, u.a. Lebensmittel (Fleisch, Milch und Milchprodukte), Haushaltsgeräte, Autos und Kleidung.

Die Bestimmung sah vor, daß für die genannten Import-Produkte eine Art Kaution in Höhe von 50% des Warenwertes zu zahlen war, die unverzinst für ein halbes Jahr bei der Staatsbank ‚eingefroren' werden sollte.

Diese Maßnahme zielte auf eine Senkung der Importe und damit auf eine Aufbesserung der italienischen Handelsbilanz.

Diese Maßnahmen widersprachen formal den Statuten der EG, die *„Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung"* zwischen Mitgliedsstaaten untersagen. In der bürgerlichen Presse der anderen EG-Länder wurde das italienische Vorgehen als „ Handelskrieg", „Agrarkrieg", „Erschütterung der EG" usw. angegriffen. Staatssekretär Apel (SPD) verstieg sich zu der Behauptung: *„Das ist sehr viel dramatischer und gefährlicher als das, was wir bisher erlebt haben"*. (lt. „Spiegel" 19/74)

Tatsächlich war den Imperialisten der EG offenbar das Vorgehen der italienischen Regierung nicht recht – und zumal dem BRD-Imperialismus, der mit 20,8% den größten Anteil am italienischen Import hält (Frankreich 14,0%, USA 8,5%).

Vor allem aber trafen diese Maßnahmen die italienischen Werktätigen, für die dadurch wichtige importierte Lebensmittel (besonders Fleisch) entweder noch teurer wurden (weil das Bardepot natürlich auf die Preise umgelegt wurde) bzw. überhaupt vom Markt verschwanden. Die Importe Italiens gingen innerhalb eines Monats um etwa 25% zurück.

Auf der anderen Seite waren die italienischen Banken bereit, für b e s t i m m t e Produkte den Importeuren das Bardepot als Kredit vorzustrecken – zu einem Zinssatz von 16%. Da das Bardepot 50% des Warenwertes beträgt und über ein halbes Jahr läuft, ergibt sich umgerechnet eine Belastung der Importe um 4% ihres Wertes.

So war einerseits dafür gesorgt, das kleine Importeure ausgeschaltet wurden (die nicht in der Lage sind, 50% ihres Einfuhrwertes ‚einzufrieren') und daß der Massenkonsum spürbar getroffen wurde, während andererseits bestimmte Importeure (und deren ausländische Geschäftspartner) mit Schonung behandelt wurden und für das Bürgertum und den „gehobenen Mittelstand" der ungebrochene Zufluß von Luxus-Importen garantiert war.

Am 4. Juni wurde im Rahmen der EG ein Abkommen geschlossen, das die schrittweise Aufhebung der „Bardepot"-Pflicht vorsieht, zunächst vor allem für Rindfleisch (20% des westdeutschen Agrarexportes nach Italien). Stattdessen sollen andere Maßnahmen dafür sorgen, daß die Preise in Italien unverändert hoch bleiben. Dies u.a. durch eine Manupulation des sogenannten ‚Grenzausgleichs' (ein ‚Ausgleich', der Importeuren nach Italien für die Abwertung der Lira gezahlt wird und eine Quelle von Spekulationen und „unsauberen Geschäften" ist; seine Senkung bzw. Aussetzung verteuern praktisch die Importe) und des sogenannten ‚Interventionspreises' (eine Zahlung aus dem Fond der EG, wenn der Preis bestimmter landwirtschaftlicher Produkte unter einen festgesetzten ‚Interventionspreis' fällt).

Aufwertung der Goldreserven

Die ‚Gruppe der 10'(wichtigsten imperialistischen Staaten – nämlich, USA, Großbritannien, Canada, BRD, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Schweden und Japan) beschlossen am 11. Juni eine ‚Aufwertung' der Goldreserven als Garantie für eventuelle Kredite.

Das ist ein finanzielles Manöver, das durch die Tatsache ermöglicht wird, daß zwei völlig verschiedene Goldpreise existieren, nämlich ein „offizieller" (zu dem bisher die Goldreserven beurteilt wurden) von 42,22 Dollar (je Unze Feingold) und ein tatsächlicher Preis auf dem ‚freien Markt', der fast viermal so hoch ist, nämlich z.Zt. um 160 Dollar.

Der Beschluß der ‚Gruppe der 10' gestattet es Italien, seine Goldreserven zum Preis des ‚freien Marktes' als Garantie für eventuelle Kredite einzusetzen. Das bedeutet eine „Aufwertung" der italienischen Goldreserven von 3,5 Mrd. Dollar auf etwa 14 Mrd. Dollar.

Die Bedeutung dieser Maßnahme ist jedoch bewußt dadurch begrenzt, daß die Entscheidung darüber, ob ein anderes imperialistisches Land oder ein Finanz-Konzern die italienischen Goldreserven zum ‚freien Marktpreis' als Garantie akzeptiert, natürlich stets beim potentiellen Kreditgeber liegt. Und die italienische Bourgeoisie kann ja niemanden zwingen, ihr Kredite zu geben, sondern muß im Gegenteil selbst damit rechnen, daß jeder Kredit von bestimmten Auflagen abhängig gemacht wird.

Der Governeur der italienischen Staatsbank, **Guido Carli, Inspirator der wirtschaftlichen Maßnahmen der Rumor-Regierung (Kreditrestriktionen, Steuererhöhungen)**, nutzte seine Anwesenheit in den USA zur Konferenz der ‚10er Gruppe' um neue Kredite locker zu machen.

Ein langes Gespräch hatte er dort vor allem mit David Rockefeller, Präsident der Chase Manhattan Bank, **„der heute als Person mit dem größten Gewicht auf der finanziellen Szene der USA gilt"** („Corriere della Sera", 15.6.74).

Ferner sprach Carli mit den Vertretern der wichtigsten Banken der Wall Street, speziell der Investment Banken.

Über konkrete Vereinbarungen wurde bisher nichts bekannt. Jedenfalls macht das US-imperialistische Finanzkapital (ebenso wie der BRD-Imperialismus) jede größere Kredit-Vergabe von wirtschaftlichen und mehr noch von politischen „Garantien" abhängig. **Unausgesprochen scheint dabei hinter dem scheinheiligen Verlangen nach „politischer Stabilität" in Italien der Ruf nach dem Faschismus zu stehen.**

Forts. Italien

ideologisch vorbereitet. (Man vergleiche, wie dem Putsch in Chile auch in der westdeutschen Presse die Lüge vorangang, Allende habe „Chile in ein Chaos gestürzt" usw.!).

Selbst die großbürgerliche italienische Tageszeitung „Corriere della Sera" scheint vor soviel geradezu schon faschistischer Arroganz (und deren praktischen Konsequenzen!) ein wenig zurückzuschrecken, wenn es dort heißt: *„In den Deutschen ist die Arroganz des Geldes am Erwachen, die ihnen nicht nur das Recht geben soll, uns innere Maßnahmen wirtschaftlicher Art aufzuzwingen (wie es schon geschehen ist), sondern auch von politischer Natur"* („C.d.S.", 12. Juni).

An anderer Stelle schreibt der „Corriere ..." unter der Überschrift *„Bonn fürchtet, daß man Rom nicht mehr helfen kann"*: **„Für ganz Deutschland, von den Christdemokraten bis zu den Sozialdemokraten, ist die italienische Gewerkschaftsbewegung die Gefahr Nr. 1 in Europa geworden"** („C.d.S.", 13. Juni). Zuvor zitiert der „Corriere ..." die westdeutsche „Zeit", die das ‚Chaos südlich der Alpen' auf die sogenannten „Bösen Sieben" zurückführt, nämlich auf die sieben höchsten Führer der italienischen Gewerkschaften, und speziell auf den Führer der größten Gewerkschaft CGIL, Luciano Lama.

Es liegt auf der Hand, daß die Hetze gegen „Italien, das über seine Verhältnisse lebt", gegen die italienischen Gewerkschaften, die mit ihren „maßlosen Forderungen" an allem schuld seien usw. auf eine radikale „Lösung" zielt, die autoritär und rasch sein muß, „da Italien sonst nicht mehr zu retten ist". Da die italienische Arbeiterklasse in den letzten fünf Jahren allen Versuchen widerstanden hat, eine derartige ‚autoritäre Lösung' auf „freiwillige" Zustimmung einer Mehrheit des Volkes aufzubauen, liegt ein Militärputsch als „Lösung" nahe, wie ihn die Imperialisten auch Griechenland und Chile aufgezwungen haben.

Außerdem aber zwingen die Imperialisten der EG und der USA heute schon Italien Maßnahmen wie die Kreditrestriktion auf, die den Zusammenbruch von großen Teilen der italienischen kleinen und mittleren Industrie beschleunigen soll, und damit auch die Chancen der ausländischen Imperialisten vergrößert, selbst in Italien wirtschaftlich Fuß zu fassen (Kapitalexport).

Politischer Hintergrund der „Regierungskrise"

Politischer Hintergrund der „Regierungskrise"

Die ‚Krise' der fünften Regierung Rumor wurde, wie oben geschildert, durch den Streit zwischen DC (und PSDI) einerseits und PSI andererseits um die Frage der Kreditpolitik ausgelöst. Unmittelbar ist die Haltung der PSI-Führer sicher als ein Versuch zu verstehen, sich gegenüber dem kleinen und mittleren Kapital (und selbst gegenüber Teilen der Großbourgeoisie) als bessere Interessenvertretung zu profilieren.

Darüberhinaus ist der Streit um die Kreditpolitik aber nur auslösendes Moment für ein Kräftemessen zwischen DC und PSI gewesen, wobei es darum geht, die Verhältnisse im Regierungslager insgesamt neu abzustekken, die Gewichte zwischen den Parteien der Regierungskoalition neu zu verteilen.

In einem Interview mit dem „Corriere ..." sagte Bilanzminister Giolitti (PSI): *„Im Mittelpunkt der Verhandlungsführung muß eine neue Art stehen, die Regierungsverantwortung kollegial zu führen. Bisher waren die Sozialisten immer von heikelsten Sektoren ausgeschlossen, wurden darüber im Unklaren gehalten, was gemacht wurde, selbst auf der Ebene der reinen Information ..."* – Als Beispiel dafür nannte Giolitti die „Ermittlungen" (bzw. eben n i c h t Ermittlungen!) gegen faschistische Kriminalität und Verschwörungen. („C.D.S." 12. Juni).

Giolitti verlangte weiter, daß in Zukunft kein Ministerium für die PSI „tabu" sein dürfe. Mit anderen Worten, die PSI-Führer drängen nach einer stärkeren Beteiligung an den „heiklen" Zentren der Staatsmacht, und schicken sich damit an, zumindest teilweise Funktionen für die Bourgeoisie zu übernehmen, die bisher von der DC als ihr „Privateigentum" behandelt wurden. Denn – ähnlich wie in Frankreich der Gaullismus – steckt in Italien die Christdemokratie in einer tiefen Krise.

Das Scheidungs-Referendum vom 12. Mai hat das zuungunsten der DC veränderte Kräfteverhältnis auch auf der parlamentarischen Ebene deutlich gezeigt. Für die PSI-Führung ist es in dieser Situation auch eine Frage der Kontrolle über ihre eigene Basis, sich von diesem offensichtlich angeschlagenen Partner rasch und demonstrativ „abzugrenzen". Auch hinsichtlich der Verfolgung der faschistischen Umtriebe muß die PSI-Führung Maßnahmen fordern, um der Stimmung ihrer Basis nach dem Massaker von Brescia (faschistischer Bombenanschlag am 28. Mai mit acht Toten) Rechnung zu tragen.

Zwischen dem Rücktritt der Regierung Rumor und der Beilegung der „Regierungskrise" durch den Kompromiß zwischen DC und PSI lagen am 16. Juni die Regionalwahlen auf Sardinien, die die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der DC bestätigten. Die DC verlor 6,3% der Stimmen und vier Sitze gegenüber den Regionalwahlen 1969, während PCI und PSI jeweils vier Sitze dazu gewannen. (vgl. Kasten mit den Ergebnissen)

	1969 Stimmenanteil in %	1969 Sitze	1974 Stimmenanteil in %	1974 Sitze
DC	44,6	36	38,3	32
PCI	19,7	15	26,8	22
PSI	11,8	(5)	11,7	9
MSI	3,6	2	7,8	6
PSDI	zus. mit PSI	(4)	5,9	3
PC(ml)I	–	–	1,0	–

Die Tabelle stellt die Ergebnisse der Regionalwahlen auf Sardinien vom 16.6.74 denen von 1969 gegenüber.

PSI und PSDI traten zu den Wahlen 1969 noch einheitlich an. Die in ( ) genannten Sitzzahlen gelten für die Situation n a c h der Abspaltung der PSDI.

Die MSI hatte vor den Wahlen vom 16.6.74 vier Sitze im Regionalparlament, da inzwischen die PDIUM (Monarchisten), die 1969 zwei Sitze (3,1 %) gewann, mit der MSI verschmolzen ist.

Die PCI hatte vor den Wahlen 18 Sitze, nachdem die PSIUP, die 1969 drei Sitze (4,4 %) gewann, weitgehend in die PCI eingetreten ist und sich aufgelöst hat.

Die PC(ml)I entspricht der „KPD" in der Bundesrepublik. Sie hatte bei den nationalen Wahlen 1972 auf Sardinien 0,4 % erhalten. Manifesto hatte 1972 auf Sardinien 0,9 % erhalten. Zu den Wahlen vom 16. Juni hatten Manifesto, Lotta Continua u. a. aufgerufen, die PCI zu wählen.

In der Übersicht sind einige Parteien nicht enthalten. Zahlen nach „Corriere della Sera" vom 18. und 19.6.74.

Dies Ergebnis stärkt die Kräfte, die für den „historischen Kompromiß" eintreten, d.h. für eine stärkere Integrierung der Führungen der PCI und der mit ihr verbundenen größten italienischen Gewerkschaft CGIL in den bürgerlichen Staat, für ein neues Verhältnis zwischen Regierung und Opposition etc.

Nach dem Wahlergebnis von Sardinien verlangte die PSI in den Verhandlungen über die Regierungspolitik ausdrücklich, die Regierung Rumor möge ihre Bereitschaft zu einer „systematischen Konsultation" mit der Opposition, speziell der PCI, ausdrücken – was der Forderung der PCI nach einer „globalen Konsultation" zwischen Regierung und Opposition sehr nahe kommt.

Auch wenn das von der DC-Führung abgelehnt wird, so gewinnt ein solcher „Kompromiß" doch auch in den Reihen der DC an Befürwortern. Sie haben mit Wohlgefallen die Tatsache registriert, daß die PCI im Parlament erst kürzlich gemeinsam mit der DC einen Antrag der PSI zu Fall brachte, das Volljährigkeitsalter auf 18 Jahre herabzusetzen. Gegen einen s o l c h e n „historischen Kompromiß" haben selbst manche christdemokratischen Führer anscheinend nichts einzuwenden.

Die Arbeiter fordern Generalstreik

Nachdem die italienischen Werktätigen zuletzt am 27. Februar dieses Jahres in den Generalstreik getreten waren, ist inzwischen keine ihrer damaligen Forderungen erfüllt worden (Investitionen bei Verkehr, Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Schulen; Höchstpreise für verschiedene Grundnahrungsmittel; Anpassung der Renten an die gestiegenen Preise; Beschäftigungsgarantie für die von „Rationalisierungen" Betroffenen), sondern hat sich die Lage weiter verschlechtert und steht mit dem 3.000 Mrd.-Lire-Paket der Regierung Rumor ein neuer Angriff bevor.

Immer stärker wird daher gefordert, diesem Ausplünderung-Programm erneut mit einem Generalstreik und einer allgemeinen Belebung der Arbeiterkämpfe entgegenzutreten.

In Italien ist allerdings auf der Ebene der Gewerkschaftsführung der „historische Kompromiß" schon lange hergestellt. D.h. daß eine enge Zusammenarbeit besteht zwischen der größten Gewerkschaft CGIL (PCI) und den kleineren Gewerkschaften CISL (DC) und UIL (PSI, PSDI, Republikanische Partei). Sie haben bereits gemeinsame Führungsgremien gebildet, und für die Metaller existiert sogar eine einheitliche Gewerkschaft.

Nach dem Rücktritt der Regierung Rumor trat das 90-köpfige „direkttivo" der drei Gewerkschaftszentralen zusammen. Es wurde eine Erklärung verabschiedet, wobei auf eine Stellungnahme gegen die DC verzichtet wurde und sogar ausdrücklich der Wunsch der Gewerkschaftsführer nach einer „raschen Lösung" der Regierungskrise" bekundet wurde. Es heißt dort weiter, *„die Gewerkschaftsbewegung"* sei sich *„bewußt, daß der Ernst der Situation von allen Opfern erfordert, und sie ist bereit, in dieser Hinsicht ihre Verantwortung zu übernehmen."* Die *„Opfer"* müßten aber *„mit Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten verteilt"* werden, und müßten *„als sichere und unmittelbare Gegenleistung"* wirtschaftliche Entscheidungen zur Folge haben wie: Kampf gegen die „Kapitalflucht", „strukturelle Preispolitik" (was immer das sein mag!), unmittelbare Überwindung der Kreditrestriktion mit dem Ziel, Investitionen im Mezzogiorno, in der Landwirtschaft, auf dem Energie-Sektor und zugunsten der kleinen und mittleren Betriebe zu fördern; steuerliche und tarifliche Erleichterungen für die schwächsten Schichten.

Diese Resolution wurde mit 56 Stimmen gegen 5 Enthaltungen (vom rechtesten Flügel der CISL) angenommen. Die übrigen 29 Mitglieder des „direttivo" brachten ihre Ablehnung der Resolution dadurch zum Ausdruck, daß sie während der Abstimmung „vorübergehend abwesend" waren (Teile der CISL und UIL).

Allerdings wurde diese Resolution im „direttivo" auch von „links" kritisiert, so von einem Vertreter der Textilarbeiter in der CGIL, von einem Vertreter der Landarbeiter in der CGIL, von einem Vertreter der Bauarbeiter in der CGIL und sogar von einigen Vertretern der UIL und der CISL.

In der UIL wurde die Auseinandersetzung zwischen „Sozialisten" und „Republikanern" inzwischen so scharf, daß Luciano Rufino (PSI) seinen Rücktritt aus dem Vorstand der UIL androhte.

So widerspiegeln sich selbst in den Gewerkschaftsführungen, wenn auch in verzerrter Form die Klassenkämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat, und macht sich ein zunehmender „Druck von unten" bemerkbar.

Als nächste Kampfmaßnahme ist ein 24stündiger Streik der Landarbeiter am 27. Juni angesetzt, um deren Forderungen wie Mindestlohn von 4.000 Lire (16 Mark) täglich und stabile Beschäftigung zu bekräftigen. Dieser Streik soll von der gesamten Industrie-Arbeiterschaft durch einen 4stündigen Streik am 27. Juni unterstütz werden.

Vorbereitet wird außerdem ein nationaler Streik der Bauarbeiter, die von den Folgen der Krise besonders stark getroffen werden (Rückgang der Bautätigkeit, Arbeitslosigkeit), sowie Kampfaktionen der Metaller.

Die Forderung nach einem neuen Generalstreik wird aber durch diese Teilkämpfe sicher nicht geschwächt, sondern gestärkt werden.

Regierung der „nationalen Einheit"?

Äußerungen von Kapitalisten und Gewerkschaftsführern Italiens lassen einheitlich eine „nostalgische" Erinnerung an die Politik der Jahre 1943-47 anklingen, als die Klassenwidersprüche mit der Parole der „nationalen Einheit", des „Paktes" etc. gegen den Faschismus verdeckt wurden.

So sagte Agnelli, Fiat-Boß und seit kurzem Präsident des zentralen italienischen Kapitalisten-Verbandes Confindustria, vor der Hauptversammlung dieses Verbandes Ende Mai: *„alle Komponenten der Führungsklasse"* (d.h. Kapitalisten, Politiker, Gewerkschaftsführer) müßten *„die Basis eines neuen Pakts"* suchen, *„der 30 Jahre nach dem April 1945 erneut die nationalen Ziele des italienischen Volkes mit Blick auf die 80er und 90er Jahre definiert"* (zit. nach „Lotta Continua" vom 1.6.74).

Und der Generalsekretär der größten italienischen Gewerkschaft CGIL – die eng mit der revisionistischen Partei PCI verbunden ist –, Lama, sagte fast zur selben Zeit: *„Italien hat andere Momente des Notstandes erlebt und hat es verstanden, damit fertig zu werden"*. Ein *„Comitato di Liberazione Nazionale aus wirtschaftlichen Motiven"* würde keine *„dramatischen Umwälzungen"* hervorrufen und würde *„ein positives Echo im Land"* haben (zit. nach „Lotta Continua" vom 25.5.74).

Zum besseren Verständnis dieser Aussage: die „Comitati di Liberazione Nazionale" (Komitees der Nationalen Befreiung – CLN) waren während des antifaschistischen Krieges Einheitskomitees aller Parteien, von den Christdemokraten bis zu den Kommunisten.

Solche Aussagen sind weder Ausnahmefälle noch sind sie neu. So schwärmte z.B. die PCI-Zeitung „Unità" vom 6.6.73 (während der Krise der damaligen „Mitte-Rechts"-Regierung unter Andreotti), davon, daß der italienische Staat entstanden sei aus den Beiträgen der drei *„Volkskräfte"* – Kommunisten, Sozialisten und Katholiken, daß dies heute erneut notwendig sei, daß eine *„Rückkehr zum Geist der Jahre der Verfassung"* erforderlich sei.

Zum Verständnis solcher Aussagen, vor allem der nach dem faschistischen Putsch in Chile von der PCI vorgebrachten Perspektive des „Historischen Kompromiß", wollen wir einen kurzen Rückblick auf die „Jahre der Verfassung" und der „nationalen Einheit" werfen.

Die PCI verfolgte im antifaschistischen Krieg die Linie, alle „zweitrangigen" Meinungsverschiedenheiten „zurückzustellen" hinter das eine Ziel des bewaffneten Kampfes gegen den deutschen und italienischen Faschismus. In diesem Sinn strebte die PCI die „Einheit aller antifaschistischen Kräfte" an. In den 1942/43 entstandenen Einheitskomitees, vor allem den CLN, arbeiteten PCI, Sozialdemokraten, Christdemokraten zusammen, wobei die Hauptlast des bewaffneten Kampfes allerdings von den Kommunisten getragen wurde.

Unter dem Eindruck des anwachsenden Partisanenkampfes, des Vormarsches der Alliierten in Süditalien und einer gewaltigen Streikbewegung im Frühjahr 1943 wurde die Mussolini-Diktatur am 25. Juli 1943 von Kräften gestürzt, die ihr bis zuletzt zur Seite gestanden hatten – von Sektoren der Bourgeoisie, die durch die Monarchisten und Teile der Faschistischen Partei selbst repräsentiert wurden. Während die deutschen Faschisten jetzt offen die Macht im noch nicht befreiten Teil Italiens übernahmen und dort die Mussolini-Diktatur erneut aufrichteten, wurde in Süditalien die reaktionäre Regierung Badoglio gebildet, die vor allem vom britischen Imperialismus unterstützt wurde, mit dem Ziel, dem italienischen Volk die Früchte seines antifaschistischen Kampfes zu rauben.

Die CLN im vom Faschismus besetzten Teil Italiens lehnten unter dem Einfluß der PCI und der Sozialisten entsprechend die Badoglio-Regierung ab. Es war die PCI-Führung, die hier eine Wende herbeiführte. Dies ist unter dem Namen „svolta di Salerno" (Wendung von Salerno) als ein unrühmliches Blatt in die Geschichte eingegangen: der PCI-Generalsekretär Togliatti kam Ende März 1944 aus seinem sowjetischen „Exil" in Süditalien, in Salerno (nahe Neapel) an. Einige Tage vorher, am 13. März 1944, war die Badoglio-Regierung von der Sowjetunion offiziell anerkannt worden. Diese Linie wurde nun auch in der PCI durchgesetzt. So wurde noch im April 1944 die zweite Regierung Badoglio gebildet, diesmal unterstützt von den CLN. Am 18. Juni 1944 wurde die erste „Allparteienregierung" (unter Bonomi) gegründet, der Minister der DC, der PCI, der Sozialistischen Partei und anderer kleinerer Parteien angehörten. Die Periode dieser „Regierungen der nationalen Einheit" reichte genau bis zum 31. Mai 1947 – dann wurde eine Regierung ohne PCI und Sozialisten gebildet.

Die PCI hatte die Unterstützung der Regierung Badoglio an die Bedingung geknüpft, daß nach Kriegsende eine Volksabstimmung über die zukünftige Staatsform Italiens – Monarchie wie bisher oder Republik – stattfinden sollte. Dieses Referendum fand am 2. Juni 1946 statt und ergab eine Mehrheit von 54% für die Abschaffung der Monarchie.

Dieser formale „Sieg" verdeckt aber die Tatsache, daß durch die Zusammenarbeit mit der Regierung Badoglio und den hinter ihr stehenden Kräften innerhalb der „antifaschistischen Einheitsfront" das Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten derjenigen Elemente verschoben wurde, die weder mit dem Faschismus noch gar mit dem Kapitalismus überhaupt einen vollständigen Bruch wollten. Außerdem wurde es durch die Ausdehnung der „nationalen Einheit" auf die um Badoglio gruppierten extrem reaktionären Klassenkräfte dann den Christdemokraten erleichtert, sich selbst als „Kraft der Mitte" darzustellen und so die scharfe Rechtswende der folgenden Jahre durchzusetzen.

Die Wahlen 1946 brachten 18,9% für die PCI, 20,7% für die Sozialistische Partei und 35,1% für die DC. Die Regierungsbeteiligung der Kommunisten und Sozialisten wurde von der Bourgeoisie aber nur für einen kurzen Zeitraum gewünscht, um mit Parolen der „riconstruzione nazionale" (nationaler Wiederaufbau), des „sacrificio nazionale" (nationales Opfer), der „tregua sociale" (sozialer Waffenstillstand) u.ä. die antifaschistische Kampfkraft der Arbeiterklasse zu entwaffnen (dies zunächst einmal natürlich im allerwörtlichsten Sinn: die Entwaffnung der Partisanen) und zu paralysieren, um die kapitalistische Produktionsmaschine wieder in Gang zu bringen und um eine scharfe Rechtswendung einzuleiten. Derselbe Vorgang spielte sich damals in Frankreich ab und spielt sich heute in ähnlicher Form in Portugal ab.

Anfang Januar 1947 reiste der damalige italienische Regierungschef De Gasperi in die USA, um dort über „Hilfe" zu verhandeln. Die US-Imperialisten machten diese „Hilfe" von einer scharfen antikommunistischen Wende der italienischen Politik abhängig, und die italienische Bourgeoisie machte von dieser „Bedingung" einen intensiven propagandistischen Gebrauch: *man müßte die Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung drängen, dann würde der Geldstrom aus den USA fließen und alle Not der Volksmassen hätte ein Ende etc.*

Am 10. Januar 1947 wurde, unter direktem Einfluß des US-Kapitals, die Sozialistische Partei PSI gespalten. Es entstand neben den Sozialisten, die den Namen PSI weiterführten, die Sozialdemokratische Partei PSDI, die einen scharf antikommunistischen Kurs steuerte.

Am 12. März 1947 verkündeten die US-Imperialisten die „Truman-Doktrin", die u.a. besagte, daß der US-Imperialismus jeden „kommunistischen Aufstand" in seinem Einflußbereich militärisch niederschlagen würde. Die „Truman-Doktrin" sollte vor allem das offene Eingreifen des US-Imperialismus in den griechischen Bürgerkrieg begründen, richtete sich aber zugleich als Drohung auch an die italienische Arbeiterklasse.

Die so entstandene Atmosphäre wurde von der italienischen Bourgeoisie zunächst benutzt, um der PCI und PSI weitere Zugeständnisse abzupressen, vor allem bei der Ausarbeitung der Verfassung. So stimmte die PCI zu, daß die 1929 zwischen Faschisten und Vatikan abgeschlossenen „Lateran-Verträge" (die die starke Stellung der katholischen Kirche im italienischen Staat garantieren) zum Bestandteil der italienischen Verfassung gemacht wurden.

Nachdem die Bourgeoisie die PCI und PSI so wie eine Zitrone bis zum letzten Tropfen ausgepreßt hatte, wurden sie „weggeworfen". Am 31. Mai 1947 bildete De Gasperi eine neue Regierung, ohne PCI und PSI.

Am 18. April 1948 fanden Neuwahlen statt. Durch eine wilde antikommunistische Kampagne vorbereitet mit drohenden Aufmärschen des Militärapparats, mit riesigen Summen von Bestechungsgeldern, mit äußerstem Einsatz der katholischen Kirche und (im Süden des Landes) der Mafia, wurde der 18. April 1948 ein großer Sieg der DC. Die DC bekam 48,5% der Stimmen (was ihr die absolute Mehrheit der Parlamentssitze einbrachte), gewann also 13,4% gegen-

➡

über 1946 dazu. Die antikommunistische PSDI Saragats bekam 7,1%. PCI und PSI hatten zu den Wahlen eine Aktionseinheit unter dem Namen „Fronte Popolare" (Volksfront) gebildet, die 31% der Stimmen bekam – 1946 hatten die PCI und die noch nicht gespaltene PSI zusammen 39,6% gehabt .

Die politische Repression und die weitere Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen marschierten. Ein politisches Lied erinnert an diese Niederlage: *„Denkt an den 18. April – als ihr christdemokratsich stimmtet – ohne an den nächsten Tag zu denken – als ihr die Jugend zugrunde richtetet."*

Es bleibt zu ergänzen, daß 1948/49 die Einheitsgewerkschaft der italienischen Werktätigen gespalten wurde, wobei wieder der US-Imperialismus mit großen Geldbeträgen zur Stelle war; daß Italien im Frühjahr 1949 der NATO beitrat; daß am 1. Juli 1949 durch ein Dekret des „Heiligen Offiziums" des Vatikan es allen Katholiken verboten wurde, Mitglied der PCI zu sein, für diese zu stimmen oder auch nur ihre Flugblätter zu lesen (vgl. dazu den Kasten).

Dieser kurze Rückblick mag ein Licht werfen auf die „nostalgischen", idyllischen Verklärungen der „Jahre der Verfassung", wie sie heute von den italienischen Revisionisten mit Vorliebe betrieben wird.

CURIA VESCOVILE DI PIACENZA

DOPO IL DECRETO DEL SANTO UFFIZIO

AVVISO

E' peccato grave:

1° Iscriversi al Partito Comunista.
2° Favorirlo in qualsiasi modo, **specie col voto.**
3° Leggere la stampa comunista.
4° Propagare la stampa comunista.

Quindi non si può ricevere l'assoluzione se non si è pentiti e fermamente disposti a non commetterlo più.

Chi, iscritto o no al Partito Comunista, ne ammette la dottrina marxista, atea ed anticristiana e ne fa propaganda, è

APOSTATA DALLA FEDE E SCOMUNICATO

e non può essere assolto che dalla Santa Sede.

Quanto si è detto per il Partito Comunista deve estendersi agli altri Partiti che fanno causa comune con esso.

Il Signore illumini e conceda ai colpevoli in materia tanto grave, il pieno ravvedimento, poichè è in pericolo la stessa salvezza dell'eternità.

Der Text lautet:

Was für die Kommunistische Partei gesagt ist, gilt auch für andere Parteien, die gemeinsame Sache mit ihr machen.

„Es ist eine schwere Sünde: 1. Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein; 2. Sie irgendwie zu begünstigen, besonders durch die Stimmabgabe; 3. Die kommunistische Presse zu lesen; 4. Die kommunistische Presse zu vertreiben.

Davon kann man keine Absolution erhalten, falls man nicht bereut und fest entschlossen ist, diese Sünde nicht mehr zu begehen.

Wer, Mitglied der Kommunistischen Partei oder nicht, die marxistische, atheistische und antichristliche Lehre annimmt und für sie Propaganda macht, ist **EIN ABTRÜNNIGER VON GLAUBEN UND EXKOMMUNIZIERTER** *und man kann nicht anders Absolution erhalten als durch den heiligen Stuhl (den Papst – Anm. AK).*

Der Herr erleuchte die betroffenen Sünder und gewähre ihnen volle Reue, da sonst das ewige Heil in Gefahr ist."

(Wiedergabe des Plakats aus „avanguardia operaia" 12/74)

Mit Plakaten wie dem hier wiedergegebenen wurde das Antikommunismus-Dekret des Vatikans vom 1. Juli 1949 in den italienischen Kirchen bekannt gemacht.

Ein ganz besonderer Staat

Die italienischen Revisionisten behaupten, daß der italienische Staat kein „gewöhnlicher" bürgerlicher Staat, sondern etwas ganz besonderes sei.

So sagte der damalige PCI-Generalsekretär Luigi Longo auf dem XII. Parteitag der PCI (Februar 1969):

„Ausgangs- und Bezugspunkt unseres ganzen Kampfes bleibt die republikanische Verfassung. Die italienische Republik entstand aus einem bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes, wurde geboren aus einer nationalen und demokratischen Revolution, an deren Spitze die Arbeiterklasse stand – und die Kommunistische Partei. Diese unsere Republik ist keine bürgerlich-demokratische parlamentarische Republik von neuem Typ. Sie ist das durch ihren Geburtsakt. Sie ist es durch das Programm der Erneuerung, von dem die Verfassung inspiriert ist." (zit. nach Gerardo Chiaramonte, ‚Reformen und politische Führung', in einem Buch, das die PCI Anfang 1972 zum 50. Jahrestag der Partei herausbrachte)

Äußerungen, daß der italienische Staat „aus dem Widerstand geboren" etc. sei und dadurch irgendeine besondere Weihe habe, sind von den PCI-Führern ständig zu hören.

Dazu ist zu sagen, daß zwar tatsächlich die italienische Arbeiterklasse die Hauptlast des bewaffneten Kampfes trug, aber daß die PCI-Führung ausdrücklich darauf verzichtet hatte, im Rahmen der „nationalen Einheit" eine politische Führung und die besonderen Interessen der Arbeiterklasse und Kleinbauern durchzusetzen, sondern diese Fragen dem Kampf gegen den Faschismus „untergeordnete", sie mit anderen Worten auf irgendeinen späteren Zeitpunkt, nach dem Sieg über den Faschismus verschob. Weiterhin ist zu sagen, daß der italienische Staat in einem Land entstand, das vom US-amerikanischen und britischen Imperialismus besetzt war, eine Tatsache, die die Revisionisten sonst gern anführten und anführen, um zu erklären, warum die Arbeiterklasse damals „nicht zu weit gehen" durfte, warum die Partisanen ihre Waffen niederlegen mußten usw. Schließlich erinnere man sich an den Druck, den der US-Imperialismus gerade in der Periode der Verfassungs-Erarbeitung auf die italienische Innenpolitik ausübte.

Die Staatsmacht stützt sich auf Militär und Polizei. Die italienischen Revisionisten behaupten freilich, daß auch ihre Streitkräfte etwas besonderes seien, daß sie „aus dem Widerstand geboren" seien, und daß auch ihre Polizei anders sei als in „gewöhnlichen" bürgerlichen Staaten. So brachte die „Unità" am 4.11.73 zum „Tag der Streitkräfte" eine vierseitige Sonderbeilage, geschmückt mit einem Foto, auf dem Kinder auf einem Panzer spielen. Der Text schwelgte in Lob auf die *„Treue der Streitkräfte zur demokratischen Republik"* auf die *„Bande gegenseitigen Vertrauens zwischen dem italienischen Volk und seinen Streitkräften"* und gipfelte in der Erklärung: **„Als große Partei des Volkes und wegen der Rolle, die sie bei der Gründung des demokratischen Staates hatte, betrachtet die PCI die Verteidigung und Entwicklung seiner Institutionen als Teil ihrer eigenen historischen Aufgabe"** (aus einer Erklärung der ‚Direktion' der PCI zum „Tag der Streitkräfte", in „l'Unità" vom 4.11.73).

Vergleichen wir die idyllische Geschichte vom bürgerlichen Staat, der angeblich keiner mehr ist, und von den „aus dem Widerstand geborenen" italienischen Streitkräften mit der historischen Realität, wie sie sogar in manchen ehrlichen revisionistischen Darstellungen durchscheint.

Der zur „alten Garde" gehörende PCI-Führer Pietro Secchia (u.a. zusammen mit Luigi Longo Herausgeber einer Geschichte des antifaschistischen Kampfes) schrieb 1972 über die Entstehung der italienischen Streitkräfte. Es heißt dort u.a.: *„Tatsächlich wurden einige Tausend Partisanen, mit größter Zurückhaltung, in die Kräfte der Polizei und des Heeres eingegliedert* (1945, als „Gegenleistung" für die Entwaffnung der Partisaneneinheiten – Anm. AK), *aber sie schlugen dort keine Wurzeln; mit dem Bruch der antifaschistischen Einheit wurden sie von den folgenden Regierungen De Gasperi fast alle hinausgeworfen ... " „Die wenigen Tausend antifaschistischer Kämpfer und ehemaliger Partisanen, die als Offiziere in die Streitkräfte und Polizeikräfte aufgenommen worden waren, wurden alle ausgeschlossen, weggejagt. An ihrer Stelle kehrten, mit voller Autorität, freigesprochen von jedem Prozess oder säubernder Untersuchung, Männer zurück, die 20 Jahre lang dem Regime der Diktatur gedient hatten."*

Secchia erwähnt in diesem Zusammenhang den besonderen Einfluß der britischen und US-amerikanischen Imperialisten auf diese Vorgänge.

Secchia schreibt weiter, die Ausarbeitung der Verfassung habe *„nicht wenige Mängel"* gehabt, *„aber der schwerwiegendste war sicher, daß man sich nicht befaßte, oder nur höchst oberflächlich, mit den Strukturen, die den Streitkräften, der Polizei und den anderen besonderen Staatsorganen zu geben war."* Alles, was geschah, habe in zwei Verfassungsartikeln bestanden, deren Höhepunkt der Satz war, daß sich die Streitkräfte am „demokratischen Geist der Republik" zu orientieren hätten. Secchia schreibt dazu: *„In diesem letzten Paragraphen von absoluter Allgemeinheit hat man den ganzen Geist der Erneuerung zusammenfassen wollen. Alle Projekte einer ‚Demokratisierung der Streitkräfte' gingen so ins Leere; was blieb, war eine Phrase."*

Schließlich noch folgende Äußerung Secchias: **„Das italienische Parlament hat keine Macht, in Fragen einzugreifen, die die Streitkräfte betreffen."** (Zitate aus Pietro Secchia, Die bewaffneten Organe; im oben erwähnten Sammelband der PCI von 1972, S. 178, 187, 182/183 und 189)

Der italienische Staat und sein Unterdrückungsapparat sind das Instrument der Bourgeoisie zur Durchsetzung ihrer Klasseninteressen, zur Ausplünderung und Niederhaltung der werktätigen Klassen, wie jeder bürgerliche Staat.

Der faschistische Staatsapparat wurde nie zerschlagen, sondern nur auf die Erfordernisse einer bürgerlichen Demokratie umgestellt, wobei in Italien in besonders hohem Maße faschistische Kräfte im Staatsapparat erhalten blieben (vgl. dazu den Artikel im AK 45). Faschistische konterrevolutionäre Gesetze, die vor allem zur Unterdrückung der politischen Meinungsfreiheit und speziell zur Unterdrückung der revolutionären kommunistischen Propaganda dienen, wurden niemals aufgehoben, sondern werden immer noch angewendet. – Secchia erwähnt, daß 1955 ein Antifaschist wegen „Verleumdung der Streitkräfte" verurteilt wurde, weil er die Kriegführung des Faschismus kritisiert hatte. Er erwähnt weiter, daß nach der antikommunistischen Wende 1947 Partisanen wegen ihres Einsatzes im antifaschistischen Kampf verurteilt wurden.

Man darf noch hinzufügen, daß die italienische Polizei noch immer nach einem faschistischen Reglement aus dem Jahr 1931 arbeitet.

Dies ist also „der aus dem Widerstand geborene Staat" !

Die Idylle vom „aus dem Widerstand geborenen Staat" bedeutet die völlige Abkehr von der marxistisch-leninistischen Lehre von Staat und Revolution: daß der Staat ein *„Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze"* ist, das zur *„Unterdrückung der einen Klasse durch die andere"* dient, daß also dieser Staat *„als allgemeine Regel, nur durch eine bewaffnete Revolution"* abgelöst werden kann, daß das Proletariat die bürgerliche Staatsmaschine zerschlagen muß, daß es zur Sicherung der Revolution seine Diktatur über die niedergeschlagenen Ausbeuterklassen errichten muß (Lenin, Staat und Revolution, 1917).

Die Revisionisten gehen stattdessen davon aus, daß der italienische Staat „demokratisch" sei (ohne den Klassencharakter dieses Staates zu kennzeichnen), daß es die Aufgabe der Arbeiterklasse sein müßte, diesen „demokratischen Staat" und seine „demokratischen Institutionen" nicht etwa in einer gewaltsamen Revolution zu zerschlagen, sondern sie zu v e r t e i d i g e n und allenfalls zu „demokratisieren".

Die besondere Liebe der Revisionisten gilt der Verfassung, über deren Zustandekommen wir schon etwas gesagt haben. So erklärte der jetzige PCI-Generalsekretär Berlinguer auf einer ‚Arbeiterkonferenz' in diesem Jahr: *„Demokratie in Italien bedeutet Respektierung und Durchführung der republikanischen Verfassung ... Das wahre Problem besteht darin, den aus dem antifaschistischen Widerstand geborenen Staat ... wieder auf die Gleise der Verfassung zu bringen,* **um diesem Staat Repräsentativität, Autorität und Stärke zu geben ..."** (zit. nach „l'Unità" vom 11.2.74).

Natürlich sind für die Revisionisten auch Armee und Polizei keine Unterdrückungsapparate der Bourgeoisie, sondern eine Ansammlung von Menschen, von denen die meisten „Söhne des Volkes" sind, die treu zum „demokratischen Staat" stehen usw., während eine kleine Zahl von bösen Menschen *„Versuche der reaktionären und faschistischen Infiltration"* in diese „Institutionen des demokratischen Staates" unternimmt (so etwa in der Erklärung der PCI-‚Direktion' zum „Tag der Streitkräfte" 1973 – „l'Unità" vom 4.11.73). So konnte die PCI 1972 in einer Wahlanzeige mit geradezu widerlicher Naivität schreiben: *„Es geht ein Versuch* (!) *vor sich, das Heer zu verwandeln* (!!) *in ein von den republikanischen Institutionen losgelöstes und dem Volk entgegengestelltes Instrument";* wobei natürlich die Versicherung nicht fehlen durfte, daß *„die überwältigende Mehrheit"* der Soldaten und Offiziere *„mit Ehre ihre Pflicht erfüllt"* und treu zum Eid *„auf die aus dem Widerstand hervorgegangene demokratische Republik"* steht (zit. aus einer Anzeige der PCI in „l'Unità" vom 22.3.72).

Wie sehr in Wahrheit die italienischen Streitkräfte von Anfang an nicht nur dem Volk entgegengestellt waren, sondern sogar von den bürgerlich-demokratischen Institutionen „losgelöst" sind, geht aus der oben zitierten Aussage Secchias hervor, der
„losgelöst" sind, geht aus der oben zitierten Aussage Secchias hervor, der
immerhin ehrlich zugibt, daß das italienische Parlament keine Macht hat, in Angelegenheiten der Streitkräfte einzugreifen, und zwar noch krasser als in den USA, England oder der BRD.

Bei der demonstrativen „Staatstreue" der PCI-Führer, die auch vor Lächerlichkeit nicht zurückschreckt, ist es wohl verständlich, wenn die Revisionisten sehr gekränkt sind, weil sie seit 1947 trotz ihres guten Willens, dem „demokratischen Staat" zu dienen, von diesem weitgehend ausgeschlossen sind.

Der „historische Kompromiss"

Mit ihrer Theorie vom „demokratischen Staat, der aus dem Widerstand geboren wurde" und von der „republikanischen Verfassung" hatten die Revisionisten der PCI früher ihre Theorie begründet, die italienische Arbeiterklasse könne den Kapitalismus durch „Strukturreformen" überwinden, und so auf „friedlichem, demokratischem Weg" zum Sozialismus gelangen.

Inzwischen gehören auch die „Strukturreformen" schon der Vergangenheit an, denn die Revisionisten sind auf dem Weg der „Realpolitik" noch einige Schritte weitergegangen.

Während der Krise der „Mitte-Rechts"-Regierung Andreotti (DC, PSDI und die stark rechtsgerichtete ‚Liberale Partei' PLI) im Juni 1973 kündigte PCI-Generalsekretär Berlinguer an: *„Unsere Funktion als Oppositionspartei, die mit den werktätigen Massen und ihren Kämpfen verbunden ist, könnte sich auf andere Art (in modi diversi) ausdrücken als jene, mit der wir gegen die Regierung Andreotti-Malagodi gekämpft haben."* (zit. nach „l'Unità" vom 19.6.73).

Am 8. Juli 73 trat die Regierung Andreotti tatsächlich zurück und wurde ersetzt durch die „Mitte-Links"-Regierung Rumor (DC, PSI, PSDI und ‚Republikanische Partei' PRI). Gegenüber dieser Regierung schlugen die PCI-Führer eine Politik der **„opposizione diversa"** (andere Opposition) ein, was faktisch auf eine Unterstützung dieser Politik hinauslief. Das galt vor allem, nachdem die Rumor-Regierung in demagogischer Weise einen Preisstop für eine Reihe von Grundnahrungsmitteln ausgesprochen hatte. In AK 41 haben wir geschildert, wie der so zustande gekommene „soziale Waffenstillstand" zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführern in den ersten Monaten dieses Jahres an den sich verschärfenden Kampfaktionen der Arbeiterklasse zerbrach. Der Generalstreik vom 27. Februar dieses Jahres war der deutlichste Ausdruck dieser Tatsache. Am 28. Februar trat der Schatzminister La Malfa (PRI) zurück und veranlaßte damit eine neue „Regierungskrise" unter heftigen Anklagen gegen die PSI und die Gewerkschaften, die ihn angeblich bei seinem Kampf gegen die Inflation nicht genügend unterstützt hätten.

Am 2. März wurde eine „neue" Regierung Rumor gebildet, ohne die PRI. Die PCI erklärte daraufhin das Ende der „opposizione diversa" und kündigte eine **„opposizione netta e intransigente"** (deutliche und unversöhnliche Opposition) gegenüber der „neuen" Regierung Rumor an.

Diese taktische Reaktion auf die verstärkten Klassenkämpfe bedeutet indessen durchaus nicht das Ende der Suche nach dem „historischen Kompromiß".

Die Formel des „historischen Kompromiß" wurde von der PCI-Führung als Antwort auf die Lehren des faschistischen Putsches in Chile entwickelt. In drei Artikeln in der theoretischen Wochenzeitung der PCI, „Rinascita" (Nr. 38, 39 und 40/1973) wurde die zugehörige „Theorie" von PCI-Generalsekretär Berlinguer entwickelt (eine Übersetzung der beiden wichtigeren Artikel dieser Folge bringen wir demnächst in einer Broschüre zu den Lehren der chilenischen Ereignisse heraus).

Berlinguer bekräftigt dort die These, daß *„der demokratische Weg zum Sozialismus"* eine *„schrittweise Umgestaltung"* sei, *„die sich in Italien im Rahmen der antifaschistischen Verfassung verwirklichen läßt".* Dies sei nur in der Zusammenarbeit zwischen *„allen demokratischen Volkskräften"* – speziell zwischen PCI und DC – möglich. Denn *„die Gegenüberstellung und der frontale Zusammenstoß zwischen den Parteien, die eine Basis im Volk haben und*
sammenstoß zwischen den Parteien, die eine Basis im Volk haben und
von denen bedeutende Massen des Volkes sich vertreten fühlen" würden *„zu einer Spaltung führen, zu einer wirklichen Zweiteilung des Landes, die für die Demokratie verhängnisvoll wäre und würde sogar die Grundlagen für das Überleben des demokratischen Staates in Mitleidenschaft ziehen."*

Aus der Tatsache, daß es der DC bisher gelingt, kleinbürgerliche Massen an sich zu binden, würde ein Kommunist vernünftigerweise die Schlußfolgerung ziehen, daß man einen scharfen politisch-ideologischen Kampf gegen die DC um diese Massen führen muß. Berlinguer jedoch erklärt den „frontalen Zusammenstoß" für schädlich und fordert die Zusammenarbeit mit dieser Partei.

So wie für die Revisionisten der Staatsapparat in eine Anzahl von Menschen zerfällt, von denen der eine dies will und der andere das (wobei die Mehrheit den „Volkskräften" zugerechnet wird), so wird auch die DC nicht als Hauptpartei der Bourgeoisie behandelt, als ein besonders wichtiges Instrument der Bourgeoisie, sondern als ein Gewimmel von Menschen, die verschiedenen sozialen Schichten angehören, zumeist zum „Volk" gehören. Mal haben die „Volkskräfte" das Übergewicht – so bis zur antikommunistischen Wende im Mai 1947 – und ein anderes Mal die reaktionären Kräfte. Was in Wahrheit taktische Wendungen bürgerlicher Politik sind, wird so für den Revisionisten zum Ausdruck eines Tauziehens zwischen „Volkskräften" und „reaktionären Kräften" innerhalb der DC.

Werfen wir einen kurzen Blick auf die soziale Zusammensetzung der DC! Anscheinend ist sie in erster Linie eine Frauen-Partei, denn die Hausfrauen stellen mit 25% die stärkste Gruppe der Mitglieder. Es folgen Industrie-Arbeiter mit 13,6%, Öffentlicher Dienst mit 12,7% und

➡

Forts. Italien

Bauern mit 10,6%. Nur 8,5% der DC-Mitglieder sind „Unternehmer", und zwar nur 0,8% industrielle „Unternehmer" – die anderen sind 4,0% „Unternehmer" in Handel und Tourismus und 3,3% im Handwerk. (Angaben für 1971 aus „l'Unità" vom 6.5.73)

Da haben wir also die „Volkskräfte" in Hülle und Fülle, aber die 0,8% Industriekapitalisten (und von denen ja auch nur ein kleiner Teil) bestimmen die Politik der Partei. Für die Revisionisten muß das doch eigentlich ein Rätsel sein, denn die DC ist doch, wie sie immer sagen, eine „demokratische Partei" !

Fortschritts zu öffnen, machen es immer dringender und reifer, daß man zu dem gelangt, was definiert werden kann als der neue große ‚historische Kompromiß' zwischen den Kräften, die die große Mehrheit des italienischen Volkes umschließen und vertreten." („Rinascita", 40/74)

PCI zum Scheidungs-Referendum

Wie sich die italienischen Revisionisten k o n k r e t den „historischen Kompromiß", das *„Einverständnis zwischen allen entscheidenden politischen Kräften des Landes"* vorstellen, wurde an der Kampagne zum Scheidungs-Referendum deutlich.

Wir hatten in früheren AK's darüber berichtet (vgl. dazu auch das Ge-

	1968 Stimmenanteil in %	Sitze	1972 Stimmenanteil in %	Sitze
DC	39,1	266	38,8	267
PCI	26,9	177	27,2	179
PSIUP	4,5	23	1,9	–
PSI	14,5	(62)	9,6	61
PSDI		(29)	5,1	29
MSI	4,5	24	8,7	56
PDIUM	1,3	6	zusammen mit MSI	
PLI	5,8	31	3,9	21
PRI	2,0	9	2,9	14
Manifesto	–	–	0,7	–
„ML"	–	–	0,2	–

Die Stärke der Parteien im Parlament

Eine Gegenüberstellung der Parlamentswahlen 1968 und 1972 zeigt einen leichten Rechtsruck in dieser Zeit. Die MSI (1972 verschmolzen mit der PDIUM) konnte ihre Stimmen verdoppeln. Die DC stagnierte. Die PCI gewann zwar 2 Sitze dazu, dafür verlor die mit ihr eng verbundene PSIUP (inzwischen weitgehend in die PCI eingetreten) allerdings ihre 23 Sitze; zusammen also ein Verlust von 21 Stimmen.

Manifesto ist eine aus der PCI ausgetretene Gruppe, die vor den Wahlen 1972 noch über mehrere Abgeordnete im Parlament verfügte, aber 1972 keinen Sitz gewinnen konnte. Unter „ML" sind außer der „PC(ml)I" (italienische Ausgabe der „KPD") auch einige Gruppen zusammengefaßt, die örtlich kandidierten.

PLI und PRI sind rechtsgerichtete Parteien, die z. Z. nicht in der Regierungskoalition vertreten sind.

Ein Kommunist wird jedoch den Klassencharakter einer Partei nicht nach der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder und ihrer Wähler bestimmen, sondern nach ihrer tatsächlichen politischen Rolle. Sonst könnte man auf den Gedanken kommen, daß auch die CDU/CSU der BRD eine Partei der „Volkskräfte" sei. Und noch schlimmer: z.B. auch die faschistische NSDAP, deren Mitglieder 1933 zu 31,5% Arbeiter waren, zu 21,2% Angestellte, zu 12,6% Bauern (Angaben nach David Schoenbaum, Hitlers Social Revolution, London 1967). Nur ein Narr könnte aber auf den Gedanken kommen, daß es damals die Aufgabe der Kommunisten gewesen wäre, mit der NSDAP zusammenzuarbeiten, weil sie „eine Basis im Volk" hatte und sich anfänglich „bedeutende Massen der Bevölkerung" von ihr vertreten fühlten.

Die PCI stellt sich ausdrücklich als Ziel die Zusammenarbeit mit der Hauptpartei der Bourgeoisie, der DC – gerade mit der Begründung, daß dies eben eine einflußreiche Partei sei, der man sich nicht frontal entgegenstellen dürfe. Gewöhnlich wird dies noch mit der Theorie bemäntelt, daß die DC doch auch eine „antifaschistische", „demokratische" Partei sei. Unverhüllter noch stellte sich dagegen diese opportunistische Politik in der Erklärung der „Direzione" der PCI vom März dieses Jahres zur Wirtschaftskrise dar. Es heißt dort, daß die Krise nur auf der Grundlage von „Sicherheit und Stabilität" gelöst werden könne. Und weiter: *„Eine schwächliche (fragile) Regierung ist es sicher nicht, die diese Sicherheit und diese Garantie für Stabilität geben kann. Sicherheit und Stabilität können nur kommen aus einer Verständigung (intesa) zwischen allen entscheidenden politischen Kräften des Landes.*" (zit. nach „l'Unità" vom 21.3.74)

Hier ist von einer klassenmäßig orientierten Politik überhaupt nichts mehr zu spüren, jedenfalls nicht von einer Politik, die sich an den Interessen der W e r k t ä t i g e n orientiert.

Denselben Grundgedanken hatte Berlinguer schon im Herbst letzten Jahres in seiner Artikelfolge in der „Rinascita" ausgedrückt. Er hatte diese *„Reflexionen nach den chilenischen Ereignissen"* (so die Gesamtüberschrift der Folge) abgeschlossen mit folgenden Worten: *„Die Schwere der Probleme des Landes, die immer drückenderen Drohungen reaktionärer Abenteuer und die Notwendigkeit, der Nation endlich einen sicheren Weg der wirtschaftlichen Entwicklung, der gesellschaftlichen Erneuerung und des demokratischen*

spräch mit Genossen von „Lotta Continua" in der INTERNATIONALE 5), wie die Kräfte der äußersten Reaktion mit diesem Scheidungs-Referendum eine Kraftprobe auf einem Feld gesucht hatten, wo sie gehofft hatten, mit Hilfe der katholischen Kirche einen Sieg erringen zu können. Sie erlitten damit eine schwere Niederlage (59,1 % Stimmen gegen diesen reaktionären Anschlag).

Die PCI sah im Scheidungs-Referendum zu Recht einen Anschlag auf den „historischen Kompromiß", weil hier von der äußersten Reaktion eine Polarisierung zwischen den Parteien beabsichtigt war, während doch die Revisionisten auf die „Verständigung" aus sind. Durch das Scheidungs-Referendum wurde die PCI in eine ungewollte Konfrontation gegen die DC gezwungen.

PCI-Generalsekretär Berlinguer sagte dazu auf einer „Arbeiterkonferenz" im Februar: Die PCI habe *„nationalen Verantwortungssinn bewiesen, indem sie alles Mögliche tat, um diese Kraftprobe zu vermeiden"*. Denn das Referendum könne einen *„Bruch zwischen den demokratischen Kräften"* – sprich PCI und DC! – hervorrufen. Die PCI habe sich daher um eine Einigung bemüht und sei auch bereit gewesen, *„bedeutende Modifizierungen"* (sprich: Verschlechterungen) des gültigen Scheidungsgesetzes hinzunehmen, *„um den Bedürfnissen und Vorschlägen der katholischen Seite entgegenzukommen und um die Basis der Zustimmung zum Gesetz zu verbreitern"*. *„Ein Abkommen* (zwischen PCI und DC über eine parlamentarische Verschlechterung des Scheidungsgesetzes – Anm. AK) *zu erreichen, wäre nicht schwer gewesen"*. Ein solches Abkommen, mit dem das Referendum vermieden worden wäre, hätte *„einen positiven Einfluß auf die gesamte Situation, wirtschaftlich und politisch, gehabt"*. Es wäre ein Klima entstanden, in dem es möglich gewesen wäre, die dringenden wirtschaftlichen und politischen Probleme *„mit Ruhe und konstruktivem Geist anzugehen"*. – Berlinguer fügte hinzu, die PCI werde auch im Fall eines Sieges im Referendum bereit bleiben, im Interesse des *„religiösen Friedens"* über Änderungen des Scheidungsgesetzes zu verhandeln. (Wortlaut der Rede Berlinguers in „l'Unità" vom 11.2.74)

In diesem Sinn nahm die PCI-Führung die reaktionäre Herausforderung des Scheidungs-Referendums auch nur halbherzig an – versuchte hier, die Bedeutung des Referendums herabzusetzen, während sie es dort, mit Blick auf die proletarische Basis der PCI, auch schon mal richtig als umfassenden Angriff der Reaktion auf die Positionen der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen kennzeichnete.

Ebenso zweideutig verhielt sich die PCI-Führung, nachdem das Ergebnis des Referendums bekannt war. So gab es z.B. PCI-Führer, die allen Ernstes erklärten, dies sei keine Niederlage der DC, es sei überhaupt nicht Sieg oder Niederlage einer Partei, sondern nur *„ein Sieg der Vernunft"*; in anderen Erklärungen dagegen kam die politische Bedeutung dieses Ereignisses klarer heraus. – Man sieht, daß die PCI-Führer eine Doppelrolle zu spielen haben: antikapitalistische Kampfpartei gegenüber der Arbeiterklasse, aber kompromißbereite und „verfügbare" Partei gegenüber der Bourgeoisie.

Das Verhalten der PCI-Führer zum Referendum ist ein gutes Beispiel, wie sich die Revisionisten zur DC verhalten. Sie wollen nicht den scharfen und unversöhnlichen Kampf gegen die Hauptpartei der Bourgeoisie, um die von dieser getäuschten kleinbürgerlichen Massen zu gewinnen, sondern sie scheuen im Gegenteil einen solchen „frontalen Zusammenstoß" wie das Referendum, hätten lieber hinter dem Rücken der Massen eine „gütliche Lösung" zwischen DC und PCI ausgemauschelt. Ebenso nehmen die Revisionisten ganz allgemein die Macht der katholischen Kirche als etwas gegebenes hin, führen also keinen Kampf gegen die verbrecherischen Machenschaften der katholischen Kirche und machen natürlich auch keine atheistische Propaganda, wie die PCI es früher getan hat, und wie es natürlich die Pflicht eines jeden Kommunisten ist.

Es ist übrigens typisch, daß sich die PCI-Führer auch für eine „Revision" des in der Verfassung festgelegten Rechts des Referendums, also der Durchführung von Volksabstimmungen, einsetzen. („l'Unità" vom 11.2.73). Denn das Referendum kann, so zeigt es nach Meinung der Revisionisten das Scheidungs-Referendum, zu einem „Bruch zwischen den demokratischen Kräften" führen. Das geht in der Tendenz ganz klar dahin, den Werktätigen auch die wenigen formalen „Entscheidungsrechte", die sie in der bürgerlichen Demokratie noch haben, zu beschneiden, um noch besser von den Massen abgeschirmt auf der parlamentarischen Ebene die Entscheidungen „aushandeln" zu können, wie es die PCI-Führer so gern auch mit dem Scheidungsgesetz gemacht hätten.

Die Auffassungen der Revisionisten v o r dem Scheidungs-Referendum sind durch dessen Ergebnis vollständig widerlegt worden. Das Referendum hat nicht die Spaltung des Volkes vertieft, sondern hat im Gegenteil die antikapitalistische E i n h e i t des arbeitenden Volkes gestärkt, hat die Basis der Reaktion (DC und MSI) weiter verengt und hat die Krise der bürgerlichen Hauptpartei, der DC, verschärft und vertieft.

Die Reaktion hat eine Kraftprobe versucht, und das arbeitende Volk, vor allem das Proletariat, hat ihr eine Niederlage bereitet. Wie jämmerlich nimmt sich dagegen das Angebot Berlinguers aus, der diese Kraftprobe dadurch vermeiden wollte, daß die PCI einer Verschlechterung des Scheidungsgesetzes im Parlament zustimmen sollte!

Die Ideologie des italienischen Revisionismus besagt, daß man „Konfrontationen" zwischen den großen Parteien und Polarisierungen in der Bevölkerung besser vermeiden sollte, und daß dies im Grunde möglich sei, wenn sich die „Vernünftigen", die „Verantwortungsbewußten" usw. „in der Gesellschaft, im politischen Leben, im Staatsapparat" verständigen, um „die Krankheiten des Landes zu heilen".

In einer Klassengesellschaft sind indessen Konfrontationen und Polarisierungen gesetzmäßiger Ausdruck der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Erst recht gilt das für eine politische und wirtschaftliche Krisensituation, wie die, in der sich Italien gegenwärtig befindet. Wie kann man annehmen, daß es in einer solchen Situation k e i n e scharfen Klassenkämpfe, keine Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, keine Polarisierung auch im werktätigen Volk geben wird?

Die Revisionisten tun allerdings „alles Mögliche", um solche Konfrontationen und Polarisierungen zu vermeiden – indem sie die werktätigen Massen zu beschwichtigen versuchen und der DC Zugeständnisse anbieten –, um eine „Verständigung" zwischen der „Hauptpartei" der Bourgeoisie, DC, und der „Arbeiterpartei" PCI zu erreichen. Aber auch der PCI-Führung wird das Kunststück nicht gelingen, das die Bourgeoisie schon seit Jahrzehnten versucht – die „Versöhnung" von Bourgeoisie und Proletariat.

PCI zur Krise

In der erwähnten Rede auf der „Arbeiterkonferenz" im Februar („l'Unità" vom 11.2.74) sagte Berlinguer auch: *„Wir behaupten nicht, ohne Fehler zu sein, aber wir glauben gezeigt zu haben, daß wir die nationalen Interessen über jeden Teil-Geist (spirito di parte) zu setzen wissen. So wie es schon geschah in den schwersten Momenten unserer neueren nationalen Geschichte, so haben wir auch heute, angesichts der Krise, die das Land quält, Vorschläge vorgelegt, die inspiriert sind von der Notwendigkeit, eine positive und mögliche Lösung für die realen Probleme des Volkes und der Nation zu geben.*"

Die PCI gibt sich also nicht einmal den Anschein, als würde sie – wie etwa die französischen Revisionisten – ein „Volksfrontbündnis" suchen, um bestimmte Reformen durchzusetzen, sondern sagt klipp und klar, daß es darum geht, die „nationalen Interessen" (was immer das sein mag in einer Klassengesellschaft) ü b e r „Teilinteressen" (das werden wohl die Interessen der Arbeiterklasse sein) zu stellen.

So wie sich im antifaschistischen Kampf „alle guten Italiener" zusammenschließen mußten, unter Zurückstellung sonstiger Interessen, so soll nach der Empfehlung der PCI auch gegen den aktuellen Feind, die Krise, eine „nationale Einheit" gebildet werden.

Die PCI sagt deshalb auch nicht klar und konsequent, daß diese Krise der italienischen Wirtschaft gesetzmäßig aus der nationalen und internationalen Entwicklung des Kapitalismus hervorgeht, sondern versucht den Eindruck zu erwecken, als sei diese Krise nur durch Ungeschicklichkeiten, Unfähigkeit und den „politischen Monopolanspruch" der DC entstanden und sei auf dem Boden des Kapitalismus zu lösen, wenn „alle" ihre besonderen Interessen dem „nationalen Interesse" unterordnen und „Opfer bringen".

Die Vorschläge der PCI sind zum Teil, als Ansatz zur Milderung der Wirtschaftskrise, nicht einmal unvernünftig. Einige der Forderungen liegen sogar im Interesse der Werktätigen. So vor allem die Forderung nach Investitionen im Mezzogiorno (Süditalien, Sizilien und Sardinien).

In Tarifkämpfen dieses Jahres, so bei FIAT, haben die Arbeiter die Kapitalisten gezwungen, sich tarifvertraglich zu bestimmten Investitionen im Mezzogiorno zu verpflichten. Eine solche Forderung ist an sich nicht schlecht. Im Rahmen der PCI-Politik jedoch gehört sie zu einem Programm, das darauf zielt, durch bestimmte ökonomische Maßnahmen die Krise auf dem Boden des Kapitalismus zu lösen, und das zugleich offen läßt, wem die Folgen dieser Krise aufzubürden sind. Sie gehört also zu einem Versuch von bürgerlichem „Krisen-Management".

Ein Programm der „Direzione" der PCI **„Kampf für rigorose ökonomische Entscheidungen gegen die Inflation und für die Arbeit"** ist in „l'Unità" vom 21.3.74 veröffentlicht.

Bemerkenswert ist, daß die PCI-Führer bei diesem Programm das Lieblingskind aller Revisionisten, die „Kürzung der Rüstungsausgaben" nicht berücksichtigt haben. Bei einem offiziellen „Verteidigungshaushalt" von 2.373,4 Mrd. Lire (1974; entspricht etwa 8,12 Mrd. Mark) wäre eine Kürzung angesichts von rund 6500 Mrd. Lire (rund 26 Mrd. Mark), auf die Italiens Auslandsschulden beziffert werden, allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber ein kommunistisches Programm würde sicher nicht darauf verzichten, einen gewissen Zusammenhang zwischen der Krise und den Ausgaben für den imperialistischen Kriegs- und Unterdrückungsapparat herzustellen.

Wo aber soll das Geld für die von der PCI vorgeschlagenen Investitionen herkommen? Die PCI fordert zum einen, die „Kapitalflucht" (den Kapitalexport) zu stoppen und rückläufig zu machen, also „geflüchtete" Gelder wieder ins Land zu holen. Wie das zu machen sei, bleibt unklar. Es heißt nur, daß man *„von anderen Ländern schon erprobte Mittel gegen die Kapitalflucht"* anwenden möge – also jedenfalls im Rahmen kapitalistischer Wirtschaftspolitik. Die PCI sagt weiter, daß man zunächst nicht darauf verzichten könne, sich um noch mehr Auslandskredite zu bemühen, speziell im Rahmen der EG. Dazu sei es notwendig, *„eine Politik der Zusammenarbeit zwischen den EG-Ländern konkret voranzutreiben"*. Außerdem erinnert die PCI daran, daß die arabischen Länder nicht nur Besitzer großer Ölreichtümer seien, sondern auch über viel Kapital verfügen – offenbar mit dem Gedanken, auch dort um Kredite für die italienische Wirtschaft zu bitten.

Was die EG angeht, so hat die revisionistische *„Brüsseler Konferenz kommunistischer Parteien der kapitalistischen Länder Europas"* im Januar dieses Jahres eine recht witzige Entscheidung getroffen. In der „Gemeinsamen Erklärung" heißt es, daß die „Kommunisten" in Ländern, die schon länger in der EG (früher EWG) sind, für deren „Demokratisierung" kämpfen müßten (aber nicht gegen die EG überhaupt!), in Ländern, die erst kürzlich Mitglied geworden seien, müßten die „Kommunisten" für deren Rückzug aus der EG eintreten; in Ländern, die noch nicht Mitglied sind, kämpfen die „Kommunisten" gegen den Eintritt und gegen die Einbeziehung in den Einflußbereich der EG (Wortlaut der Erklärung in „l'Unità" vom 30.1.74).

Jedenfalls kann den italienischen Revisionisten bei ihrer Forderung, die EG um weitere Kredite anzugehen, doch nicht unklar sein, daß solche Kredite immer an Bedingungen geknüpft sind und in jedem Fall die Abhängigkeit Italiens vom ausländischen Kapital noch vergrößern werden. Der Inhalt der von der EG, speziell vom BRD-Imperialismus, gestellten Kredit-Bedingungen ist klar: auf der wirtschaftlichen Ebene vor allem Steuererhöhungen und Kreditrestriktionen (also das Gegenteil einer Politik der Investitionen, wie die PCI sie fordert) und auf der politischen Ebene eine „Zähmung" der Arbeiterkämpfe.

Die PCI sagt weiter, daß es notwendig sei, Investitionen und Nachfrage in eine neue Richtung zu lenken. Im einzelnen schlägt sie vor: Forderung der Landwirtschaft, speziell der Viehzucht (unter Hinweis auf das Defizit der Handelsbilanz, das z. T. auf die großen Fleischimporte zurückgeht). –

Pläne für die *„Erneuerung der Strukturen"* des Mezzogiorno. – Schulbauten. – Förderung des „gesellschaftlichen Konsums" (Verkehrsmittel und Bauwirtschaft). – Förderung der Energiewirtschaft *„durch*

Forts. Seite 32

Nach dem Massaker von Brescia: Faschistischer Mordterror geht weiter

Am 28. Mai explodierte während einer gewerkschaftlichen Kundgebung in Brescia eine von Faschisten gelegte Bombe, die sechs Menschen tötete.

Seither hat der faschistische Terror weitere Opfer gefordert.

- Am 31. Mai wurde in Neapel ein alter Partisanengenosse von Faschisten der MSI in seiner Wohnung überfallen. Der Genosse wurde durch einen Pistolenschuß in den Kopf lebensgefährlich verletzt.
- Am 1. Juni starb das siebente Opfer des Massakers von Brescia, Luigi Pinto, ein junger Lehrer (wie die meisten der Todesopfer), Mitglied der CGIL-Schulgewerkschaft.
- Am 1. Juni wurde in Chioggia (bei Venedig) ein Arbeiter, Mitglied der PCI, während einer DC-Kundgebung von einem Schläger der DC, ehemaliges Mitglied der MSI, zusammengeschlagen und mußte mit einem Schädelbruch lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden. Nachdem zunächst sein Tod zu befürchten war, scheint er jetzt auf dem Weg der Gesundung zu sein.
- Am 7. Juni wurde in Cortuna (Mittelitalien) der 22jährige Student Tonello Gorgai von Faschisten auf dem nächtlichen Heimweg überfallen und durch Messerstiche ermordet. Der ermordete Genosse war Mitglied der FGCI (Jugendorganisation der PCI) und der CGIL-Schulgewerkschaft. Sein Vater ist Kommunalrat der PCI in Cortona.
- Am 15. Juni starb das achte Opfer des Massakers von Brecia. Es war Vittorio Zambarda, 60jähriger Rentner, früher Bauarbeiter, Mitglied der PCI seit 1945.
- Am 25. Juni wurde in Barrafranca ein PCI-Gemeinderat, Vittorio Ingria, erschossen. Er war 52 Jahre alt, von Beruf Lastwagenfahrer. Der Mörder ist Aktivist der MSI, der bei den letzten Kommunalwahlen erfolglos kandidierte.

Voraussichtlich im nächsten AK wollen wir u.a. berichten über die Massenbewegung zum Verbot der MSI nach dem Massaker von Brescia, über die Aufdeckung neuer Tatsachen über das Zusammenspiel des Staates (speziell des Geheimdienstes) mit den Faschisten und über die nochmalige Verschiebung des Valpreda-Prozesses.

URLAUB IM KAPITALISMUS: URLAUB VOM KAPITALISMUS?

„Mehr Meer", „Treffpunkt Ibiza", „Formentera – Für Urlaubskünstler", „Mallorca wie noch nie", „Costa Brava – olé" – mit solchen und ähnlichen Sprüchen sind die kapitalistischen Urlaubskonzerne von Neckermann bis Dr. Tigges wieder rechtzeitig vorm Sommerurlaub angetreten, um ihr Urlaubsangebot, ihre Pauschalreisen an den Mann zu bringen. Schreiend bunte Kataloge sollen Erholungssuchende ködern, ihren Urlaub mit Hummel oder twen-tours, mit Touropa oder Scharnow zu verbringen. Tourismusmanager, Hotelbesitzer, Amüsierfachleute, Sonnenölfabrikanten und wer sonst noch alles zur kapitalistischen Urlaubsmafia gehört, stürzen sich auf den Urlauber und versprechen ihm das Blaue vom Himmel.

Der Club Méditerranée ist ein Angebot des kapitalistischen Urlaubsmarktes, das mit seiner eigenen Ferienphilosophie von Freizügigkeit und Toleranz die Menschen auf den Leim locken will. Der Gründer dieses Clubs charakterisierte sein Ferienangebot folgendermaßen: *„Die Formel des Club Méditerranée basiert auf einem ganz einfachen Prinzip: Um wirklich Ferien zu haben, muß man sich in eine Gesellschaft begeben, die der in unserem Alltag vollkommen entgegengesetzt ist, in eine Gesellschaft ohne psychologische Beklemmungen, ohne Verpflichtungen, ohne Autoritäten und ohne soziale Unterschiede."* („Spiegel", 17.7.72)

Mit diesen Worten hat der zitierte Herr den Kern der bürgerlichen Ferienideologie getroffen: Den erschöpften Menschen, die sich im Urlaub erholen wollen, soll an ihren Ferienorten vorgespiegelt werden, daß es möglich ist, frei zu sein, daß es ein glückliches Leben ohne Zwang gibt, es soll die Illusion geweckt werden, daß der Kapitalismus den Menschen was zu bieten hat – und wenn es nur drei Wochen Ferien im Jahr sind, die als Ferien vom Kapitalismus propagiert werden.

Im Neckermann-Reisekatalog werden die angebotenen Ferienziele als Orte bezeichnet, *"...wo der Mensch wieder Mensch wird."* Der Urlaub mit Neckermann wird als Erlösung vom Alltag angeboten. Drei Wochen „Mensch sein" – das soll die Urlauber mit den immer menschenunwürdigeren Verhältnissen zu Hause, im Betrieb, auf der Straße und in allen Lebensbereichen versöhnen.

Entsprechend sind die Reiseprospekte aufgemacht. Sie ergehen sich in lyrischer Landschaftsbeschreibung (Scharnow: *„Sie blicken auf das Meer, dessen Farbe von Hellblau über Grün bis Violett wechselt"*); der „herrlichweiße Sand", der als Erfüllung aller Urlaubssehnsüchte angeboten wird, wird den Menschen schon bei der Urlaubswahl in die Augen gestreut. Information wird in den Prospekten sehr klein geschrieben: Im Vordergrund der Prospektfotos räkeln sich meistens kaffeebraune Miezen, die die Sicht auf den Badeort verdecken, die menschenleeren Strände in den Prospekten sind meistens frühmorgens fotografiert worden, wo noch kein Mensch am Strand ist. (s. die langen Schatten auf den Bildern!). Heißt es im Prospekt etwa *„...wie Perlen aufgereiht die modernen Hotels..."* dann ist das nur die positive Umschreibung eines Urlaub-Manhattens; verheißt der Prospekt *„ ...quicklebendige Atmosphäre..."*, dann kann man einen ziemlich verlärmten Urlaub erwarten; ist die Rede von *„...rustikal eingerichteten Zimmern..."*, kann man sich in der Regel auf eine Bude mit gehobenem Stallkomfort vorbereiten.

Außer Hotels, Strand und Sonne bieten die Kataloge noch „Glück" und „Zufriedenheit" an! *„...alles, was ein Urlauberherz sich wünscht"* hat Scharnow auf der Pfanne. Laut Scharnow beschränkt sich dann das Urlauberglück auf *„Unterhaltung, Sonne, Strand und Folklore"*. Zur Unterhaltung gibts in jedem Urlaubsort Diskotheken, wo man sich für viel Geld für den Unterhalt der Kapitalisten unterhalten kann. Sonne ist umsonst, dafür ist der Strand aber meistens bis auf den letzten Platz belegt, mitunter kostet das Sonnen am Strand noch Kurtaxe. Für die Folklore sorgen meistens engagierte Jodelprofis oder – in Spanien – engagierte Flamenco-Gitarristen. So zaubert die Urlaubsindustrie eine heile Welt für die Urlauber aus dem Hut. Allerdings – nicht umsonst: zwei Wochen Costa Blanca für 500,- DM wollen erst mal aufgebracht sein, und wer mit Familie fährt, kann schon bis zu zwei Monatslöhne loswerden.

Es wird aber noch mehr geboten: „High life" und *„Teilnahme am Leben des Jet-Set"*, Teilnahme am Leben der Kapitalisten also; das Leben solcher parasitärer Elemente wie Gunter Sachs soll für drei Wochen auch für die Urlauber möglich sein. Natürlich wird Sachs sich hüten, sich „unters Volk" zu mischen, und natürlich wird kein „Pauschalreiseurlauber" irgendwo kapitalistisches „High life" finden (wofür ihm sowieso schon das Geld fehlt), man speist ihn mit einem müden Jet-Set-Aufguß ab. Aber das wesentliche ist, daß die Illusion geweckt wird, man könne auch mal so leben wie die Kapitalisten. Diese Illusion soll eine Pseudo-Zufriedenheit erzeugen, sie soll mit den Ausbeutern und Unterdrückern versöhnlich stimmen. Drei Wochen „High life" – das soll für den Rest des Jahres Klassenfrieden erzeugen.

„Aktiver Flirt" oder *„aktive Geselligkeit"*, das bieten hauptsächlich die auf Jugendtourismus gespitzten Unternehmen. Der „Club 28" in Bonn (Neckermann) organisierte vor zwei Jahren den „Urlaubsflirt '72" per Computer. Die reiselustigen Jugendlichen mußten vor der Reise Fragebogen ausfüllen. Fragen wie: *„Man sagt, es käme unter südlicher Sonne leichter zu intimen Beziehungen. Wie stehen Sie dazu?"* wurden gestellt, wobei es die meisten Punkte für die Antwort: *„Man sollte nicht soviel darüber reden. Es gehört einfach dazu."* gab. Die Berliner „Artu Reisen" sind noch direkter: *„Mädchen zupfen... Vergammeln. Verführen... Lustig sein. Lust haben... Fummeln."* Die Erfüllung des Bedürfnisses der Menschen nach befriedigenden Beziehungen zu anderen Menschen wird durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, durch die Isolierung und Vereinzelung der Menschen immer wieder unmöglich gemacht. Aber was im Alltag nicht klappt, soll plötzlich im Urlaub laufen – Neckermann machts möglich. Denkste! Keiner kann im Urlaub seine anerzogenen Verhaltensweisen über Bord werfen, keiner hat im Urlaub ein anderes Bewußtsein als im Alltag. So stellt sich denn auch in den Urlaubsjugendclubs das Leben nicht anders dar als zu Hause. *„Sie schwärmte, wie so oft in den letzten Tagen von dem herrlichen Urlaub, den sie hier verbracht habe. Diesmal fragte ich nach. Sie wollte erzählen, aber da war eigentlich kaum etwas. Vormittags Braunwerden, Mittagessen, nachmittags Braunwerden, Abendessen, dann Tanz in immer den gleichen zwei, drei vollen, lauten Bars bis in die Puppen. Ein paar Männerbekanntschaften, die – wenn man's genau nahm – auch nichts hergaben; zwei hatten einmal eine Nacht bei ihnen geschnauffen, na ja, bei dem Alkoholkonsum... Sie war plötzlich ziemlich resigniert, die hübsche Lia: ‚Wenn ich es recht betrachte, war der Urlaub eigentlich ganz große Scheiße!"* (zit. nach: Antoch u.a., Von Urlaubgebern und Urlaubnehmern, Jugenddienst-Verlag). Die „Beichte" dieses Mädchens, sicher eine typische Erfahrung, zeigt, daß hinter den Versprechungen in den allen Dingen soll im Urlaub nicht über den Altag, über die alltäglichen Schikanen im Betrieb und über die bunten Katalogen eine ziemlich hirnlose „Freizeitverbringung" steckt. Sicher hat es seinen Grund, wenn die Kapitalisten den Menschen im Urlaub „süßes Nichtstun" verordnen – vor Verschlechterung der „Lebensqualität" nachgedacht werden.

Für diejenigen, die mit ihrem „Pauschalurlaub" nicht zufrieden waren, halten die Kapitalisten schon die Sündenböcke bereit: „Bummelnde" Fluglotsen müssen dann z.B. herhalten, auf die sich die Wut über einen verkorksten Urlaub entladen kann. So schlagzeilte die ,sozialdemokratische Hamburger „Morgenpost" zu Anfang dieses Jahres: *„Versauen uns die Fluglotsen wieder den Urlaub?"* Touropa hat noch andere Sündenböcke in petto: *„Wir tun alles Expertenmögliche für Ihren Urlaub. An Ihrem Urlaub arbeiten Menschen. Viele Menschen. Auch Menschen mit fremdländischer Mentalität. Daher kann manchmal etwas ‚schiefgehen' ..."* heißt es im Sommerkatalog '73. Das ist ein altes Mittel der Kapitalisten, um von ihrem Mist abzulenken: Nationalismus und Rassismus. Die enttäuschten Urlauber werden so auf ausländische Arbeiter gehetzt, die sich in der Sommersaison in der Ferienindustrie ein paar Pfennig dazuverdienen.

Gerade an den Praktiken der kapitalistischen Ferienindustrie zeigt sich das System kapitalistischer Unterdrückung deutlich: Das Prinzip der rücksichtslosen Cleverness der Kapitalisten zum Zwecke des Geld- und Machtgewinns paart sich hier „wunderbar" mit dem Prinzip der systematischen politisch-ideologischen Ausrichtung der Menschen zum Zwecke der Erhaltung der Abhängigkeit.

Die kapitalistische Ferien- und Freizeitideologie reicht über den Bereich des organisierten Tourismus weit hinaus. 1972 verreisten 69,5 % aller Urlauber ohne Hilfe von Reisebüros und Urlaubsfirmen. Aber dieser „unorganisierte" Urlaub wird genauso von den kapitalistischen „Urlaubsrichtlinien" geprägt. Vorstellungen von „frei und ungebunden" sein, Hoffnungen auf den großen „Urlaubsflirt" usw. sind hier ebenso bestimmend.

Die mit einem riesigen Werbeaufwand verbreitete kapitalistische Ferien- und Freizeitideologie, die die menschliche Existenz fein säuberlich in zwei Hälften, in Arbeitszeit und Freizeit teilt, soll die unterdrückten Menschen mit ihrem „Schicksal" versöhnen. Was Alltag und Arbeitszeit auch für Ärger bringen mögen – Urlaub und Freizeit sollen Ausgleich schaffen, hier soll die Illusion geweckt werden, daß der Kapitalismus gute Seiten hat. Urlaub, in dem „der Mensch wieder Mensch wird"? Urlaub vom Kapitalismus? Das wird von den Kapitalisten und ihren Ideologen gepredigt, um die unterdrückten Menschen an das kapitalistische System zu ketten, das soll das Zuckerbrot sein, daß über die alltägliche Wirklichkeit hinwegtäuschen soll.

Übrigens: 16 % aller Arbeiter haben noch nie in ihrem Leben einen Urlaub gemacht.

Scheue dich nicht zu fragen,
Genosse!
Laß dir nichts einreden
Sieh selber nach!
Was du nicht selber weißt
Weißt du nicht.
Prüfe die Rechnung
Du mußt sie bezahlen.
Lege den Finger auf jeden
Posten,
Frage: wie kommt er hierher?
Du mußt die Führung
übernehmen.

(aus: „Lob des Lernens"
von B.Brecht)

Eviva Espagna ? ? ?

Die kapitalistische Urlaubsindustrie trägt zu einem großen Teil zur Verelendung der Arbeiterklassen der klassischen Urlaubsländer bei. Beispiel Spanien: Die Kanarischen Inseln (Teneriffa etc.) brauchen *„seit Jahren mehr Schulen – die lokale Analphabetenrate liegt mit offiziell 8 bis 12 Prozent drei- bis viermal so hoch wie auf dem spanischen Festland, die Geburtenrate bei 28 bis 30 pro 1000 (Festland: 19,5 pro 1000). Doch statt Schulen bauten der Magistrat von Santa Cruz und der „Cabildo Insular", der oberste Gemeinderat für alle Inseln, unlängst den künstlichen Sandstrand ‚La Teresita'. Mit einem Kostenaufwand von rund 200 Millionen Peseten (8,6 Millionen Mark) wurde eine Bucht durch Schutzdeiche abgeteilt und mit 200 000 Kubikmeter Sand aus der Sahara angefüllt – gelbem Sand, der den Touristen besser gefällt als der einheimische dunkelgraue."* („Spiegel", 27.8.73)

In den Touristenzentren steigen die Lebenshaltungskosten schneller als im spanischen Landesinnern – das Leben wird für die spanischen Familien, die das Pech haben, in Touristenzentren zu wohnen, noch teurer; Bodenspekulanten treiben die Grundstückspreise in astrono-
Bodenspekulanten treiben die Grundstückspreise in astrono-
mische Höhen, in einigen Gebieten sind die Preise innerhalb von zehn Jahren um tausend Prozent gestiegen. Die Urlauberwelle kommt in den Touristenzentren einer Besatzung Spaniens durch ausländische Mächte gleich: Wo besonders viele BRD-Bürger Urlaub machen, schießen Lokale wie „Zum blauen Bock", „Bei Willy", „Beim dicken Otto" wie Pilze aus dem Boden, auf der Straße wird dick angekündigt, daß man in dem und dem Lokal „Deutschen Filterkaffee", „Frankfurter Würstchen" oder „Eisbein mit Sauerkraut" bekommen kann. Kein Wunder, wenn sich viele Spanier wie Fremde im eigenen Land vorkommen.

An der Lage des unterdrückten spanischen Volkes ändert der Touristenboom gar nichts:
ten spanischen Volkes ändert der Touristenboom gar nichts;
im Gegenteil, für einen großen Teil der Spanien-Urlauber, die Spanien nur von seiner Sonnenseite kennenlernen, wird der spanische Faschismus „salonfähig" – die alltägliche Wirklichkeit unter dem faschistischen Regime wird von den Urlaubern ferngehalten.

Die Devisen, die die Urlauber nach Spanien bringen, fließen in die Taschen der spanischen und u.a. westdeutschen Bourgeoisie. Ein Viertel aller Spanier wird wie bisher mit einem monatlichen Familieneinkommen von kaum 250 Mark auskommen müssen.

Anfang '73 versprach die Urlaubsabteilung des Hertie-Kaufhauskonzerns in zahlreichen Annoncen in Tageszeitun-
Kaufhauskonzerns, in zahlreichen Annoncen in Tageszeitun-
gen: *„Hertie läßt Spaniens Sonne für sie scheinen"* – für Spaniens Arbeiterklasse und für die ganze unterdrückte Bevölkerung knipsen die Urlaubskonzerne dagegen das Licht aus!

Immobilien-Anzeigen in Tageszeitungen: Spanien wird an die BRD-Kapitalisten verkauft



Massentourismus: Wo der Mensch wieder Mensch wird

Kampf der Faschisierung von Staat und Gesellschaft

Frankfurt: SPD-Magistrat hat mit der Illegalisierung der kommunistischen Bewegung schon begonnen

Nachfolgend berichten wir in einem zusammenhängenden Komplex über das Verbot einer Demonstration gegen das faschistische Blutbad von Brescia in Frank- und über das Verbot und den Polizeieinsatz gegen eine antifaschistische Aktion aus Anlaß des „Deutschlandtages" der NPD in Frankfurt.

Diese drei Artikel zeigen beispielhaft, wie weit die Faschisierung auf einem bestimmten Sektor in unserem Land schon vorangeschritten ist. Konkret handelt es sich darum, daß in Frankfurt mittlerweile eine Situation erreicht ist, wo die Illegalisierung der kommunistischen Bewegung schon begonnen hat. Durch die inzwischen wochenlange Praktizierung eines generellen Demonstrationsverbotes gegen die linken Organisationen, ist in Frankfurt ein ganzer Abschnitt der öffentlichen politischen Arbeit der gesamten revolutionären Linken außerhalb des „demokratischen Rechts" gestellt worden.

Die linken Organisationen in Frankfurt sind durch diese Entwicklung gezwungen, sich in einem bestimmten Bereich ihrer politischen Tätigkeit unmittelbar andere Kampfformen zu überlegen, als die bislang möglichen legalen Demonstrationen. Vorerst zeigt sich, daß die revolutionäre Linke in Frankfurt darauf weitgehend unvorbereitet ist und es bislang nicht geschafft hat, auf diese Entwicklung in einer geeigneten und erfolgreichen Weise zu reagieren. Die Versuche, das Demonstrationsverbot einfach zu ignorieren und sich dennoch am geplanten Platz der verbotenen Demonstration zu versammeln, sind bislang zumeist fehlgeschlagen, da die Polizei in keinem Fall zögerte, das Demonstrationsverbot mit allen Mitteln durchzusetzen.

Es zeigte sich dabei auch, daß der SPD-Magistrat bereits mit der bloßen Verhängung des Demonstrationsverbots seine Auswirkungen in die Reihen der Linken hinein erzielt. In Sonderheit ist dies bei der antifaschistischen Aktion gegen das „Deutschlandtreffen" der NPD festzustellen, wo sich am Versammlungsplatz der (verbotenen) Demonstration nur rund 300 Genossen einfanden, obwohl die Mehrzahl der revolutionären Organisationen, und darunter auch die einflußreichsten (dies sind in Frankfurt gegenwärtig der „Revolutionäre Kampf („RK") und der KBW), trotz Verbots weiterhin dazu aufgerufen hatten. Das „Potential", das diese Organisationen in der Vergangenheit (in „normalen" Zeiten) mobilisieren konnten, hat demgegenüber bereits bei mehreren Tausend gelegen.

Aktuell ist in Frankfurt eine Demobilisierung auf Seiten der Linken festzustellen, und das ist auch die Folge verschiedener Niederlagen in den bisherigen Kämpfen (gegen die Wohnraumzerstörung und gegen die Fahrpreiserhöhung), die in Frankfurt gleichzeitig am weitesten fortgeschritten sind. Einerseits sind solche Niederlagen natürlich vom gegenwärtigen Stand des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses insgesamt abhängig; andererseits handelt es sich unseres Erachtens aber auch um Niederlagen einer falschen Politik (siehe dazu den Artikel über die KBW-Politik in den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhung). Es hilft dabei nichts, sich mit „aufmunternden" Sprüchen über die „stärker gewordene Rebellion" in Frankfurt darüber hinwegzumogeln und sich selbst und der gesamten Linken in die eigene Tasche zu lügen. Sicher ist die „Rebellion" in Frankfurt an manchen Kampfabschnitten schon stärker als andernorts in unserem Land – aber ebenso sicher steht diese „Rebellion" hier auch gegenwärtig vor den größten Schwierigkeiten, die nicht durch die bloße Beschwörung der „Willenskraft" der Kommunisten überwunden werden können.

Was uns betrifft, so hat der KB in Frankfurt erst eine sehr schwach entfaltete Arbeit, und wir meinen auch nicht, daß wir hier den „Stein der Weisen" im Rucksack hätten. Aber wir meinen, daß es das erste und dringendste für den weiteren Aufbau einer kommunistischen Arbeit in Frankfurt sein muß, sich politische Klarheit über den hier erreichten Stand der gesellschaftlichen Kämpfe zu verschaffen, von dort aus eine kritische Analyse der bisherigen Politik der verschiedenen Organisationen vorzunehmen und darüber und über den weiter einzuschlagenden Weg eine solidarische Diskussion innerhalb der revolutionären Linken zu eröffnen. Diese notwendige Auseinandersetzung hat ihre Bedeutung und ihren Erfahrungswert auch keineswegs nur für Frankfurt: denn Frankfurt ist, was die Illegalisierungsmaßnahmen gegen die kommunistische Bewegung betrifft, gegenwärtig nur Vorreiter für die Absichten der Bourgeoisie und ihres Staates im ganzen Land.

KB/Gruppe Frankfurt

KBW zum antifaschistischen Kampf

Auch auf der gemeinsamen antifaschistischen Veranstaltung am 14. Juni, die der Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion gegen das NPD-„Deutschlandtreffen" dienen sollte, gab der KBW wieder einige Kostproben seines politischen Ignorantentums zum besten. Die Forderung nach Verbot aller faschistischen Organisationen verurteilte er als „opportunistisch", weil sie sich „an den Staat und nicht an die Massen richtet"! Weder konnte ihn dabei der Hinweis eines Genossen umstimmen, daß in Italien gegenwärtig Tausende und Millionen die Forderung „MSI fuorilegge" (Verbot der neofaschistischen MSI) erheben – noch konnte er den Unterschied erklären, weshalb der KBW beispielsweise die Forderung nach Abschaffung des § 218 unterstützt, was ja auch an den Staat gerichtet ist. Besondere Heiterkeit unter den Teilnehmern dieser Veranstaltung verdiente sich der KBW-Ortsleitungssekretär dann aber mit seinem denkwürdigen Ausspruch:

„In Frankfurt schlagen die Wellen des Klassenkampfes hoch."

Vielleicht muß man hier den Grund suchen, weshalb so viele KBW-Genossen sowohl dieser Veranstaltung als auch der (verbotenen) antifaschistischen Demonstration zwei Tage später fernblieben. Vielleicht ist es so, daß die Mehrheit der KBW-Genossen von ihrer Ortsleitung gerade an anderen Stellen dringend zum politischen Wellenreiten eingesetzt waren.

Die gemeinsame Veranstaltung bot jedenfalls mit einer Teilnehmerzahl von nur rund 200 Leuten ein insgesamt jämmerliches Bild – und das, obwohl die Mehrzahl der sich revolutionär nennenden Frankfurter Linken dazu aufgerufen hatte (zum Vergleich: der KBW behauptet in seinem letzten Rechenschaftsbericht von sich selbst, daß es in Frankfurt *„400 auf unserer Linie organisierten Kommunisten"* gibt.)

Tatsache ist wohl, daß besonders der KBW überhaupt kein ernsthaftes Interesse daran hat, seine eigenen Genossen zu antifaschistischen Versammlungen und Demonstrationen zu mobilisieren – da er ja die Existenz einer faschistischen Gefahr in unserem Land und damit auch die Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes prinzipiell leugnet. Tatsache ist auch, daß diese Veranstaltung für die gesamte revolutionäre Linke in Frankfurt ein Warnsignal sein muß, wie es um das politische Niveau in ihren eigenen Reihen bestellt ist. Darüber in eine solidarische Diskussion zu kommen und hier den Hebel der Verbesserung unserer Arbeit anzusetzen, halten wir für eine der wichtigsten Erfahrungen dieser Veranstaltung.

KB/Gruppe Frankfurt •

SPD-Magistrat schützt Zusammenrottung von 2.000 Faschisten – mit Gas und Schlagstock gegen die Antifaschisten

Für den 16. Juni, den Vorabend des sogenannten „Tag der deutschen Einheit", an dem seit 21 Jahren großdeutscher Chauvinismus gefeiert wird, hatte die NPD ihr „Deutschlandtreffen" nach Frankfurt gerufen. Frankfurt hatte in den vorangegangenen Wochen, in den Kämpfen gegen die Wohnraumzerstörung und gegen die Fahrpreiserhöhung, einen brutalen Polizeiterror und Demonstrationsverbote gegen die Organisationen der Linken erlebt. Umso mehr mußte es eine Provokation für alle klassenbewußten Arbeiter sein, wenn nun die Faschisten als erste wieder die Straße für sich beanspruchen durften: der SPD-Magistrat hatte, wie noch in der „Frankfurter Rundschau" vom 11. Juni bekanntgegeben wurde, erklärt, daß er „keine Veranlassung" sehe, die Zusammenrottung der Faschisten zu verbieten.



Kein Bild vom Nürnberger Parteitag der NSDAP 1934 – sondern vom „Deutschlandtreffen" der NPD am 16. Juni 1974 in Frankfurt



Frankfurter Bullen schützen den faschistischen Aufmarsch



Faschistische Zusammenrottung der Faschisten in der Frankfurter Innenstadt

Bereits kurz nach Bekanntwerden der beabsichtigten Nazi-Versammlung wurde mit der Bildung einer antifaschistischen Aktionseinheit begonnen, für die eine große Zahl linker Organisationen gewonnen werden konnte: außer uns und dem Darmstädter RBJ, die gemeinsam zum ersten Treffen der AE eingeladen hatten, beteiligten sich im weiteren noch „KPD", KSV, Liga gegen den Imperialismus, Rote Hilfe e.V., Revolutionärer Kampf, Lotta Continua, KBW, KSB, KOV, GIM, Iranische Studentenvereinigung, Movimiento Communista de Espagna (Kommunistische Bewegung Spaniens), Comitee de Solidaridad y Lucha (spanisches Solidaritäts- und Kampfkomitee) und die Frankfurter Bürgeraktion gegen Neonazismus. Die Darmstädter RBJ-Gruppe hatte darüber hinaus noch in Darmstadt (ca. 30 km von Frankfurt entfert) zu einer antifaschistischen Aktionseinheit aufgerufen. Auf der Grundlage der großen Anzahl von beteiligten Organisationen setzte die Aktionseinheit sich das Ziel, die faschistische Zusammenrottung zu verhindern. Es wurde eine Demonstration vom Friedberger Platz (im Arbeiterviertel Bornheim) zum Opernplatz (dem Kundgebungsort der Faschisten) vereinbart, und als Vorbereitung eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung am 14. Juni in der Uni.

Durch ein verteiltes Rollenspiel von Polizei und Justiz wurde die antifaschistische Gegendemonstration verboten: zunächst verbot die Polizeibehörde beide Demonstrationen (sowohl die der Faschisten als auch die der Antifaschisten) – und anschließend hob das Verwaltungsgericht das Verbot der Faschisten-Demo unter Aufrechterhaltung des Demonstrationsverbots für die Antifaschisten wieder auf! Das Gericht erklärte dazu, daß nicht von der NPD, sondern von den Antifaschisten „Gewalttätigkeiten" zu erwarten seien! Das sind klare Fronten für eine von der SPD regierte Stadt!

Die Führung der Jungsozialisten, die zunächst auch eine eigene Protestdemonstration gegen das Nazi-Treffen beabsichtigt hatte, zog ihre Anmeldung nach diesem Gerichtsbescheid wieder zurück – und machte ein weiteres Mal klar, daß ihr die Loyalität zu „Recht und Ordnung" dieses Staates auch dann zupaß ist, wenn dieser Staat in einer so offensichtlichen Weise den alten und neuen Massenmördern unseres Volkes den Steigbügel hält. Die antifaschistische Aktionseinheit der linken Organisationen hielt andererseits an ihrem Vorhaben für eine Gegendemonstration fest. Sie befand sich, wie schon in den vergangenen Wochen bei den Fahrpreis-Demonstrationen und bei der Demonstration gegen das faschistische Blutbad im italienischen Brescia, erneut in der Situation, daß ihr Kampf illegalisiert war. Noch am Vortag des Faschisten-Treffs wurden mindestens zwei Genossen des KBW beim Flugblattverteilen für die Gegendemonstration festgenommen, und einer davon von der uniformierten Polizei zusammengeschlagen.

Polizei setzt Demonstrationsverbot gegen die Linken mit allen Mitteln durch

Das „Deutschlandtreffen" der NPD in Frankfurt wurde zur größten Zusammenrottung von Faschisten in unserem Land seit etlichen Jahren: an die 2.000 Faschisten waren in Frankfurt zusammengeströmt und angekarrt worden; aus dem ganzen Bundesgebiet, teilweise in militaristischer Nazi-Uniform, teilweise in „heimatverbundener" Trachten- und Lederhosen-Uniform, teilweise im „Modern Look" mit Blue Jeans und langen Haaren. Am Ratsweg, wo sie sich zu ihrem Aufmarsch Richtung Opernplatz versammelten, begrüßten sie sich untereinander freimütig mit Rufen wie: „Na, ihr Hamburger Faschisten". Auch daß einige Fahrtenmesser (und sicher noch andere Waffen) bei sich trugen, störte die auf „Sicherheit und Ordnung" bedachte Polizei natürlich wenig.

Dagegen hatte die Polizei ihre „demokratischen Abwehrkräfte" auf den Friedberger Platz konzentriert, wo die (verbotene) antifaschistische Kundgebung stattfinden sollte. Hier machte die Polizei von Anfang an klar, daß sie dieses Verbot mit allen Mitteln durchsetzen wollte. Sie hatte ein riesiges Aufgebot aufgefahren, mit mehreren Wasserwerfern, vergitterten Gefängniswagen und Mannschaftswagen – gegen nur rund 300 Antifaschisten, die trotz Verbot zum Friedberger Platz gekommen waren. Schon als die ersten Antifaschisten auf dem Platz eintrafen, unternahm die Polizei erste Stoßangriffe, nahm drei Genossen fest und führte Taschenkontrollen durch. Per Lautsprecher forderte sie dann zur Auflösung auf diesem Platz auf. Da sich erwies, daß die Durchführung der geplanten antifaschistischen Kundgebung auf diesem Platz unmöglich war, rief ein Genosse per Megaphon dazu auf, sich am Opernplatz wieder zusammenzufinden. Unter Rufen wie „Nieder mit der braunen Pest! Faschisten raus aus Frankfurt!" zogen die Antifaschisten daraufhin in kleineren Gruppen vom Friedberger Platz ab.

Das Polizeiaufgebot am Opernplatz war noch massiver als am Friedberger Platz. Während der Faschisten-Zug noch vom Ratsweg aus unterwegs war, sammelten sich an mehreren Ecken rund um den Opernplatz herum die ersten Gegendemonstraten. Die Polizei unternahm auch hier sofort erste Übergriffe, konzentrierte sich dann aber zunächst auf die Absperrung des gesamten Platzes. Über Polizeifunk wurden dann die Faschisten auf den Platz gelotst, so daß sie von den an einigen Straßenrändern stehenden Antifaschisten, deren Zahl hier auf rund 500 wuchs, getrennt

➡

CN-Kampfgas: „Tödliche Fälle sind selten, kommen aber vor."

Die „KVZ" hat in ihrer Ausgabe vom 12. Juni zwei medizinische Bücher über die Gefährlichkeit des in Frankfurt von der Polizei eingesetzten CN-Kampfgases zitiert, was wir hier nachdrucken wollen:

„Chloracetophenon (CN) gehört zu der Gruppe der chemischen Kampfstoffe. Bereits in kleinsten Konzentrationen löst es heftige Augenschmerzen und Tränenfluß aus, in stärkeren Konzentrationen wirkt es wie Chlorgas. Die Therapie entspricht der einer Chlorvergiftung." (aus: Mutschler, Arzneimitelwirkungen, ein Standardwerk der Pharmakologie)

„CN ruft schon in kleinsten Spuren starke Reizerscheinungen hervor, so daß die betreffenden Leute handlungsunfähig sind. In stärkeren Konzentrationen wirkt es als Lungenreizgift. Tödliche Fälle sind selten, kommen aber vor." (aus: Moeschlin, Klinik und Therapie der Vergiftungen) ●

Die Ratten kriechen aus ihren Löchern

Vor einigen Tagen fuhr ich mit der U-Bahn. Mir gegenüber saßen zwei junge Männer. Sie unterhielten sich über eine Demonstration, die gerade stattgefunden hatte und bei der sie wieder „Jagd auf Nickelbrillen" gemacht hatten. Als sie merkten, daß ich sehr interessiert zuhörte, sprachen sie noch lauter davon, daß sie „es denen schon austreiben" würden. Ich wußte vor lauter Wut nicht, was ich machen sollte. Da grinste mich einer an, schlug seinen Mantel zurück und zeigte einen Gürtel, mit einem faschistischen Runenzeichen darauf. Beide warteten offensichtlich darauf, daß ich auf ihre Provokation anspringen würde. Als ich ausstieg, verfolgten die beiden mich noch lange auf Schritt und Tritt. Sie trauten sich offenbar noch nicht, mich offen anzugreifen, für die Zukunft jedoch müssen wir überlegen, wie wir auf derartige Provokationen eingehen können.

Ein Sympathisant aus St. Pauli ●

Frankfurt: Demonstration gegen faschistisches Blutbad verboten!

Für Sonnabend, den 8. Juni, hatten mehrere Organisationen in Frankfurt zu einer Protestdemonstration gegen das faschistische Blutbad Brescia (Italien) aufgerufen. Diese Demonstration wurde vom Frankfurter SPD-Magistrat kurzerhand verboten.

Die Polizeibehörde teilte dem „Ständigen antifaschistischen Komitee", das als Veranstalter aufgetreten war und sich aus mehreren italienischen Gruppen in der BRD zusammensetzt, mit, daß die Demonstration deshalb verboten werden müsse, weil zu befürchten sei, daß die Demonstranten von e i n g e r e i s t e n i t a l i e n i s c h e n F a s c h i s t e n angegriffen würden. Das ist an Zynismus kaum mehr zu überbieten: die Polizei gibt zu, daß sie bevorstehende Terrorakte von italienischen Faschisten in der BRD für möglich hält – aber ihre „Gegenmaßnahme" besteht nicht etwa darin, diese „befürchteten" faschistischen Umtriebe zu unterbinden, sondern d e n K a m p f d a g e g e n zu unterbinden!

Da diese dem antifaschistischen Komitee gegenüber ausgesprochene Verbotsbegründung wohl allzu entlarvend ist, hat die Polizei ö f f e n t l i c h eine andere „Begründung" vorgeschoben. In einem an die Bevölkerung verteilten Flugblatt versucht sie das Verbot mit der *„begründeten Besorgnis"* zu rechtfertigen, *„daß es auch im Rahmen dieser Demonstration zu gewalttätigen Ausschreitungen und Angriffen auf Personen und Sachen kommen wird."* (Das Verbot richtete sich gleichzeitig gegen andere Demonstrationen, mit denen am Sonnabend der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung und den Polizeiterror weitergeführt werden sollte). Nachdem die Polizei bereits in der Vorwoche verschiedene Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhung verboten hatte, deutet sich hier jetzt an, daß zukünftig ein a l l g e m e i n e s Verbot für linke und antifaschistische Demonstrationen praktiziert werden soll.

Trotz des Verbots versammelten sich jedoch rund 300 Antifaschisten auf dem Merianplatz. Nach den ersten kämpferischen Parolen und Liedern wurde der Platz von den in den Seitenstraßen bereitstehenden Polizeitruppen umstellt und geräumt. Dabei kam es zu vereinzelten „Rangeleien". Einen Flugblattverteiler konnten die Demonstranten gerade noch vor der Verhaftung bewahren, indem sie entschlossen ein paar Zivilbullen abdrängten. In kleinen Gruppen gelang es dann der Mehrzahl der Demonstranten, das italienische Konsulat zu erreichen. Dort hielt ein italienischer Genosse eine kurze Ansprache, während andere Genossen in das Konsulat einzogen, es vorübergehend symbolisch für besetzt erklärten und mit den dortigen Angestellten diskutierten. Es wurden Transparente in italienischer und deutscher Sprache entrollt und am Konsulatsgebäude befestigt, auf denen zu lesen war: „Das Konsulat ist besetzt", „Verbot der MSI-Faschisten" und „Antifaschisten, die Faust geballt, gegen Faschismus hilft nur Gewalt!"

KB/Gruppe Frankfurt ●

Bücher und Broschüren

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Führung
120 Seiten DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen !**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten DM 6,–

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikel unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten DM 6,50

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten DM 6,50

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte

○ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
100 Seiten DM 3,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten !**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden ?
100 Seiten DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des kommunistischen Bundes

○ für 6 Ausgaben		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

○ für 6 Ausgaben		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab	DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

○ für 6 Ausgaben DM 8,–

Anschrift: ______________________

(Datum) (Unterschrift)

○ **Verlags-Katalog** kostenlos
In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Cuxhaven: Regierungspräsident unterstützt NPD-Nazis

Im ARBEITERKAMPF Nr. 44 berichteten wir über die erfolgreiche Verhinderung einer NPD-Veranstaltung durch Cuxhavener Antifaschisten. Der stellvertretende Kreisverbandsvorsitzende und Landtagskandidat der NPD, Manfred Kuras, bezeichnet diese Aktion als *„eklatanten Angriff auf die Grundrechte politisch interessierter Bürger"*. Die Polizei griff damals nicht ein, um den Faschisten Zugang zum Saal zu verschaffen. Nach Kuras begründete der verantwortliche Hauptkommissar seine Entscheidung, nichts zu tun, damit, *„daß nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel ein Schaden entstanden wäre, der erkennbar nicht zum beabsichtigten Erfolg gestanden hätte"*. Deshalb habe die Polizei „hier rechtsmißbräuchlich gehandelt und vor dem Terror kapituliert." (Aus dem Leserbrief des NPD-Kuras in der „Cuxhavener Presse" vom 7.6.74).

Äußerst ‚empört' über dieses Verhalten der Polizei richtete der NPD-Kreisverband eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Cuxhavener Polizei-Hauptkommissar Model an den Stader Regierungspräsidenten. In tiefster Zufriedenheit zitiert Kuras in seinem Leserbrief dessen Antwort:

„PHK Model hat unzweifelhaft wichtige und für die Beurteilung der Lage, insbesondere auch der Rechtslage, bedeutsame Einzelfakten falsch bewertet und ist damit zu fehlerhaften Entschlüssen gekommen, die die Untätigkeit der Schutzpolizei bewirkten. Durch die festgestellten Rechtsverletzungen der Demonstranten war die öffentliche Sicherheit und Ordnung zweifelsohne gestört und ein reibungsloser Ablauf Ihrer Versammlung nicht gewährleistet. Es ist Aufgabe der Polizei, in solchen Fällen den ordnungsgemäßen Zustand wieder herzustellen ...

Ich bin sicher, daß auch künftig die Polizei, – nicht nur in Cuxhaven – mit angemessenen Mitteln in der Lage ist, dem Bürger und den Institutionen des Staates und politischen Lebens den Schutz zu gewähren, den ihnen die Rechtsordnung garantiert und daß die von Ihnen mit Recht beanstandete Untätigkeit der Polizei Ausnahme bleibt ...

Durch den Disziplinarvorgesetzten sind überdies Maßnahmen der Dienstaufsicht gegen den Beamten getroffen worden, da sein Verhalten nicht gebilligt werden kann." („Cuxhavener Presse" vom 7.6., zitiert nach Kuras' Leserbrief).

NPD-Kuras, seines Zeichens Regierungsinspektor (!), konnte hier zu Recht feststellen: „Der Regierungspräsident hat in dankenswert schneller Weise reagiert und sich voll und ganz hinter die Rechtsauffassung der NPD gestellt ..."

In aller Offenheit werden die Faschisten vom Staatsapparat nicht nur geduldet, sondern auch unterstützt. Man kann nicht sagen, der Staat sei bei der Handhabung z.B. des ‚Radikalenerlasses' auf dem rechten Auge blind (Kuras müßte „eigentlich" auch davon betroffen sein) – nein, er sieht sogar sehr gut und greift den Faschisten hilfreich unter die Arme und verteidigt sie.

Bleibt noch zu erwähnen, daß die Polizei in Cuxhaven einen härteren Kurs eingeschlagen hat:

– Gegen die Antifaschisten, die die NPD-Veranstaltung verhinderten, wird inzwischen ermittelt.
– Beim ‚großen Zapfenstreich' (der Vereidigung der in Cuxhaven neu stationierten Soldaten) wurden über hundert Polizisten eingesetzt (für Cuxhavener Verhältnisse ungewöhnlich viele), um die ‚Ordnung' zu wahren. Bei diesem Militaristen-Zirkus kam es dann zu Protestaktionen, bei denen die Polizisten mit Hunden und Schlagstöcken die Demonstranten abdrängten. Eine Person wurde abgeführt.
– Am 8.6. wurde die Polizei von den bürgerlichen Parteien gerufen, weil die „Liga gegen den Imperialismus" anläßlich der Landtagswahlen in Niedersachsen sie richtigerweise als Volksfeinde bezeichnet hatte. Die Bullen erschienen sofort.

Inzwischen hat sich auch die sozi-
erschienen sofort.
Inzwischen hat sich auch die sozi-
aldemokratische „Cuxhavener Presse" in faschistischer Hetze geübt, nachdem sie früher noch eher ‚liberal' antifaschistischen Aktionen gegenüberstand. Am 18.5. heißt es zum Abschluß des fast ganzseitigen und rechts-engagierten Berichts über den ‚Großen Zapfenstreich':

„An dieser Stelle sei noch eine Bemerkung erlaubt. Wie im vergangenen Jahr versuchte auch gestern eine Handvoll politischer Wirrköpfe bei der militärischen Feier die Veranstaltung zu stören. In Ermangelung von Argumenten versuchte man sich unter dem Motto „Einigkeit macht stark" mit den üblichen Sprüchen im Chor. Haben extrem nach links ausgerichtete Elemente immer noch nicht gemerkt, daß sie in der Bundesrepublik nicht gefragt sind?" ●

KB-Sympathisant aus Cuxhaven

17. Juni – Karlsruhe: NPD-Kundgebung gesprengt

Kommunisten und Antifaschisten störten erfolgreich eine „Gedenkkundgebung" der NPD zum 17. Juni in Karlsruhe. Die faschistische NPD wollte einen neuen Anlauf nehmen, in Karlsruhe an Boden zu gewinnen. Mit einer Schwemme von Plakaten und Flugblättern hatte die NPD schon Wochen vorher die antikommunistische Werbetrommel gerührt.

Die meisten linken Organisationen hatten nichts gegen die NPD-Kundgebung auf dem Karlsruher Marktplatz vorbereitet.

Nur die Genossen des KAB„D" („Kommunistischer Arbeiterbund/Deutschland") hatten kurzfristig intern gegen die Kundgebung mobilisiert und folgende Parolen ausgegeben:

- Demokraten, Kommunisten, gemeinsam gegen die Faschisten
- Neonazis rüsten fleißig, für ein neues 33
- Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg
- Faschismus bedeutet Krieg
- Faschisten raus aus Karlsruhe
- Millionen Tote mahnen, wehret den Anfängen
- Nieder mit der braunen Pest.

Ca. 180 Jugendliche (außer den in KAB„D" organisierten Genossen und deren Sympathisanten war eine beträchtliche Anzahl Antifaschisten spontan dazugestoßen) erteilten der NPD eine Abfuhr, die diese nicht erwartet hatte, denn die „Ordner"truppe war keineswegs auf eine Gegendemonstration gerüstet. Im Gegensatz zu anderen Städten (z.B. Hamburg und Frankfurt) war dieses Mal außer drei Uniformierten und einer Handvoll Spitzeln kein Bulle im Einsatz.

Die NPD, die in Nordbaden von Anfang an keine guten Karten hatte, hatte einen Bus mit alten Faschisten zum Jubeln angekarrt. Zusammen mit den „Ordnern" waren sie nicht ganz so viele wie die antifaschistischen Demonstranten.

Eine Marschkapelle versuchte schon eine Stunde vor Beginn der Kundgebung, mit „munteren Weisen" Schaulustige anzulocken.

Es gelang den Antifaschisten von Anfang an, die Faschisten mundtot zu machen. Wegen der Sprechchöre, Pfiffe und Buhrufe kamen nur unverständliche Fetzen aus dem Lautsprecher der Faschisten. Das „Deutschlandlied" wurde durch das Singen der Internationale eindrucksvoll überstimmt. Die faschistischen „Ordner" konnten die Demonstranten nicht daran hindern, bis kurz vor's Rednerpult vorzudringen. Nach einer Stunde gaben die Faschisten auf.

Die Kommunisten und Antifaschisten waren selbst überrascht über den Erfolg ihrer Aktion:

- hatte es doch nur wenig Vorbereitung gegeben;
- nur der KAB„D" hatte sich kurzfristig entschlossen, seine Genossen und Sympathisanten zu mobilisieren, Parolen zu überlegen usw.;
- Absprache unter den linken Gruppen hat es nicht gegeben;
- dem an der Uni Karlsruhe stark (zahlenmäßig) aufgeblasenen KBW war es nicht eingefallen, daß man gegen die NPD kämpfen müsse oder könne;
- während der Aktion wurden keine Flugblätter zur Information der vorbeigehenden oder interessiert stehenbleibenden Menschen verteilt. So blieb diese – an sich gute – Aktion im wesentlichen auf Jugendliche beschränkt.

Außerdem war ein gewisser Pazifismus bei den antifaschistischen Demonstranten festzustellen. So blieben die Kabel der Lautsprecher, an die man leicht herankam, ungeschoren. So wurde mit „diskussionsbereiten" Faschisten diskutiert! Gerade solche Vögel haben mehr als nur Sprechchöre verdient.

Eine Modellmauer („Mahnmal") wurde einfach stehengelassen. So ein Ding kann man sehr gut als Rammbock gegen die Faschisten benutzen.

Nachgiebigkeit gegenüber den Faschisten hat sich noch nie gelohnt.

Die künftigen antifaschistischen Aktionen werden ohne Zweifel schwieriger sein. Die Faschisten sind jetzt gewarnt, ebenso die Bullen.

Bei antifaschistischen Aktionen, die sich nicht nur gegen die noch relativ isolierte NPD richten, sondern auch gegen renommierte „rechtsstaat-

➔

JUGENDZENTRUM – TUMMELPLATZ DER FASCHISTEN ?

Nordhorner Faschisten offenbarten Menschenschlächter-Mentalität

In Nr. 44 und 45 des ARBEITERKAMPF wurde ausführlich über die zunehmende Tätigkeit der Faschisten in Nordhorn berichtet, wo sie wieder in zunehmender Zahl und in verschiedenen Gewändern auftreten. Vor allem im Jugendzentrum gehen sie weitgehend ungehindert ein und aus und können so relativ unbehelligt mit ihren Rattenfänger-Methoden Jugendliche einsacken (15 in den letzten 12 Monaten). Dabei machen sie sich die Naivität mancher Jugendlicher und auch ihre „persönlichen Probleme" zunutze: ihre Kontaktschwierigkeiten, mangelnde Kameradschaft und Solidarität, aufgestaute Aggressionen . . . Uns sind zwei Beispiele dafür bekannt, wie die Jungfaschisten genau diese Widersprüche und Probleme schamlos ausnutzten:

1. Ein Jugendlicher wurde auf sein „Nationalgefühl" angesprochen; er juble doch auch bei jedem deutschen Tor; da wäre er doch bei den JN genau richtig . . .
2. Ein anderer Jugendlicher wurde damit gelockt, daß die JN ein ungeheuer kameradschaftlicher Haufen sei, in dem alle zusammenhalten, usw.

Beide Fallen schnappten zu; die Jugendlichen, nun dabei und gestärkt in ihrem Gefühl, einer kameradschaftlichen Clique anzugehören (die Faschos treten immer nur in Rotten auf), übernehmen dann schnell Elemente faschistischer Ideologie (wenngleich sie das oft auch nicht in der offenen Auseinandersetzung vertreten können) und kriegen dort die antikommunistische Orientierung ihrer Aggressionen verpaßt.

Veranstaltung der antifaschistischen „Initiative Demokratische Jugend"

Inzwischen hat sich im Zuge der Vorbereitung einer antifaschistischen Veranstaltung in Nordhorn eine Gruppe demokratischer, antifaschistischer Jugendlicher zur „Initiative Demokratischer Jugend" zusammengefunden. Die Veranstaltung fand am 21.6. mit Unterstützung der Oldenburger KB-Gruppe im Jugendzentrum statt.

Von den ca. 60 Teilnehmern waren etwa ein Viertel junge Faschisten, die die Veranstaltung erheblich stör-ten. Neben andauernden Zwischenrufen beklatschten sie jeden Bericht über faschistische Schweinereien, wie sie in den Referaten des KB zu Italien und zum Mord an einem türkischen Arbeiter in Norderstedt sowie im Referat der Nordhorner Freunde über das Treiben der Faschisten dort enthüllt wurden. Jeder faschistische Mord, jede faschistische Drohung gegen Nordhorner Demokraten wurde von den Faschos mit zynischen Bemerkungen, Beifall usw. bedacht. Ein Nordhorner Genosse wurde von dem JN-Faschisten Knappert als „Jude" und „Bettnässer" begeifert. Es gab weitere faschistische Drohungen. Die üblen „Gags" solcher JN-Schweine wie Knappert und Siekhart bekamen nicht nur den Beifall der zusammengerotteten Faschisten, sondern auch des Jugendzentrum-Heimleiters (positives breites Grinsen) und eines CDU-Typen (Meckern gegen die Veranstalter).

Viele Widersprüche und Probleme bei der Organisierung des antifaschistischen Kampfes in Nordhorn

Wir können noch nicht genau beurteilen, was mit der Veranstaltung vom 21.6. erreicht wurde. Ein KB-Genosse stellte auf der Veranstaltung heraus, daß es offensichtlich auch das Ziel der Faschisten sei, die Diskussion in den Augen der Teilnehmer zu einem „Hickhack zwischen den Extremisten" zu machen und den eigentlichen Zweck der Veranstaltung – die Diskussion über die Frage: wer sind die Faschisten, was wollen sie und wie müssen wir sie bekämpfen? – zu vereiteln (was ihnen schließlich auch gelungen ist). Die Faschisten pochten auf „demokratische Spielregeln"; die KB-Genossen versuchten das faschistische Gesabbel einzudämmen und hielten dem Pochen der Faschisten auf „demokratische Rechte" deren zynische, menschenverachtende Kommentare zu den faschistischen Blutbädern in Italien usw. entgegen. Wir erhielten aber gerade auch in diesem Punkt (wie auf der ganzen Veranstaltung) keine nennenswerte Unterstützung aus dem Publikum. Viele Freunde der „Initiative Demokratische Jugend Nordhorn" waren und sind der Auffassung, man hätte die Faschisten gemäß demokratischer Spielregeln zum Zuge kommen lassen sollen, um sie anhand ihrer Argumentation vor den (teilweise politisch recht unbewußten) Jugendlichen zu entlarven. Diese Frage bestimmte auch einen großen Teil einer kurzen Diskussion im Anschluß an die Veranstaltung in einem anderen Raum, an der insgesamt 20 Leute teilnahmen.

Diskutiert wurde auch ein Standpunkt innerhalb der „Initiative", sich mit den Faschisten nur friedlich auseinanderzusetzen. Unter anderem wurde hierfür auch das Argument angeführt, daß es zur Zeit in der Frage der militanten Auseinandersetzung noch ein recht günstiges Kräfteverhältnis für die Faschisten gebe; der Kreis jener Antifaschisten, die überhaupt bereit sind, „irgendwas" gegen die Faschisten aktiv zu tun, zähle gerade zwei Hände voll.

Wir stellten uns auch die Frage: Reicht die politische Aufklärung „allein" aus, um die Faschisten zu isolieren? Müssen die demokratischen Jugendlichen nicht mit einem breiteren, konkreten (aber durchaus nicht unpolitischen) Angebot an die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen anknüpfen? Kann solch eine Alternative nicht nur von einer demokratischen Jugendorganisation entwickelt werden? . . .

Die antifaschistischen Jugendlichen in Nordhorn (und wir) stehen hier vor einer Reihe von Problemen und Widersprüchen, deren Lösung für die erfolgreiche Entfaltung des antifaschistischen Kampfes in Nordhorn sehr wichtig sind. Es ist wichtig, daß die Auseinandersetzung um all diese Fragen der Entwicklung und Stärkung eines Kerns demokratisch-antifaschistischer Jugendlicher in Nordhorn dient; die „Initiative Demokratische Jugend" ist in diesem Sinne noch kein fest organisierter Zusammenhang.

Als nächsten Schritt wollen die Freunde und Genossen der „Initiative im Jugendzentrum und an den Schulen Wandzeitungen aufhängen (und eventuell Flugblätter verteilen), in denen die Menschenschlächter-Mentalität der Nordhorner Faschisten angeprangert werden soll, wie sie sich gerade auf der Veranstaltung am 21.6. offenbart hat. ●

Ein KB-Genosse aus Oldenburg

Hamburg, St. Pauli: Polizeiüberfall am Pinnasberg

Am Mittwoch, den 12.6., stürmten am späten Nachmittag 60 Polizisten der Schutzpolizei, der Kripo und des Mordkommandos MEK in kugelsicheren Westen und mit entsicherten Revolvern das Haus Nr. 43 am Pinnasberg. Die Umgegend war abgesperrt.

„Bei einem Bewohner rissen sie die Tür auf; drei Polizisten (in Zivil) hielten dabei Pistolen auf ihn gerichtet und meinten, „nicht bewegen" und „ganz stillhalten". Darauf drangen sie in die Wohnung ein, verteilten sich auf die Räume, und ein Beamter tastete ihn nach Waffen ab. Dann erst zeigte einer der Beamten seine Dienstmarke. Nachdem der Bewohner den ersten Schock über diesen Überfall überwunden hatte, fragte er nach Grund des Überfalls, nach Hausdurchsuchungsbefehl und nach der Begründung des Vorgehens der Polizei. Die Antworten auf alle diese Fragen wurden ihm verweigert. Die Polizisten meinten: Das müssen wir nicht sagen, dazu sind wir berechtigt, das müssen Sie nicht wissen. Sie hielten sich ca. eine Stunde in der Wohnung auf und bewachten den Bewohner.

Die Wohnung wurde währenddessen dreimal von oben bis unten durchsucht, Matratzen wurden umgeschmissen, Schränke durchwühlt, Koffer ausgeräumt.

In einer anderen Wohnung mußten sich die Bewohner gleich mit erhobenen Händen an die Wand stellen lassen. Sonst verlief die Durchsuchung ähnlich.

Brutaler ging die Polizei in einer Wohnung afrikanischer Studenten vor. Sie brachen eine Tür auf, nahmen alle Anwesenden fest, obwohl vier von ihnen sich ausweisen und ein gültiges Visum vorzeigen konnten. Diese vier mußten nach drei Stunden Haft von der Polizei entlassen werden. Ein Fünfter, der im Haus zu Besuch war, und ein seit vierzehn Tagen abgelaufenes Touristenvisum hatte, befindet sich wahrscheinlich noch in Haft." (aus einem Flugblatt „Zum MEK-Einsatz am Pinnasberg 43, Aus der Sicht der Hausbewohner")



Bereits in den ersten vierzehn Tagen im Juni kontrollierte die Polizei gezielt die afrikanischen Hausbewohner viermal. Diese Kontrollen fanden in der Regel nach Mitternacht statt. Mit afrikanischen Studenten, darunter auch Familien, aus den Nachbarhäusern wurde in ähnlicher Weise verfahren. Einige nahmen die Bullen zunächst einmal mit zur Wache, um sie zu kontrollieren.

Der Sturm auf das Haus Nr. 43 stellt den bisherigen Höhepunkt dar in dieser Kette von Übergriffen von Seiten der Polizei.

Diese Übergriffe fügen sich ein in eine großangelegte Offensive der Bourgeoisie in den letzten Wochen, hauptsächlich gegen Ausländer:

- So war Anfang Juni eine griechische Kneipe am Schulterblatt in St. Pauli das Ziel eines Polizei-Großeinsatzes. Alle Gäste wurden kontrolliert, drei ausländische Kollegen und eine westdeutsche Kollegin, die sich nicht ausweisen konnten, auf der Stelle festgenommen. An dieser Aktion waren acht uniformierte und drei zivile Bullen beteiligt.
- So nahmen Zivilfahnder, ebenfalls in Hamburg zwei Araber fest. Einer hatte angeblich einen Ausweis der „Terroristengruppe El Fatah" bei sich.
- Weitere Verhaftungen von Arabern und Palästinensern in West-Berlin, Frankfurt und München. Aus West-Berlin schoben die Behörden zwei Palästinenser ab.

Zeitungsüberschriften wie *„Drei Tage vor der WM: Terroristen raus aus Deutschland!"* („Mopo", 11.6.) machen Anlaß und Stoßrichtung dieser Kampagne der Bourgeoisie deutlich.

Unter dem Vorwand der Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft und mit der Begründung der „Sicherung der Spiele und der Zuschauer" halten Polizei, militärische und Elite-Truppen großangelegte Übungen in aller Öffentlichkeit ab.

Die ideologische Hetzkampagne zur Kriminalisierung der Ausländer als „Terroristen", „langgesucht, illegal und bewaffnet", und die Verbindung Fußballweltmeisterschaft und Terroristen, soll die Zustimmung breiterer Teile der Bevölkerung – auch der Arbeiter – zum Ausbau des gesamten Staatsapparates und der schleunigen Faschisierung erreichen.

Dieser Entwicklung kann und muß entgegengetreten werden.

Als erste Ansätze dazu sehen wir das Flugblatt von Hausbewohnern aus dem Haus Pinnasberg 43 zur Information der Bevölkerung, zudem die Information der afrikanischen Studenten über ihre rechtliche Situation bei Polizei-Überfällen mit dem Ziel eines bewußten Zusammenschlusses gegen weiter zu erwartende Überfälle. ●

Bezirkszelle St. Pauli KB/Gruppe Hamburg

Duisburg:

Kommunist von der Polizei zu Tode geprügelt

Am 18. Juni starb in der Essener Universitätsklinik der 45 jährige Genosse Günther Routhier, Sympathisant der „KPD/ML", an den Folgen von Verletzungen, die er am 5. Juni während eines ‚Polizeieinsatzes' erlitten hatte, als er an einem Arbeitsgerichtsprozeß als Zuschauer teilnahm.

Wir geben hier eine Pressemitteilung der „KPD/ML" wieder, in der die Vorgänge geschildert und [illegible] eingeschätzt werden. Die Mitteilung stammt vom 17. Juni, also einem Tag vor dem Tod des Genossen Routhier.

Am 5. Juni fand in Duisburg eine Arbeitsgerichtsverhandlung statt. Verhandelt wurde eine Klage, die der entlassene Mannesmann-Arbeiter Hanfried Brenner, Mitglied der KPD/ML, gegen die Mannesmann-Hüttenwerke AG angestrengt hatte. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern und Sympathisanten der KPD/ML verfolgte auch Günther Routhier diese Verhandlung als Zuschauer. Als sich während der Verhandlung unter den Zuschauern Protest regte, stürzte sich eine Gruppe von ca. zehn zivilen Polizisten der politischen Abteilung (K 14) auf Mitglieder und Freunde unserer Partei. Mehrere Personen wurden von den Polizisten zusammengeschlagen, die Polizei schlug auch noch auf sie ein, als sie bereits am Boden lagen. Währenddessen wurde das Gerichtsgebäude von anderen Polizeikräften abgesperrt. Auch Günther Routhier wurde schwer zusammengeschlagen, auch auf ihn wurde noch eingeprügelt, als er bereits zusammengebrochen war. Günther Routhier wurde von inzwischen hereingestürmten Bereitschaftspolizisten die Treppe heruntergeworfen, er schlug mehrmals mit dem Kopf auf die Stufen und blieb bewußtlos liegen. In diesem Zustand wurde er einfach der Länge nach auf den Boden des Gefangenenwagens geworfen und ins Polizeipräsidium gebracht.

Günther Routhier berichtete seiner Frau, daß er im Präsidium an den Füßen eine Treppe hochgeschleift worden war und wiederum mit dem Kopf auf die Stufen aufgeschlagen sei. Günther Routhier wurde in eine Ausnüchterungszelle geworfen, deren Tür gepolstert war. Offensichtlich wollte man verhindern, daß die Schreie des Schwerverletzten nach außen dringen konnten.

Günther Routhier leidet an einer Koagulopathie (Blutgerinnungsstörung). Auf diesen Umstand ist die Polizei mehrmals hingewiesen worden, immer wieder wurde ihr erklärt, daß für den 45-jährigen jede Verletzung lebensgefährlich sein kann. Besonders der ebenfalls anwesende Sohn Günther Routhiers, der 20-jährige Peter Routhier, bat immer wieder verzweifelt um Hilfe für seinen Vater und rief im Gefangenenwagen: „Mein Vater stirbt, mein Vater stirbt!" Die Polizisten quittierten das u.a. mit der Bemerkung: „Märchenstunde ist morgen."

Der Gefängnisarzt klatschte dem immer noch halb bewußtlosen lediglich ins Gesicht und fuhr ihn an, er solle sich nicht so anstellen. Günther Routhier trug einen Bluterpaß mit sich. Als Günther Routhier wieder zu Bewußtsein kam, wurde er aus dem Gefängnis entlassen. Noch am Abend des gleichen Tages begann eine zusehende Verschlechterung seines Allgemeinzustandes, begleitet von Kopfschmerzen, Lichtscheue und Bewußtseinsstörungen u.a. Zur Zeit liegt er in der Essener Universitätsklinik, wird künstlich beatmet, es können kaum Gehirnströme festgestellt werden, keine Pupillenreflexe. Im klinischen Sinne ist Günther Routhier praktisch tot.

Die KPD/ML erklärt dazu, daß Günther Routhier weder einem „Un-



Genosse Günter Routhier

glück", noch einer „Fahrlässigkeit", noch einem „bedauerlichen polizeilichen Übergriff" zum Opfer fiel. Wie beispielsweise die jüngsten Polizeieinsätze in Frankfurt war auch der Duisburger Polizeieinsatz auf die „Physische Vernichtung des Gegners" ausgerichtet. Wenn Günther Routhier stirbt, wird er von der Polizei ermordet worden sein. Und dieser Mordanschlag der Polizei ist kein Einzelfall: Günther Jendrian, Münchener Taxifahrer, wird in seiner Wohnung nachts überfallen und abgeknallt. Thomas Hytrek, Frankfurter Schüler, wird von einem Wasserwerfer, der mit Absicht in eine Menge von Demonstranten und Passanten rast, halbtot gefahren. Der deutsche Jungarbeiter Sascha Haschemi, Mitglied der Roten Garde, soll an das Henkerregime des Schahs ausgeliefert und auf diese Weise erledigt werden. Neset Danis, türkischer Arbeiter und Antifaschist wird in Hamburg von türkischen Faschisten erschlagen. Und die Polizei schützt die Mörder, verfolgt die Freunde des Ermordeten. Das sind Fälle allein aus den letzten Wochen. Sie stehen in einer Reihe mit den Folterungen und Mordversuchen mit den Genossen der RAF in bundesdeutschen und westberliner Gefängnissen.

Forts. Karlsruhe

liche" Parteien oder die Faschisierung des Staates, werden die Herrschenden sowieso viel schwerere Geschütze auffahren.

Rattenfänger am Werk

Außer den NPD-Leuten meldete sich noch ein anderes faschistisches Grüppchen zu Wort, die sogenannte „Gruppe Morgenstern". Diese Gruppe reitet nicht auf den alten revanchistischen Parolen der NPD, sondern macht auf „fortschrittlich". Sie verkauft in einem Flugblatt den 17. Juni 53 als Kampf der Arbeiter für Selbstbestimmung. *„Der Volksaufstand gegen die Parteidiktatur der bolschewistischen Machthaber war ein verzweifelter Versuch, zumindest in einigen Wirtschaftsbereichen die Selbstbestimmung zu erreichen."*

Wir versuchten, die Verteiler der „Gruppe Morgenstern" ein wenig auszuhorchen. Sie behaupteten zunächst, „politisch nicht interessiert" zu sein. Sie würden sich „nur für menschliche Ideale wie Freiheit und Selbstbestimmung einsetzen." Wir bohrten nach und hörten, daß die „Gruppe Morgenstern" eine „sozialistische" Gruppe sei. Später, als es zwischen NPD und Antifaschisten zum Handgemenge kam, standen die Rattenfänger der „Gruppe Morgenstern" natürlich auf Seiten der NPD.

Vereine wie die „Gruppe Morgenstern" schießen überall unter verschiedensten Namen und Parolen aus dem Boden. Sie haben die Funktion, politisch interessierte Menschen, die sich bisher nicht organisiert haben, für die faschistische Bewegung aufzureißen. Sie sind Zutreiber für NPD & Co.

Die raffinierte Demagogie solcher Rattenfänger zu entlarven, ist ein wichtiger Bestandteil des antifaschistischen Kampfes. ●

Chemiegenossen – KB/Gruppe Hamburg

„Tolle Idee" des KBW

Leserbrief

Schon jahrelang versuchen Zivildienstleistende (ZDL), an ihrem Arbeitsplatz mit ihren Kollegen zusammen Verbesserungen des katastrophalen Gesundheitswesen zu erreichen.

Dabei hat die SPD/FDP-Regierung 1973 mit der Verabschiedung des neuen ZDG (Zivildienstgesetz) etliche neue bzw. ausgebaute Behinderungen und verschärfte Disziplinierungen (bis zu 5 Jahren Knast) den ZDL' in den Weg gelegt.

Inzwischen hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung nachgezogen.

In einem Brief des Hauptvorstandes an alle Bezirks- und Kreisverwaltungen der ÖTV vom 31.7.73, ordnet er an, daß ZDL's grundsätzlich nicht mehr in die ÖTV aufgenommen werden.

Bei der Vorbereitung der diesjährigen 1. Mai-Kampagne diskutierten wir (Mitglieder der Selbstorganisation der ZDL's in Hamburg) u.a. die Möglichkeiten, in die Gewerkschaft zu kommen, um mit unseren ÖTV-Kollegen zusammenzuarbeiten. Dabei legte ein ZDL nebenstehenden Brief an die Ortsverwaltung der ÖTV vor. Ein anwesender KBW'ler wetterte sofort gegen *„dies linksradikale Vorgehen". „Wenn ihr diesen Brief verabschiedet, werdet ihr nie in die Gewerkschaft kommen. Wir müssen auf Schleichwegen, einzeln von den Dienststellen her rein."*

In der Diskussion wurde die „Schleichweg"-Taktik des KBW als unpolitisch und opportunistisch zurückgewiesen. Die Mehrheit trat dafür ein, das ÖTV-Führungsverbot auf Mitgliedschaft für ZDL's und Soldaten breit bekannt zu machen und zwar, indem wir öffentlich auf Aufnahme drängen, und auf diese Weise dafür sorgen, daß die ÖTV-Kollegen selber diese Spaltungssauerei auf Mitgliederversammlungen in Krankenhäusern etc. aufgreifen können.

Zweitens wurde ein kollektiver Aufnahmeantrag beschlossen, in dem wir deutlich machen wollen, daß wir zum einen natürlich mit unseren Kollegen in den Dienststellen arbeiten werden, andererseits aber auch als „Gruppe von Zivildienstleistenden" eigene, besondere Probleme haben, die auch innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation zusammengefaßt (d.h. im Rahmen der ÖTV auch besonders berücksichtigt) werden müssen.

Von den anwesenden 17 Kollegen (zwei nicht stimmberechtigt, da keine ZDLs mehr), entschieden sich 13 für den Brief an die ÖTV-Ortsverwaltung. Zwei stimmten für den „Schleichweg" des KBW. Nun gut. Unser Schleichfußindianer wurde wochenlang nicht mehr gesehen.

Mitte Juni kreuzte er dann wieder auf. Verschmitzt grienend fragte er nach unserer Gewerkschaftsmitgliedschaft. Natürlich haben wir bis heute keine Antwort des Ortsvorstandes bekommen – und müssen weiter, wie die Soldaten und ZDLs in der gesamten BRD, elementarste Verbindungen, Unterstützungen etc. selber organisieren. *„Na, seht ihr – hab' ich das nicht gleich gesagt!? Ich bin drin!!!"*, triumphierte unser KBW-Freund. Das beweise mal wieder die Richtigkeit seiner (gemeint war wohl KBW insgesamt) Taktik.

Einige ZDLs konnten sich dies nicht so recht vorstellen und bohrten weiter. Nach einigem Hin und Her rückte der KBWler dann mit genaueren Informationen rüber. Ja, er hatte schon eine tolle Idee gehabt. Er hatte einfach eine falsche Berufsbezeichnung bei der ÖTV angegeben (und verschwiegen, daß er ein ZDL ist) und war so natürlich anstandslos erst einmal aufgenommen worden. Er wurde dann darauf hingewiesen, daß er sich doch damit selbst die Hände völlig gebunden hat, denn bei dem geringsten Mucks werden die ÖTV-Führer fragen „Wie heißt denn der" – „was macht denn der" – und feststellen, daß die Berufsbezeichnung falsch ist – bessere, leichtere und unpolitischere Ausschlußgründe kann man dem ÖTV-Vorstand doch gar nicht liefern. Aber das war unserem KBW'ler doch im Augenblick völlig egal. Denn:

„Die Hauptsache, erst einmal in der Gewerkschaft", wie er abschließend meinte.

Ja, unser KBW'ler ist wahrscheinlich nicht einmal ein Pracht- oder gar Einzelexemplar, eher wohl Durchschnittsware der revisionistischen Versumpfung dieses Vereins. ●

2 Zivildienstleistende aus Hamburg

Hamburg, den 22.4.74

An die
Ortsverwaltung der Gewerkschaft
Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Hamburg

Sehr geehrte Herren!

Die Unterzeichner dieses Briefes sind Zivildienstleistende und arbeiten aktiv in der Selbstorganisation der ZDL in Hamburg mit. Wir beantragen hiermit offiziell die Aufnahme in die Gewerkschaft ÖTV.

Wir beantragen die Aufnahme in die ÖTV, da wir in Krankenhäusern, Behindertenanstalten, Kindertagesstätten und ähnlichem tätig sind, und unseres Wissens dieser sog. „soziale" Bereich in das Arbeitsgebiet der ÖTV fällt.

Wir meinen, daß die Zivildienstleistenden in der BRD weder einen „Friedensdienst" wie ihn die verschiedenen Organisationen der Kriegsdienstverweigerer immer wieder fordern, leisten, noch eine „arbeitsmarktpolitisch neutrale Rolle" spielen, wie der DGB sagt.

Die ZDL sind nichts anderes als Lückenbüßer im Gesundheits- und Pflegebereich der BRD. Wir sollen helfen, den katastrophalen Personalbestand, die schlechten Arbeitsbedingungen und die miese Bezahlung im „sozialen" Bereich zu füllen und zu verschleiern.

Damit arbeiten wir direkt unseren Kollegen, den Krankenschwestern, Pflegern, Ärzten usw. in ihrem gewerkschaftlichen Streben nach besserer Bezahlung und günstigeren Arbeitsbedingungen, entgegen und den Herren vom Gesundheitsministerium in die Arme. Insbesondere drängen wir auf die gewerkschaftliche Mitgliedschaft, seit das Zivildienstgesetz in neuer Fassung 1973 von der „sozialliberalen" (!) Regierung verabschiedet wurde. Danach können wir jederzeit auch im Bereich der Bundesbahn und Bundespost als Lohndrücker eingesetzt werden und gegebenenfalls z.B. bei Tarifauseinandersetzungen als Streikbrecher!!

Wir meinen, daß wir nur an der Seite unserer Kollegen in der ÖTV Verbesserungen erreichen können.

Wir meinen, daß die Spaltung zwischen den ZDL und unseren Kollegen nur in der Gewerkschaft aufgehoben werden kann, und wir aktiv für den gewerkschaftlichen Gedanken werben und arbeiten werden.

Mit solidarischen Grüßen

– Die Unterzeichner –

(13 Unterschriften/ abgeschickt am 26.4.74)

leistenden in der BRD weder einen „Friedensdienst" wie ihn
schaftliche Mitgliedschaft, seit das Zivildienstgesetz in neuer
(13 Unterschriften/ abgeschickt am 26.4.74)

Um eine Illusion ärmer...

Anmerkung zu UNSER WEG 23

Inzwischen ist die Nr. 23 von **UNSER WEG, ‚Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung'**, erschienen.

Sie enthält u.a. einen längeren Artikel zur *„Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der ‚KPD'"*. Dieser Artikel wird sicher viele Leser durch seine recht optimistische Sicht der Dinge, was die ehrliche Bereitschaft der „KPD"-Führer zur Aktionseinheit angeht, verblüffen. Das liegt daran, daß dieser Artikel bereits **Mitte Mai** geschrieben wurde.

Inzwischen hat uns die „KPD" unmißverständlich eines Besseren belehrt. In einem internen Mitglieder-

te Mai geschrieben wurde.

Inzwischen hat uns die „KPD" unmißverständlich eines Besseren belehrt. In einem internen Mitglieder-
Rundschreiben der Hamburger „KPD" („Regionalkomitee Wasserkante") wird die **„Zerschlagung des KB"** als e i n z i g e s Ziel der „Aktionseinheit" proklamiert. Dieses interne Papier haben wir nach Erhalt umgehend veröffentlicht, zusammen mit einem ‚Offenen Brief an die Mitglieder und Sympathisanten der „KPD"' und einer weiteren Stellungnahme, die spalterische und provokatorische Machenschaften der „KPD" auf dem Gebiet der Schulpolitik aufdeckt. Diese Veröffentlichung ist unter dem Titel *„Aktionseinheit oder ‚Partei'laden-Politik"* (Preis –.50) bei uns erhältlich.

Nachträglich meinen wir auch, daß die im UW-Artikel zum Ausdruck gebrachte Zuversicht unbegründet war, es möge sich bei den Verleumdungen der „KPD"-Führer gegen den KB vielleicht um Mißverständnisse, individuelle Dummheit oder einzelne ‚Entgleisungen' handeln. Tatsache ist dagegen offenbar, daß die „KPD"-Führer nicht weniger gezielt und systematisch mit gefälschten und verzerrt wiedergegebenen Zitaten und mit Falschmeldungen arbeiten als dies bisher vom KBW schon sattsam bekannt war. Beide Organisationen gehen anscheinend davon aus, daß ihre Politik einer sachlichen Auseinandersetzung nicht standhalten würde.

Redaktionskollektiv des KB ●

IMPRESSUM

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 13.500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

„Undogmatische" Solidarität mit dem chilenischen Volk

Bericht aus Westberlin

Am 14. Juni fand im Audimax der Westberliner TU eine Chile-Veranstaltung aus Anlaß des WM-Spiels zwischen Chile und der BRD statt. Veranstalter war das Chile-Komitee, das sich in Westberlin vor allen Dingen zusammensetzt aus Spontis, SB, Jusos, Betriebsgruppen usw. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der „KPD" und dem KBW, GIM und Spartacus. Der KB/Westberlin hatte sich auch entschlossen, auf der Veranstaltung eine Rede zu halten.

Wir sahen unsere Aufgabe vor allen Dingen darin, einer rein „humanitären" Solidaritätsbewegung, wie sie vom Chile-Komitee propagiert wird, kommunistische Propaganda, die Lehren der Niederlage des chilenischen Volkes und die für uns daraus resultierenden Aufgaben entgegenzusetzen.

Wir konnten jedoch unsere Rede auf der Veranstaltung nicht zu Ende halten. Sozialdemokraten aller Schattierungen unterbrachen unseren Redner mit Pfiffen und Zwischenrufen: er solle „zum Thema" reden und nicht die Veranstaltung „ausnutzen", um die politische Linie unserer Organisation zu propagieren. Dadurch war unser Genosse gezwungen, seine Rede mehrmals zu unterbrechen und zu erklären, warum wir es nicht richtig finden, über den Faschismus in Chile zu reden und über die Faschisierung in der BRD zu schweigen. Schließlich wurde durch Abstimmung erzwungen, daß er seine Rede abbrechen mußte.

Eine besonders üble Rolle spielte der KBW auf der Veranstaltung. In speichelleckerischer Art biederte er sich in seiner Rede bei den Spontis an. Seine Rednerin wurde nicht müde zu betonen, daß der KBW alle Aktivitäten des Chile-Komitees „solidarisch" unterstütze. Eine darüber hinaus weisende politische Alternative zeigte sie nicht auf. Dafür handelte der KBW sich auch ein sehr peinliches Lob der Veranstaltungsleitung ein. Der Veranstaltungsleiter kritisierte die „KPD", weil sie ihre Chile-Solidarität nicht von der speziell kommunistischen Propaganda trennt und zur Chile-Agitation immer ihre Zeitung „Internationale Solidarität" mitbringt. Dadurch würde sie die Leute nur verschrecken. Die „KPD" sollte sich mal ein Beispiel am KBW nehmen, der erkannt habe, daß das die Leute nicht wollen und darum bei der Chile-Agitation auf kommunistische Propaganda verzichtet. – Dazu hat kein Vertreter des KBW Stellung genommen, aber wahrscheinlich waren diese abgewrackten Typen auch noch stolz auf das Lob der Spontis und Sozialdemokraten. Der KBW macht sich beliebt. Die Frage ist nur: bei wem?

Wie lange müssen wir noch darauf warten, bis der KBW versichert, daß er auf dem Boden der bürgerlich-demokratischen ‚Grundordnung' steht? Aber wenn der KBW meint, daß er durch diese Politik Mitglieder aus Sponti-Kreisen rekrutieren kann, hat er sich schwer geschnitten. Die Spontis reden immer von den „K-Gruppen", die ihnen allesamt suspekt sind (K = Kommunistisch), und zu diesen „K-Gruppen" zählen sie auch den KBW, da kann er ihnen noch so sehr hinterherkriechen.

Kaum erfreulicher war die Rolle der „KPD" auf der Veranstaltung. Der Redebeitrag hielt sich völlig in dem vom Chile-Komitee gesteckten Rahmen. Besonders hervorgetan haben sich viele ihrer Mitglieder und Sympathisanten im Auspfeifen unserer Genossen.

Gegen Ende der Veranstaltung stand noch einmal eine Genossin von uns auf der Rednerliste. Als sie noch einmal auf die Bühne ging, um sich zu erkundigen, wann sie dran ist, stellte sie fest, daß sie einfach von der Liste gestrichen worden war. Der Veranstaltungsleiter erklärte, „ein Genosse" habe erklärt, sie wolle gestrichen werden (wer das wohl war?), außderdem wollten die Leute den KB sowieso nicht mehr hören. Wenn sie auf ihren Redebeitrag bestehe, würde er darüber abstimmen lassen. Dann beantragte er, die Versammlung möge beschließen, daß der KB nicht mehr reden darf, da die „K-Gruppen", speziell der KB schon genug geredet hätten, und die „Undogmatischen" sonst nicht mehr zum Reden kommen würden. In ihrer Gegenrede legte unsere Genossin noch einmal die Position des KB zur Chile-Solidarität dar.

In der darauf folgenden Abstimmung stimmten fast nur noch unsere eigenen Genossen, einige Spontis und einige Sympathisanten der „KPD" für unsere Rednerin. Auch die meisten Mitglieder und Sympathisanten der „K-Gruppen" wollten offenbar lieber die „Undogmatischen" hören.

Wir betrachten es nicht als Schande, auf dieser Veranstaltung ausgepfiffen worden zu sein. Wenn wir uns die Politik der anderen kommunistischen Organisationen ansehen, dann können wir sagen, daß wir wenigstens versucht haben, kommunistische Propaganda in die Chile-Solidaritäts-Bewegung zu tragen. Nach der Veranstaltung sprach uns eine Genossin aus dem Chile-Komitee an und forderte uns auf, uns am Chile-Komitee zu beteiligen. Sie sehe die Perspektivlosigkeit des Komitees und habe ständig versucht, die Diskussion über die Entwicklung in Europa in das Komitee zu tragen. Sie bat uns, sie dabei zu unterstützen.

KB / Gruppe Westberlin ●

„Wahl der Lehrer durch das Volk"?

Die „Wahl der Lehrer durch das Volk" gehört zu einer bunten Palette von „demokratischen Forderungen", die der KBW in seinem Programm anbietet.

Jeder „Massenkampf" soll nach Meinung des KBW in einen Kampf für diese „demokratischen Forderungen" verwandelt werden.

So beteiligte er sich z.B. am Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt unter der Parole *„Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter"*, lehnte dagegen jedoch konkrete Forderungen etwa nach Bezahlung der Fahrtzeit als Arbeitszeit oder Nulltarif ausdrücklich ab, denn das **„verzettelt unseren Kampf nur"**. (Zitat aus der Ortsbeilage der „KVZ")

Ähnlich wollte der KBW in Hamburg den Protest gegen die Ermordung des türkischen Kollegen Neset Danis in die Forderung nach „Rechenschaftspflicht usw. der Volksvertreter" einmünden lassen.

Wir wollen hier nicht grundsätzlich auf die Unsinnigkeit einer solchen Politik und der vom KBW damit betriebenen Demagogie eingehen, sondern dazu ausführlich in UNSER WEG schreiben. Hier soll es nur um die spezielle Forderung nach „Wahl der Lehrer durch das Volk" gehen. Diese Forderung stößt außerhalb des KBW auf allgemeine Ablehnung, aber unseres Erachtens nicht immer mit richtigen politischen Begründungen.

Man kann oft hören, daß die Ablehnung damit begründet wird, daß die Forderung nach „Wahl der Lehrer durch das Volk" reformistische Illusionen über eine Beseitigung des Kapitalismus durch Wahlen nähre, daß diese Forderung „illusorisch" sei, da im Kapitalismus nicht zu verwirklichen, und Ähnliches.

Tatsächlich verbreitet der KBW in dieser Frage häufig Konfusion. So etwa, wenn er die Forderung nach „Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit aller Volksvertreter" (eine revolutionäre Forderung) in Frankfurt und Hamburg unmittelbar zusammenbrachte mit der Forderung nach dem Rücktritt bürgerlicher Politiker (in Hamburg der Innensenator, in Frankfurt gleich der ganze Magistrat). Denn die Auswechslung bürgerlicher Politiker im Rahmen des kapitalistisch-parlamentarischen Rollenspiels hat mit der revolutionären Forderung nach Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit aller Volksvertreter ebensowenig zu tun wie „Mitbestimmung" mit Sozialismus. – Witzigerweise meinte der KBW in Hamburg sogar, den Innensenator durch eine Unterschriftensammlung zu Fall bringen zu können. All das spielt sich ohne irgendeine reale Massenbewegung im Hintergrund ab.

Indem der KBW die Forderung nach „Rechenschaftspflicht usw. der Volksvertreter" geradezu als Tageslosung, als Aktionslosung hinstellt und sie mit der Forderung nach dem Rücktritt bestimmter bürgerlicher Politiker verbindet – und all das auf der Basis von Kampfformen wie Unterschriftensammlungen oder allenfalls Demonstrationen einiger Tausend Menschen (oft auch nur wenige Hundert) – knüpft er tatsächlich an bestehende kleinbürgerliche Vorstellungen an, daß „das Volk" auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft den „Volkswillen" durchsetzen kann mit Unterschriftensammlungen, Briefe an Abgeordnete, Protestversammlungen usw.

Andererseits sagt der KBW aber z.B. auch, *„daß sich an der schlechten Ausbildung der Jugend solange nichts grundlegend ändern wird, wie der Kapitalismus besteht und die Arbeiterklasse und das Volk die Kontrolle über die Schulen nicht selbst übernommen haben"* (aus einem Bremer Flugblatt).

Wenn dies klar ist – allerdings ist es beim KBW durchaus nicht klar, wie seine Vermischung von revolutionären Forderungen und reformistischen Tageslosungen in der Praxis klar zeigt – so wäre es prinzipiell wohl kaum von Übel, wenn Kommunisten Forderungen propagieren, die im Kapitalismus nicht zu verwirklichen sind, sondern die Forderungen auf eine sozialistische Gesellschaft sind.

Gerade das aber trifft auf die Forderung nach „Wahl der Lehrer durch das Volk" nicht zu. Unseres Wissens gibt es so etwas in der vom KBW geforderten Weise in k e i n e m sozialistischen Land, nicht einmal in der VR China.

Dies ist unseres Erachtens nach nicht zufällig, sondern aus gutem Grund. Die „Wahl der Lehrer durch das Volk" bzw. die *„Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst"* – wie die präzise Formulierung im KBW-Programm heißt – zusammen mit der Forderung nach *„Übernahme des Volksbildungswesen in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung"* und *„Unterbindung aller administrativen Eingriffe der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrerpersonals"* (KBW-Programm) ist nicht nur unvereinbar mit der Diktatur des Proletariats, sondern stellt in gewisser Weise sogar einen Schritt hinter den vom Kapitalismus im Verlauf einiger Jahrhunderte erreichten Stand des Schulwesens dar.

Es ist völlig eindeutig, daß das Proletariat ein z e n t r a l i s i e r t e s Schulwesen braucht, und nicht ein dezentralisiertes, wo „die Bevölkerung" bzw. die örtlichen „Selbstverwaltungsorgane" darüber entscheiden, was zum Gegenstand des Unterrichts gemacht wird. Die Forderung des KBW ist in diesem Sinn ein Sprung um einige Jahrhunderte zurück, negiert den mit der Entwicklung des Kapitalismus erreichten Stand der Vereinheitlichung des Schulwesens. In letzter Konsequenz könnte man es dann der persönlichen Entscheidung der „Bevölkerung" überlassen, ob sie ihre Kinder überhaupt zur Schule schicken will.

Dabei fordert der KBW aber auch eine *„gleiche und einheitliche Ausbildung aller Kinder bis zum 18. Lebensjahr"*, was im Prinzip nicht unvernünftig erscheint. Aber wie soll das verwirklicht werden, wenn zugleich *„alle administrativen Eingriffe der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne"* abgelehnt werden und das Schulwesen den „Organen der örtlichen Selbstverwaltung" anvertraut wird? Wenn die gleiche und einheitliche Ausbildung gefordert wird, geht das natürlich nur durch eine noch s t ä r k e r e Zentralisierung des Schulwesens, und nicht umgekehrt durch Aufhebung des Zentralismus.

Ebenso verhält es sich mit der Forderung nach „Wahl der Lehrer durch das Volk". Im Sozialismus wird es zwar eine viel engere Teilnahme von Eltern und Schülern bei der Gestaltung des Schulwesens geben, auch bei der Auswahl der Lehrer. Es wird aber nicht den Eltern und Schülern überlassen bleiben, sich selbst ihren Lehrer zu wählen. Denn offenbar wäre ein zentralisiertes Schulsystem auf dieser Grundlage überhaupt nicht möglich.

Hinter der Forderung nach „Wahl der Lehrer durch das Volk" steht überdies beim KBW derselbe kleinbürliche Liberalismus, der sich auch in der Forderung nach **„gleichen, umfassenden Rechten für jedermann in allen Staatsangelegenheiten"** (KBW-Führer J.S.) zeigt.

Damit wird offenbar die Diktatur des Proletariats abgelehnt, denn wenn „jedermann in allen Staatsangelegenheiten" gleiche Rechte hat, kann von einer Diktatur des Proletariats keine Rede sein. J.S. vollzieht diese Ablehnung der Diktatur des Proletariats ausdrücklich, indem er frech behauptet: *„In Bezug auf die Staatsangelegenheiten werden die Kommunisten niemals besondere Rechte für die Arbeiterklasse gegenüber anderen Teilen des Volkes fordern, weder vor noch nach der Eroberung der politischen Macht."* („Kommunismus und Klassenkampf", 2/74, S.103). Für den KBW trifft das sicher zu, aber das sollte man nicht mit der Politik der K o m m u n i s t e n verwechseln.

Das Proletariat wird, um das ganz klar zu sagen, nach der Eroberung der Macht auch im Schulwesen seine Diktatur ausüben müssen. Und es wäre naiv, nicht in Rechnung zu stellen, daß sich auch auf diesem Feld ein äußerst scharfer Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie abspielen wird.



In der BRD gibt es viele Tausende Lehrer, die im Unterricht reaktionäre und faschistoide Auffassungen verbreiten. Mit diesen Leuten wird das Proletariat nach der Eroberung der politischen Macht natürlich Probleme haben. (Das Proletariat wird zweifellos auch Probleme mit der noch weit größeren Zahl von sozialdemokratischen und liberalen Lehrern haben, von denen sich zunächst viele auf die eine oder andere Art der Diktatur des Proletariats entgegenstellen werden, aber das ist eher eine Frage politischer Überzeugungsarbeit als administrativer Eingriffe).

Was aber die reaktionären Lehrer angeht, so ist klar, daß das Proletariat an der Macht ihnen nicht länger die Erziehung der Jugend anvertrauen wird.

Wenn man naiverweise annehmen will, daß der Aufbau des Sozialismus sofort nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat eine Mehrheit der „Bevölkerung" in jedem Winkel des Landes hinter sich hat, so könnte man weiterhin ebenso naiv annehmen, daß dann die reaktionären Lehrer einfach von den betroffenen Eltern „abgewählt" werden.

Aber so idyllisch wird sich aller Erfahrung nach auch in der BRD die sozialistische Revolution nicht abspielen. Wahrscheinlich wird es so wie heute auch nach der Eroberung der politischen Macht noch starke Unterschiede im politischen Niveau des Landes geben – zwischen den einzelnen Bundesländern, zwischen Stadt und Land, sogar zwischen einzelnen Wohngegenden derselben Stadt (vor allem zwischen Bourgeois-Wohngegenden und Arbeiterwohngegenden).

Unter solchen Bedingungen wird der sozialistische Staat vor allem in der ersten Zeit in vielen Fällen zugunsten der Kinder und gegen reaktionäre Lehrer eingreifen, auch dann, wenn diese Lehrer von einer Mehrheit der Eltern noch unterstützt werden. Ein Abwarten, bis man in jeden Winkel des Landes die Eltern davon überzeugt hat, die betreffenden Lehrer „abzuwählen", würde natürlich auf Kosten der Kinder gehen.

Das Übel ist nicht, wie der KBW mit seinen kleinbürgerlichen Vorstellungen weismachen will, die Kontrolle des Staates über das Schulwesen. Sondern das Übel ist, daß dies der Staat der Bourgeoisie ist, die ihn benutzt, um die Lebensdauer der kapitalistischen Gesellschaft zu verlängern.

Was soll man also von einer Forderung wie „Wahl der Lehrer durch das Volk" halten, die im Kapitalismus nicht zu verwirklichen, im Sozialismus aber reaktionär wäre? Mit einer solchen Parole kann man offenbar weder die Tageskämpfe führen noch die Aufgaben der Zukunft bestimmen. ●

Ein Leser fragt: „Wie find' ich denn das?"

Wie an jedem Samstagvormittag so bin ich auch am 15. Juni in die Braunschweiger Innenstadt zum Einkauf gefahren.

Am Kohlmarkt (dem zentralen Punkt in der Braunschweiger Innenstadt) waren – wie üblich – wieder alle linken Gruppierungen mit ihren Propagandamaterialien erschienen.

Mein spezielles Interesse galt an diesem Tag dem KBW, der mit einem Verkaufsstand vertreten war und über Megaphon die herumstehenden und vorbeiziehenden Menschen auf sich aufmerksam zu machen versuchte.

Knapp 20 Menschen umlagerten den KBW-Stand, darunter wohl eine beträchtliche Zahl von Anti-Kommunisten.

Nun, ich kam wohl gerade rechtzeitig, denn der KBW-Sprecher hielt soeben eine Vorlesung über das Thema „Wahl der Offiziere, Wahl der Lehrer und Richter durch das Volk . . .". Der KBW-Genosse hinter dem Megaphon mühte sich redlich, diese ‚demokratischen Losungen' in Verbindung mit dem Kampf gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse zu bringen.

Ich muß ehrlich sagen, daß ich von der Zweckmäßigkeit dieser Parolen nicht überzeugt war. Mir schien, als sei der KBW-Vertreter noch nicht so recht an die Wurzel des Übels gelangt. Darum schlug ich vor, doch lieber die Forderung „Wahl der Kapitalisten durch das Volk!" in den Mittelpunkt zu stellen.

Während dieser Vorschlag bei einigen Diskutanten Heiterkeit hervorrief, reagierte der KBW'ler ausgesprochen sauer – und fragte, ob ich ihn verarschen wolle.

Das konnte ich glatt verneinen.

Da auch beim KBW die Erfahrung geläufig ist, daß man die Menschen am besten durch d i e P r a x i s von der Richtigkeit ‚kommunistischer Positionen' überzeugt, schlug der KBW-Sprecher seinen Zuhörern vor: *„Wir können doch eine Volksabstimmung machen!"* und er fragte, als alle etwas ungläubig zu ihm herüberschauten: *„Wer ist gegen die Redefreiheit?"*

Keine Hand regte sich, kein Widerspruch.

„Also sind a l l e für die Redefreiheit", stellte unser KBWler, sichtlich zufrieden, fest.

Ich ahnte schon, was jetzt kommen würde. *„Anders formuliert: Wer ist dagegen, daß wir (die Kommunisten) hier reden?"*

Sieben Arme gingen hoch!

„Und wer ist dafür?" Sechs Leute meldeten sich!

Die Stimme am Megaphon zum ‚Wahlausgang': *„Eins, zwei, drei ... mh, mh. Die Mehrheit hat sich somit f ü r uns und daß wir hier reden können, ausgesprochen."*

Wie find' ich denn das?

Als entschiedener Demokrat hätte ich vom KBW hier doch etwas mehr Rückgrat erwartet. Im konkreten Fall hätte das doch wohl nur heißen können: Sich der ‚Meinung der Massen' beugen, die Propaganda einstellen, Sachen packen und nach Hause gehen!

O d e r ? ●

Ein Sympathisant aus Braunschweig

Leserbrief
„Sportfreundschaft an erster Stelle ..."

Am 9.6., 9.00 Uhr bot sich dem an politische Auseinandersetzungen gewöhntem Zuschauer ein ungewohntes Schauspiel: Die „KPD" und der KB hatten sich zu einer Verlagerung der Auseinandersetzung vom PI-Hörsaal auf den Fußballplatz entschlossen und waren zu einem sonntäglichen Clinch angetreten. Erste Schwierigkeiten traten auf, als sich herausstellte, daß es der „Kommunistischen Partei Deutschlands" nicht gelungen war, elf Spieler zu mobilisieren.

Aber man war gewillt, sich solidarisch zu zeigen, und mit einem nachsichtigen, aber vielsagenden Grinsen wurden die bei der „KPD" fehlenden Spieler aus den Ersatzleuten vom KB hinübergeschickt, von denen einer dann auch gleich in den ersten Spielminuten das erste Tor für die „KPD" schoß. Das Ausgleichstor fiel kurz darauf, und nach der 1. Halbzeit war die KB-Mannschaft in Führung.

Inzwischen waren noch einige Spieler für die „KPD" eingetroffen (man muß bedenken, es war Sonntag morgen, inzwischen 10.00 Uhr in der Frühe), und die ausgeliehenen Spieler wurden ausgewechselt. Zur Art und Weise der sportlichen Auseinandersetzung kann ich nur sagen, daß sie von beiden Seiten einigermaßen hart, aber fair geführt wurde.

Jedenfalls gewann der KB mit 4:2. Ich weiß nicht, ob die „KPD"-Spieler das interne Papier des „Regionalkomitee Wasserkante der KPD" gegen den KB bereits erhalten hatten, aber soviel ist sicher, daß der Spielverlauf nicht geeignet war, „.... *in kurzer Zeit auf eine Fraktionierung zwischen den klassenbewußten, von den KB-Führern getäuschten Arbeitern und der rechtsopportunistischen Führung"* hinauszulaufen und somit *„langfristig den Niedergang und die Zerschlagung dieses Zirkels"* zu organisieren, wie es dort heißt. In dem Spiel hätte es, vor allem in der 1. Halbzeit, gerade umgekehrt der Fall sein können, aber die KB-Genossen halten, soviel ich aus dem ARBEITERKAMPF bisher entnommen habe, nichts von dieser Art der Auseinandersetzung, sondern sind mehr darauf erpicht, die Auseinandersetzung öffentlich unter den Massen zu führen und den Niedergang oder die Zerschlagung irgendeines Zirkels nicht mittels Fraktionierung zu organisieren, sondern mittels politischer Überzeugungsarbeit den Prozeß der Vereinheitlichung voranzutreiben, was, wie mir scheint, für die Massen der gangbarere und offenere Weg ist.

Eine Genossin

Anm. der Redaktion: Das Spiel war vom KB angeregt worden. Ein Revanche-Spiel soll demnächst stattfinden. ●

Protest gegen die chilenische Militärjunta in Westberlin

Während der Fußballweltmeisterschaft kam es in Westberlin zu mehreren Protestaktionen von fortschrittlichen Kräften gegen die faschistische Militärjunta in Chile.

Die chilenische Mannschaft hatte in Westberlin drei Spiele zu absolvieren. Bei jedem Spiel waren Linke im Stadion anwesend und protestierten mit Transparenten und Sprechchören gegen die faschistische Militärherrschaft in Chile. Höhepunkt der Aktion war das Spiel Chile-BRD, zu dem mehr als 1.000 Linke ins Stadion gekommen waren. Die Polizei, die mit über 1.000 Ordnern und Polizisten im Stadion für „Ruhe" sorgen sollte, vermochte auch nicht mit mehreren Knüppeleinsätzen die Proteste zum Schweigen zu bringen. Immer wieder ertönte die Parole „Hoch die internationale Solidarität" im Stadion und überall tauchten Transparente mit Aufschriften wie „Chile si – Junta no" im Stadion auf. Während des Spiels Chile-Australien gelang es sogar einigen Demonstranten mit einer großen chilenischen Fahne mit der Aufschrift „Chile socialista" auf das Spielfeld zu stürmen. Sie wurden im Polizeigriff abgeführt und werden jetzt wegen Haus- und Landfriedensbruch angeklagt.

Eine besonders üble Rolle spielten die Revisionisten.

DKP und SEW hatten ja schon vor Beginn der Weltmeisterschaft versichert, daß sie alles tun würden, um den „ordnungsgemäßen Verlauf der Spiele" nicht zu gefährden. Das taten sie dann auch mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln: sie ließen das Flugblattverteilen vor den Spielen auf dem S-Bahn-Gelände verbieten (die Westberliner S-Bahn gehört zur Reichsbahn und ist somit ein DDR-Betrieb) und hetzten die Bahnpolizei mit Hunden auf die Flugblattverteiler. Das Schärfste aber leistete sich der Kommentator des DDR-Fernsehens. Als während des Spiels Chile-Australien die große Fahne von Demonstranten auf's Spielfeld getragen wurde, kommentierte er: *„Die Ordnungskräfte haben die Sache unter ihrer Gewalt, der weitere Verlauf des Spiels ist nicht gefährdet."* Damit ließ er die Zuschauer in der DDR in dem Glauben, die chilenische Fahne sei von rechten Junta-Anhängern aufs Spielfeld getragen worden, da man die Aufschrift „socialista" und die geballten Fäuste der Demonstranten im Fernsehen nicht deutlich erkennen konnte.

Am 15.6. veranstaltete das Chile-Komitee eine große Chile-Demonstration in Westberlin. Mehr als 10.000 Menschen und alle wichtigen politischen Organisationen beteiligten sich daran. Nicht erschienen war die SEW samt Anhang. ●

KB/Gruppe Westberlin

ZUM FALL ANDRE B.

Vom 13. bis 20. Juni 1974 fand vor einem Hamburger Schöffengericht der Prozeß gegen das Ehepaar Wilfried und Marta B. aus Hamburg-Billstedt statt. Das Ehepaar war wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung an ihrem geisteskranken 16jährigen Sohn André angeklagt worden.
Die schweren Vorwürfe, die Eltern hätten André „monatelang grausam eingekerkert" und „mißhandelt", brachen bereits am zweiten Verhandlungstag zusammen. Vielmehr wurde deutlich, welch unerhörte Sauereien sich die verschiedenen Behörden leisteten, die den heutigen Entwicklungsstand Andrés (mittelgradig schwachsinnig) verschuldeten, und die die Eltern 15 Jahre völlig allein sitzen ließen.
Zudem zeigen die Tatsachen, daß die ungeheure Terrorwelle, die die bürgerliche Presse im Mai 73 gegen die Eltern startete, erstunken und erlogen war und ausschließlich darauf abzielte, die wirklichen Schuldigen, das unmenschliche kapitalistische System – mit all seinen Auswüchsen – zu decken. Am 20. Juni mußten die Eltern freigesprochen werden um nicht noch weitere Beweise der Korruptheit und Menschenfeindlichkeit unseres Gesellschaftssystems an die Öffentlichkeit zu bringen.
In diesem Artikel wollen wir die Pressekampagne im Mai 73 darstellen und die tatsächlichen Ereignisse seit der Geburt Andrés am 21.4.58, sowie die Bedingungen, unter denen André heute in den Alsterdorfer Anstalten lebt.

Presseterror gegen hilfloses Ehepaar

Am 7. Mai 1973 erscheint die „Bild"-Zeitung mit der Titelseite: *„Kindesmißhandlung in Hamburg-Billstedt: KIND FÜNF JAHRE IN KÄFIG GESPERRT"*.

Der Artikel beginnt mit dem fettgedruckten Satz: *„Als der 15jährige Junge endlich in die Freiheit torkelte, hatte er den Verstand verloren"*.

Dann beginnt ein gruseliges Schauermärchen, das zwar erstunken und erlogen, aber immerhin geeignet war, eine „dolle Story" zwecks Auflagenerhöhung abzugeben. In übels.er Weise wird das Ehepaar fertig gemacht: *„Ein 15jähriger Junge ist in Hamburg-Billstedt von seinen Eltern buchstäblich wie ein Tier in einem vergitterten Käfig gefangengehalten worden. Fünf Jahre lang. Als Polizisten den langaufgeschossenen Jungen mit dem bleichen Kindergesicht am Wochenende befreiten, machten sie eine schreckliche Entdeckung: Während der Gefangenschaft ist der 15jährige Andre offenbar wahnsinnig geworden."* In derselben Ausgabe, auf Seite 3, findet sich zur „Charakterisierung des Vaters" folgende Stelle: *„Die Leute in Billstedt hätten Andres Vater eine ganze Menge zugetraut – das aber nicht. ... Jeder kennt jeden, natürlich ist der 37jährige Zimmermann Wilfried Behn bekannt. Die Leute hier in diesem ruhigen Winkel der Millionenstadt Hamburg wissen nicht so recht, was sie von Wilfried Behn halten sollen. Er hat den Ruf eines gewalttätigen Mannes, der häufiger in Schlägereien verwickelt ist und schnell mit seinen beiden Kleinkalibergewehren droht."* („Bild", 7. Mai 1973)

Nicht viel anders berichten „Morgenpost" (SPD) und „Hamburger Abendblatt" (Springer). „Die Welt" (ebenfalls Springer) erfand sogleich den Grund, *„warum die Behns André 5 Jahre in einem Stall hielten"*: *„Martha Behn schämte sich, zusammen mit einem unehelich geborenen und geistig zurückgebliebenen Kind in der Öffentlichkeit gesehen zu werden."* („Welt", 7. Mai 73) Und die „Welt am Sonntag" vom 13. Mai fragt: *„Wo bleibt das Herz für Kinder?"* ... *„es gibt unzählige Fälle in denen wehrlosen Kindern von Erwachsenen Unrecht angetan wird."*

Das ist die Stoßrichtung der „konzertierten Aktion" der bürgerlichen Presse im „Fall André B.". Verrohte, gewalttätige Eltern, Nachbarn, die sich nicht um einander kümmern bzw. Angst haben, „Mißhandlungen" bei der Polizei zu melden, und eine gleichgültige Öffentlichkeit, die man für „mitschuldig" erklärt.

Die Untersuchungen im Fall „André B." indes zeigen beispielhaft die grausame Situation „behinderter Menschen" in einer auf Profit orientierten Gesellschaft. Doch dazu weiter unten.

Obwohl bereits einen Tag nach Bekanntwerden des Falles vom damaligen Hamburger Schulsenator Apel eine fünfköpfige „Untersuchungskommission" eingesetzt wurde, die *„etwaige Unterlassungen im Behördenapparat"* klären sollte, und die in ihrem internen (!!) Bericht zu eindeutigen Mißständen und Versäumnissen kommt, hetzte die Presse bis zum 20. Juni 74 weiter gegen die Familie Behn.

So das „Hamburger Abendblatt": *„Er* (André) *wurde von seinen Eltern geschlagen und mußte, mit jeweils nur kurzen Unterbrechungen, in einem verschossenen Verschlag hausen, ..."* („HA", 22.5.74) *„Wenn das Ehepaar ihren zweijährigen schwarzen Riesenpudel Schnuffi so gehalten hätte* (wie angeblich André, AK), *wäre es wegen Tierquälerei angezeigt worden."* („Bild", 14.6.74)

Die Pressekampagne blieb nicht ohne Folgen. So mußte sich das Ehepaar Behn tagelang in ihrem Hause einschließen. Telefonanrufer beschimpften sie und drohten ihnen den Tod an, Steine und andere harte Gegenstände flogen gegen ihr Haus in Billstedt. Dem Zimmermann Wilfried Behn wurde von seinem Arbeitgeber gekündigt. Er blieb einige Zeit arbeitslos. Ihre Zwillingstöchter wurden ihnen weggenommen und in ein Heim gesteckt.

Untersuchung des „Fall André B."

In den „Informationen des Amtes für Schule Nr. 12/73 vom 24.5.73" berichtet Senator Apel über einige Ergebnisse der von ihm eingesetzten Untersuchungskommission.

„Die Untersuchungskommission kommt zu dem Ergebnis, daß das Geschehen um André durch Versäumnisse in der Verwaltung mitverursacht wurde ...

Obgleich bereits seit dem Jahr 1959 (!) *Andrés Entwicklungsrückstand mehrfach festgestellt worden war, wurden bis zu seiner Einschulung keine gezielten Maßnahmen zum Ausgleich seiner Behinderungen eingeleitet ...*

Als besonders bedauerlich muß die Tatsache angesehen werden, daß André vom Sonderschulbesuch zurückgestellt werden mußte, (?) *... Nach anfänglichem regelmäßigem Schulbesuch erkrankte André, ein erneuter Einschulungsversuch scheiterte."* (?)

Warum der Einschulungsversuch scheiterte, warum André vom Sonderschulbesuch zurückgestellt werden mußte, wodurch die Verwaltung welche Versäumnisse mitverursacht hat – all diese Dinge werden nicht öffentlich dargelegt. Apel nimmt „Mitschuld" auf seine Behörde, um von der „Alleinschuld" eines menschenfeindlichen Systems abzulenken. In diesem Sinne endet auch sein Artikel: *„Aber nicht allein die Behörden sind verantwortlich, sondern jeder einzelne in dieser Gesellschaft."*

In einem internen Bericht des Hamburger Senats, der auszugsweise im „Spiegel" des Jahres 73 wiederzufinden ist, lassen sich dann folgende erschütternde Entwicklungsstationen des André B. nachvollziehen:

André wurde am 21.4.58 in der Frauenklinik Finkenau, Hamburg, geboren. Da die Mutter André nicht zu sich nehmen konnte, bat sie gleich nach der Geburt um Heimaufnahme. Sie wollte sich Arbeit suchen, um André, von dem sie sich auf keinen Fall trennen wollte, später zu sich nehmen zu können. (Bericht der Klinikfürsorgerin vom 24.4.58). Am 5.5.58 kam André von der Frauenklinik Finkenau in das Säuglingsheim Südring (Jugendbehörde). In einem ärztlichen Gutachten vom 24.2.59 wurde festgestellt, daß André „statisch etwas zurück" sei – ein erster Hinweis auf eine andere Entwicklung als bei gleichaltrigen Kindern. Bereits 7 Monate später weist der Befund Retardierungsmerkmale („Zurückgebliebenheit") aus. Ein Bericht 9 Monate später bestätigte den Befund.

Aus Platzmangel im Säuglingsheim Südring wurde André am 20.2.59 in das SCF-Kinderheim Bahrenhof gebracht. Das Heim wurde von der britischen Kinderhilfe (Save The Children Fund) geleitet und wegen Personalmangels (!) am 1.5.1963 geschlossen.

Während des Aufenthaltes in diesem Heim wurde von mehreren Fachleuten bei André in zunehmendem Maße ein Rückstand in der geistigen Entwicklung festgestellt. Im November 1960 beantragte die Mutter die Entlassung Andrés. Die Familienfürsorgerin konnte eine Entlassung nicht befürworten, ermöglichte aber zu Weihnachten eine Beurlaubung.

Am 16.12.60 wurde André dem „Ärztlichen Dienst der Jugendbehörde" vorgestellt, *„weil die Heimleiterin sich um seine Entwicklung in der letzten Zeit sehr große Sorgen macht"*.

Der Junge komme geistig nicht mehr mit, spreche noch gar nicht und sei kaum ansprechbar. Die Ärztin bestätigt die Vermutung:

„Es ist fast mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Mutter mit dem schwierigen Kind nicht fertig werden wird. Falls sie nach dem Weihnachtsurlaub ihn zurückbringt, muß er nach Hetendorf (Heim der Lobetalarbeit – Innere Mission – für geistig behinderte Kinder) *verlegt werden. In einem Heim für normal entwickelte Kinder ist er nicht mehr tragbar."*

Am 10.1.61 beantragte die Mutter erneut die Entlassung des Kindes. Trotz anfänglicher Bedenken (siehe oben) stimmte die zuständige Familienfürsorgerin der Entlassung zu, *„um dem Kind den ... vorgesehenen Heimwechsel zu ersparen."* Die Entlassung wurde daraufhin noch am selben Tage verfügt.

Brief einer Mutter

Auszüge aus einem an den „Spiegel" gerichteten Brief der Mutter eines spastisch behinderten Kindes:

„Schon als Mutter eines gesunden Kleinkindes wünscht man sich nichts sehnlicher, als mal einen Tag und eine Nacht ohne Unterbrechung zu schlafen. Als Mutter eines behinderten Kindes, hat man in diesem einen Kind ständig zehn kleine Kinder . . .
Ich kenne eine Mutter, die seit Jahren jede Nacht ihr behindertes Kind herumdrehen muß, weil es sich eben gar nicht allein drehen kann. Eine andere Mutter hat einen blinden Spastiker, der keine Nacht schläft, sondern dauernd rhythmisch in die Hände klatscht. Unser Junge wird nachts immer angebunden, weil er sich sonst im Schlaf schlägt – und das tut sehr weh. Aber ein häufiges Klopfen auf die Matratze ist nicht zu vermeiden. Ich höre dieses Klopfen, auch wenn unser Kind gar nicht da ist. . . .
Wo bleibt das Kind, wenn die Mutter mal krank ist? Wo sind die Einrichtungen, in denen die Kinder auch in dieser Zeit gefördert werden? Jeder Tag ohne Behandlung bringt diese Kinder zurück. Und selbst wenn es Kurzaufenthaltsheime gäbe, wie sieht für die Eltern die Finanzierung aus? . . .
Schienen, die den Knöchel stützen sollen, kosten 500,- DM, eine kleine Änderung daran, weil das Kind so zwar stehen, aber nicht laufen kann, obwohl es sonst Treppenstufen geht, 115 Mark, der dritte Kinderwagen, weil der zweite zu klein wurde, 175 Mark. Ein Fellsack 200 Mark, Spastikerstuhl 600 Mark.
Die ganzen finanziellen Belastungen einzeln aufzurechnen, hat man gar keine Zeit, weil man diese dazu braucht, Geld zu verdienen. . .
Normalerweise braucht man für ein elfjähriges Kind ja auch keine Windeln mehr. Wir brauchen's. Die Waschmaschine läuft mindestens einmal pro Tag. Das sind alles Kleinigkeiten, aber sie summieren sich. Straßenbahn zu irgendeiner Therapie kann man mit dem Kind nicht fahren, also immer Taxe.
Und wenn man mal neue Kraft schöpfen will, wer nimmt das Kind? Und wenn man jemanden findet, wird der Urlaub doppelt so teuer wie normal. Denn das alles muß ja bezahlt werden.
Bei unserem Sohn sind alle Schädigungsfolgen von der Krankenkasse ausgeschlossen, das ging einmal so weit, daß man sogar Angina und Grippe bei unserem Kind als Schädigungsfolgen einordnen wollte. . . .
Ein amerikanischer Arzt hat einmal gesagt:,Eine Familie mit einem behinderten Kind ist in unserer Gesellschaft eine behinderte Familie.'
Und damit hat er sehr recht!"

Vom 24.12.1960 bis zum 5. Mai 1973 blieb André bei seiner Mutter in Hamburg-Billstedt. In den Jahren 61/62 wurde bei Besuchen der Familienfürsorgerin mehrfach festgestellt, daß André *„körperlich und geistig immer noch recht zurück und nicht wie ein normales Kind"* wirke. Doch weiterhin geschah nichts! Im Laufe der weiteren Entwicklung Andrés (bis 1964) wurde in Berichten festgehalten, daß André noch nicht richtig laufen und kaum sprechen konnte. Im Hinblick auf die bevorstehende Einschulung wurde von der Schulärztin eine Untersuchung durch den Jugendpsychiatrischen Dienst veranlaßt. Das Gutachten empfahl wegen Debilität (leichter Schwachsinn) baldige Aufnahme in die Heilpädagogische Tagesschule Boberg. Nach Angaben der Schulleitung vom 7.5.73 wurde André wegen Überfüllung (!) vom Schulbesuch zurückgestellt.

Er wurde auf eine Warteliste gesetzt. Aus den verschiedensten Akten ist nicht erkennbar, daß vom Schul- oder Jugendamt die Einschulung betrieben wurde. Eine Nachfrage bei der Schularztstelle (Januar 1966) ergab, daß André „unbeschult" sei. Als Mitte 1966 André endlich zur Schule Lohbrügge kommen sollte, fehlte ein Platz im Schulbus! Mittlerweile war Andre 8 Jahre alt und seit sieben Jahren waren Symptome einer rückständigen Entwicklung bekannt. Nichts war bisher geschehen! Am 31.8.1967 wurde die „elterliche Gewalt" der Mutter übertragen. Am selben Tage war vom Jugendamt die Akte des geisteskranken André B. geschlossen worden! Bis 1970 wurde vom Jugendamt weder die Schulaufnahme noch therapeutische Unterrichtungen etc. betrieben! Am 13.7.1970 erfolgte ein anonymer Anruf bei der Dienststelle Schülerhilfe, daß sich im Hause ... ein 11- bis 12jähriger Junge befinde, der nicht zur Schule geht. Doch wiederum verging ein 3/4 Jahr. Erst im April 1971 (André war mittlerweile 13 Jahre) wurde André in die Heilpädagogische Schule probeweise eingeschult. Bis November 71 war der Schulbesuch ziemlich regelmäßig. Der Klassenlehrer machte Hausbesuche und hatte einen guten Eindruck von der Familie. Von November 71 bis Mai 72 war Andre wegen einer Stoffwechselerkrankung nicht in der Schule. Der Lehrer machte einige Hausbesuche. Im Juni 1972 kam die Schule zu dem Ergebnis, daß eine Betreuungsmöglichkeit im Rahmen der Schule zur Zeit nicht mehr gegeben sei. Wiederum wurde André zurückgestellt! Andrés Eltern bemühten sich wiederholt, Hilfe für ihren Sohn zu bekommen.

Während des Prozesses stellte der Richter Beyer die Frage, was die Eltern unternommen hätten. Frau Behn: *„Wir wandten uns an die Fürsorge. Die Fürsorgerin aber sagte: Das gibt sich noch. Die Ärztin in der Mütterberatungsstelle meinte: Geben sie dem Kind Lebertran. Das hilft. Für eine heilpädagogische Schule war André nicht tragbar. Im Ortsamt fanden wir für unseren Jungen keinen Sachbearbeiter."* („Morgenpost", 14.6.74) Der Rektor der Schule Weidemoor, Hintze, erklärte bereits gegenüber der „Bild" am 8. Mai 1973:

„Nach sechs Monaten wußten wir, daß wir ihm nicht weiterhelfen konnten ... Wenn wir für solche Aufgaben mehr Pfleger, Erziehungshelfer und Beschäftigungstherapeuten hätten, dann könnten wir auch Kinder wie André ständig betreuen."

Die Geschichte des André B. ist die Geschichte einer Gesellschaft, die Millionen in Mord- und Folterinstrumente investiert, aber die elementarsten Grundrechte der Menschen mißachtet: Obwohl die zurückgebliebene Entwicklung Andrés seit 1959 bekannt war, wurden keinerlei Maßnahmen getroffen! André wurde bis heute das Recht auf Schulbesuch verweigert, weil es keine geeigneten Schulen im benötigten Maße gibt. Lt. „Spiegel" werden in der BRD 6.040 Sonderschulen akut benötigt. Es gibt allerdings nur 2.015!!

Hinzu kommt, daß es jahrelang in ganz Billstedt keinen Jugendfürsorger gab. Und die Schülerhilfe, in der Psychologen der Schulbehörde arbeiten, an die sich Lehrer wenden können, wenn sie mit sogenannten „schwierigen Fällen" nicht fertig werden, ist so phantastisch besetzt, daß sie praktisch arbeitsunfähig ist. So kommt auf einen Schulkreis, z.B. auf ganz Harburg, ein halber Schulpsychologe!.

Wie aber schrieb das „Hamburger Abendblatt" vom 22.5.74 zum „Fall Andre B": *„Zwei Menschen sind in erschreckender Weise schuldig geworden."*!!

André in den Alsterdorfer Anstalten

Seit dem 5. Mai 1973 ist André in den Alsterdorfer Anstalten untergebracht. Die „Morgenpost" vom 12.6. berichtet, daß *„André von den besten Ärzten nun betreut wird."*

Das „Hamburger Abendblatt" vom 21.6.:

„André lebt heute in den Alsterdorfer Anstalten, und hat ständig zwei Menschen um sich, die sich rund um die Uhr um ihn kümmern."

Und die „Welt" vom 15.6.74 schließlich: *„Zwei Erzieher kümmern sich ausschließlich um ihn, eine dritte Hilfskraft ist außerdem halbtags für ihn eingesetzt."* Schön wärs!

André ist seit etwa einem Jahr in der geschlossenen Abteilung „Wachsaal". Derzeit befinden sich dort 45 Patienten. Pro Schicht arbeiten fünf Pfleger, d.h.: neun Patienten kommen auf einen Pfleger!!

Für einige Wochen war André Ende 73 auf der Abteilung „Heinrichshöh".

Dort leben 37 Patienten und ca. vier Pfleger! Dazu muß gesagt werden, daß die Bandbreite der Patienten enorm groß ist. So sind in „Heinrichshöh" z.B. „Selbstbeschädiger" zusammen mit Patienten, die lesen und schreiben können und regelmäßigen Tätigkeiten nachgehen.

Allerdings kümmern sich zwei „Fachkräfte", soweit es in ihrer Zeit und ihren Kräften und Möglichkeiten steht, um André. Der eine ist ein Patient, der schon einige Jahrzehnte in Alsterdorf ist und ab und zu mit André spazieren geht, der andere ein Zivildienstleistender, der ein bis zwei Stunden pro Tag mit André Spiele und Übungen durchführt. Geschulte und ausgebildete Fachkräfte, die sich Tag und Nacht in ausreichender Zahl um Patienten kümmern? – Bloß ein Traum aller Patienten, der Zeit ihres Lebens in dieser Gesellschaft ein Wunschtraum bleiben wird!

Der Fall André endete mit dem Freispruch für seine Eltern. Doch wie Richter Beyer einleitend sagte: *„Es ist nicht Aufgabe dieses Gerichts, mögliche Versäumnisse der Behörden aufzuspüren und die Verhältnisse, unter denen geistig Behinderte in unserer Gesellschaft leben, zu untersuchen"*.
. . . endete der Prozeß vor allem mit dem Freispruch der Behörden und unseres Systems, das tagtäglich viele André B.'s produziert! ●

Chemiekomitee, KB / Gruppe Hamburg, mit Unterstützung von Pflegern und Ersatzdienstleistenden der Alsterdorfer Anstalten

Üble Provokation der „KPD/ML" bei Daimler-Benz, Westberlin

Welche schweinischen Methoden die „KPD/ML" anwendet, um ihren Laden bei den Kollegen als die großartigste Unterstützung im Kampf gegen die derzeitige Welle der politischen Entlassungen anzupreisen, zeigt folgendes Beispiel:

Mehrere fortschrittliche Kollegen bei Daimler-Benz in Westberlin wurden im Mai gekündigt. Darunter ein Vertrauensmann, der offen aus politischen Gründen rausflog und sofort in den Urlaub geschickt wurde. Aus diesem Anlaß rief die „KPD/ML" zu einer öffentlichen „Arbeiterrunde" auf. Die schlichte Begründung war: „Stärkt die KPD/ML!".

Daß die „KPD/ML" nicht davor zurückschreckt, einen Kollegen zu denunzieren, wenn es nur für die „Stärkung" der „KPD/ML" ausgeschlachtet werden kann, mußte einer der gekündigten Kollegen am eigenen Leibe erfahren: Er wollte (offenbar politisch schlecht beraten!) die „Arbeiterrunde" nutzen, um sich Unterstützung für seine Wiedereinstellung und den Arbeitsprozeß zu holen. Erst nach längerer Diskussion war die „KPD/ML" bereit, auch über praktische Solidarität zu reden. Bei einer Sammlung kamen dann immerhin 94,– DM zusammen, beachtlich bei so wenig Anwesenden. Damit sich die Spende für die „Stärkung der KPD/ML" auch ja auszahlt, wurde ein Flugblatt herausgebracht, mit der Mitteilung: *„94,– DM für F . . . "* (im Flugblatt war der Vorname von F. ausgeschrieben, sein Nachname abgekürzt; außerdem war seine Abteilung angegeben).

Dann kommt man gleich zur Sache: *„Am letzten Freitag kam F . . . und zwei Genossen der Gruppe Rote Fahne* (gemeint ist die „KPD" – Anmerkung AK) *Daimler-Zelle zur Arbeiterrunde der KPD/ML ins Parkrestaurant Neukölln. F . . . berichtete, wie er bei Daimler in . . . und auf der Betriebsversammlung gekämpft hat."*

Die Betriebsräte und einige rechte sozialdemokratische Vertrauensleute, die es bei einigen Kollegen nicht leicht hatten, die Kündigungen zu rechtfertigen, hatten hierdurch unverhoffte Schützenhilfe erhalten. Jetzt konnten sie als ‚Beweis' für ihr Gerücht, ‚der hat was mit der KPD zu tun', das Flugblatt der „KPD/ML" zitieren. Dieser ‚Beweis' verfehlte unter den Kollegen nicht seine Wirkung. Der Betriebsrat nutzte die Chance noch weiter aus und leitete das Flugblatt an die Ortsverwaltung weiter. Diese wiederum forderte den gekündigten Kollegen auf, dazu Stellung zu nehmen, und zwar bevor sie entscheidet, ob sie ihm Rechtshilfe für den Arbeitsprozeß gewährt oder nicht! Das objektive Zusammenspiel zwischen „KPD/ML" und Gewerkschaftsführern ist offensichtlich!

Der Kollege F. hat von einer solchen Denunziation sicher keinen Nutzen (darüber können auch die 94 Mark nicht wegtäuschen. Nutzen dagegen haben die Gewerkschaftsführer

➡

Hamburger Senat deckt faschistoiden Polizei-Chef

Einige junge Hamburger Polizisten wollten spaßeshalber mal testen, was ihr Vorgesetzter, der leitende Polizeidirektor und Kommandeur der Hamburger Schutzpolizei, Georg Pries, zu dem sogenannten „Haarerlaß" bei der Polizei meint, nach dem uniformierte Beamte „bis an den Kragen reichendes gepflegtes Langhaar" tragen dürfen. Sie veranlaßten einen nicht der Polizei angehörenden Bekannten, einen „Protestbrief" an den Hamburger Polizeipräsidenten zu schreiben, um Pries hervorzulocken: *„Mir sind ... eine verminderte Zahl echter Polizisten lieber als ein Heer von Schmuddelpäckchen."*

Pries verfaßte am 1o.12.1973 ein Antwortschreiben, aus dem hervorgeht, daß durch diese „Stimme aus dem Volk" die „edelsten" Saiten in ihm zu klingen begannen:

„Ich glaube, daß allzu modernistische Trends, existentialistische Ausdrucksformen und -tendenzen sowie übersteigerter Individualismus in der Polizei weder Raum haben können noch Raum gewinnen dürfen. Innere Haltung, Zuverlässigkeit, Hilfs- und Durchsetzungsbereitschaft in Gefahrenlagen werden im allgemeinen nur von Menschen erwartet, deren äußere Haltung und äußeres Erscheinungsbild einen solchen Vertrauensvorschuß begründet. Das gilt in besonderem Maße für Polizeibeamte in Uniform."

Nachdem Pries sich dann noch darüber verbreitet hatte, daß ihm das *„von spitzfindigen Intellektuellen strapazierte Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit"* schwer auf
„von spitzfindigen Intellektuellen strapazierte Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit" schwer auf
dem Magen liegt, schrieb er weiter:

„Die Polizei begreift sich – und das ist meine tiefe Überzeugung – nicht als außenstehender Machtapparat, sondern als Teil unseres Volkskörpers (!), *in dem sie als rote Blutkörperchen* (gemeint sind vermutlich die weißen Blutkörperchen, Anm. AK) *wirkt, mit der Aufgabe, Krankheiten zu verhindern und schädliche Stoffe von diesem Volkskörper fernzuhalten."*

Dieses faschistoide Geschreibsel über „Volkskörper", „schädliche Stoffe" (!!), die vom „Volkskörper" „fernzuhalten" seien „spitzfindige Intellektuelle", „übersteigerten Individualismus" usw. bringt den Wunsch nach angepaßten, die Faschisierung von Staat und Gesellschaft willig mittragenden Polizisten zum Ausdruck.

Bei der Veröffentlichung stieß dieser Vorgang auf einige Empörung.

Der Renomier-„Linke" der Hamburger Bürgerschaft, FDP-Abgeordneter Weber, sah sich zu einer 'Anfrage' an den Hamburger Senat veranlaßt, in der er u.a. seine staatsbürgerliche Sorge zum Ausdruck brachte, *„daß durch derartige Äußerungen... die Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat in Mißkredit kommt."*

Nein, der Senat meinte das nicht. Die Äußerung von Pries könne zwar *„zu Mißverständnissen* (!?) *und Fehldeutungen* (? ? !) *Anlaß geben"* (dabei war sie doch völlig eindeutig!), aber das mache schließlich nichts. Denn der Herr Pries sei doch *„jederzeit bereit, für die freiheitliche Grundordnung einzutreten* (ein Mann, der offen verfassungsmäßige Rechte verhöhnt, wie aus seinem Brief deutlich wird! – Anm. AK), *und das verdient Anerkennung, nicht Kritik"*. Und mit den „spitzfindigen Intellektuellen" habe Herr Pries bestimmt *„nur Verfassungsfeinde"* gemeint, und gegen diese ist ja faschistoide Hetze bekanntlich nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht.

Abgeordneter Weber zeigte sich über diese Antwort *„höchst unbefriedigt"* und äußerte die naive Vermutung, dem Senat habe *„der Mut gefehlt"*. Aber nicht doch Herr Weber. Der Senat hatte durchaus den „Mut", sich zu einem seiner faschistoid eingestellten 'Staatsdiener' zu bekennen. Welchen Mut hatten Sie denn erwartet?

(„Wir haben es ja gleich gesagt, daß er ein Chaot ist"); und Nutzen erhofft sich wohl auch die „KPD/ML" („der F. war bei UNS! . . .").

Weil die letzte „Arbeiterrunde" so ein voller Erfolg gegen die Kollegen war, rief die „KPD/ML" gleich zu einer neuen – natürlich öffentlich – auf, um ihr provokatorisches Treiben fortzusetzen.

Nach dem Bericht eines Westberliner Metall-Genossen

Weiterer Abbau demokratischer Rechte an der Universität Frankfurt

Am 24.5.74 untersagte das Verwaltungsgericht Frankfurt dem Allgemeinen Studentenausschuß (Asta) der Frankfurter Universität unter Androhung einer Geldstrafe, sich über Hochschulfragen hinaus allgemein-politisch zu betätigen.

Der Gerichtsbeschluß erfolgte auf Antrag eines Burschenschaftsstudenten und besagt, daß dem Asta *„im Wege der einstweiligen Verfügung verboten (wird), sich öffentlich schriftlich oder mündlich zu politischen Fragen, die nicht hochschulpolitische Belange der Studenten betreffen, zu äußern"* (FR vom 25.5.74).

Diese Anordnung steht im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen an der Universität Frankfurt im Januar dieses Jahres und bedeutet einen weiteren Baustein in den gesamten Angriffen auf die demokratischen Rechte der Studenten. Anfang dieses Jahres kam es zu heftigen Auseinandersetzungen an der Frankfurter Uni, die durch die reaktionären Praktiken des Professors Engels provoziert wurden (siehe AK 40). Die Polizei besetzte damals das Universitätsgelände, knüppelte auf die gegen den Reaktionär Engels protestierenden Studenten ein, durchwühlte die Asta-Räume und nahm verschiedene Akten mit. Kurz darauf wurde auch das Konto des Asta durch die Universitätsverwaltung gesperrt.

Die Bourgeoisie und ihre Handlanger hatten den damaligen Konflikt und seine Zuspitzung provoziert, mit dem Ziel, die seit langem geplante Hochschul-„reform" und Maßnahmen wie das Ordnungsrecht durchzusetzen und als notwendige Reaktion auf „kriminelle Handlungen kommunistischer Gruppen" hinzustellen.

Inzwischen hat die Bourgeoisie einige Schritte auf dem Weg zur Durchsetzung ihrer Ziele getan:

1. Die Vorlage einer „Hausordnung" für die Universität Frankfurt. Diese „Hausordnung" sieht Disziplinarmaßnahmen gegen alle Universitätsangehörigen vor, die in irgendeiner Weise „die Funktionsfähigkeit der Universität beeinträchtigen" (AK 42).
2. Die Planung eines einheitlichen Ordnungsrechts für alle Universitäten der BRD und Westberlins. Dieses soll wesentlich schärfer gefaßt werden, als die Frankfurter „Hausordnung", und soll sich an die entsprechenden Paragraphen in den Hochschulgesetzen der CDU/CSU-Länder Bayern und Baden-Württemberg anlehnen (AK 42).

Der Gerichtsbeschluß, der die Wahrnehmung eines politischen Mandats des Asta als rechtswidrig bezeichnet, ist also nur ein weiterer Schritt im Abbau demokratischer Rechte der Studenten.

Durch solche Maßnahmen und durch Provokationen wie bei den Auseinandersetzungen im Januar, versuchen die Bourgeoisie und ihre Handlanger an den Universitäten die richtige „Stimmung" und die „Legitimation" für die Durchführung ihrer reaktionären Pläne zu erreichen und gleichzeitig unentschlossene Studenten abzuschrecken und die kämpfenden zu isolieren bzw. ihre Aktivitäten zurückzudrängen, um damit die demokratische Studentenbewegung zu zerschlagen. ●

KB/Gruppe Frankfurt

Typhus-Epedemie in Göttingen

In Göttingen sind seit Ende Mai zahlreiche Fälle von Typhuserkrankungen aufgetreten, wobei sich die Zahl inzwischen auf 40 Erkrankte erhöhte. In diesem Zusammenhang ist das Verhalten des hiesigen Gesundheitsamtes sehr bezeichnend. So versuchte es von Anfang an, den Fall herunterzuspielen und die Ursachen zu verschleiern. Auf der Suche nach dem Krankheitsherd, der wahrscheinlich im Bereich der Zentralmensa der Uni liegt (einzige Gemeinsamkeit der zuerst Erkrankten ist ein Fischessen in der Mensa) wurde keineswegs konsequent untersucht, sondern mit wahnwitziger Leichtsinnigkeit alles vermieden, was einer schnellen Aufklärung gedient hätte, so z.B. sofortige Überprüfung der Zulieferfirmen oder allgemeine Untersuchung aller Mensabenutzer als potentiell Gefährdete. Im Gegenteil: Wohnheime von erkrankten Studenten wurden erst nach einer Woche desinfiziert; Studenten, die sich für gefährdet hielten, wurden vom Gesundheitsamt weggeschickt mit der lapidaren Antwort: „Kommen Sie wieder, wenn Sie Symptome haben." Die Unfähigkeit des Gesundheitsamtes wurde von den zuständigen Stellen auf Landesebene entschuldigt und die Ursachen dafür in zynischer Weise sehr offen zugegeben. So der Seuchendezernent im niedersächsischen Sozialministerium Dr. G. Sattelmacher als Antwort auf Kritik aus den Reihen der betroffenen Studenten: *„Es ist furchtbar einfach, Vorwürfe zu erheben. Es sollte aber berücksichtigt werden, daß kein Gesundheitsamt für den Extremfall aufgebaut, sondern auf den Normalfall eingerichtet ist."* (aus: „Göttinger Blick").

Da ist es also heraus: Es ist gar nicht Aufgabe des Gesundheitsamtes, sich auf solche Fälle einzurichten und dementsprechend ist es auch gar nicht finanziell und personell dafür ausge-
finanziell und personell dafür ausge-
stattet, weil es der „Normalfall" eben nicht verlangt. Was ist nun der „Normalfall"? Für die Kollegen, die in der Mensa arbeiten, heißt das folgendes: Sie wurden innerhalb weniger Tage mehrmals untersucht und auch in der Presse war zu hören, daß hier sicherlich der Krankheitsherd zu finden sei. Keine Rede davon, ob nicht die Zulieferfirmen auch zu untersuchen seien, nichts dergleichen. Im allgemeinen heißt „Normalfall", daß ganz im Sinne seines Auftrages das Gesundheitsamt dafür zu sorgen hat, daß der kapitalistische Produktionsprozeß aufrechterhalten bleiben kann, hat doch dieses Amt gerade die Aufgabe, die „guten" von den „schlechten" Arbeitern schon vor Arbeitsantritt zu trennen und so nur „brauchbares Material" für die Kapitalisten zu schaffen. Keineswegs wird untersucht, ob die Arbeitsbedingungen, Arbeitshetze etc. Auswirkungen auf die Arbeiter haben, da dieses natürlich nicht im Interesse der Kapitalistenklasse liegt und sie dementsprechend ihr Gesundheitswesen auch nur an ihrem Profitstreben und seine Stützung ausgerichtet hat.

In diesem Fall heißt das, daß versucht wird, indirekt den einzelnen Beschäftigten der Mensa die „Schuld" in die Schuhe zu schieben, indem offensiv (häufiges Untersuchen bei gleichzeitiger Unterstützung durch die Presse) gegen sie vorgegangen wird, um so von den tatsächlichen Ursachen abzulenken und die Zulieferfirmen vor entsprechenden Maßnahmen zu schützen. In diesem Sinn ist auch ein anderer Ausspruch von Dr. Sattelmacher zu verstehen: *„Das Gesundheitsamt hat alles getan, was möglich war. Das alles ist viel zu sehr aufgebauscht worden, immerhin sind es lediglich 39 Fälle (!!!) in der gesamten Bundesrepublik".*

(aus: „Göttinger Bliek") ●

KAG Göttingen

KAG Göttingen

Strahlenunglück in St. Georg

Strahlenunglück in St. Georg

Am 2.5.74 wurden in der Strahlenabteilung des AK St. Georg drei Patienten mit einem Röntgenbestrahlungsgerät für die Haut überbestrahlt, wobei es zu einer Rötung und Abhebung der oberen Hautschichten kam, die bei sachgemäßer Bestrahlung sonst nicht auftreten.

Fehler im technischen Bereich sind immer möglich, aber die Ursachen der Strahlenschäden und des viel folgenschwereren Strahlenunglücks im Februar-April 71 in der gleichen Abteilung zeigen, wie wenig Menschenleben gelten in einer Institution, die der Erhaltung und Wiederherstellung der menschlichen Gesundheit dienen sollte.

Von Mitte Februar bis Mitte April 71 wurden insgesamt 27 krebskranke Patienten mit bis zu vierfach überhöhten Strahlenmengen aus einem Betatron bestrahlt, bei dem eine Filterplatte zur Verteilung der Strahlen herausgefallen war. Zwei der Patienten sind unmittelbar an den Folgen der Überbestrahlung verstorben, 13 weitere haben bleibende Schäden davongetragen. Bis zum Abschluß eines Bürgerschaftsberichtes am 3.9.73 sind 20 Patienten an ihrem Grundleiden oder Herz-Kreislaufversagen gestorben. Der Defekt am Bestrahlungsgerät wurde erst zwei Monate nach seinem vermutlichen Entstehen bemerkt, weitere zwei Monate vergingen, bevor die Gesundheitsbehörde benachrichtigt wurde. Erst am 6.10.73 wurde die Öffentlichkeit informiert, nachdem es der Gesundheitsbehörde gelungen war, informierte Zeitungen zum Stillschweigen zu bewegen, nachdem längst Zivil- und Strafklagen betroffener Patienten liefen und die Verantwortlichen in widerlichster Weise einen Sündenbock suchten. Die Patienten wurden über die Strahlenschäden erst im 4. Quartal 71 unterrichtet, und z. T. auch nur, wenn sich bleibende Schäden bei ihnen gezeigt hatten. Dies geschah angeblich deshalb so spät, *„weil im Interesse des einzelnen Patienten abgewartet werden sollte, ob sich überhaupt ein bleibender Schaden herausstellte. Es hätte ja bei jedem einzelnen die Möglichkeit bestanden, daß die Überbestrahlung ohne ernstere bleibende Folgen geblieben wäre, und für diesen Fall sollte der Patient nicht unnötig beunruhigt werden. Dies um so mehr, als vorbeugende Maßnahmen gegen evtl. auftretende Strahlenschäden nicht möglich seien."* Diesen zynischen Kommentar von Prof. Gauwerky, dem Leiter der Strahlenabteilung, machte sich der Präses der Gesundheitsbehörde zu eigen, wohl um sein 16-monatiges Schweigen zu begründen.

Bei der Untersuchung der Schuldfrage deckte der am 27.11.72 eingesetzte Untersuchungsausschuß der Bürgerschaft unglaubliche Dinge auf. Das Gerät war nicht funktionssicher, und das war der Herstellerfirma Siemens bekannt. Denn schon 1968 war in Gießen an einem gleichen Gerät eine Veränderung an den Streufolien wie in Hamburg festgestellt und der Firma mitgeteilt worden. Diese hatte es aber erst 1972 für nötig befunden, die Besitzer von immerhin bis jetzt über 70 Geräten auf den Fehler hinzuweisen. Außerdem war für einen halbwegs versierten Fachmann klar, daß der Kleber für die Folien den Röntgenstrahlen nicht standhält. Weiterhin hatte Siemens sofort nach Bekanntwerden des Defektes eine Reparatur an der Folienkette vorgenommen, so daß sich der Untersuchungsausschuß bei einem Lokaltermin nicht in der Lage sah, am inzwischen stillgelegten Betatron die genauen Strahlenverhältnisse zu rekonstruieren, und zugeben mußte, *„daß nicht mehr in der notwendigen Sicherheit davon ausgegangen werden konnte, es handele sich heute (am Lokaltermin) noch um dasselbe Gerät."*

Schwere Fehler sind auch bei der Funktionskontrolle des Betatrons aufgetreten. Die physikalisch bedingte Leistungsschwankung der Röntgenröhre hätte einer ständigen automatischen Überwachung bedurft. Diese gab es nicht, da die Gesundheitsbehörde es abgelehnt hatte, das notwendige Kontrollgerät für DM 20.000,– zu beschaffen, und dies auch nicht aus dem Chefärzteetat des AK St. Georg geschah, der für solche Anschaffungen vorgesehen ist. Wieso die Anschaffung unterblieb, konnte der Untersuchungsausschuß nicht klären. So mußte das Gerät mit der Hand abgeschaltet werden. Die mit der Bedienung betrauten MTA's waren bei mangelnder Ausbildung und zu engem und zu lautem Arbeitsplatz schon bei einem einwandfreien Gerät überfordert und hätten einen Fehler nur durch Zufall erkennen können. Die mit der Leistungskontrolle beauftragten beiden Physiker führten nur alle halbe Jahre eine Kontrollmessung am Gerät durch – angesichts der ständig schwankenden Leistung der Röntgenröhre ein kriminelles Verhalten, das man allerdings nicht den beiden Personen vorwerfen kann, denn die Bedienungs- und Wartungsanleitung (die letzte sicher datierte aus dem Jahr 59) der Firma Siemens erwiesen sich hinsichtlich der Kontrollvorschriften als sehr dürftig.

Die Suche nach dem Schuldigen verlief wie eine Groteske. Jeder beschuldigte jeden, die Verantwortung zu haben. Die Gesundheitsbehörde beschuldigte die Ärzte, insbesondere Prof. Gauwerky, dieser gab teilweise dem Bedienungspersonal die Schuld. Die Firma Siemens wurde von allen, einschließlich den Patienten, angegriffen, sie wies aber jede Verantwortung von sich und meinte, die Ärzte anschuldigen zu können. Die Gesundheitsbehörde wertete es gar als einen Erfolg, daß sie nur von einem Patienten als Alleinschuldige verklagt wurde, während die anderen acht Kläger gegen mehrere Verantwortliche Klage erhoben. Immerhin schien der Gesundheitsbehörde und Siemens die Angelegenheit so brisant, daß sie je DM 200.000,– ohne Präjudiz vorstreckten, um den Betroffenen „so schnell und umfassend wie möglich" zu helfen. Daß diese Hilfe erst ein Jahr nach dem Unglück gegeben wurde, und dies auch erst dann, als Versuche, die Betroffenen von seiten der Behörde mit je DM 1.000,– abzuspeisen, auf die Empörung der Öffentlichkeit gestoßen waren, verschwieg man diskret. Erst im Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses las man wieder darüber.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die Strahlenunglücke in St. Georg sind Musterbeispiele für das Verhalten von Kapitalisten und Staat und ihre Zusammenarbeit in unserer Gesellschaft. Die Firma Siemens, die ohne Schwierigkeiten komplizierte Meß- und Regelelektronikcomputer z. B. für Laser-Bomben und Thermo-Suchgeräte zu Kriegszwecke entwickeln und herstellen kann, spart an den einfachsten Meßapparaturen zur Überwachung eines lebenswichtigen und lebensgefährlichen Therapiegerätes, um den Gewinn nicht zu schmälern. Die Gesundheitsbehörde versucht erfolgreich, die Aufklärung der Vorfälle zu verhindern und wälzt die Verantwortung von sich. So bürdet denn auch der Untersuchungsausschuß Prof. Gauwerky die Verantwortung auf. Eine Analyse der Fehler unter dem Aspekt, sie offen zuzugeben, aus ihnen zu lernen und sie in Zukunft zu verhindern, ist selbstverständlich nicht geleistet worden. Im Mai 74 fehlte wieder ein wichtiges Meßinstrument, wieder wurde versucht, die Vorfälle zu verschleiern, wieder hatte man nichts gelernt. Denn die „schonungslose Offenlegung" sind personelle Konsequenzen im AK St. Georg, so die Gesundheitsbehörde. Ihre eigenen Versäumnisse will sie damit auf eine untere Ebene abwälzen: Wie lautete doch die Empfehlung des Untersuchungsausschusses an den Senat?: *„Das Bedienungspersonal für medizinisch-technische Geräte und die mit der Wartung und Kontrolle solcher Apparaturen beschäftigten Mitarbeiter vor der Aufnahme einer solchen Tätigkeit ausreichend ausbilden und während der Tätigkeit fortlaufend schulen.!"*

In einer sozialistischen Gesellschaft werden vorhandene Fehler bekämpft. Mao sagt: „Fehler sind bei jeder Partei und bei jedem Menschen nicht immer zu vermeiden. Aber wir müssen uns bemühen, so wenig Fehler wie möglich zu begehen."

Was oft wie ein technischer Fehler aussieht, ist häufig Eitelkeit, Mangel an Verantwortung und Ignoranz. Aus Fehlern können wir alle lernen. Wir suchen nicht den Schuldigen, um ihn zu bestrafen, sondern um ihm seinen Fehler zu zeigen. ●

Gruppe Gesundheitswesen der Bezirksorganisation KB/Gruppe Hamburg

Ärzte terrorisieren politisch unliebsame Patienten

Leserbrief

Wiederholt ist schon im ARBEITERKAMPF berichtet worden, wie die westdeutsche Bourgeoisie mit allerbrutalsten Mitteln gegen politische Gefangene, insbesondere gegen inhaftierte RAF-Genossen, vorgeht.

Ich möchte hier einen Fall schildern, der deutlich macht, daß man sich nicht „nur" darauf beschränkt, diese Genossen physisch und psychisch kaputt zu machen. Der staatliche Terror geht sogar soweit, Verwandte dieser Genossen gleichsam in Sippenhaft zu nehmen.

In einem Krankenhaus wurde eine Verwandte eines RAF-Mitgliedes schwer krank eingeliefert. Von einigen Ärzten wurde dabei ernsthaft erwägt, ob man „solche Menschen" überhaupt behandeln sollte. Es könnte doch sein, daß diese, wenn sie tatsächlich gesund werden sollten, uns umbringen würden oder sonst irgend etwas Übles anrichten.

Nachdem man sich „durchgerungen" hatte, sie zu behandeln, wurde angeordnet, daß diese Patientin keine Behandlungszeit bekommen sollte (jeder Patient bekommt normalerweise eine Zeit, wann er täglich kommen soll; in dieser Zeit bekommt er dann seine Therapie). Diese Patientin sollte einfach von der Station abgerufen und eingeschoben werden, wenn nichts anderes zu tun sei. Das hieße in letzter Konsequenz: Wenn viel zu tun ist und kein Termin frei ist, kommt sie auch nicht dran. Daß sie dennoch täglich ihre Therapie bekam und nicht einfach „dazwischen geschoben" wurde, lag lediglich am übrigen Pflegepersonal, das sich über die Anordnungen der Ärzte hinwegsetzte.

Dieser Leserbrief kann leider nicht ausführlicher werden, da man durch die Schweigepflicht gesetzlich daran gehindert wird (das Berufsverbot droht).

Durch diese Schweigepflicht wird es ermöglicht, daß sehr viele Schweinereien nicht umfassend enthüllt werden können (wie in diesem Fall) bzw. überhaupt gar nicht erst an die Öffentlichkeit kommen. ●

Ein Krankenhausgenosse

Forts. Italien

beschleunigten Bau traditioneller Kraftwerke und vor allem von Kernkraftwerken". – An weiteren Maßnahmen werden vorgeschlagen ein „Preisstop" für die Mieten und die Festsetzung von Höchstpreisen („politische Preise") für Brot, pasta (Nudeln etc.) und Milch. „Preisstop" für die öffentlichen Tarife bis mindestens Ende 1974. Besteuerung importierter Luxuswaren (z.B. Pelzwaren). Maßnahmen gegen die Schlachtung von Kälbern und Entwicklung von Alternativen zu den teuren Rindfleisch-Importen (andere Fleischarten oder Fisch). Maßnahmen zur *„Regulierung des Benzinverbrauchs"*. Unterstützung *„produktiver Investitionen"* durch *„eine selektive Kreditpolitik"* speziell für die kleine und mittlere Industrie, das Handwerk und bäuerliche Betriebe. Steuererleichterungen für niedrige Einkommen.
(nach „l'Unità" vom 21.3.74)

Die Voraussetzung für eine solche Politik sieht die PCI-Führung in einer *„Verständigung zwischen den entscheidenden politischen Kräften des Landes."* Mit ihrer „opposizione diversa" gegenüber der 4. Regierung Rumor in der zweiten Hälfte 1973 haben die Revisionisten konkret gezeigt, daß sie bereit sind, angebliche „kleine Schritte" des Staates in die Richtung der PCI-Forderungen durch politisches Stillhalten zu „honorieren".

Die PCI-Führer haben in den letzten Jahren immer wieder versichert, daß es ihnen nicht um eine sofortige Regierungsbeteiligung geht, daß es auf die Regierungspartei zunächst überhaupt nicht ankommt, sondern auf eine *„Tendenzwende"* der Regierungspolitik. Wenn diese für die PCI-Führer erkennbar sei, würde man sich der Regierung gegenüber „konstruktiv" verhalten. So hat unlängst die PCI-Führung ihrem Lieblingsprojekt des „historischen Kompromiß" eine neue Form gegeben: die Forderung nach einer **„consultazione globale"** (umfassende Beratung) zwischen Regierung und Opposition – eine Forderung, die von der PSI unterstützt wird, aber von den anderen Regierungsparteien bisher abgelehnt wird.

Die „Chancen" für einen „historischen Kompromiß" im Sinne einer Regierungsbeteiligung der PCI oder auch nur der ‚consultazione globale' hängen indessen nicht allein von der inneren Entwicklung Italiens, sondern mehr noch von den Entscheidungen der großen imperialistischen Mächte, vor allem USA und BRD, ab. Die wirtschaftlichen Vorschläge der PCI (Investitionen im Mezzogiorno und im Reproduktionssektor – Gesundheitswesen, Schulen u.ä.) laufen allerdings den Forderungen der Imperialisten der USA und der EG genau entgegen (Kredit-restriktion usw.). Andererseits kann auch die PCI nicht einmal scheinbar einen Tip geben, wie sich die italienische „Wirtschaft" aus der ausländischen Zange befreien kann, sondern gibt selbst an, „Italien" müsse sich um weitere Kredite aus der EG bemühen (der Rat, sich um Kredite bei den arabischen Ölstaaten zu bemühen, ist auch nicht viel besser, da gerade diese eng mit dem US-Finanzkapital verbunden sind).

Die PCI-Führer müßten selbst ihr eigenes „Wirtschaftsprogramm" verraten (das ja noch nicht einmal ein reformistisches Programm ist, sondern einfach ein – wenn auch z.T. recht phantasievolles – kapitalistisches Alternativprogramm), um auf diesem Weg zu dem gewünschten „historischen Kompromiß" zu kommen – „Kompromiß" nicht nur mit der DC und der italienischen Bourgeoisie, sondern „Kompromiß" auch mit dem US-Imperialismus und dem BRD-Imperialismus. Die portugiesische „KP" mit ihrer schäumenden Hetze gegen jeden Streik, gegen jede Massenaktion (die als „von faschistischen Provokateuren gelenkt" beschimpft werden) geht den PCI-Führern auf diesem Weg „mit gutem Beispiel" voran. – Ob die Imperialisten dies z.Zt. für Italien überhaupt wünschen, ist eine andere Frage.

Wir wollen voraussichtlich im nächsten AK auf das innere Kräfteverhältnis, besonders den Stand der Arbeiterkämpfe und der Arbeiterlinken in Italien etwas näher eingehen, um die Frage des „historischen Kompromiß" und allgemein die Perspektive der Entwicklung auch von dieser Seite zu beleuchten. ●

Hamburg-Eimsbüttel:

Mieter-Kundgebung gegen Unternehmerterror

Im Hermann-Behn-Weg in Hamburg-Eimsbüttel fand am 28.5.74 eine Mieter-Kundgebung statt. Aufgerufen hatte die Mieterinitiative Eimsbüttel (unterstützt von der Mieterinitiative Eppendorf) mit Plakaten, Flugblättern und einem Lautsprecherwagen, der durch den Stadtteil fuhr.



Die Kundgebung fand vor einem besonders anschaulichen Beispiel kapitalistischer Wohnungspolitik statt. Das Haus Hermann-Behn-Weg 13/15 ist zwar noch bewohnt, wird aber trotzdem feste abgerissen. Der Eigentümer und Bauunternehmer A. Möhring konnte nicht warten, bis er auch die letzte Mieterin, die einen gültigen Mietvertrag hat, vertrieben hat. Inzwischen waren seine Schikanen so offen gesetzwidrig, daß sich sogar die Presse

und das Fernsehen darüber empören

und das Fernsehen darüber empören mußten. Allerdings wurde nicht vergessen, diesen Fall als angeblichen Einzelfall zu verkaufen.

Möhring muß den Abbruch vorantreiben, um Kredite für das anschließende Hochziehen von Eigentumswohnungen zu erhalten. *„Jetzt DM 3,– pro qm – demnächst DM 3.000,– pro qm"* hat die Mieterinitiative an die Hauswand gemalt. Eigentumswohnungen dieser Preislage gehören heute in Hamburg schon zu den „preiswerten". „Neue Heimat"-Tochter Bewobau versucht in Pöseldorf Eigentumswohnungen an den Mann zu bringen, die rd. DM 5.500,– pro qm kosten, d.h. für eine 100-qm-Wohnung ist eine halbe Million auf den Tisch zu legen. Von 40 Wohnungen sind daher bisher auch nur fünf verkauft.

Das Haus Hermann-Behn-Weg 13/15 ist mit folgenden anderen Parolen markiert: *„Möhring verdient an Wohnraumzerstörung"*, *„Staatlich geförderte Mietervertreibung"*, *„Renovieren statt Ruinieren"*, *„Welches Haus ist das nächste?"* und *„Mieter wehrt euch gemeinsam gegen Mietwucher und Bodenspekulation"*. Vor diesem Hintergrund, vor diesem Denkmal der ausgezeichneten Zusammenarbeit zwischen Baukapitalisten und Behörde (s. a. AK 44), fand die Kundgebung statt.

Bei leichtem Nieselregen waren etwa 120 Menschen dem Aufruf gefolgt. Die Mieterinitiative wollte mit dieser Kundgebung ihren Kampf, der vorher hauptsächlich mit Informationen geführt worden war (Flugblätter, Informationsstände), weiterentwickeln. Sie hatte auch Behördenvertreter eingeladen, nämlich jene Sachbearbeiter aus dem Bezirksamt Eimsbüttel, die dem Eigentümer die Abbruchgenehmigung hinterhergeworfen hatten. Diese Herren zogen es allerdings vor, nicht zu erscheinen. Die Mieterinitiative hatte auch Gewerkschaften zur Stellungnahme aufgefordert (ÖTV, Bau-Steine-Erden), weil diesen bekannt sein müßte, daß die zunehmende Wohnraumverteuerung in all ihren Spielarten indirekte Reallohnsenkung bedeutet.

In Italien, wo die Wohnungskämpfe seitens der Bevölkerung schon erheblich weiter entwickelt sind, sind die reformistischen Gewerkschaften zumindest schon gezwungen, im Wohnungskampf offiziell einzugreifen. ÖTV und BSE hüllten sich allerdings in Schweigen.

Die 73jährige Mieterin aus Hermann-Behn-Weg 13/15 begann die Kundgebung. Sie berichtete eindrucksvoll von den Schikanen des Hauseigentümers, sie berichtete, was es ihr bedeutet, nach 40 Jahren in diesem Haus dieses nun über dem Kopf abgerissen zu bekommen und erzählte auch **von dem Erfolg** des gemeinsamen Kampfes. Zwar wird sie nun zum 1.7. ausziehen, hat aber in einem gerichtlichen Vergleich von Möhring 20.000 DM Abfindung erstritten. Die anderen Mieter hatte Möhring mit sehr viel geringeren Beträgen rauskaufen können.

Anschließend sprachen Vertreter politischer Organisationen. Ein Vertreter der DKP behauptete, daß seine Partei diese Initiative wie bisher jede andere auch „uneingeschränkt unterstützen" würde. Außerdem erklärte er das miserable Bodenrecht zum Hauptschuldigen der ganzen Wohnungsmisere, und deshalb setze sich die DKP für eine baldige Bedenrechtsreform ein.

Nach einer Genossin vom KBW sprach ein Vertreter der Bezirkszelle Eimsbüttel des KB. Einmal wies er darauf hin, daß die Basis der Wohnkämpfe auf Grund der Logik des Kapitalismus sich erweitern wird und damit die Kämpfe selbst sich verschärfen werden. Beispiele gibt

und damit die Kämpfe selbst sich verschärfen werden. Beispiele gibt

es schon in Frankfurt, wo die bisher größten Wohnungskämpfe in der BRD stattgefunden haben, wo Mieterdemonstrationen von einigen Tausend stattgefunden haben. Beispiele für Massenkämpfe der Bevölkerung gibt es in Italien, wo in Rom, Mailand usw. Hunderte von Wohnungen von Arbeiterfamilien besetzt wurden. Weiter wies er darauf hin, daß der Wohnungskampf heute einzuordnen ist in die gesamtkapitalitische Ausbeutung, daß er politisch geführt werden muß, um auch heute schon Erfolge zu erzielen, wenn auch die Wohnungsfrage erst durch den Sozialismus gelöst werden kann.

Im Anschluß daran sprach ein Juso und SPD-Bezirksabgeordneter, der es sich nicht nehmen ließ – nur die 20.000 DM Vergleichsumme im Auge – einen großen Erfolg zu feiern, zudem er ja auch durch zweimaliges Erscheinen bei der Mieterinitiative „wesentlich beigetragen" hätte.

Provokationen

Schon auf der Fahrt des Lautsprecherwagen durch den Stadtteil haben vom Abbruchunternehmen gekaufte Provokateure einen Genossen im Lautsprecherwagen angegriffen, indem sie durchs Wagenfenster prügelten.

Ebenso wurde noch vor der Kundgebung ein Filmtrupp angegriffen. (vergl. hierzu Leserbrief) Diese üblen Provokationen steigerten sich, als einer der Schläger eine Bierflasche in Richtung des Mikrophons warf, allerdings niemanden traf. Hinterher wurde berichtet, eine Gruppe dieser Schläger habe in einer Kneipe (am Hallerplatz) unentwegt über die Kundgebung gesprochen und habe auf sowas wie einen Chef gewartet, der dann auch kam und Anweisungen erteilte. Dieser Chef soll dann auf der Kundgebung selbst noch die „Überstunden" bezahlt haben. ●

Bezirkszelle Eimsbüttel
KB/Gruppe Hamburg

„Gebäude-Nutzungs-Richtlinien" – neuer Schritt zur Faschisierung

Am 16. Mai legte Kultusminister Braun den schleswig-holsteinischen Hochschulrektoren seinen neuen Entwurf der sog. „Gebäude-Nutzungs-Richtlinien" vor. Unter diesem unverfänglichen Titel soll versucht werden, auf kaltem Wege ein neues Hausrecht an den Hochschulen des Landes durchzusetzen.

Kernpunkte des Entwurfes sind u.a.

● Flugblätter, Wandzeitungen, Filme, Anschläge unterliegen vor ihrer Verbreitung in der Hochschule einer Zensur durch die Hochschulleitung.

● Politische Veranstaltungen in der Hochschule, *„die über die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Hochschule hinausgehen"*, müssen genehmigt werden.

● *„Die Bewilligung darf nicht erteilt werden... wenn zu erwarten ist, daß Ziel, Inhalt oder Form der Veranstaltung im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen."*

● Alle Veranstaltungen, auch die der Studentenschaft (Vollversammlungen etc.), sind gebührenpflichtig.

● Büchertische und Informationsstände sind nur für besondere Fälle, etwa zu „Wohltätigkeitszwecken" gestattet, sonst grundsätzlich verboten.

Am 27.6. soll in Kiel auf Beschluß der Landes-Asten-Konferenz eine Demonstration der Studenten Schleswig-Holsteins gegen diesen Entwurf stattfinden. Dazu hat der KB folgende Solidaritätsadresse geschickt:

Der KOMMUNISTISCHE BUND erklärt seine Solidarität mit der Demonstration der schleswig-holsteinischen Studenten gegen den Entwurf des Kultusministeriums für die Gebäude-Nutzungs-Richtlinien.

Dieser Entwurf stellt einen weiteren massiven Angriff auf die Meinungs- und Informationsfreiheit der Studenten dar.

Er zielt auf das Verbot jeder freien politischen Betätigung fortschrittlicher Studenten an den Hochschulen und auf die Gleichschaltung der Meinungen der Studenten im Sinne des Kapitals.

Zusammen mit dem Hochschulrahmengesetz, dem Landeshochschulgesetz und der neuen SV-Verordnung sind die Gebäude-Nutzungs-Richtlinien ein wesentliches Element der Faschisierung an den Schulen und Hochschulen unseres Landes.

Sämtliche Maßnahmen zielen darauf ab, eine Orientierung des Kampfes der Schüler und Studenten am politischen Kampf der Arbeiterklasse unmöglich zu machen.

Stattdessen sollen die Hochschulen dazu dienen, treue Handlanger des Kapitals heranzuzüchten.

Die Faschisierung an den Schulen und Hochschulen ist ein Bestandteil der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft insgesamt. Als Beispiele hierfür seien nur die Berufsverbote im öffentlichen Dienst, die sich häufenden Rausschmisse klassenkämpferischer Kollegen aus Betrieb und Gewerkschaft, die zunehmende Gleichschaltung der bürgerlichen Presse in ihrer Hetze gegen die Linken und der enorme Ausbau des staatlichen Gewaltapparates genannt.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, zur Abwehr dieser Angriffe des Kapitals und seines Staatsapparates eine einheitliche Kampffront aller fortschrittlichen Kräfte zu errichten.

In diesem Sinne stellt sich uns die Aufgabe, für das Bündnis der fortschrittlichen Schüler und Studenten mit der Arbeiterklasse zu kämpfen. ●

KOMMUNISTISCHER BUND
(Gruppen Flensburg, Kiel und Lübeck)

Inhalt

KBW zum antifaschistischen Kampf 24
CN-Kampfgas: „Tödliche Fälle sind selten, kommen aber vor." 26